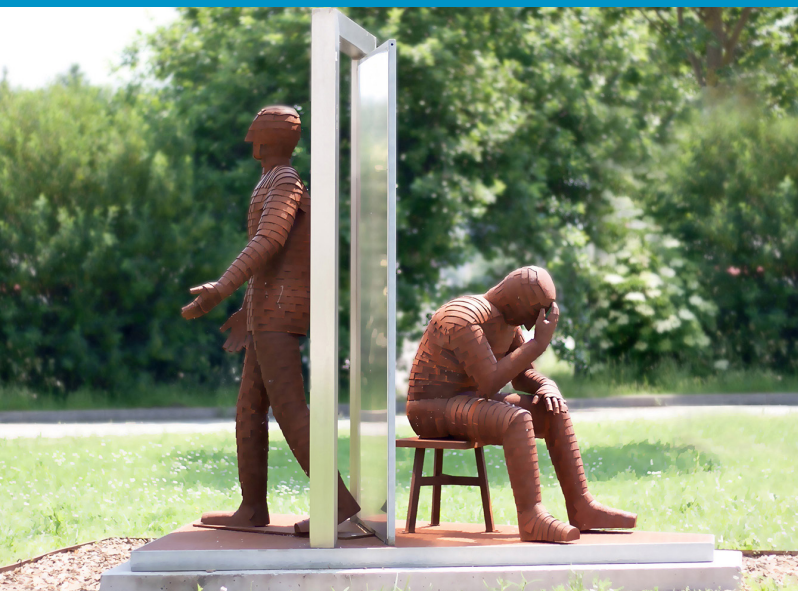


# Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch (ThürJVollzGB)



## **Geleitwort des Thüringer Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz**

Der Justizvollzug hat als wichtige gesellschaftliche Herausforderung vielfältige Aufgaben zu bewältigen. Die Anforderungen und Wünsche an ihn unterliegen einem beständigen Wandel, der sich auch in Veränderungen in der Gesetzgebung widerspiegelt.



Seit dem 1. September 2006 liegt die Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug nach Artikel 70 Abs. 1 des Grundgesetzes bei den Bundesländern. Der Freistaat Thüringen hatte von der neuen Kompetenz – wie die meisten Bundesländer – zunächst durch Erlass des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes vom 20. Dezember 2007, des Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetzes vom 8. Juli 2009 und des Thüringer Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 23. Mai 2013 Gebrauch gemacht.

Der Erwachsenenstrafvollzug war im Freistaat Thüringen hingegen noch immer durch das Strafvollzugsgesetz des Bundes geregelt. Mit Inkrafttreten des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches am 7. März 2014 wurde die bundesrechtliche Regelung durch eine

umfassende selbständige Bestimmung des Freistaates ersetzt. In das Gesetzeswerk wurden zugleich die Regelungen des Jugendstrafvollzugs und des Vollzugs der Untersuchungshaft überführt. Ziel war es, eine neu ausgerichtete Gesamtkonzeption mit einheitlichen Begriffen und Regelungen für den Justizvollzug zu schaffen.

Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines modernen, effektiven Strafvollzugs. Dabei werden alle Möglichkeiten der Behandlung ausgeschöpft, um neben dem Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten auch die Entlassung der Gefangenen in ein möglichst straffreies Leben zu erreichen. Dazu gehört der Ausgleich von Defiziten der Gefangenen selbst ebenso wie deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Mithilfe eines standardisierten Diagnoseverfahrens zu Beginn der Inhaftierung, das dazu dient, den Gefangenen genau kennenzulernen, wird die Basis für eine zielgerichtete und wirkungsorientierte Vollzugsgestaltung gelegt, um die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu einem Leben in sozialer Verantwortung zu befähigen. Der in der Regel halbjährlich fortzuschreibende Vollzugsplan enthält die für eine erfolgreiche Resozialisierung als notwendig erachteten oder empfohlenen Maßnahmen. Neben zahlreichen bereitgestellten Möglichkeiten, auch im Vollzug zu arbeiten, gehören dazu unter anderem Arbeitstherapie, Arbeitstraining, schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen und Psychotherapie.

In Fällen, in denen verantwortet werden kann zu erproben, dass sich die Straf- und Jugendstrafgefangenen dem Vollzug der Freiheitsstrafe nicht entziehen oder Lockerungen nicht zu Straftaten missbrauchen, können Vollzugslockerungen gewährt werden. Dies gilt insbesondere in entlassungsnahen Zeiträumen, soweit Lockerungen zum Zweck der Eingliederung, etwa zur Arbeits- oder Wohnungssuche, erforderlich sind.

Diese Broschüre soll dazu beitragen, den mit dem Justizvollzug Befassten den Umgang mit den Neuregelungen zu erleichtern und auch sonstigen Interessentinnen und Interessenten einen Einblick in das Regelwerk zu ermöglichen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dieter Lauinger', with a stylized, flowing script.

Dieter Lauinger

# **Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch (ThürJVollzGB) Vom 27.02.2014**

## **Inhaltsübersicht**

### **Erster Abschnitt**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

**13**

- § 1 Anwendungsbereich, allgemeine Begriffsbestimmungen
- § 2 Ziel und Aufgabe des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe
- § 3 Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft, Zusammenarbeit
- § 4 Stellung der Gefangenen
- § 5 Besondere Stellung der Untersuchungsgefangenen
- § 6 Mitwirkung im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe
- § 7 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze
- § 8 Grundsätze der Gestaltung des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe
- § 9 Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Jugendstrafe
- § 10 Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen
- § 11 Soziale Hilfe

<b>Zweiter Abschnitt</b>	
<b>Aufnahme, Diagnose und Vollzugsplanung</b>	<b>21</b>
§ 12	Aufnahmeverfahren
§ 13	Diagnoseverfahren
§ 14	Vollzugs- und Eingliederungsplanung
§ 15	Inhalt des Vollzugs- und Eingliederungsplans
§ 16	Ermittlung des Förder- und Erziehungsbedarfs der jungen Untersuchungsgefangenen, Maßnahmen
<b>Dritter Abschnitt</b>	
<b>Unterbringung und Verlegung</b>	<b>29</b>
§ 17	Trennungsgrundsätze
§ 18	Unterbringung während der Einschlusszeiten
§ 19	Aufenthalt außerhalb der Einschlusszeiten
§ 20	Wohngruppenvollzug
§ 21	Unterbringung von Sorgeberechtigten mit Kindern
§ 22	Geschlossener und offener Vollzug
§ 23	Verlegung und Überstellung
<b>Vierter Abschnitt</b>	
<b>Sozial- und Psychotherapie</b>	<b>35</b>
§ 24	Sozialtherapie
§ 25	Psychologische Interventionen und Psychotherapie

## **Fünfter Abschnitt**

### **Arbeitstherapeutische Maßnahmen, Arbeitstraining, schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeit**

**37**

- § 26 Arbeitstherapeutische Maßnahmen
- § 27 Arbeitstraining
- § 28 Schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen
- § 29 Arbeit
- § 30 Freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung
- § 31 Freistellung von der Arbeitspflicht
- § 32 Freistellung von der Arbeit, Anrechnung der Freistellung auf den Entlassungszeitpunkt

## **Sechster Abschnitt**

### **Besuche, Telefongespräche, Schriftwechsel, andere Formen der Telekommunikation und Pakete**

**45**

- § 33 Grundsatz
- § 34 Besuch
- § 35 Untersagung der Besuche
- § 36 Durchführung der Besuche
- § 37 Überwachung der Gespräche
- § 38 Telefongespräche
- § 39 Schriftwechsel
- § 40 Untersagung des Schriftwechsels
- § 41 Sichtkontrolle, Weiterleitung und Aufbewahrung von Schreiben
- § 42 Überwachung des Schriftwechsels
- § 43 Anhalten von Schreiben

§ 44 Andere Formen der Telekommunikation

§ 45 Pakete

## **Siebter Abschnitt**

### **Lockerungen und sonstige Aufenthalte außerhalb der Anstalt**

**55**

§ 46 Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels

§ 47 Lockerungen aus sonstigen Gründen

§ 48 Weisungen für Lockerungen

§ 49 Ausführung, Außenbeschäftigung, Vorführung,  
Ausantwortung

## **Achter Abschnitt**

### **Vorbereitung der Eingliederung, Entlassung und nachgehende Betreuung**

**59**

§ 50 Vorbereitung der Eingliederung

§ 51 Entlassung der Straf- und Jugendstrafgefangenen

§ 52 Nachgehende Betreuung

§ 53 Verbleib oder Aufnahme auf freiwilliger Grundlage

§ 54 Entlassung der Untersuchungsgefangenen

## **Neunter Abschnitt**

### **Grundversorgung und Freizeit**

**63**

§ 55 Einbringen von Gegenständen

§ 56 Gewahrsam an Gegenständen

§ 57 Ausstattung des Hafttraums

§ 58 Aufbewahrung und Vernichtung von Gegenständen

§ 59 Religiöse Schriften und Gegenstände



- § 60 Zeitungen und Zeitschriften
- § 61 Rundfunk, Informations- und Unterhaltungselektronik
- § 62 Kleidung
- § 63 Verpflegung und Einkauf
- § 64 Annehmlichkeiten im Vollzug der Untersuchungshaft
- § 65 Freizeit

## **Zehnter Abschnitt**

### **Vergütung, Gelder der Gefangenen und Kosten**

**69**

- § 66 Vergütung
- § 67 Eigengeld
- § 68 Taschengeld
- § 69 Konten, Bargeld
- § 70 Hausgeld
- § 71 Zweckgebundene Einzahlungen
- § 72 Haftkostenbeitrag, Kostenbeteiligung

## **Elfter Abschnitt**

### **Gesundheitsfürsorge**

**74**

- § 73 Art und Umfang der medizinischen Leistungen, Kostenbeteiligung
- § 74 Durchführung der medizinischen Leistungen, Forderungsübergang
- § 75 Ärztliche Behandlung zur sozialen Eingliederung
- § 76 Gesundheitsschutz und Hygiene
- § 77 Krankenbehandlung während Lockerungen
- § 78 Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge

§ 79 Benachrichtigungspflicht

## **Zwölfter Abschnitt Religionsausübung**

**80**

§ 80 Seelsorge

§ 81 Religiöse Veranstaltungen

§ 82 Weltanschauungsgemeinschaften

## **Dreizehnter Abschnitt Sicherheit und Ordnung**

**81**

§ 83 Grundsatz

§ 84 Allgemeine Verhaltenspflichten

§ 85 Absuchung, Durchsuchung

§ 86 Sichere Unterbringung

§ 87 Maßnahmen zur Feststellung von Suchtmittelgebrauch

§ 88 Festnahmerecht

§ 89 Besondere Sicherungsmaßnahmen

§ 90 Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen,  
Verfahren

§ 91 Ärztliche Überwachung

## **Vierzehnter Abschnitt Unmittelbarer Zwang**

**88**

§ 92 Begriffsbestimmungen

§ 93 Allgemeine Voraussetzungen

§ 94 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

§ 95 Androhung

§ 96 Schusswaffengebrauch

## **Fünftehnter Abschnitt**

### **Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen 91**

§ 97 Erzieherische Maßnahmen

§ 98 Disziplinarmaßnahmen

§ 99 Vollzug der Disziplinarmaßnahmen,  
Aussetzung zur Bewährung

§ 100 Disziplinarbefugnis

§ 101 Verfahren

## **Sechzehnter Abschnitt**

### **Aufhebung von Maßnahmen, Beschwerde 98**

§ 102 Aufhebung von Maßnahmen

§ 103 Beschwerderecht

## **Siebzehnter Abschnitt**

### **Kriminologische Forschung 99**

§ 104 Evaluation, kriminologische Forschung

## **Achtzehnter Abschnitt**

### **Aufbau und Organisation der Anstalt 100**

§ 105 Anstalten

§ 106 Festsetzung der Belegungsfähigkeit,  
Verbot der Überbelegung

§ 107 Anstaltsleitung

§ 108 Bedienstete

§ 109 Seelsorger

- § 110 Medizinische Versorgung
- § 111 Interessenvertretung der Gefangenen
- § 112 Hausordnung

## **Neunzehnter Abschnitt**

### **Aufsicht, Beirat** **104**

- § 113 Aufsichtsbehörde
- § 114 Vollstreckungsplan, Vollzugsgemeinschaften
- § 115 Beirat

## **Zwanzigster Abschnitt**

### **Verhinderung von Mobilfunkverkehr** **106**

- § 116 Störung des Mobilfunkverkehrs

## **Einundzwanzigster Abschnitt**

### **Vollzug des Strafarrests** **107**

- § 117 Grundsatz
- § 118 Besondere Bestimmungen

## **Zweiundzwanzigster Abschnitt**

### **Datenschutz** **108**

- § 119 Anwendung des Thüringer Datenschutzgesetzes
- § 120 Grundsatz, Begriffsbestimmungen, elektronische Akte
- § 121 Erhebung von Daten über Gefangene bei Dritten
- § 122 Erhebung von Daten über andere Personen
- § 123 Unterrichtungspflichten
- § 124 Besondere Formen der Datenerhebung

- § 125 Übermittlung und Nutzung für weitere Zwecke
- § 126 Datenübermittlung an öffentliche Stellen
- § 127 Zweckbindung
- § 128 Verarbeitung besonders erhobener Daten
- § 129 Zentrale Datei, Einrichtung automatisierter Übermittlungsverfahren
- § 130 Mitteilung über Haftverhältnisse
- § 131 Überlassung von Akten
- § 132 Kenntlichmachung in der Anstalt
- § 133 Offenbarungspflichten und -befugnisse der Berufsgeheimnisträger
- § 134 Schutz der Daten in Akten und Dateien
- § 135 Auskunft an die Betroffenen, Akteneinsicht
- § 136 Auskunft und Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke
- § 137 Löschung
- § 138 Löschung besonders erhobener Daten
- § 139 Sperrung und Verwendungsbeschränkungen
- § 140 Aufbewahrungsfristen, Fristberechnung

## **Dreiundzwanzigster Abschnitt**

### **Übergangs- und Schlussbestimmungen**

**127**

- § 141 Einschränkung von Grundrechten
- § 142 Verhältnis zu anderen Vorschriften
- § 143 Übergangsbestimmungen
- § 144 Gleichstellungsbestimmung
- § 145 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## **Erster Abschnitt Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1**

#### **Anwendungsbereich, allgemeine Begriffsbestimmungen**

**(1)** Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe, der Untersuchungshaft und des Strafarrestes in Justizvollzugsanstalten und Jugendstrafanstalten (Anstalten).

**(2)** Für den Vollzug der Haft nach § 127b Abs. 2, § 230 Abs. 2, den §§ 236 und 329 Abs. 4 Satz 1, § 412 Satz 1 sowie § 453c der Strafprozessordnung (StPO) sowie der einstweiligen Unterbringung nach § 275a Abs. 6 StPO gelten die Bestimmungen für den Vollzug der Untersuchungshaft entsprechend.

**(3)** Für den Vollzug der einstweiligen Unterbringung nach § 126a StPO gelten, soweit eine Anordnung nach § 3 Abs. 3 nicht entgegensteht, die Bestimmungen über den Vollzug der Unterbringung nach den §§ 63 und 64 des Strafgesetzbuchs (StGB) entsprechend.

**(4)** Gefangene im Sinne dieses Gesetzes sind Strafgefangene, Jugendstrafgefangene und Untersuchungsgefangene.

**(5)** Junge Untersuchungsgefangene im Sinne dieses Gesetzes sind solche, die zur Tatzeit das 21. Lebensjahr noch nicht

vollendet hatten und die das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

**(6)** Junge Gefangene im Sinne dieses Gesetzes sind Jugendstrafgefangene und junge Untersuchungsgefangene.

## **§ 2**

### **Ziel und Aufgabe des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe**

**(1)** Der Vollzug der Freiheitsstrafe und der Jugendstrafe dient dem Ziel, die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Er hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.

**(2)** Bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung dient der Vollzug der Freiheitsstrafe und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung der Vollzug der Jugendstrafe auch dem Ziel, ihre Gefährlichkeit für die Allgemeinheit so zu mindern, dass die Vollstreckung der Unterbringung oder deren Anordnung möglichst entbehrlich wird.

## **§ 3**

### **Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft, Zusammenarbeit**

**(1)** Der Vollzug der Untersuchungshaft hat die Aufgabe, durch sichere Unterbringung der Untersuchungsgefangenen die

Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und der Gefahr weiterer Straftaten zu begegnen.

**(2)** Die Anstalt arbeitet eng mit Gericht und Staatsanwaltschaft zusammen, um die Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft zu erfüllen und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt zu gewährleisten.

**(3)** Die Anstalt hat Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO zu beachten und umzusetzen.

## **§ 4**

### **Stellung der Gefangenen**

**(1)** Die Persönlichkeit der Gefangenen ist zu achten. Ihre Selbständigkeit im Vollzugsalltag ist so weit wie möglich zu erhalten und zu fördern.

**(2)** Die Gefangenen werden an der Gestaltung des Vollzugsalltags beteiligt. Vollzugliche Maßnahmen sollen ihnen erläutert werden.

**(3)** Die Gefangenen unterliegen den in diesem Gesetz vorgesehenen Beschränkungen ihrer Freiheit. Soweit das Gesetz eine besondere Regelung nicht enthält, dürfen ihnen nur Beschränkungen auferlegt werden, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, zur Abwendung einer schwerwiegenden Störung der Ordnung der Anstalt oder zum Vollzug der Untersuchungshaft zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO unerlässlich sind. Sie müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck der Anordnung stehen



und dürfen die Gefangenen nicht mehr und nicht länger als notwendig beeinträchtigen.

## **§ 5**

### **Besondere Stellung der Untersuchungsgefangenen**

Die Untersuchungsgefangenen gelten als unschuldig. Sie sind so zu behandeln, dass der Anschein vermieden wird, sie würden zur Verbüßung einer Strafe festgehalten.

## **§ 6**

### **Mitwirkung im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe**

(1) Zur Erreichung des Vollzugsziels bedarf es der Mitwirkung der Straf- und Jugendstrafgefangenen. Ihre Bereitschaft hierzu ist zu wecken und zu fördern. Bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung sind die Motivationsmaßnahmen zu dokumentieren.

(2) Die Jugendstrafgefangenen sind verpflichtet, an der Erreichung des Vollzugsziels mitzuwirken.

## **§ 7**

### **Allgemeine Gestaltungsgrundsätze**

(1) Das Leben im Vollzug ist den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich anzugleichen.

(2) Schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs ist entgegenzuwirken. Ein Schwerpunkt ist auf die Verhütung von Selbsttötungen zu richten.

**(3)** Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gefangenen, insbesondere im Hinblick auf Geschlecht, Alter und Herkunft, werden bei der Vollzugsgestaltung im Allgemeinen und im Einzelfall berücksichtigt.

## **§ 8**

### **Grundsätze der Gestaltung des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe**

**(1)** Der Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe ist auf die Auseinandersetzung der Straf- und Jugendstrafgefangenen mit ihren Straftaten und deren Folgen auszurichten. Das Bewusstsein für den dem Opfer zugefügten Schaden soll geweckt werden.

**(2)** Der Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe wird von Beginn an auf die Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen in das Leben in Freiheit ausgerichtet.

**(3)** Ist Sicherungsverwahrung angeordnet oder vorbehalten, ist bereits im Vollzug der Freiheits- oder Jugendstrafe eine individuelle, intensive und therapiegerichtete Betreuung im Sinne des § 66c Abs. 1 Nr. 1 StGB anzubieten. Soweit standardisierte Maßnahmen nicht ausreichen oder keinen Erfolg versprechen, sind individuelle Maßnahmen zu entwickeln und zu unterbreiten.

**(4)** Der Bezug der Straf- und Jugendstrafgefangenen zum gesellschaftlichen Leben ist zu wahren und zu fördern. Personen und Einrichtungen außerhalb des Vollzugs sollen in den Vollzugsalltag einbezogen werden. Straf- und Jugend-

strafgefangenen ist sobald wie möglich die Teilnahme am Leben in der Freiheit zu gewähren.

## **§ 9**

### **Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Jugendstrafe**

**(1)** Der Vollzug der Jugendstrafe ist erzieherisch zu gestalten. Die Jugendstrafgefangenen sind in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten so zu fördern, dass sie zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung in Achtung der Rechte anderer befähigt werden.

**(2)** Erziehung und Förderung erfolgen durch Maßnahmen und Programme zur Entwicklung und Stärkung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Jugendstrafgefangenen im Hinblick auf die Erreichung des Vollzugsziels.

**(3)** Durch differenzierte Angebote soll auf den jeweiligen Entwicklungsstand und den unterschiedlichen Erziehungs- und Förderbedarf der Jugendstrafgefangenen eingegangen werden.

**(4)** Die Maßnahmen und Programme richten sich insbesondere auf die Auseinandersetzung mit den eigenen Straftaten, deren Ursachen und Folgen, die schulische Bildung, berufliche Qualifizierung, soziale Integration und die verantwortliche Gestaltung des alltäglichen Zusammenlebens, der freien Zeit sowie der Außenkontakte.

**(5)** Die Personensorgeberechtigten sind, soweit dies möglich ist und dem Vollzugsziel nicht zuwiderläuft, in die Planung und Gestaltung des Vollzugs einzubeziehen.

## **§ 10**

### **Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen**

**(1)** Für den Vollzug der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen gilt § 9 Abs. 1 entsprechend.

**(2)** Die Personensorgeberechtigten sind, soweit dies möglich ist, in die Gestaltung des Vollzugs einzubeziehen.

**(3)** Von der Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes über junge Untersuchungsgefangene kann abgesehen werden, wenn diese volljährig sind und die erzieherische Ausgestaltung des Vollzugs für sie nicht oder nicht mehr angezeigt ist. Diese Bestimmungen können ausnahmsweise auch über die Vollendung des 24. Lebensjahres hinaus angewendet werden, wenn dies im Hinblick auf die voraussichtlich nur noch geringe Dauer der Untersuchungshaft zweckmäßig erscheint.

**(4)** Beschränkungen können minderjährigen Untersuchungsgefangenen auch auferlegt werden, soweit es dringend geboten ist, um sie vor einer Gefährdung ihrer Entwicklung zu bewahren.

## **§ 11**

### **Soziale Hilfe**

**(1)** Die Gefangenen werden darin unterstützt, ihre persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu beheben. Sie sollen dazu angeregt und in die Lage versetzt

werden, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, insbesondere eine Schuldenregulierung herbeizuführen.

**(2)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen sollen angehalten werden, den durch die Straftat verursachten materiellen und immateriellen Schaden wiedergutzumachen.

**(3)** Die Gefangenen sollen, soweit erforderlich, über die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche beraten werden.

**(4)** Die Beratung der Untersuchungsgefangenen soll die Benennung von Stellen und Einrichtungen außerhalb der Anstalt umfassen, die sich um eine Vermeidung der weiteren Untersuchungshaft bemühen. Auf Wunsch sind den Untersuchungsgefangenen Stellen und Einrichtungen zu benennen, die sie in ihrem Bestreben unterstützen können, einen Ausgleich mit dem Tatopfer zu erreichen oder auf andere Weise zur Wiedergutmachung beizutragen.

**Zweiter Abschnitt**  
**Aufnahme, Diagnose und Vollzugsplanung**  
**§ 12**  
**Aufnahmeverfahren**

**(1)** Mit den Gefangenen wird unverzüglich nach der Aufnahme ein Zugangsgespräch geführt, in dem ihre gegenwärtige Lebenssituation erörtert wird und sie über ihre Rechte und Pflichten informiert werden. Ihnen wird ein Exemplar der Hausordnung ausgehändigt. Dieses Gesetz, die von ihm in Bezug genommenen Gesetze sowie die zu seiner Ausführung erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sind den Gefangenen auf Verlangen zugänglich zu machen.

**(2)** Während des Aufnahmeverfahrens dürfen andere Gefangene nicht zugegen sein.

**(3)** Die Gefangenen werden alsbald ärztlich untersucht.

**(4)** Die Gefangenen werden dabei unterstützt, etwa notwendige Maßnahmen für hilfsbedürftige Angehörige, zur Erhaltung des Arbeitsplatzes und der Wohnung und zur Sicherung ihrer Habe außerhalb der Anstalt zu veranlassen.

**(5)** Den Gefangenen ist Gelegenheit zu geben, einen Angehörigen oder eine Vertrauensperson von der Aufnahme in die Anstalt zu benachrichtigen.

**(6)** Die Personensorgeberechtigten und das Jugendamt werden von der Aufnahme der jungen Gefangenen unverzüglich unterrichtet.

**(7)** Bei Strafgefangenen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, sind die Möglichkeiten der Abwendung der Vollstreckung durch freie Arbeit oder ratenweise Tilgung der Geldstrafe zu erörtern und zu fördern, um so auf eine möglichst baldige Entlassung hinzuwirken.

### **§ 13**

#### **Diagnoseverfahren**

**(1)** Bei Straf- und Jugendstrafgefangenen schließt sich an das Aufnahmeverfahren zur Vorbereitung der Vollzugsplanung das Diagnoseverfahren an.

**(2)** Das Diagnoseverfahren muss wissenschaftlichen Erkenntnissen genügen. Insbesondere bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung ist es von Personen mit einschlägiger wissenschaftlicher Qualifikation durchzuführen.

**(3)** Das Diagnoseverfahren erstreckt sich auf die Persönlichkeit, die Lebensverhältnisse, die Ursachen und Umstände der Straftat sowie alle sonstigen Gesichtspunkte, deren Kenntnis für eine zielgerichtete und wirkungsorientierte Vollzugsgestaltung und die Eingliederung nach der Entlassung notwendig erscheint. Neben den Unterlagen aus der Vollstreckung und dem Vollzug vorangegangener Freiheitsentziehungen sind insbesondere auch Erkenntnisse der Gerichts-, Jugendgerichts- und Bewährungshilfe sowie der Führungsaufsichtsstellen einzubeziehen.

**(4)** Bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung erstreckt sich das Diagnoseverfahren auch auf alle Umstände, die für die Beurteilung der Gefährlichkeit maßgeblich sind.

**(5)** Im Diagnoseverfahren werden die im Einzelfall die Straffälligkeit begünstigenden Faktoren ermittelt. Gleichzeitig sollen die Fähigkeiten der Straf- und Jugendstrafgefangenen ermittelt werden, deren Stärkung einer erneuten Straffälligkeit entgegenwirken kann.

**(6)** Im Vollzug der Freiheitsstrafe kann bei einer voraussichtlichen Vollzugsdauer bis zu einem Jahr das Diagnoseverfahren auf die Umstände beschränkt werden, deren Kenntnis für eine angemessene Vollzugsgestaltung unerlässlich und für die Eingliederung erforderlich ist. Unabhängig von der Vollzugsdauer gilt dies auch, wenn ausschließlich Ersatzfreiheitsstrafen zu vollziehen sind.

**(7)** Im Vollzug der Jugendstrafe ist das Diagnoseverfahren maßgeblich auf die Ermittlung des Förder- und Erziehungsbedarfs auszurichten.

**(8)** Das Ergebnis des Diagnoseverfahrens wird mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen erörtert.



## **§ 14**

### **Vollzugs- und Eingliederungsplanung**

**(1)** Auf der Grundlage des Ergebnisses des Diagnoseverfahrens wird ein Vollzugs- und Eingliederungsplan erstellt. Er zeigt den Straf- und Jugendstrafgefangenen bereits zu Beginn der Haftzeit unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Vollzugsdauer die zur Erreichung des Vollzugsziels erforderlichen Maßnahmen auf. Daneben kann er weitere Hilfsangebote und Empfehlungen enthalten. Auf die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen der Straf- und Jugendstrafgefangenen ist Rücksicht zu nehmen.

**(2)** Der Vollzugs- und Eingliederungsplan wird regelmäßig innerhalb der ersten acht Wochen nach der Aufnahme erstellt. Diese Frist verkürzt sich bei einer voraussichtlichen Vollzugsdauer von unter einem Jahr auf sechs Wochen.

**(3)** Der Vollzugs- und Eingliederungsplan sowie die darin vorgesehenen Maßnahmen werden für Straf- und Jugendstrafgefangene regelmäßig alle sechs Monate, spätestens aber alle zwölf Monate überprüft und fortgeschrieben. Bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung soll die Frist sechs Monate nicht übersteigen. Bei Jugendstrafen von weniger als drei Jahren erfolgt die Überprüfung regelmäßig alle vier Monate. Die Entwicklung der Straf- und Jugendstrafgefangenen und die in der Zwischenzeit gewonnenen Erkenntnisse sind zu berücksichtigen. Die durchgeführten Maßnahmen sind zu dokumentieren.

**(4)** Die Vollzugs- und Eingliederungsplanung wird mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen erörtert. Dabei werden deren Anregungen und Vorschläge einbezogen, soweit sie der Erreichung des Vollzugsziels dienen.

**(5)** Zur Erstellung und Fortschreibung des Vollzugs- und Eingliederungsplans führt der Anstaltsleiter eine Konferenz mit den an der Vollzugsgestaltung maßgeblich Beteiligten durch. Standen die Straf- und Jugendstrafgefangenen vor ihrer Inhaftierung unter Bewährung oder Führungsaufsicht, kann auch der für sie bislang zuständige Bewährungshelfer an der Konferenz beteiligt werden. Den Straf- und Jugendstrafgefangenen wird der Vollzugs- und Eingliederungsplan in der Konferenz eröffnet und erläutert. Sie können auch darüber hinaus an der Konferenz beteiligt werden.

**(6)** An der Eingliederung mitwirkende Personen außerhalb des Vollzugs sind nach Möglichkeit in die Planung einzubeziehen. Sie können mit Zustimmung der Straf- und Jugendstrafgefangenen auch an der Konferenz beteiligt werden.

**(7)** Werden die Straf- und Jugendstrafgefangenen nach der Entlassung voraussichtlich unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht gestellt, so ist dem künftig zuständigen Bewährungshelfer in den letzten zwölf Monaten vor dem voraussichtlichen Entlassungszeitpunkt die Teilnahme an der Konferenz zu ermöglichen und es sind ihm der Vollzugs- und Eingliederungsplan und seine Fortschreibungen zu übersenden.

**(8)** Der Vollzugs- und Eingliederungsplan und seine Fortschreibungen werden den Straf- und Jugendstrafgefangenen ausgehändigt. Im Vollzug der Jugendstrafe werden sie dem Vollstreckungsleiter und auf Verlangen den Personensorgeberechtigten mitgeteilt.

## **§ 15**

### **Inhalt des Vollzugs- und Eingliederungsplans**

**(1)** Der Vollzugs- und Eingliederungsplan sowie seine Fortschreibungen enthalten insbesondere folgende Angaben:

1. Zusammenfassung der für die Vollzugs- und Eingliederungsplanung maßgeblichen Ergebnisse des Diagnoseverfahrens,
2. voraussichtlicher Entlassungszeitpunkt,
3. Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug,
4. Maßnahmen zur Förderung der Mitwirkungsbereitschaft,
5. Unterbringung in einer Wohngruppe und Teilnahme am Wohngruppenvollzug,
6. Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung und Teilnahme an deren Behandlungsprogrammen,
7. Teilnahme an einzel- oder gruppentherapeutischen Maßnahmen, insbesondere psychologische Intervention und Psychotherapie,
8. Teilnahme an psychiatrischen Behandlungsmaßnahmen,
9. Teilnahme an Maßnahmen zur Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit und -missbrauch,
10. Teilnahme an Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der sozialen Kompetenz,

11. Teilnahme an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich Alphabetisierungs- und Deutschkursen,
12. Teilnahme an arbeitstherapeutischen Maßnahmen oder am Arbeitstraining,
13. Arbeit,
14. freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung,
15. Teilnahme an Sportangeboten und Maßnahmen zur strukturierten Gestaltung der Freizeit,
16. Ausführungen, Außenbeschäftigung,
17. Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels,
18. Aufrechterhaltung, Förderung und Gestaltung von Außenkontakten,
19. Schuldnerberatung, Schuldenregulierung und Erfüllung von Unterhaltspflichten,
20. Ausgleich von Tatfolgen,
21. Maßnahmen zur Vorbereitung von Entlassung, Eingliederung und Nachsorge und
22. Frist zur Fortschreibung des Vollzugs- und Eingliederungsplans.

Bei angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung enthalten der Vollzugs- und Eingliederungsplan sowie seine Fortschreibungen darüber hinaus Angaben zu sonstigen Maßnahmen im Sinne des § 8 Abs. 3 Satz 2 und einer Antragstellung im Sinne des § 119a Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG).

**(2)** Bei Strafgefangenen sind Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 bis 12 und Satz 2, die nach dem Ergebnis des Diagnoseverfahrens als zur Erreichung des Vollzugsziels

zwingend erforderlich erachtet werden, als solche zu kennzeichnen und gehen allen anderen Maßnahmen vor. Andere Maßnahmen dürfen nicht gestattet werden, soweit sie die Teilnahme an Maßnahmen nach Satz 1 beeinträchtigen würden.

**(3)** Die Jugendstrafgefangenen sind verpflichtet, an den im Vollzugs- und Eingliederungsplan als erforderlich erachteten Maßnahmen teilzunehmen.

**(4)** Spätestens ein Jahr vor dem voraussichtlichen Entlassungszeitpunkt hat die Planung zur Vorbereitung der Eingliederung zu beginnen. Anknüpfend an die bisherige Vollzugsplanung werden ab diesem Zeitpunkt die Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 21 konkretisiert oder ergänzt. Insbesondere ist Stellung zu nehmen zu

1. der Unterbringung im offenen Vollzug,
2. der Unterkunft sowie Arbeit oder Ausbildung nach der Entlassung,
3. der Unterstützung bei notwendigen Behördengängen und der Beschaffung der notwendigen persönlichen Dokumente,
4. der Beteiligung der Bewährungshilfe und der Forensischen Ambulanzen,
5. der Kontaktaufnahme zu Einrichtungen der Entlassenenhilfe,
6. der Fortsetzung von im Vollzug noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen,
7. Anregungen von Auflagen und Weisungen für die Bewährungs- oder Führungsaufsicht,
8. der Vermittlung in nachsorgende Maßnahmen und
9. der nachgehenden Betreuung durch Bedienstete.

## **§ 16**

### **Ermittlung des Förder- und Erziehungsbedarfs der jungen Untersuchungsgefangenen, Maßnahmen**

(1) Nach dem Aufnahmeverfahren wird der Förder- und Erziehungsbedarf der jungen Untersuchungsgefangenen unter Berücksichtigung ihrer Persönlichkeit und ihrer Lebensverhältnisse ermittelt.

(2) In einer Konferenz mit an der Erziehung maßgeblich beteiligten Bediensteten werden der Förder- und Erziehungsbedarf erörtert und die sich daraus ergebenden Maßnahmen festgelegt. Diese werden mit den jungen Untersuchungsgefangenen besprochen und den Personensorgeberechtigten auf Verlangen mitgeteilt.

## **Dritter Abschnitt**

### **Unterbringung und Verlegung**

## **§ 17**

### **Trennungsgrundsätze**

(1) Jeweils getrennt voneinander werden untergebracht

1. männliche und weibliche Gefangene,
2. Strafgefangene, Jugendstrafgefangene und Untersuchungsgefangene sowie
3. junge Untersuchungsgefangene und die übrigen Untersuchungsgefangenen.

Die Unterbringung erfolgt in eigenständigen Anstalten, zumindest in getrennten Abteilungen.

**(2)** Abweichend von Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 können Untersuchungsgefangene zusammen mit Strafgefangenen untergebracht werden

1. mit Zustimmung der jeweiligen Untersuchungsgefangenen,
2. zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO oder
3. aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt.

Das gilt für junge Untersuchungsgefangene nur, wenn eine erzieherische Gestaltung des Vollzugs gewährleistet bleibt und schädliche Einflüsse auf die jungen Untersuchungsgefangenen nicht zu befürchten sind. Unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 können sie auch mit den übrigen Untersuchungsgefangenen und mit Jugendstrafgefangenen untergebracht werden.

**(3)** Über Absatz 2 hinaus können Gefangene ausnahmsweise mit solchen anderer Haftarten untergebracht werden, wenn ihre geringe Anzahl eine getrennte Unterbringung nicht zulässt und das Vollzugsziel nicht gefährdet wird. Bei jungen Gefangenen muss zudem die erzieherische Gestaltung des Vollzugs gewährleistet sein.

**(4)** Absatz 1 gilt nicht für eine Unterbringung zum Zwecke der medizinischen Behandlung.

**(5)** Gemeinsame Maßnahmen, insbesondere zur schulischen und beruflichen Qualifizierung, sind zulässig.

## **§ 18**

### **Unterbringung während der Einschlusszeiten**

- (1) Die Gefangenen werden in ihren Hafträumen einzeln untergebracht.
- (2) Mit ihrer Zustimmung können sie gemeinsam untergebracht werden, wenn schädliche Einflüsse nicht zu befürchten sind. Bei einer Gefahr für Leben oder Gesundheit oder bei Hilfsbedürftigkeit ist die Zustimmung der gefährdeten oder hilfsbedürftigen Gefangenen zur gemeinsamen Unterbringung entbehrlich.
- (3) Darüber hinaus ist eine gemeinsame Unterbringung nur vorübergehend und aus zwingenden Gründen zulässig.

## **§ 19**

### **Aufenthalt außerhalb der Einschlusszeiten**

- (1) Außerhalb der Einschlusszeiten dürfen sich die Gefangenen in Gemeinschaft aufhalten.
- (2) Der gemeinschaftliche Aufenthalt kann eingeschränkt werden,
1. wenn es die Sicherheit oder Ordnung in der Anstalt erfordert,
  2. wenn ein schädlicher Einfluss auf andere Gefangene zu befürchten ist,
  3. während des Diagnoseverfahrens, aber nicht länger als acht Wochen,
  4. bei jungen Gefangenen, wenn dies aus erzieherischen Gründen angezeigt ist,



5. zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO oder

6. bei jungen Untersuchungsgefangenen während der ersten zwei Wochen nach der Aufnahme.

## **§ 20**

### **Wohngruppenvollzug**

**(1)** Der Wohngruppenvollzug dient der Einübung sozial-verträglichen Zusammenlebens, insbesondere von Toleranz sowie der Übernahme von Verantwortung für sich und andere. Er ermöglicht den dort Untergebrachten, ihren Vollzugsalltag weitgehend selbständig zu regeln.

**(2)** Eine Wohngruppe wird in einem baulich abgegrenzten Bereich mit bis zu 15 Personen eingerichtet, zu dem neben den Hafräumen weitere Räume und Einrichtungen zur gemeinsamen Nutzung gehören. Sie wird in der Regel von fest zugeordneten Bediensteten betreut.

**(3)** Geeignete junge Gefangene werden grundsätzlich in Wohngruppen untergebracht. Nicht geeignet sind in der Regel junge Gefangene, die aufgrund ihres Verhaltens nicht gruppenfähig sind. Sie sollen durch gezielte Maßnahmen zum Wohngruppenvollzug befähigt werden.

**(4)** Strafgefangene können in Wohngruppen untergebracht werden.

## **§ 21**

### **Unterbringung von Sorgeberechtigten mit Kindern**

**(1)** Ein Kind kann mit Zustimmung des Aufenthaltsbestimmungsberechtigten bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres in der Anstalt untergebracht werden, in der sich ein Sorgeberechtigter befindet, wenn die baulichen Gegebenheiten dies zulassen und Sicherheitsgründe nicht entgegenstehen. Vor der Unterbringung ist das Jugendamt zu hören.

**(2)** Die Unterbringung erfolgt auf Kosten der für das Kind Unterhaltspflichtigen. Von der Geltendmachung des Kostenersatzanspruchs kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn hierdurch die gemeinsame Unterbringung von Sorgeberechtigtem und Kind gefährdet würde.

## **§ 22**

### **Geschlossener und offener Vollzug**

**(1)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen werden im geschlossenen oder offenen Vollzug untergebracht. Anstalten des offenen Vollzugs oder Abteilungen des offenen Vollzugs sehen keine oder nur verminderte Vorkehrungen gegen Entweichungen vor.

**(2)** Die Strafgefangenen sollen im offenen Vollzug untergebracht werden, wenn sie dessen besonderen Anforderungen genügen, namentlich nicht zu befürchten ist, dass sie sich dem Vollzug entziehen oder die Möglichkeiten des offenen Vollzugs zu Straftaten missbrauchen werden.

**(3)** Die Jugendstrafgefangenen sollen im offenen Vollzug untergebracht werden, wenn sie dessen besonderen Anforderungen genügen, insbesondere verantwortet werden kann, zu erproben, dass sie sich dem Vollzug nicht entziehen oder die Möglichkeiten des offenen Vollzugs nicht zur Begehung von Straftaten missbrauchen werden.

**(4)** Bei Straf- und Jugendstrafgefangenen, gegen die während des laufenden Freiheitsentzugs eine Strafe wegen einer schwerwiegenden Straftat gegen Leib oder Leben oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit Ausnahme der §§ 180a und 181a StGB vollzogen wurde oder zu vollziehen ist, bedarf die Entscheidung, ob eine Unterbringung im offenen Vollzug verantwortet werden kann, besonders gründlicher Prüfung. Bei der Entscheidung sind auch die Feststellungen im Urteil und die im Ermittlungs- oder Strafverfahren erstatteten Gutachten zu berücksichtigen.

**(5)** Genügen die Straf- und Jugendstrafgefangenen den besonderen Anforderungen des offenen Vollzugs nicht mehr, werden sie im geschlossenen Vollzug untergebracht.

**(6)** Die Untersuchungsgefangenen werden im geschlossenen Vollzug untergebracht.

## **§ 23**

### **Verlegung und Überstellung**

**(1)** Die Gefangenen können abweichend vom Vollstreckungsplan in eine andere Anstalt verlegt werden, wenn Gründe der Vollzugsorganisation oder andere wichtige Gründe

dies erfordern. Sie dürfen aus wichtigem Grund in eine andere Anstalt überstellt werden.

(2) Darüber hinaus können die Straf- und Jugendstrafgefangenen abweichend vom Vollstreckungsplan in eine andere Anstalt verlegt werden, wenn die Erreichung des Vollzugsziels hierdurch gefördert wird.

(3) Die Untersuchungsgefangenen können zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO verlegt oder überstellt werden.

(4) Vor einer Verlegung oder Überstellung von Untersuchungsgefangenen ist dem Gericht und der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. § 12 Abs. 5 gilt entsprechend.

(5) Bei jungen Gefangenen werden die Personensorgeberechtigten und das Jugendamt, bei Jugendstrafgefangenen auch der Vollstreckungsleiter, von der Verlegung unverzüglich unterrichtet.

## **Vierter Abschnitt**

### **Sozial- und Psychotherapie**

#### **§ 24**

#### **Sozialtherapie**

(1) Sozialtherapie dient der Verringerung einer erheblichen Gefährlichkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen. Auf der Grundlage einer therapeutischen Gemeinschaft bedient sie sich

psychologischer, psychotherapeutischer, sozialpädagogischer und arbeitstherapeutischer Methoden, die in umfassenden Behandlungsprogrammen verbunden werden. Personen aus dem Lebensumfeld der Straf- und Jugendstrafgefangenen außerhalb des Vollzugs werden in die Behandlung einbezogen.

**(2)** Straf- und Jugendstrafgefangene sind in einer sozialtherapeutischen Abteilung unterzubringen, wenn ihre Teilnahme an den dortigen Behandlungsprogrammen zur Verringerung ihrer erheblichen Gefährlichkeit angezeigt ist. Eine erhebliche Gefährlichkeit liegt vor, wenn schwerwiegende Straftaten gegen Leib oder Leben, die persönliche Freiheit oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu erwarten sind.

**(3)** Im Übrigen können Straf- und Jugendstrafgefangene in einer sozialtherapeutischen Abteilung untergebracht werden, wenn die Teilnahme an den dortigen Behandlungsprogrammen zur Erreichung des Vollzugsziels angezeigt ist.

**(4)** Die Unterbringung soll zu einem Zeitpunkt erfolgen, der entweder den Abschluss der Behandlung zum voraussichtlichen Entlassungszeitpunkt erwarten lässt oder die Fortsetzung der Behandlung nach der Entlassung ermöglicht. Ist Sicherungsverwahrung angeordnet oder vorbehalten, soll die Unterbringung zu einem Zeitpunkt erfolgen, der den Abschluss der Behandlung noch während des Vollzugs der Freiheitsstrafe oder Jugendstrafe erwarten lässt.

**(5)** Die Unterbringung wird beendet, wenn das Ziel der Behandlung aus Gründen, die in der Person des Straf- oder Jugendstrafgefangenen liegen, nicht erreicht werden kann.

## **§ 25**

### **Psychologische Interventionen und Psychotherapie**

Psychologische Intervention und Psychotherapie im Vollzug dienen insbesondere der Behandlung psychischer Störungen des Verhaltens und Erlebens, die in einem Zusammenhang mit der Straffälligkeit stehen. Sie wird durch systematische Anwendung wissenschaftlich fundierter psychologischer und psychotherapeutischer Methoden mit einem oder mehreren Gefangenen durchgeführt.

## **Fünfter Abschnitt**

### **Arbeitstherapeutische Maßnahmen, Arbeitstraining, schulische und berufliche Qualifizierungsmaß- nahmen, Arbeit**

## **§ 26**

### **Arbeitstherapeutische Maßnahmen**

Arbeitstherapeutische Maßnahmen dienen dazu, dass die Gefangenen Eigenschaften wie Selbstvertrauen, Durchhaltevermögen und Konzentrationsfähigkeit einüben, um sie stufenweise an die Grundanforderungen des Arbeitslebens heranzuführen.

## **§ 27**

### **Arbeitstraining**

Arbeitstraining dient dazu, Gefangenen, die nicht in der Lage sind, einer regelmäßigen und erwerbsorientierten Beschäftigung nachzugehen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu

vermitteln, die eine Eingliederung in das leistungsorientierte Arbeitsleben fördern. Die in der Anstalt dafür vorgehaltenen Maßnahmen sind danach auszurichten, dass sie den Gefangenen für den Arbeitsmarkt relevante Qualifikationen vermitteln.

## **§ 28**

### **Schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen**

**(1)** Schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung und vorberufliche Qualifizierung im Vollzug haben das Ziel, die Fähigkeiten der Gefangenen zur Eingliederung und zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach der Haftentlassung zu vermitteln, zu verbessern oder zu erhalten. Bei der Festlegung von Inhalten, Methoden und Organisationsformen der Bildungsangebote werden die Besonderheiten der jeweiligen Zielgruppe berücksichtigt. Schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung werden in der Regel als Vollzeitmaßnahme durchgeführt.

**(2)** Die Jugendstrafgefangenen und minderjährigen Untersuchungsgefangenen sind vorrangig zur Teilnahme an schulischen und beruflichen Orientierungs-, Berufsvorbereitungs-, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen oder speziellen Maßnahmen zur Förderung ihrer schulischen, beruflichen oder persönlichen Entwicklung verpflichtet.

**(3)** Geeigneten Straf- und Jugendstrafgefangenen soll die Teilnahme an einer schulischen oder beruflichen Ausbildung ermöglicht werden, die zu einem anerkannten Abschluss führt.

**(4)** Geeigneten Untersuchungsgefangenen soll nach Möglichkeit Gelegenheit zum Erwerb oder zur Verbesserung schulischer und beruflicher Kenntnisse, auch zum Erwerb eines anerkannten Abschlusses, gegeben werden, soweit es die besonderen Bedingungen der Untersuchungshaft zulassen.

**(5)** Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen sind danach auszurichten, dass sie den Gefangenen für den Arbeitsmarkt relevante Qualifikationen vermitteln.

**(6)** Bei der Vollzugsplanung ist darauf zu achten, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen Qualifizierungsmaßnahmen während ihrer Haftzeit abschließen oder sie nach der Inhaftierung fortsetzen können. Können Maßnahmen während der Haftzeit nicht abgeschlossen werden, trägt die Anstalt in Zusammenarbeit mit außervollzuglichen Einrichtungen dafür Sorge, dass die begonnene Qualifizierungsmaßnahme nach der Haft fortgesetzt werden kann.

**(7)** Nachweise über schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen dürfen keinen Hinweis auf die Inhaftierung enthalten.

## **§ 29**

### **Arbeit**

**(1)** Die Straf- und die Jugendstrafgefangenen sind verpflichtet, eine ihnen zugewiesene, ihren körperlichen Fähigkeiten angemessene Arbeit oder sonstige Beschäftigung auszuüben, zu deren Verrichtung sie aufgrund ihres körperlichen Zustandes in der Lage sind. Sie können jährlich bis zu drei Monaten zu



Hilfstätigkeiten in der Anstalt verpflichtet werden, mit ihrer Zustimmung auch darüber hinaus. § 15 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Strafgefangene, die die Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht haben, und nicht für werdende und stillende Mütter, soweit gesetzliche Beschäftigungsverbote zum Schutz erwerbstätiger Mütter bestehen.

(2) Den Untersuchungsgefangenen soll nach Möglichkeit Arbeit oder sonstige Beschäftigung angeboten werden, die ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen berücksichtigt.

(3) Nehmen die Gefangenen eine Arbeit auf, gelten die von der Anstalt festgelegten Arbeitsbedingungen. Die Arbeit darf nicht zur Unzeit niedergelegt werden.

## **§ 30**

### **Freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung**

(1) Straf- und Jugendstrafgefangenen, die zum Freigang (§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4) zugelassen sind, soll gestattet werden, einer Arbeit oder einer schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahme auf der Grundlage eines freien Beschäftigungsverhältnisses oder der Selbstbeschäftigung außerhalb der Anstalt nachzugehen, wenn die Beschäftigungsstelle geeignet ist und nicht überwiegende Gründe des Vollzugs entgegenstehen. § 48 gilt entsprechend.

(2) Das Entgelt ist der Anstalt zur Gutschrift für die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu überweisen.

## **§ 31**

### **Freistellung von der Arbeitspflicht**

**(1)** Haben die Gefangenen ein halbes Jahr lang eine Maßnahme nach den §§ 26 und 27 oder eine zugewiesene Arbeit nach § 29 Abs. 1 Satz 1 oder eine Hilfstätigkeit nach § 29 Abs. 1 Satz 2 ausgeübt, so können sie beanspruchen, zehn Arbeitstage von diesen Beschäftigungen freigestellt zu werden. Zeiten, in denen die Gefangenen infolge Krankheit an der Arbeitsleistung verhindert waren, werden auf das Halbjahr mit bis zu 15 Arbeitstagen angerechnet. Der Anspruch verfällt, wenn die Freistellung nicht innerhalb eines halben Jahres nach seiner Entstehung erfolgt ist.

**(2)** Auf die Zeit der Freistellung wird bei Straf- und Jugendstrafgefangenen Langzeitausgang (§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3) angerechnet, soweit er in die Arbeitszeit fällt. Gleiches gilt für einen Langzeitausgang nach § 47 Abs. 1, soweit er nicht wegen des Todes oder einer lebensgefährlichen Erkrankung naher Angehöriger erteilt worden ist.

**(3)** Die Gefangenen erhalten für die Zeit der Freistellung ihr Arbeitsentgelt weiter.

**(4)** Urlaubsregelungen freier Beschäftigungsverhältnisse bleiben unberührt.

**(5)** Für Maßnahmen nach § 28 Abs. 1 gilt Absatz 1 bis 4 entsprechend.

## **§ 32**

### **Freistellung von der Arbeit, Anrechnung der Freistellung auf den Entlassungszeitpunkt**

**(1)** Die Arbeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen wird neben der Gewährung von Arbeitsentgelt (§ 66 Abs. 1) durch Freistellung von der Arbeit (Freistellung) anerkannt, die auch als Langzeitausgang genutzt oder auf den Entlassungszeitpunkt angerechnet werden kann.

**(2)** Haben sie zwei Monate lang zusammenhängend eine Arbeit oder sonstige Beschäftigung ausgeübt, so werden sie auf Antrag einen Arbeitstag von der Arbeit freigestellt. § 31 bleibt unberührt. Durch Zeiten, in denen sie ohne ihr Verschulden durch Krankheit, Ausföhrung, Ausgang, Langzeitausgang, Freistellung von der Arbeit oder sonstige nicht von ihnen zu vertretende Gründe an der Arbeitsleistung gehindert sind, wird die Frist nach Satz 1 gehemmt. Beschäftigungszeiträume von weniger als zwei Monaten bleiben unberücksichtigt.

**(3)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen können beantragen, dass die Freistellung nach Absatz 2 in Form von Langzeitausgang gewährt wird. § 46 Abs. 2 bis 5 und § 48 gelten entsprechend.

**(4)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen erhalten für die Zeit der Freistellung von der Arbeit ihre zuletzt gezahlten Bezüge weiter.

**(5)** Stellen die Straf- und Jugendstrafgefangenen keinen Antrag nach Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 oder kann die

Freistellung von der Arbeit nach Maßgabe des Absatzes 3 Satz 2 nicht gewährt werden, so wird sie nach Absatz 2 Satz 1 von der Anstalt auf den Entlassungszeitpunkt der Gefangenen angerechnet.

**(6)** Eine Anrechnung nach Absatz 5 ist bei Strafgefangenen ausgeschlossen,

1. soweit eine lebenslange Freiheitsstrafe vollstreckt wird und ein Entlassungszeitpunkt noch nicht bestimmt ist,
2. bei einer Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer Freiheitsstrafe zur Bewährung, soweit wegen des von der Entscheidung des Gerichts bis zur Entlassung verbleibenden Zeitraums eine Anrechnung nicht mehr möglich ist,
3. wenn dies vom Gericht angeordnet wird, weil bei einer Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer Freiheitsstrafe zur Bewährung die Lebensverhältnisse des Strafgefangenen oder die Wirkungen, die von der Aussetzung für ihn zu erwarten sind, die Vollstreckung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erfordern,
4. wenn nach § 456a Abs. 1 StPO von der Vollstreckung abgesehen wird oder
5. wenn die Strafgefangenen im Gnadenwege aus der Haft entlassen werden.

**(7)** Eine Anrechnung nach Absatz 5 bei Jugendstrafgefangenen ist ausgeschlossen

1. bei einer Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer Jugendstrafe zur Bewährung, soweit wegen des von der Entscheidung des Gerichts bis zur Entlassung verbleibenden Zeitraums eine Anrechnung nicht mehr möglich ist,

2. wenn dies vom Gericht angeordnet wird, weil bei einer Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer Jugendstrafe zur Bewährung die Lebensverhältnisse der Jugendstrafgefangenen oder die Wirkungen, die von der Aussetzung für sie zu erwarten sind, die Vollstreckung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erfordern,
3. wenn nach § 2 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in Verbindung mit § 456a Abs. 1 StPO von der Vollstreckung abgesehen wird oder
4. wenn die Jugendstrafgefangenen im Gnadenwege aus der Haft entlassen werden.

**(8)** Soweit eine Anrechnung nach den Absätzen 6 und 7 ausgeschlossen ist, erhalten die Straf- und Jugendstrafgefangenen bei ihrer Entlassung für Arbeit oder sonstige Beschäftigung als Ausgleichsentschädigung zusätzlich 15 vom Hundert des Entgelts nach § 66 Abs. 3 und 4. Der Anspruch entsteht erst mit der Entlassung; vor der Entlassung ist der Anspruch nicht verzinslich, nicht abtretbar und nicht vererblich. Strafgefangenen, bei denen eine Anrechnung nach Absatz 6 Nr. 1 ausgeschlossen ist, wird die Ausgleichszahlung bereits nach Verbüßung von jeweils zehn Jahren der lebenslangen Freiheitsstrafe zum Eigengeld (§ 67) gutgeschrieben, soweit sie nicht vor diesem Zeitpunkt entlassen werden; § 57 Abs. 4 StGB gilt entsprechend.

**(9)** Für Straf- und Jugendstrafgefangene, die an einer Maßnahme nach § 28 teilnehmen, gelten die Absätze 1 bis 8 entsprechend.

**Sechster Abschnitt**  
**Besuche, Telefongespräche, Schriftwechsel,**  
**andere Formen der Telekommunikation und Pakete**  
**§ 33**  
**Grundsatz**

Die Gefangenen haben das Recht, mit Personen außerhalb der Anstalt im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes zu verkehren.

**§ 34**  
**Besuch**

**(1)** Die Gefangenen dürfen regelmäßig Besuch empfangen. Die Gesamtdauer beträgt im Vollzug der Freiheitsstrafe mindestens zwei, im Vollzug der Untersuchungshaft mindestens drei, im Vollzug der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen mindestens vier Stunden im Monat.

**(2)** Kontakte der Gefangenen zu ihren leiblichen Kindern und ihren Adoptivkindern unter 14 Jahren werden besonders gefördert. Deren Besuche werden im Umfang von bis zu zwei Stunden bei Straf- und Untersuchungsgefangenen nicht auf die Regelbesuchszeiten angerechnet. Bei jungen Gefangenen erfolgt keine Anrechnung.

**(3)** Besuche von Angehörigen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB werden besonders unterstützt.

**(4)** Besuche sollen darüber hinaus zugelassen werden, wenn sie

1. persönlichen, rechtlichen oder geschäftlichen Angelegenheiten der Gefangenen dienen, die nicht von diesen schriftlich erledigt, durch Dritte wahrgenommen oder bis zur voraussichtlichen Entlassung aufgeschoben werden können,
2. die Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen oder
3. die Erziehung der jungen Gefangenen fördern.

(5) Der Anstaltsleiter kann mehrstündige, unbeaufsichtigte Besuche (Langzeitbesuche) zulassen, wenn dies der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen dient und sie hierfür geeignet sind.

(6) Besuche von Verteidigern sowie von Rechtsanwälten und Notaren in einer die Gefangenen betreffenden Rechtssache sind zu gestatten. Dies gilt auch für Besuche von Beiständen nach § 69 JGG.

## **§ 35**

### **Untersagung der Besuche**

Der Anstaltsleiter kann Besuche untersagen, wenn

1. die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde,
2. bei Personen, die nicht Angehörige der Strafgefangenen und jungen Gefangenen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB sind, zu befürchten ist, dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Strafgefangenen und jungen Gefangenen haben oder die Erreichung des Vollzugsziels behindern,
3. bei Personen, die Opfer einer Straftat des Gefangenen waren oder im Haftbefehl als Opfer benannt werden, zu

befürchten ist, dass die Begegnung mit den Gefangenen einen schädlichen Einfluss auf sie hat, oder  
4. die Personensorgeberechtigten nicht einverstanden sind.

## **§ 36**

### **Durchführung der Besuche**

**(1)** Aus Gründen der Sicherheit können Besuche davon abhängig gemacht werden, dass sich die Besucher mit technischen oder sonstigen Hilfsmitteln absuchen oder durchsuchen lassen. Eine inhaltliche Überprüfung der von Verteidigern oder von Beiständen nach § 69 JGG mitgeführten Schriftstücke und sonstigen Unterlagen ist nicht zulässig. § 42 Abs. 2 Satz 2 und 3 bleibt unberührt.

**(2)** Besuche werden regelmäßig beaufsichtigt. Über Ausnahmen entscheidet der Anstaltsleiter. Die Beaufsichtigung kann mit technischen Hilfsmitteln durchgeführt werden; die betroffenen Personen sind vorher darauf hinzuweisen. Eine Aufzeichnung findet nicht statt.

**(3)** Besuche von Verteidigern und von Beiständen nach § 69 JGG werden nicht beaufsichtigt.

**(4)** Besuche dürfen abgebrochen werden, wenn Besucher oder Gefangene gegen dieses Gesetz oder gegen aufgrund dieses Gesetzes getroffene Anordnungen trotz Abmahnung verstoßen oder von den Besuchern ein schädlicher Einfluss auf junge Gefangene ausgeht. Dies gilt auch bei einem Verstoß gegen eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO. Die Abmahnung



unterbleibt, wenn es unerlässlich ist, den Besuch sofort abubrechen.

**(5)** Gegenstände dürfen beim Besuch nicht übergeben werden. Dies gilt nicht für die bei dem Besuch der Verteidiger oder der Beistände nach § 69 JGG übergebenen Schriftstücke und sonstigen Unterlagen sowie für die bei dem Besuch von Rechtsanwälten oder Notaren zur Erledigung einer die Gefangenen betreffenden Rechtssache übergebenen Schriftstücke und sonstigen Unterlagen. Bei dem Besuch von Rechtsanwälten oder Notaren kann die Übergabe aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt von der Erlaubnis des Anstaltsleiters abhängig gemacht werden. § 42 Abs. 2 Satz 2 und 3 bleibt unberührt.

**(6)** Der Anstaltsleiter kann im Einzelfall die Nutzung einer Trennvorrichtung anordnen, wenn dies zur Verhinderung einer Übergabe von Gegenständen erforderlich ist.

## **§ 37**

### **Überwachung der Gespräche**

**(1)** Gespräche dürfen überwacht werden, soweit es im Einzelfall

1. aus Gründen der Sicherheit,
2. bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen wegen einer Gefährdung der Erreichung des Vollzugsziels,
3. bei jungen Gefangenen aus Gründen der Erziehung oder
4. zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich ist.

**(2)** Gespräche mit Verteidigern oder mit Beiständen nach § 69 JGG werden nicht überwacht.

### **§ 38**

#### **Telefongespräche**

**(1)** Den Gefangenen kann gestattet werden, Telefongespräche zu führen. Die Bestimmungen über den Besuch gelten entsprechend. Eine beabsichtigte Überwachung teilt die Anstalt den Gefangenen rechtzeitig vor Beginn des Telefongesprächs und den Gesprächspartnern der Gefangenen unmittelbar nach Herstellung der Verbindung mit.

**(2)** Die Kosten der Telefongespräche tragen die Gefangenen. Sind sie dazu nicht in der Lage, kann die Anstalt die Kosten in begründeten Fällen in angemessenem Umfang übernehmen.

### **§ 39**

#### **Schriftwechsel**

**(1)** Die Gefangenen haben das Recht, Schreiben abzusenden und zu empfangen.

**(2)** Die Kosten des Schriftwechsels tragen die Gefangenen. Sind sie dazu nicht in der Lage, kann die Anstalt die Kosten in begründeten Fällen in angemessenem Umfang übernehmen.

## **§ 40**

### **Untersagung des Schriftwechsels**

Der Anstaltsleiter kann den Schriftwechsel mit bestimmten Personen untersagen, wenn

1. die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde,
2. bei Personen, die nicht Angehörige der Strafgefangenen und jungen Gefangenen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB sind, zu befürchten ist, dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Strafgefangenen und jungen Gefangenen haben oder die Erreichung des Vollzugsziels behindern,
3. bei Personen, die Opfer der Straftat waren oder im Haftbefehl als Opfer benannt werden, zu befürchten ist, dass der Schriftwechsel mit den Gefangenen einen schädlichen Einfluss auf sie hat, oder
4. die Personensorgeberechtigten nicht einverstanden sind.

## **§ 41**

### **Sichtkontrolle, Weiterleitung und Aufbewahrung von Schreiben**

**(1)** Die Gefangenen haben das Absenden und den Empfang ihrer Schreiben durch die Anstalt vermitteln zu lassen, soweit nichts anderes gestattet ist.

**(2)** Ein- und ausgehende Schreiben werden auf verbotene Gegenstände kontrolliert und sind unverzüglich weiterzuleiten.

**(3)** Die Gefangenen haben eingehende Schreiben unverschlossen zu verwahren, sofern nichts anderes gestattet wird. Sie können sie verschlossen zu ihrer Habe geben.

## **§ 42**

### **Überwachung des Schriftwechsels**

**(1)** Der Schriftwechsel darf überwacht werden, soweit es im Einzelfall

1. aus Gründen der Sicherheit,
2. bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen wegen einer Gefährdung der Erreichung des Vollzugsziels,
3. bei jungen Gefangenen aus Gründen der Erziehung oder
4. zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich ist.

**(2)** Der Schriftwechsel der Gefangenen mit ihren Verteidigern oder Beiständen nach § 69 JGG wird nicht überwacht. Liegt dem Vollzug der Freiheits- oder Jugendstrafe eine Straftat nach § 129a StGB, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1 StGB, zugrunde, gelten § 148 Abs. 2 und § 148a StPO entsprechend; dies gilt nicht, wenn die Straf- oder Jugendstrafgefangenen sich im offenen Vollzug befinden oder wenn ihnen Lockerungen nach § 46 Abs. 1 gewährt worden sind und ein Grund, der den Anstaltsleiter zum Widerruf von Lockerungen ermächtigt, nicht vorliegt. Satz 2 gilt auch, wenn eine Freiheits- oder Jugendstrafe wegen einer Straftat nach § 129a StGB, auch in Verbindung mit § 129b Abs. 1 StGB, erst im Anschluss an den Vollzug der Freiheits- oder Jugendstrafe, der eine andere Verurteilung zugrunde liegt, zu vollstrecken ist.

**(3)** Nicht überwacht werden ferner Schreiben der Gefangenen an Volksvertretungen des Bundes und der Länder sowie an deren Mitglieder, soweit die Schreiben an die Anschriften dieser Volksvertretungen gerichtet sind und den Absender

zutreffend angeben. Entsprechendes gilt für Schreiben an das Europäische Parlament und dessen Mitglieder, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, den Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, den Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter, den zugehörigen Unterausschuss zur Verhütung von Folter und die entsprechenden nationalen Präventionsmechanismen, die konsularische Vertretung ihres Heimatlandes und weitere Einrichtungen, mit denen der Schriftverkehr aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland geschützt ist. Satz 1 gilt auch für den Schriftverkehr mit den Bürgerbeauftragten der Länder und den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder. Schreiben der in den Sätzen 1 bis 3 genannten Stellen, die an die Gefangenen gerichtet sind, werden nicht überwacht, sofern die Identität des Absenders zweifelsfrei feststeht.

## **§ 43**

### **Anhalten von Schreiben**

**(1)** Der Anstaltsleiter kann Schreiben anhalten, wenn

1. die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde,
2. die Weitergabe in Kenntnis ihres Inhalts einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklichen würde,
3. sie grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen oder grobe Beleidigungen enthalten,
4. sie in Geheim- oder Kurzschrift, unlesbar, unverständlich oder ohne zwingenden Grund in einer fremden Sprache abgefasst sind,

5. bei Straf- oder Jugendstrafgefangenen die Erreichung des Vollzugsziels gefährdet würde,
6. es die Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft erfordert oder
7. sie die Eingliederung anderer Straf- und Jugendstrafgefangener gefährden können.

(2) Ausgehenden Schreiben, die unrichtige Darstellungen enthalten, kann ein Begleitschreiben beigelegt werden, wenn die Gefangenen auf dem Absenden bestehen.

(3) Sind Schreiben angehalten worden, wird das den Gefangenen mitgeteilt. Hiervon kann im Vollzug der Untersuchungshaft abgesehen werden, wenn und solange es dessen Aufgabe erfordert. Soweit angehaltene Schreiben nicht beschlagnahmt werden, werden sie an den Absender zurückgegeben oder, sofern dies unmöglich oder aus besonderen Gründen nicht angezeigt ist, verwahrt.

(4) Schreiben, deren Überwachung ausgeschlossen ist, dürfen nicht angehalten werden.

## **§ 44**

### **Andere Formen der Telekommunikation**

Nach Zulassung anderer Formen der Telekommunikation im Sinne des Telekommunikationsgesetzes durch die Aufsichtsbehörde (§ 113 Abs. 1) kann der Anstaltsleiter den Gefangenen gestatten, diese Formen auf ihre Kosten zu nutzen. Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten entsprechend.

## **§ 45**

### **Pakete**

**(1)** Den Gefangenen kann gestattet werden, Pakete zu empfangen. Der Empfang von Paketen mit Nahrungs- und Genussmitteln ist untersagt. Die Anstalt kann Anzahl, Gewicht und Größe von Sendungen und einzelnen Gegenständen festsetzen. Über § 55 Abs. 1 Satz 2 hinaus kann sie Gegenstände und Verpackungsformen ausschließen, die einen unverhältnismäßigen Kontrollaufwand bedingen.

**(2)** Die Anstalt kann die Annahme von Paketen, deren Einbringung nicht gestattet ist oder die die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllen, ablehnen oder solche Pakete an den Absender zurücksenden.

**(3)** Pakete sind in Gegenwart der Gefangenen zu öffnen, an die sie adressiert sind. Mit nicht zugelassenen oder ausgeschlossenen Gegenständen ist nach § 58 Abs. 3 zu verfahren. Sie können auch auf Kosten der Gefangenen zurückgesandt werden.

**(4)** Der Empfang von Paketen kann vorübergehend versagt werden, wenn dies wegen der Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung unerlässlich ist.

**(5)** Den Gefangenen kann gestattet werden, Pakete zu versenden. Der Inhalt kann aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung überprüft werden.

**(6)** Die Kosten des Paketversandes tragen die Gefangenen. Sind sie dazu nicht in der Lage, kann die Anstalt die Kosten in begründeten Fällen in angemessenem Umfang übernehmen.

## **Siebter Abschnitt**

### **Lockerungen und sonstige Aufenthalte außerhalb der Anstalt**

#### **§ 46**

#### **Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels**

**(1)** Aufenthalte außerhalb der Anstalt ohne Aufsicht (Lockerungen) können den Straf- und Jugendstrafgefangenen zur Erreichung des Vollzugsziels gewährt werden, namentlich

1. das Verlassen der Anstalt für bis zu 24 Stunden in Begleitung einer von der Anstalt zugelassenen Person (Begleitausgang),
2. das Verlassen der Anstalt für bis zu 24 Stunden ohne Begleitung (unbegleiteter Ausgang),
3. das Verlassen der Anstalt für mehrere Tage (Langzeitausgang),
4. die regelmäßige Beschäftigung außerhalb der Anstalt (Freigang) und
5. im Vollzug der Jugendstrafe die Unterbringung in besonderen Erziehungseinrichtungen.

Vor Gewährung von Lockerungen nach Satz 1 Nr. 3 und 5 wird der Vollstreckungsleiter gehört.



**(2)** Die Lockerungen dürfen gewährt werden, wenn verantwortet werden kann, zu erproben, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen sich dem Vollzug der Freiheitsstrafe nicht entziehen oder die Lockerungen nicht zu Straftaten missbrauchen werden. Jugendstrafgefangenen können sie versagt werden, wenn sie ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommen.

**(3)** Bei Straf- und Jugendstrafgefangenen, gegen die während des laufenden Freiheitsentzugs eine Strafe wegen einer schwerwiegenden Straftat gegen Leib oder Leben oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit Ausnahme der §§ 180a und 181a StGB vollzogen wurde oder zu vollziehen ist, bedarf die Entscheidung, ob Lockerungen gewährt werden können, besonders gründlicher Prüfung. Bei der Entscheidung sind auch die Feststellungen im Urteil und die im Ermittlungs- oder Strafverfahren erstatteten Gutachten zu berücksichtigen.

**(4)** Ein Langzeitausgang nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 soll in der Regel erst gewährt werden, wenn die Straf- oder Jugendstrafgefangenen sich mindestens sechs Monate im Straf- oder Jugendstrafvollzug befunden haben. Zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Strafgefangene können einen Langzeitausgang erst erhalten, wenn sie sich einschließlich einer vorhergehenden Untersuchungshaft oder einer anderen Freiheitsentziehung in der Regel zehn Jahre im Vollzug befunden haben oder wenn sie im offenen Vollzug untergebracht sind.

**(5)** Durch Lockerungen wird die Vollstreckung der Freiheits- oder Jugendstrafe nicht unterbrochen.

## **§ 47**

### **Lockerungen aus sonstigen Gründen**

(1) Lockerungen können auch aus wichtigem Anlass gewährt werden. Wichtige Anlässe sind insbesondere die Teilnahme an gerichtlichen Terminen, die medizinische Behandlung der Straf- und Jugendstrafgefangenen sowie der Tod oder eine lebensgefährliche Erkrankung naher Angehöriger der Straf- und Jugendstrafgefangenen.

(2) § 46 Abs. 2, 3 und 5 gilt entsprechend.

## **§ 48**

### **Weisungen für Lockerungen**

Für Lockerungen sind die nach den Umständen des Einzelfalls erforderlichen Weisungen zu erteilen. Bei der Ausgestaltung der Lockerungen ist nach Möglichkeit auch den Belangen des Opfers Rechnung zu tragen.

## **§ 49**

### **Ausführung, Außenbeschäftigung, Vorführung, Ausantwortung**

(1) Den Gefangenen kann das Verlassen der Anstalt unter ständiger und unmittelbarer Aufsicht gestattet werden, wenn dies aus besonderen Gründen notwendig ist (Ausführung). Die Gefangenen können auch gegen ihren Willen ausgeführt werden. Liegt die Ausführung ausschließlich im Interesse der Gefangenen, können ihnen die Kosten auferlegt werden. Hiervon ist bei Straf- und Jugendstrafgefangenen abzusehen,

soweit dies die Erreichung des Vollzugsziels, insbesondere die Eingliederung, behindert.

**(2)** Ausführungen zur Befolgung einer gerichtlichen Ladung sind zu ermöglichen, soweit darin das persönliche Erscheinen angeordnet ist.

**(3)** Vor der Gewährung einer Ausführung Untersuchungsgefangener ist dem Gericht und der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

**(4)** Straf- und Jugendstrafgefangenen kann gestattet werden, außerhalb der Anstalt einer regelmäßigen Beschäftigung unter ständiger Aufsicht oder unter Aufsicht in unregelmäßigen Abständen (Außenbeschäftigung) nachzugehen. § 46 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

**(5)** Auf Ersuchen eines Gerichts werden Gefangene vorgeführt, sofern ein Vorführungsbefehl vorliegt. Über Untersuchungsgefangene betreffende Vorführungsersuchen in anderen als dem der Inhaftierung zu Grunde liegenden Verfahren sind das Gericht und die Staatsanwaltschaft unverzüglich zu unterrichten.

**(6)** Gefangene dürfen befristet dem Gewahrsam eines Gerichts, einer Staatsanwaltschaft oder einer Polizei-, Zoll- oder Finanzbehörde auf Antrag überlassen werden (Ausantwortung). Absatz 3 gilt entsprechend.

## **Achter Abschnitt**

### **Vorbereitung der Eingliederung, Entlassung und nachgehende Betreuung**

#### **§ 50**

#### **Vorbereitung der Eingliederung**

**(1)** Die Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung sind auf den Zeitpunkt der voraussichtlichen Entlassung in die Freiheit abzustellen. Die Straf- und Jugendstrafgefangenen sind bei der Ordnung ihrer persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten zu unterstützen. Dies umfasst die Vermittlung in nachsorgende Maßnahmen.

**(2)** Die Anstalt arbeitet frühzeitig mit Personen und Einrichtungen außerhalb des Vollzugs zusammen, insbesondere um zu erreichen, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen nach ihrer Entlassung über eine geeignete Unterbringung und eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle verfügen. Bewährungshilfe und Führungsaufsichtsstelle beteiligen sich frühzeitig an der sozialen und beruflichen Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen.

**(3)** Haben sich die Straf- und Jugendstrafgefangenen mindestens sechs Monate im Vollzug befunden, kann ihnen ein zusammenhängender Langzeitausgang bis zu sechs Monaten gewährt werden, wenn dies zur Vorbereitung der Eingliederung erforderlich ist. § 46 Abs. 1 Satz 2 sowie Abs. 2, 3 und 5 sowie § 48 gelten entsprechend.

**(4)** In einem Zeitraum von sechs Monaten vor der voraussichtlichen Entlassung sind den Straf- und Jugendstraf-

gefangenen die zur Vorbereitung der Eingliederung erforderlichen Lockerungen zu gewähren, sofern nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass sie sich dem Vollzug der Freiheits- oder Jugendstrafe entziehen oder die Lockerungen zu Straftaten missbrauchen werden.

## **§ 51**

### **Entlassung der Straf- und Jugendstrafgefangenen**

**(1)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen sollen am letzten Tag ihrer Strafzeit möglichst frühzeitig, jedenfalls noch am Vormittag, entlassen werden.

**(2)** Fällt das Strafende auf einen Sonnabend oder Sonntag, einen gesetzlichen Feiertag, den ersten Werktag nach Ostern oder Pfingsten oder in die Zeit vom 22. Dezember bis zum 6. Januar, so können die Straf- und Jugendstrafgefangenen an dem diesem Tag oder Zeitraum vorhergehenden Werktag entlassen werden, wenn dies gemessen an der Dauer der Strafzeit vertretbar ist und Gründe der Fürsorge nicht entgegenstehen.

**(3)** Der Entlassungszeitpunkt kann bis zu zwei Tage vorverlegt werden, wenn die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu ihrer Eingliederung hierauf dringend angewiesen sind.

**(4)** Bedürftigen Straf- und Jugendstrafgefangenen kann eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses, angemessener Kleidung oder einer sonstigen notwendigen Unterstützung gewährt werden.

## **§ 52**

### **Nachgehende Betreuung**

Mit Zustimmung des Anstaltsleiters können Bedienstete an der nachgehenden Betreuung entlassener Straf- und Jugendstrafgefangener mit deren Einverständnis mitwirken, wenn ansonsten die Eingliederung gefährdet wäre. Die nachgehende Betreuung kann auch außerhalb der Anstalt erfolgen. In der Regel ist sie auf die ersten sechs Monate nach der Entlassung begrenzt.

## **§ 53**

### **Verbleib oder Aufnahme auf freiwilliger Grundlage**

**(1)** Sofern es die Belegungssituation zulässt, können die Straf- und Jugendstrafgefangenen auf Antrag ausnahmsweise vorübergehend in der Anstalt verbleiben oder wieder aufgenommen werden, wenn die Eingliederung gefährdet und ein Aufenthalt in der Anstalt aus diesem Grunde gerechtfertigt ist.

**(2)** Die Jugendstrafgefangenen können ausnahmsweise nach ihrer Entlassung im Vollzug begonnene Ausbildungs- oder Behandlungsmaßnahmen fortführen, soweit diese nicht anderweitig durchgeführt werden können. Hierzu können sie vorübergehend in der Anstalt untergebracht werden.

**(3)** Die Unterbringung erfolgt auf vertraglicher Basis. Gegen die in der Anstalt untergebrachten Entlassenen dürfen Maßnahmen des Vollzugs nicht mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden.

**(4)** Bei Störung des Anstaltsbetriebs durch die Entlassenen oder aus vollzugsorganisatorischen Gründen können die Unterbringung und die Maßnahme jederzeit beendet werden.

## **§ 54**

### **Entlassung der Untersuchungsgefangenen**

**(1)** Auf Anordnung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft entlässt die Anstalt die Untersuchungsgefangenen unverzüglich aus der Haft, es sei denn, es ist in anderer Sache eine richterlich angeordnete Freiheitsentziehung zu vollziehen.

**(2)** Aus Gründen der Fürsorge kann den Untersuchungsgefangenen der freiwillige Verbleib in der Anstalt bis zum Vormittag des zweiten auf den Eingang der Entlassungsanordnung folgenden Werktags gestattet werden. Der freiwillige Verbleib setzt das schriftliche Einverständnis der Untersuchungsgefangenen voraus, dass die bisher bestehenden Beschränkungen aufrechterhalten bleiben.

**(3)** § 51 Abs. 4 gilt entsprechend.

**Neunter Abschnitt**  
**Grundversorgung und Freizeit**  
**§ 55**  
**Einbringen von Gegenständen**

**(1)** Gegenstände dürfen durch oder für die Gefangenen nur mit Zustimmung der Anstalt eingebracht werden. Die Anstalt kann die Zustimmung verweigern, wenn die Gegenstände geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder die Erreichung des Vollzugsziels zu gefährden oder ihre Aufbewahrung nach Art oder Umfang offensichtlich nicht möglich ist.

**(2)** Das Einbringen von Nahrungs- und Genussmitteln ist nicht gestattet. Der Anstaltsleiter kann eine abweichende Regelung treffen.

**§ 56**  
**Gewahrsam an Gegenständen**

**(1)** Die Gefangenen dürfen Gegenstände nur mit Zustimmung der Anstalt in Gewahrsam haben, annehmen oder abgeben.

**(2)** Ohne Zustimmung dürfen sie Gegenstände von geringem Wert an andere Gefangene weitergeben und von anderen Gefangenen annehmen; die Abgabe und Annahme dieser Gegenstände und der Gewahrsam daran können von der Zustimmung der Anstalt abhängig gemacht werden.



## **§ 57**

### **Ausstattung des Haftraums**

Die Gefangenen dürfen ihren Haftraum in angemessenem Umfang mit eigenen Gegenständen ausstatten oder diese dort aufbewahren. Gegenstände dürfen nicht in den Haftraum eingebracht werden oder werden aus dem Haftraum entfernt, wenn

1. sie geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt, insbesondere die Übersichtlichkeit des Haftraumes zu gefährden oder
2. sie geeignet sind, bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen die Erreichung des Vollzugsziels zu gefährden.

## **§ 58**

### **Aufbewahrung und Vernichtung von Gegenständen**

**(1)** Gegenstände, die die Gefangenen nicht im Haftraum aufbewahren dürfen oder wollen, werden von der Anstalt aufbewahrt, soweit dies nach Art und Umfang möglich ist.

**(2)** Den Gefangenen wird Gelegenheit gegeben, ihre Gegenstände, die sie während des Vollzugs und für ihre Entlassung nicht benötigen, auf ihre Kosten zu versenden. § 45 Abs. 6 gilt entsprechend. Geld wird ihnen als Eigengeld gutgeschrieben.

**(3)** Werden Gegenstände, deren Aufbewahrung nach Art oder Umfang nicht möglich ist, von den Gefangenen trotz Aufforderung nicht aus der Anstalt verbracht, so darf die Anstalt diese Gegenstände auf Kosten der Gefangenen außerhalb der Anstalt verwahren, verwerten oder vernichten. Für die

Voraussetzungen und das Verfahren der Verwertung und Vernichtung gilt § 29 des Polizeiaufgabengesetzes entsprechend.

**(4)** Aufzeichnungen und andere Gegenstände, die Kenntnisse über Sicherungsvorkehrungen der Anstalt vermitteln oder Schlussfolgerungen auf diese zulassen, dürfen vernichtet oder unbrauchbar gemacht werden.

## **§ 59**

### **Religiöse Schriften und Gegenstände**

Die Gefangenen dürfen grundlegende religiöse Schriften sowie in angemessenem Umfang Gegenstände des religiösen Gebrauchs besitzen. Diese dürfen Gefangenen nur bei grobem Missbrauch entzogen werden.

## **§ 60**

### **Zeitungen und Zeitschriften**

**(1)** Die Gefangenen dürfen auf eigene Kosten Zeitungen und Zeitschriften in angemessenem Umfang durch Vermittlung der Anstalt beziehen. Ausgeschlossen sind lediglich Zeitungen und Zeitschriften, deren Verbreitung mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist.

**(2)** Den Straf- und Jugendstrafgefangenen können einzelne Ausgaben vorenthalten oder entzogen werden, wenn deren Inhalte die Erreichung des Vollzugsziels oder die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würden.

(3) Den Untersuchungsgefangenen können Zeitungen oder Zeitschriften vorenthalten werden, wenn dies zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich ist. Für einzelne Ausgaben gilt dies auch dann, wenn deren Inhalte die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würden.

## **§ 61**

### **Rundfunk, Informations- und Unterhaltungselektronik**

(1) Der Zugang zum Rundfunk ist zu ermöglichen.

(2) Eigene Hörfunk- und Fernsehgeräte werden zugelassen, wenn nicht Gründe des § 57 Satz 2 oder bei jungen Gefangenen erzieherische Gründe entgegenstehen. Andere Geräte der Informations- und Unterhaltungselektronik können unter diesen Voraussetzungen zugelassen werden. Die Gefangenen können auf Mietgeräte oder auf ein Haftraummediensystem verwiesen werden. § 44 bleibt unberührt.

(3) Der Rundfunkempfang kann vorübergehend ausgesetzt oder einzelnen Gefangenen untersagt werden, wenn dies zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt, bei einzelnen Untersuchungsgefangenen auch zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO unerlässlich ist.

## **§ 62**

### **Kleidung**

**(1)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen tragen Anstaltskleidung. Der Anstaltsleiter kann eine abweichende Regelung treffen.

**(2)** Die Untersuchungsgefangenen dürfen eigene Kleidung tragen. Dieses Recht kann eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, soweit es zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO oder zur Gewährleistung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist.

**(3)** Für Reinigung und Instandsetzung eigener Kleidung haben die Gefangenen auf ihre Kosten zu sorgen. Der Anstaltsleiter kann anordnen, dass Reinigung und Instandhaltung nur durch Vermittlung der Anstalt erfolgen dürfen.

## **§ 63**

### **Verpflegung und Einkauf**

**(1)** Zusammensetzung und Nährwert der Anstaltsverpflegung entsprechen den Anforderungen an eine gesunde Ernährung und werden ärztlich überwacht. Auf ärztliche Anordnung wird besondere Verpflegung gewährt. Den Gefangenen ist zu ermöglichen, Speisevorschriften ihrer Religionsgemeinschaft zu befolgen.

**(2)** Den Gefangenen wird ermöglicht einzukaufen. Die Anstalt wirkt auf ein Angebot hin, das auf Wünsche und Bedürfnisse der Gefangenen Rücksicht nimmt. Das Verfahren des Einkaufs

regelt der Anstaltsleiter. Straf- und Jugendstrafgefangene können Nahrungs-, Genuss- und Körperpflegemittel nur vom Haus- und Taschengeld, andere Gegenstände in angemessenen Umfang auch vom Eigengeld einkaufen.

## **§ 64**

### **Annehmlichkeiten im Vollzug der Untersuchungshaft**

Die Untersuchungsgefangenen dürfen sich auf ihre Kosten von den § 57 sowie §§ 59 bis 63 nicht umfasste Annehmlichkeiten verschaffen, soweit und solange weder eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO entgegensteht noch die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet wird.

## **§ 65**

### **Freizeit**

**(1)** Zur Ausgestaltung der Freizeit hat die Anstalt insbesondere Angebote zur sportlichen und kulturellen Betätigung und Bildungsangebote vorzuhalten. Die Anstalt stellt eine angemessen ausgestattete Bücherei zur Verfügung.

**(2)** Dem Sport kommt bei der Gestaltung des Vollzugs der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen besondere Bedeutung zu. Für die jungen Gefangenen sind ausreichende und geeignete Angebote vorzuhalten, um ihnen eine sportliche Betätigung von mindestens zwei Stunden wöchentlich zu ermöglichen.

**(3)** Im Vollzug der Jugendstrafe dient der Sport auch der Erreichung des Vollzugsziels und kann zur Diagnostik und gezielten Behandlung eingesetzt werden.

**(4)** Die Gefangenen sind zur Teilnahme und Mitwirkung an Angeboten der Freizeitgestaltung zu motivieren und anzuleiten.

## **Zehnter Abschnitt**

### **Vergütung, Gelder der Gefangenen und Kosten**

#### **§ 66**

#### **Vergütung**

**(1)** Gefangene, die eine angebotene Arbeit, arbeitstherapeutische Maßnahmen oder Arbeitstraining ausüben, erhalten Arbeitsentgelt. Gefangene, die während der Arbeitszeit ganz oder teilweise an einer schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen, erhalten hierfür eine Ausbildungsbeihilfe, soweit kein Anspruch auf andere Leistungen besteht, die freien Personen aus solchem Anlass zustehen.

**(2)** Nehmen beschäftigte Gefangene während der Arbeitszeit an im Vollzugsplan festgelegten Maßnahmen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 bis 10 und Satz 2 teil, erhalten sie für deren Dauer ihr Arbeitsentgelt oder die Ausbildungsbeihilfe (Vergütung) nach Absatz 1 weiter, soweit diese Maßnahmen für die Strafgefangenen nach § 15 Abs. 2 als zwingend erforderlich, für die Jugendstrafgefangenen nach § 15 Abs. 3 als erforderlich erachtet wurden oder Teil des Behandlungsprogramms der sozialtherapeutischen Abteilung sind.

**(3)** Der Bemessung der Vergütung nach Absatz 1 ist der 250. Teil (Tagessatz) von 9 vom Hundert der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB IV) zugrunde zu legen (Eckvergütung).

**(4)** Die Vergütung kann je nach Art der Maßnahme und der Leistung der Gefangenen gestuft werden; dabei dürfen 60 vom Hundert der Eckvergütung nicht unterschritten werden. Das für Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung entsprechende Vergütungsstufen festzusetzen.

**(5)** Die Höhe der Vergütung wird den Gefangenen schriftlich bekannt gegeben.

**(6)** Soweit Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten sind, kann von der Vergütung der Betrag einbehalten werden, der dem Anteil der Gefangenen am Beitrag entsprechen würde, wenn sie die Vergütung als Arbeitnehmer erhielten.

## **§ 67**

### **Eigengeld**

**(1)** Das Eigengeld besteht aus den Beträgen, die die Gefangenen bei der Aufnahme in die Anstalt mitbringen und die sie während der Haftzeit erhalten, und der Vergütung, soweit diese nicht bei Straf- und Jugendstrafgefangenen als Hausgeld und bei Strafgefangenen als Haftkostenbeitrag in Anspruch genommen wird.

**(2)** Die Gefangenen können über das Eigengeld verfügen. § 63 Abs. 2 sowie §§ 70 und 71 bleiben unberührt.

## **§ 68 Taschengeld**

**(1)** Straf- und Jugendstrafgefangenen wird auf Antrag Taschengeld gewährt, soweit ihnen aus Hausgeld (§ 70) und Eigengeld (§ 67) monatlich ein Betrag bis zur Höhe des Taschengelds voraussichtlich nicht zur Verfügung steht und sie auch im Übrigen bedürftig sind.

**(2)** Straf- und Jugendstrafgefangene gelten als nicht bedürftig, wenn ihnen ein Betrag nach Absatz 1 Satz 2 deshalb nicht zur Verfügung steht, weil sie eine ihnen zugewiesene Arbeit nicht angenommen oder eine ausgeübte Arbeit verschuldet verloren haben.

**(3)** Bedürftigen Untersuchungsgefangenen wird auf Antrag Taschengeld gewährt. Bedürftig sind sie, soweit ihnen im laufenden Monat ein Betrag bis zur Höhe des Taschengelds voraussichtlich nicht aus eigenen Mitteln zur Verfügung steht.

**(4)** Das Taschengeld beträgt 14 vom Hundert der Eckvergütung (§ 66 Abs. 3). Es wird zu Beginn des Monats im Voraus gewährt. Gehen den Gefangenen im Laufe des Monats Gelder zu, wird zum Ausgleich ein Betrag bis zur Höhe des gewährten Taschengelds einbehalten.

**(5)** Die Gefangenen dürfen über das Taschengeld im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes verfügen. Im Vollzug der



Freiheits- und Jugendstrafe wird es dem Hausgeldkonto gutgeschrieben.

## **§ 69**

### **Konten, Bargeld**

**(1)** Für die Straf- und Jugendstrafgefangenen werden Hausgeld- und Eigengeldkonten, für die Untersuchungsgefangenen nur Eigengeldkonten in der Anstalt geführt.

**(2)** Der Besitz von Bargeld in der Anstalt ist den Gefangenen nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet der Anstaltsleiter.

**(3)** Geld in Fremdwährung wird zur Habe genommen.

## **§ 70**

### **Hausgeld**

**(1)** Das Hausgeld wird aus vier Siebteilen der in diesem Gesetz geregelten Vergütung gebildet.

**(2)** Für Straf- und Jugendstrafgefangene, die aus einem freien Beschäftigungsverhältnis, aus einer Selbstbeschäftigung oder anderweitig regelmäßige Einkünfte haben, wird daraus ein angemessenes monatliches Hausgeld festgesetzt.

**(3)** Für Straf- und Jugendstrafgefangene, die über Eigengeld (§ 67) verfügen und keine hinreichende Vergütung nach diesem Gesetz erhalten, gilt Absatz 2 entsprechend.

**(4)** Die Straf- und Jugendstrafgefangenen dürfen über das Hausgeld im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes verfügen. Der Anspruch auf Auszahlung ist nicht übertragbar.

## **§ 71**

### **Zweckgebundene Einzahlungen**

Für Maßnahmen der Eingliederung, insbesondere für Kosten der Gesundheitsfürsorge und der Aus- und Fortbildung, für Maßnahmen der Pflege sozialer Beziehungen, insbesondere Telefonkosten und Fahrtkosten anlässlich von Lockerungen, kann zweckgebunden Geld eingezahlt werden. Das Geld darf nur für diese Zwecke verwendet werden. Der Anspruch auf Auszahlung ist nicht übertragbar.

## **§ 72**

### **Haftkostenbeitrag, Kostenbeteiligung**

**(1)** Die Anstalt erhebt von den Strafgefangenen, die sich in einem freien Beschäftigungsverhältnis befinden oder über anderweitige regelmäßige Einkünfte verfügen, für diese Zeit einen Haftkostenbeitrag. Vergütungen nach diesem Gesetz bleiben unberücksichtigt. Den Strafgefangenen muss täglich ein Tagessatz nach § 66 Abs. 3 verbleiben. Von der Geltendmachung des Anspruchs ist abzusehen, soweit die Wiedereingliederung der Strafgefangenen hierdurch gefährdet würde.

**(2)** Der Haftkostenbeitrag wird in Höhe des Betrags erhoben, der nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB IV durchschnittlich zur Bewertung der Sachbezüge festgesetzt ist. Bei

Selbstverpflegung entfallen die für die Verpflegung vorgesehenen Beträge. Für den Wert der Unterkunft ist die festgesetzte Belegungsfähigkeit maßgebend.

(3) Die Gefangenen können an den Betriebskosten der in ihrem Gewahrsam befindlichen Geräte beteiligt werden.

## **Elfter Abschnitt Gesundheitsfürsorge**

### **§ 73**

#### **Art und Umfang der medizinischen Leistungen, Kostenbeteiligung**

(1) Die Gefangenen haben einen Anspruch auf notwendige, ausreichende und zweckmäßige medizinische Leistungen unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung des allgemeinen Standards der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Anspruch umfasst auch Vorsorgeleistungen, ferner die Versorgung mit Hilfsmitteln, soweit diese mit Rücksicht auf die Dauer des Freiheitsentzugs nicht ungerechtfertigt ist und die Hilfsmittel nicht als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens anzusehen sind.

(2) An den Kosten nach Absatz 1 können die Gefangenen in angemessenem Umfang beteiligt werden, höchstens jedoch bis zum Umfang der Beteiligung vergleichbarer gesetzlich Versicherter. Für Leistungen, die über Absatz 1 hinausgehen, können den Gefangenen die gesamten Kosten auferlegt werden.

**(3)** Erhalten die Gefangenen Leistungen nach Absatz 1 infolge einer mutwilligen Selbstverletzung, sind sie in angemessenem Umfang an den Kosten zu beteiligen. Bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen unterbleibt die Kostenbeteiligung, wenn hierdurch die Erreichung des Vollzugsziels, insbesondere die Eingliederung, gefährdet würde.

**(4)** Den Untersuchungsgefangenen soll der Anstaltsleiter nach Anhörung des ärztlichen Dienstes der Anstalt auf ihren Antrag hin gestatten, auf ihre Kosten externen ärztlichen Rat einzuholen. Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn die Untersuchungsgefangenen die gewählte ärztliche Vertrauensperson und den ärztlichen Dienst der Anstalt nicht wechselseitig von der Schweigepflicht entbinden oder wenn es zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO oder zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist. Die Konsultation soll grundsätzlich in der Anstalt stattfinden.

## **§ 74**

### **Durchführung der medizinischen Leistungen, Forderungsübergang**

**(1)** Medizinische Diagnose, Behandlung und Versorgung kranker und hilfsbedürftiger Gefangener erfolgen in der Anstalt, erforderlichenfalls in einer hierfür besser geeigneten Anstalt oder einem Vollzugskrankenhaus, ausnahmsweise auch außerhalb des Vollzugs. Erfolgt eine stationäre Behandlung junger Gefangener außerhalb der Anstalt, sind die Personensorgeberechtigten und das Jugendamt, im Vollzug der Jugendstrafe auch der Vollstreckungsleiter zu unterrichten.

Im Vollzug der Untersuchungshaft ist dem Gericht und der Staatsanwaltschaft im Fall einer Behandlung außerhalb der Anstalt nach Möglichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(2) Wird die Strafvollstreckung während einer Behandlung von Straf- oder Jugendstrafgefangenen unterbrochen oder beendet oder werden Untersuchungsgefangene während einer Behandlung aus der Haft entlassen, so hat das Land nur diejenigen Kosten zu tragen, die bis zur Unterbrechung oder Beendigung der Strafvollstreckung oder bis zur Entlassung angefallen sind.

(3) Gesetzliche Schadensersatzansprüche, die Gefangenen infolge einer Körperverletzung gegen Dritte zustehen, gehen insoweit auf das Land über, als den Gefangenen Leistungen nach § 73 Abs. 1 zu gewähren sind. Von der Geltendmachung der Ansprüche ist im Interesse Straf- oder Jugendstrafgefangener abzusehen, wenn hierdurch die Erreichung des Vollzugsziels, insbesondere die Eingliederung, gefährdet würde.

## **§ 75**

### **Ärztliche Behandlung zur sozialen Eingliederung**

Mit Zustimmung der Straf- oder Jugendstrafgefangenen soll die Anstalt ärztliche Behandlungen, insbesondere Operationen oder prothetische Maßnahmen durchführen lassen, die ihre soziale Eingliederung fördern. Die Kosten tragen die Straf- oder Jugendstrafgefangenen. Sind sie dazu nicht in der Lage, kann

die Anstalt die Kosten in begründeten Fällen in angemessenem Umfang übernehmen.

## **§ 76**

### **Gesundheitsschutz und Hygiene**

(1) Die Anstalt unterstützt die Gefangenen bei der Wiederherstellung und Erhaltung ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Gesundheit. Sie fördert das Bewusstsein für gesunde Ernährung und Lebensführung. Die Gefangenen haben die notwendigen Anordnungen zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene zu befolgen.

(2) Den Gefangenen wird ermöglicht, sich täglich mindestens eine Stunde im Freien aufzuhalten.

## **§ 77**

### **Krankenbehandlung während Lockerungen**

(1) Die Straf- und Jugendstrafgefangenen haben während Lockerungen einen Anspruch auf medizinische Leistungen gegen das Land nur in der für sie zuständigen Anstalt.

(2) Der Anspruch auf Leistungen ruht, solange die Straf- und Jugendstrafgefangenen aufgrund eines freien Beschäftigungsverhältnisses krankenversichert sind.

## **§ 78**

### **Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge**

**(1)** Medizinische Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung sind zwangsweise gegen den natürlichen Willen Gefangener nur zulässig bei

1. Lebensgefahr,
2. erheblicher Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Gesundheit der Gefangenen oder
3. erheblicher Gefahr einer schwerwiegenden Schädigung der Gesundheit anderer Personen.

**(2)** Zwangsmaßnahmen nach Absatz 1 dürfen nur angeordnet werden, wenn

1. erfolglos versucht worden ist, die auf Vertrauen gegründete Zustimmung der Gefangenen zu der Untersuchung, Behandlung oder Ernährung zu erwirken,
2. deren Anordnung den Gefangenen angekündigt wurde und sie über Art, Umfang und Dauer der Maßnahmen durch einen Arzt aufgeklärt wurden,
3. sie zur Abwendung der Lebens- oder Gesundheitsgefahr geeignet, erforderlich, für die Betroffenen nicht mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen verbunden sind und mildere Mittel keinen Erfolg versprechen und
4. der zu erwartende Nutzen den möglichen Schaden der Nichtbehandlung deutlich überwiegt.

**(3)** Zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 ist die Anstalt nicht berechtigt, solange von einer freien Willensbestimmung der Gefangenen

ausgegangen werden kann. Liegen Anhaltspunkte vor, dass Gefangene zur Einsicht in die Notwendigkeit von medizinischen Behandlungsmaßnahmen oder zum Handeln gemäß solcher Einsicht krankheitsbedingt nicht fähig sind, hat die Leitung der Anstalt bei dem zuständigen Gericht unverzüglich die Bestellung einer Betreuung von Amts wegen anzuregen. Die Entscheidung des Gerichts ist abzuwarten.

**(4)** Zwangsmaßnahmen nach Absatz 1 werden durch einen Arzt angeordnet, geleitet und überwacht. Die Anordnung bedarf der Zustimmung der Leitung der Anstalt. Die Gründe für die Anordnung der Maßnahmen nach Absatz 1, das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 2 sowie die ergriffenen Maßnahmen, einschließlich ihres Zwangscharakters, der Durchsetzungsweise und der Wirkungsüberwachung sowie der Untersuchungs- und Behandlungsverlauf sind zu dokumentieren.

**(5)** Anordnungen nach Absatz 4 sind den Gefangenen unverzüglich bekannt zu geben. Sie sind darüber zu belehren, dass sie gegen die Anordnung Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen und bei Gericht um einstweiligen Rechtsschutz ersuchen können. Mit dem Vollzug einer Anordnung ist zuzuwarten, bis die Gefangenen Gelegenheit hatten, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

**(6)** Von den Anforderungen nach Absatz 2 Nr. 1 und 2, Absatz 3 Satz 3 und Absatz 5 Satz 3 kann abgesehen werden, wenn Gefahr im Verzug besteht.



**(7)** Zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes und der Hygiene ist die zwangsweise körperliche Untersuchung der Gefangenen zulässig, wenn sie nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden ist.

## **§ 79**

### **Benachrichtigungspflicht**

Erkranken Gefangene schwer oder versterben sie, werden Angehörige und Personensorgeberechtigte benachrichtigt. Dem Wunsch der Gefangenen, auch andere Personen zu benachrichtigen, soll nach Möglichkeit entsprochen werden.

## **Zwölfter Abschnitt**

### **Religionsausübung**

## **§ 80**

### **Seelsorge**

Den Gefangenen darf religiöse Betreuung durch einen Seelsorger ihrer Religionsgemeinschaft nicht versagt werden. Auf Wunsch ist ihnen zu helfen, mit einem Seelsorger in Verbindung zu treten.

## **§ 81**

### **Religiöse Veranstaltungen**

**(1)** Die Gefangenen haben das Recht, am Gottesdienst und an anderen religiösen Veranstaltungen ihres Bekenntnisses teilzunehmen.

(2) Die Zulassung zu den Gottesdiensten oder zu religiösen Veranstaltungen einer anderen Religionsgemeinschaft bedarf der Zustimmung des Seelsorgers der Religionsgemeinschaft.

(3) Gefangene können von der Teilnahme am Gottesdienst oder anderen religiösen Veranstaltungen ausgeschlossen werden, wenn dies aus überwiegenden Gründen der Sicherheit oder Ordnung, bei Untersuchungsgefangenen auch zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO geboten ist; der Seelsorger soll vorher gehört werden.

## **§ 82**

### **Weltanschauungsgemeinschaften**

Für Angehörige weltanschaulicher Bekenntnisse gelten die §§ 59, 80 und 81 entsprechend.

## **Dreizehnter Abschnitt**

### **Sicherheit und Ordnung**

## **§ 83**

### **Grundsatz**

(1) Sicherheit und Ordnung der Anstalt bilden die Grundlage des Anstaltslebens, das im Vollzug der Freiheits- und der Jugendstrafe auf die Erreichung des Vollzugsziels ausgerichtet ist, und tragen dazu bei, dass in der Anstalt ein gewaltfreies Klima herrscht.

(2) Die Pflichten und Beschränkungen, die den Gefangenen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt

auferlegt werden, sind so zu wählen, dass sie in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem Zweck stehen und die Gefangenen nicht mehr und nicht länger als notwendig beeinträchtigen.

## **§ 84**

### **Allgemeine Verhaltenspflichten**

(1) Die Gefangenen sind für das geordnete Zusammenleben in der Anstalt mitverantwortlich und müssen mit ihrem Verhalten dazu beitragen. Auf eine einvernehmliche Streitbeilegung ist hinzuwirken.

(2) Die Gefangenen haben die Anordnungen der Bediensteten zu befolgen, auch wenn sie sich durch diese beschwert fühlen.

(3) Die Gefangenen haben ihren Haftraum und die ihnen von der Anstalt überlassenen Sachen in Ordnung zu halten und schonend zu behandeln.

(4) Die Gefangenen haben Umstände, die eine Gefahr für das Leben oder eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit einer Person bedeuten, unverzüglich zu melden.

## **§ 85**

### **Absuchung, Durchsuchung**

(1) Die Gefangenen, ihre Sachen und die Hafträume dürfen mit technischen Mitteln oder sonstigen Hilfsmitteln abgesucht und durchsucht werden. Die Durchsuchung männlicher Gefangener darf nur von Männern, die Durchsuchung weiblicher

Gefangener nur von Frauen vorgenommen werden. Das Schamgefühl ist zu schonen.

(2) Nur bei Gefahr im Verzug oder auf Anordnung des Anstaltsleiters im Einzelfall ist es zulässig, eine mit einer Entkleidung verbundene körperliche Durchsuchung vorzunehmen. Sie darf bei männlichen Gefangenen nur in Gegenwart von Männern, bei weiblichen Gefangenen nur in Gegenwart von Frauen erfolgen. Sie ist in einem geschlossenen Raum durchzuführen. Andere Gefangene dürfen nicht anwesend sein.

(3) Der Anstaltsleiter kann allgemein anordnen, dass die Gefangenen in der Regel bei der Aufnahme, vor und nach Kontakten mit Besuchern sowie vor und nach jeder Abwesenheit von der Anstalt nach Absatz 2 zu durchsuchen sind.

## **§ 86**

### **Sichere Unterbringung**

Gefangene können in eine Anstalt verlegt werden, die zu ihrer sicheren Unterbringung besser geeignet ist, wenn in erhöhtem Maße die Gefahr der Entweichung oder Befreiung gegeben ist oder sonst ihr Verhalten oder ihr Zustand eine Gefahr für die Sicherheit der Anstalt darstellt. § 23 Abs. 4 und 5 und § 113 Abs. 2 gelten entsprechend.

## **§ 87**

### **Maßnahmen zur Feststellung von Suchtmittelgebrauch**

(1) Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt kann der Anstaltsleiter allgemein oder im Einzelfall Maßnahmen anordnen, die geeignet sind, den Gebrauch von Suchtmitteln festzustellen. Diese Maßnahmen dürfen nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden sein.

(2) Verweigern Gefangene die Mitwirkung an Maßnahmen nach Absatz 1 ohne hinreichenden Grund, ist davon auszugehen, dass Suchtmittelfreiheit nicht gegeben ist.

(3) Wird verbotener Suchtmittelgebrauch festgestellt, können die Kosten der Maßnahmen den Gefangenen auferlegt werden.

## **§ 88**

### **Festnahmerecht**

Gefangene, die entwichen sind oder sich sonst ohne Erlaubnis außerhalb der Anstalt aufhalten, können durch die Anstalt oder auf deren Veranlassung festgenommen und zurückgebracht werden. Führt die Verfolgung oder die von der Anstalt veranlasste Fahndung nicht alsbald zur Wiederergreifung, so sind die weiteren Maßnahmen der Vollstreckungsbehörde zu überlassen.

## **§ 89**

### **Besondere Sicherungsmaßnahmen**

**(1)** Gegen Gefangene können besondere Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden, wenn nach ihrem Verhalten oder aufgrund ihres seelischen Zustands in erhöhtem Maße die Gefahr der Entweichung, von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen, der Selbsttötung oder der Selbstverletzung besteht.

**(2)** Als besondere Sicherungsmaßnahmen sind zulässig:

1. der Entzug oder die Vorenthaltung von Gegenständen,
2. die Beobachtung der Gefangenen, auch mit technischen Hilfsmitteln,
3. die Trennung von allen anderen Gefangenen (Absonderung),
4. der Entzug oder die Beschränkung des Aufenthalts im Freien,
5. die Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände und
6. die Fesselung.

**(3)** Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 1 und 3 bis 5 sind auch zulässig, wenn die Gefahr einer Befreiung oder eine erhebliche Störung der Ordnung anders nicht vermieden oder behoben werden kann, Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 4 jedoch nicht bei jungen Gefangenen.

**(4)** Eine Absonderung von mehr als 24 Stunden Dauer ist nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer in der Person des Gefangenen liegenden Gefahr unerlässlich ist.

**(5)** In der Regel dürfen Fesseln nur an den Händen oder an den Füßen angelegt werden. Im Interesse der Gefangenen kann der Anstaltsleiter eine andere Art der Fesselung anordnen. Die Fesselung wird zeitweise gelockert, soweit dies notwendig ist.

**(6)** Besteht die Gefahr der Entweichung, dürfen die Gefangenen bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport gefesselt werden.

## **§ 90**

### **Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen, Verfahren**

**(1)** Besondere Sicherungsmaßnahmen ordnet der Anstaltsleiter an. Bei Gefahr im Verzug können auch andere Bedienstete diese Maßnahmen vorläufig anordnen; die Entscheidung des Anstaltsleiters ist unverzüglich einzuholen.

**(2)** Werden Gefangene ärztlich behandelt oder beobachtet oder bildet ihr seelischer Zustand den Anlass der besonderen Sicherungsmaßnahme, ist vorher eine ärztliche Stellungnahme einzuholen. Ist dies wegen Gefahr im Verzug nicht möglich, wird die Stellungnahme unverzüglich nachträglich eingeholt.

**(3)** Die Entscheidung wird den Gefangenen von dem Anstaltsleiter mündlich eröffnet und mit einer kurzen Begründung schriftlich abgefasst. Die Anordnung ist aktenkundig zu machen.

**(4)** Besondere Sicherungsmaßnahmen sind in angemessenen Abständen daraufhin zu überprüfen, ob und in welchem Umfang sie aufrechterhalten werden müssen.

**(5)** Absonderung, Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum und Fesselung sind der Aufsichtsbehörde, im Vollzug der Untersuchungshaft auch dem Gericht und der Staatsanwaltschaft, unverzüglich mitzuteilen, wenn sie länger als drei Tage aufrechterhalten werden. Eine Absonderung von mehr als 30 Tagen Dauer oder mehr als drei Monaten innerhalb von zwölf Monaten bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

**(6)** Während der Absonderung und Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum sind die Gefangenen in besonderem Maße zu betreuen. Sind die Gefangenen darüber hinaus gefesselt, sind sie durch einen Bediensteten ständig und in unmittelbarem Sichtkontakt zu beobachten.

## **§ 91**

### **Ärztliche Überwachung**

**(1)** Sind die Gefangenen in einem besonders gesicherten Haftraum untergebracht oder gefesselt, sucht sie der Arzt möglichst alsbald und in der Folge täglich auf. Dies gilt nicht bei einer Fesselung während einer Ausführung, Vorführung oder eines Transportes sowie bei Bewegungen innerhalb der Anstalt.



**(2)** Der Arzt ist regelmäßig zu hören, solange Gefangenen der tägliche Aufenthalt im Freien entzogen ist oder sie länger als 24 Stunden abgesondert sind.

## **Vierzehnter Abschnitt**

### **Unmittelbarer Zwang**

#### **§ 92**

#### **Begriffsbestimmungen**

**(1)** Unmittelbarer Zwang ist die Einwirkung auf Personen oder Sachen durch körperliche Gewalt, durch ihre Hilfsmittel oder durch Waffen.

**(2)** Körperliche Gewalt ist jede unmittelbare körperliche Einwirkung auf Personen oder Sachen.

**(3)** Hilfsmittel der körperlichen Gewalt sind insbesondere Fesseln. Waffen sind Hieb- und Schusswaffen sowie Reizstoffe.

**(4)** Es dürfen nur dienstlich zugelassene Hilfsmittel und Waffen verwendet werden.

#### **§ 93**

#### **Allgemeine Voraussetzungen**

**(1)** Bedienstete dürfen unmittelbaren Zwang anwenden, wenn sie Vollzugs- und Sicherungsmaßnahmen rechtmäßig durchführen und der damit verfolgte Zweck auf keine andere Weise erreicht werden kann.

(2) Gegen andere Personen als Gefangene darf unmittelbarer Zwang angewendet werden, wenn sie es unternehmen, Gefangene zu befreien oder widerrechtlich in die Anstalt einzudringen oder wenn sie sich unbefugt darin aufhalten.

(3) Das Recht zu unmittelbarem Zwang aufgrund anderer Regelungen bleibt unberührt.

## **§ 94**

### **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

(1) Unter mehreren möglichen und geeigneten Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs sind diejenigen zu wählen, die den Einzelnen und die Allgemeinheit voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigen.

(2) Unmittelbarer Zwang unterbleibt, wenn ein durch ihn zu erwartender Schaden erkennbar außer Verhältnis zu dem angestrebten Erfolg steht.

## **§ 95**

### **Androhung**

Unmittelbarer Zwang ist vorher anzudrohen. Die Androhung darf nur dann unterbleiben, wenn die Umstände sie nicht zulassen oder unmittelbarer Zwang sofort angewendet werden muss, um eine rechtswidrige Tat, die den Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt, zu verhindern oder eine gegenwärtige Gefahr abzuwenden.

## **§ 96**

### **Schusswaffengebrauch**

**(1)** Der Gebrauch von Schusswaffen durch Bedienstete innerhalb der Anstalt ist verboten. Das Recht zum Schusswaffengebrauch aufgrund anderer Vorschriften durch Polizeivollzugsbedienstete bleibt davon unberührt.

**(2)** Außerhalb der Anstalt dürfen Schusswaffen durch Bedienstete nach Maßgabe der Absätze 3 bis 6 nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs bereits erfolglos waren oder keinen Erfolg versprechen. Gegen Personen ist ihr Gebrauch nur zulässig, wenn der Zweck nicht durch Waffenwirkung gegen Sachen erreicht werden kann.

**(3)** Schusswaffen dürfen nur die dazu bestimmten Bediensteten gebrauchen und nur, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Ihr Gebrauch unterbleibt, wenn dadurch erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet würden.

**(4)** Der Gebrauch von Schusswaffen ist vorher anzudrohen. Als Androhung gilt auch ein Warnschuss. Ohne Androhung dürfen Schusswaffen nur dann gebraucht werden, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

**(5)** Gegen Gefangene dürfen Schusswaffen gebraucht werden,

1. wenn sie eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug trotz wiederholter Aufforderung nicht ablegen,
2. wenn sie eine Meuterei (§ 121 StGB) unternehmen oder

3. um ihr Entweichen zu vereiteln oder um sie wieder zu ergreifen.

Satz 1 Nr. 2 und 3 findet auf minderjährige Gefangene keine Anwendung. Satz 1 Nr. 3 findet keine Anwendung auf Gefangene, die im offenen Vollzug untergebracht sind.

**(6)** Gegen andere Personen dürfen Schusswaffen gebraucht werden, wenn sie es unternehmen, Gefangene gewaltsam zu befreien.

## **Fünftehnter Abschnitt**

### **Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen**

#### **§ 97**

#### **Erzieherische Maßnahmen**

**(1)** Verstöße der jungen Gefangenen gegen Pflichten, die ihnen durch oder aufgrund dieses Gesetzes auferlegt sind, sind unverzüglich im erzieherischen Gespräch aufzuarbeiten. Daneben können Maßnahmen angeordnet werden, die geeignet sind, den jungen Gefangenen ihr Fehlverhalten bewusst zu machen (erzieherische Maßnahmen). Als erzieherische Maßnahmen kommen namentlich in Betracht die Erteilung von Weisungen und Auflagen, die Beschränkung oder der Entzug einzelner Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung und der Ausschluss von gemeinsamer Freizeit oder von einzelnen Freizeitveranstaltungen bis zur Dauer einer Woche.

(2) In geeigneten Fällen können im Wege einvernehmlicher Streitbeilegung Vereinbarungen getroffen werden. Insbesondere kommen die Wiedergutmachung des Schadens, die Entschuldigung beim Geschädigten, die Erbringung von Leistungen für die Gemeinschaft und der vorübergehende Verbleib im Haftraum in Betracht. Erfüllen die jungen Gefangenen die Vereinbarung, ist die Anordnung einer erzieherischen Maßnahme aufgrund dieser Verfehlung ausgeschlossen.

(3) Der Anstaltsleiter legt fest, welche Bediensteten befugt sind, erzieherische Maßnahmen anzuordnen.

(4) Es sollen solche erzieherischen Maßnahmen angeordnet werden, die mit der Verfehlung in Zusammenhang stehen.

## **§ 98**

### **Disziplinarmaßnahmen**

(1) Disziplinarmaßnahmen können angeordnet werden, wenn Gefangene rechtswidrig und schuldhaft

1. andere Personen verbal oder tätlich angreifen,
2. Lebensmittel oder fremde Sachen zerstören oder beschädigen,
3. in sonstiger Weise gegen Strafgesetze verstoßen oder eine Ordnungswidrigkeit begehen,
4. verbotene Gegenstände in die Anstalt einbringen, sich an deren Einbringung beteiligen, sie besitzen oder weitergeben,
5. unerlaubt Betäubungsmittel oder andere berauschende Stoffe konsumieren,
6. entweichen oder zu entweichen versuchen,

7. gegen Weisungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Lockerungen verstoßen,
8. gegen eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO verstoßen,
9. wiederholt oder schwerwiegend gegen sonstige Pflichten verstoßen, die ihnen durch dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes auferlegt sind, und dadurch das geordnete Zusammenleben in der Anstalt stören oder
10. sich zugewiesenen Aufgaben entziehen.

**(2)** Disziplinarmaßnahmen dürfen gegen junge Gefangene nur angeordnet werden, wenn erzieherische Maßnahmen nicht nach § 97 Abs. 2 Satz 3 ausgeschlossen sind oder nicht ausreichen, um ihnen das Unrecht ihrer Handlung zu verdeutlichen.

**(3)** Zulässige Disziplinarmaßnahmen sind

1. der Verweis,
2. die Beschränkung oder der Entzug des Fernsehempfangs bis zu drei Monaten,
3. die Beschränkung oder der Entzug der Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung mit Ausnahme des Lesestoffs bis zu drei Monaten,
4. die Beschränkung oder der Entzug des Aufenthalts in Gemeinschaft oder der Teilnahme an einzelnen Freizeitveranstaltungen bis zu drei Monaten,
5. die Beschränkung des Einkaufs bis zu drei Monaten,
6. die Beschränkung oder der Entzug von Annehmlichkeiten nach § 64 bis zu drei Monaten,
7. die Kürzung des Arbeitsentgelts um zehn Prozent bis zu drei Monaten,
8. der Entzug der zugewiesenen Arbeit bis zu vier Wochen und

## 9. Arrest bis zu vier Wochen.

Bei jungen Gefangenen findet Satz 1 Nr. 1 keine Anwendung, Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 2 bis 7 sind nur bis zu zwei Monaten und Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 8 und 9 nur bis zu zwei Wochen zulässig.

**(4)** Arrest darf nur wegen schwerer oder wiederholter Verfehlungen verhängt werden.

**(5)** Mehrere Disziplinarmaßnahmen können miteinander verbunden werden.

**(6)** Disziplinarmaßnahmen sind auch zulässig, wenn wegen derselben Verfehlung ein Straf- oder Bußgeldverfahren eingeleitet wird.

**(7)** Bei der Auswahl der Disziplinarmaßnahmen im Vollzug der Untersuchungshaft sind Grund und Zweck der Haft sowie die psychischen Auswirkungen der Untersuchungshaft und des Strafverfahrens auf die Untersuchungsgefangenen zu berücksichtigen. Durch die Anordnung und den Vollzug einer Disziplinarmaßnahme dürfen die Verteidigung, die Verhandlungsfähigkeit und die Verfügbarkeit der Untersuchungsgefangenen für die Verhandlung nicht beeinträchtigt werden.

## **§ 99**

### **Vollzug der Disziplinarmaßnahmen, Aussetzung zur Bewährung**

**(1)** Disziplinarmaßnahmen werden in der Regel sofort vollstreckt. Die Vollstreckung ist auszusetzen, soweit es zur Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes erforderlich ist

**(2)** Disziplinarmaßnahmen können ganz oder teilweise bis zu sechs Monaten zur Bewährung ausgesetzt werden. Die Aussetzung zur Bewährung kann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn Gefangene die ihr zugrunde liegenden Erwartungen nicht erfüllen.

**(3)** Im Vollzug der Untersuchungshaft angeordnete Disziplinarmaßnahmen können ganz oder zum Teil auch während einer der Untersuchungshaft unmittelbar nachfolgenden Haft vollstreckt werden.

**(4)** Für die Dauer des Arrestes werden die Gefangenen getrennt von anderen Gefangenen untergebracht. Sie können in einem besonderen Arrestraum untergebracht werden, der den Anforderungen entsprechen muss, die an einen zum Aufenthalt bei Tag und Nacht bestimmten Haftraum gestellt werden. Soweit nichts anderes angeordnet wird, ruhen die Befugnisse der Gefangenen zur Teilnahme an Maßnahmen außerhalb des Raumes, in dem der Arrest vollstreckt wird, zur Ausstattung des Haftraums mit eigenen Gegenständen, zum Fernsehempfang und Einkauf. Gegenstände für die Freizeitbeschäftigung mit Ausnahme des Lesestoffs sind nicht zugelassen. Die Rechte



zur Teilnahme am Gottesdienst und auf Aufenthalt im Freien bleiben unberührt.

(5) Für die jungen Gefangenen ist der Arrest erzieherisch auszugestalten.

## **§ 100**

### **Disziplinarbefugnis**

(1) Disziplinarmaßnahmen ordnet der Anstaltsleiter an. Bei einer Verfehlung auf dem Weg in eine andere Anstalt zum Zweck der Verlegung ist der Leiter der Bestimmungsanstalt zuständig.

(2) Die Aufsichtsbehörde entscheidet, wenn sich die Verfehlung gegen den Anstaltsleiter richtet.

(3) Disziplinarmaßnahmen, die in einer anderen Anstalt angeordnet worden sind, werden auf Ersuchen vollstreckt. § 99 Abs. 2 bleibt unberührt.

## **§ 101**

### **Verfahren**

(1) Der Sachverhalt ist zu klären. Hierbei sind sowohl belastende als auch entlastende Umstände zu ermitteln. Die betroffenen Gefangenen werden gehört. Sie werden darüber unterrichtet, welche Verfehlungen ihnen zur Last gelegt werden. Sie sind darauf hinzuweisen, dass es ihnen freisteht, sich zu äußern. Die Erhebungen werden in einer Niederschrift festgelegt; die Einlassung der Gefangenen wird vermerkt.

**(2)** In geeigneten Fällen können zur Abwendung von Disziplinarmaßnahmen im Wege einvernehmlicher Streitbeilegung Vereinbarungen getroffen werden. Insbesondere kommen die Wiedergutmachung des Schadens, die Entschuldigung beim Geschädigten, die Erbringung von Leistungen für die Gemeinschaft und der vorübergehende Verbleib im Haftraum in Betracht. Erfüllen die Gefangenen die Vereinbarung, ist die Anordnung einer Disziplinarmaßnahme aufgrund dieser Verfehlung unzulässig.

**(3)** Mehrere Verfehlungen, die gleichzeitig zu beurteilen sind, werden durch eine Entscheidung geahndet.

**(4)** Der Anstaltsleiter soll sich vor der Entscheidung mit Personen besprechen, die an der Vollzugsgestaltung mitwirken. Bei Schwangeren, stillenden Müttern oder bei Gefangenen, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, ist ein Arzt zu hören.

**(5)** Vor der Entscheidung über eine Disziplinarmaßnahme erhalten die Gefangenen Gelegenheit, sich zu dem Ergebnis der Ermittlungen zu äußern. Die Entscheidung wird den Gefangenen vom Anstaltsleiter mündlich eröffnet und mit einer kurzen Begründung schriftlich abgefasst.

**(6)** Bevor Arrest vollzogen wird, ist ein Arzt zu hören. Während des Arrestes stehen die Gefangenen unter ärztlicher Aufsicht. Der Vollzug unterbleibt oder wird unterbrochen, wenn ansonsten die Gesundheit der Gefangenen oder im Vollzug der Untersuchungshaft der Fortgang des Strafverfahrens gefährdet würde.

**Sechzehnter Abschnitt**  
**Aufhebung von Maßnahmen, Beschwerde**  
**§ 102**  
**Aufhebung von Maßnahmen**

**(1)** Die Aufhebung von Maßnahmen zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet des Vollzugs richtet sich nach den nachfolgenden Absätzen, soweit dieses Gesetz keine abweichende Bestimmung enthält.

**(2)** Rechtswidrige Maßnahmen können ganz oder teilweise mit Wirkung für die Vergangenheit und die Zukunft zurückgenommen werden.

**(3)** Rechtmäßige Maßnahmen können ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn

1. aufgrund nachträglich eingetretener oder bekannt gewordener Umstände die Maßnahmen hätten versagt werden können,
2. die Maßnahmen missbraucht werden oder
3. Weisungen nicht befolgt werden.

**(4)** Begünstigende Maßnahmen dürfen nach den Absätzen 2 oder 3 nur aufgehoben werden, wenn die vollzuglichen Interessen an der Aufhebung nach Abwägung mit dem schutzwürdigen Vertrauen der Betroffenen auf den Bestand der Maßnahmen überwiegen. Davon ist auszugehen, wenn eine Maßnahme unerlässlich ist, um die Sicherheit der Anstalt zu gewährleisten.

**(5)** Der gerichtliche Rechtsschutz bleibt unberührt.

## **§ 103**

### **Beschwerderecht**

- (1)** Die Gefangenen erhalten Gelegenheit, sich mit Wünschen, Anregungen und Beschwerden in vollzuglichen Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, an den Anstaltsleiter zu wenden.
- (2)** Besichtigen Vertreter der Aufsichtsbehörde die Anstalt, so ist zu gewährleisten, dass die Gefangenen sich in vollzuglichen Angelegenheiten, die sie selbst betreffen, an diese wenden können.
- (3)** Die Möglichkeit der Dienstaufsichtsbeschwerde bleibt unberührt.

## **Siebzehnter Abschnitt**

### **Kriminologische Forschung**

#### **§ 104**

#### **Evaluation, kriminologische Forschung**

- (1)** Behandlungsprogramme für die Straf- und Jugendstrafgefangenen sind auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu konzipieren, zu standardisieren und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.
- (2)** Der Vollzug der Freiheits- und der Jugendstrafe, insbesondere seine Aufgabenerfüllung und Gestaltung, die Umsetzung seiner Leitlinien sowie die Behandlungsprogramme und deren Wirkungen auf die Erreichung des Vollzugsziels, soll

regelmäßig durch den kriminologischen Dienst, durch eine Hochschule oder durch eine andere Stelle wissenschaftlich begleitet und erforscht werden.

## **Achtzehnter Abschnitt**

### **Aufbau und Organisation der Anstalten**

#### **§ 105**

#### **Anstalten**

**(1)** Es werden Anstalten und Abteilungen eingerichtet, die den unterschiedlichen vollzuglichen Anforderungen Rechnung tragen. Für den Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe sind insbesondere sozialtherapeutische Abteilungen vorzusehen.

**(2)** Es soll eine bedarfsgerechte Anzahl und Ausstattung von Plätzen für therapeutische Maßnahmen, schulische und berufliche Qualifizierung, Arbeitstraining und Arbeitstherapie sowie zur Ausübung von Arbeit vorgesehen werden. Gleiches gilt für Besuche, Freizeit, Sport und Seelsorge.

**(3)** Haft- und Funktionsräume sind zweckentsprechend auszustatten.

**(4)** Unterhalten private Unternehmen Betriebe in Anstalten, kann die technische und fachliche Leitung ihren Mitarbeitern übertragen werden.

## **§ 106**

### **Festsetzung der Belegungsfähigkeit, Verbot der Überbelegung**

**(1)** Die Aufsichtsbehörde setzt die Belegungsfähigkeit der Anstalt so fest, dass eine angemessene Unterbringung der Gefangenen gewährleistet ist. § 105 Abs. 2 ist zu berücksichtigen.

**(2)** Hafträume dürfen nicht mit mehr Gefangenen als zugelassen belegt werden.

**(3)** Ausnahmen von Absatz 2 sind nur vorübergehend und nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde zulässig.

## **§ 107**

### **Anstaltsleitung**

**(1)** Der Anstaltsleiter trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug und vertritt die Anstalt nach außen. Er kann einzelne Aufgabenbereiche auf andere Bedienstete übertragen. Die Aufsichtsbehörde kann sich die Zustimmung zur Übertragung vorbehalten.

**(2)** Für jede Anstalt ist ein Beamter des höheren Dienstes zum hauptamtlichen Leiter zu bestellen. Aus besonderen Gründen kann eine Anstalt auch von einem Beamten des gehobenen Dienstes geleitet werden.

## **§ 108**

### **Bedienstete**

**(1)** Die Aufgaben der Justizvollzugsanstalten werden von Vollzugsbeamten wahrgenommen. Aus besonderen Gründen können sie auch anderen Bediensteten der Justizvollzugsanstalten sowie nebenamtlichen oder vertraglich verpflichteten Personen übertragen werden.

**(2)** Die Anstalt wird mit dem für die Erreichung des Vollzugsziels und die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Personal ausgestattet. Die im Vollzug der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen tätigen Bediensteten müssen für die erzieherische Gestaltung geeignet und qualifiziert sein. Für jede Anstalt ist entsprechend ihrer Aufgabe die erforderliche Anzahl von Bediensteten der verschiedenen Berufsgruppen, namentlich des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Verwaltungsdienstes sowie von Seelsorgern, Ärzten, Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeitern vorzusehen.

**(3)** Für die Betreuung von Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung ist besonders qualifiziertes Personal vorzusehen und eine fachübergreifende Zusammenarbeit zu gewährleisten. Soweit erforderlich, sind externe Fachkräfte einzubeziehen.

**(4)** Fortbildung sowie Praxisberatung und -begleitung sind zu gewährleisten.

## **§ 109**

### **Seelsorger**

(1) Seelsorger werden im Einvernehmen mit der jeweiligen Religionsgemeinschaft im Hauptamt bestellt oder vertraglich verpflichtet.

(2) Wenn die geringe Anzahl der Angehörigen einer Religionsgemeinschaft eine Seelsorge nach Absatz 1 nicht rechtfertigt, ist die seelsorgerische Betreuung auf andere Weise zuzulassen.

(3) Mit Zustimmung des Anstaltsleiters dürfen die Anstaltsseelsorger sich freier Seelsorgehelfer bedienen und diese für Gottesdienste sowie für andere religiöse Veranstaltungen von außen hinzuziehen.

## **§ 110**

### **Medizinische Versorgung**

(1) Die ärztliche Versorgung ist sicherzustellen.

(2) Die Pflege der Kranken soll von Bediensteten ausgeführt werden, die eine Erlaubnis nach dem Krankenpflegegesetz besitzen. Solange diese nicht zur Verfügung stehen, können auch Bedienstete eingesetzt werden, die eine sonstige Ausbildung in der Krankenpflege erfahren haben.



## **§ 111**

### **Interessenvertretung der Gefangenen**

Den Gefangenen soll ermöglicht werden, Vertretungen zu wählen. Diese können in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse, die sich ihrer Eigenart nach für eine Mitwirkung eignen, Vorschläge und Anregungen an die Anstalt herantragen. Diese sollen mit der Vertretung erörtert werden.

## **§ 112**

### **Hausordnung**

Der Anstaltsleiter erlässt zur Gestaltung und Organisation des Vollzugsalltags eine Hausordnung auf der Grundlage dieses Gesetzes. Die Aufsichtsbehörde kann sich die Genehmigung vorbehalten.

## **Neunzehnter Abschnitt**

### **Aufsicht, Beirat**

#### **§ 113**

### **Aufsichtsbehörde**

**(1)** Das für den Justizvollzug zuständige Ministerium führt die Aufsicht über die Anstalten (Aufsichtsbehörde).

**(2)** Die Aufsichtsbehörde kann sich Entscheidungen über Verlegungen und Überstellungen vorbehalten.

## **§ 114**

### **Vollstreckungsplan, Vollzugsgemeinschaften**

- (1)** Die Aufsichtsbehörde regelt die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Anstalten in einem Vollstreckungsplan.
- (2)** Im Rahmen von Vollzugsgemeinschaften kann der Vollzug auch in Vollzugseinrichtungen anderer Länder vorgesehen werden.

## **§ 115**

### **Beirat**

- (1)** Bei der Anstalt ist ein Beirat zu bilden. Bedienstete dürfen nicht Mitglieder des Beirats sein.
- (2)** Die Mitglieder des Beirats wirken beratend bei der Gestaltung des Vollzugs und der Eingliederung der Gefangenen mit. Sie fördern das Verständnis für den Vollzug und seine gesellschaftliche Akzeptanz und vermitteln Kontakte zu öffentlichen und privaten Einrichtungen.
- (3)** Der Beirat steht dem Anstaltsleiter, den Bediensteten und den Gefangenen als Ansprechpartner zur Verfügung.
- (4)** Die Mitglieder des Beirats können sich über die Unterbringung der Gefangenen und die Gestaltung des Vollzugs unterrichten und die Anstalt besichtigen. Sie können die Gefangenen in ihren Räumen aufsuchen. Unterhaltung und Schriftwechsel werden nicht überwacht.

**(5)** Die Mitglieder des Beirats sind verpflichtet, außerhalb ihres Amtes über alle Angelegenheiten, die ihrer Natur nach vertraulich sind, besonders über Namen und Persönlichkeit der Gefangenen, Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt auch nach Beendigung ihres Amtes.

**Zwanzigster Abschnitt**  
**Verhinderung von Mobilfunkverkehr**  
**§ 116**  
**Störung des Mobilfunkverkehrs**

**(1)** Der Besitz und die Benutzung von Geräten zur funkbasierten Übertragung von Informationen sind auf dem Anstaltsgelände verboten, soweit diese nicht dienstlich zugelassen sind. Der Anstaltsleiter kann abweichende Regelungen treffen.

**(2)** Die Anstalt darf technische Geräte betreiben, die

1. das Auffinden von Geräten zur Funkübertragung ermöglichen,
2. Geräte zur Funkübertragung zum Zwecke des Auffindens aktivieren können oder
3. Frequenzen stören oder unterdrücken, die der Herstellung oder Aufrechterhaltung unerlaubter Funkverbindungen auf dem Anstaltsgelände dienen.

**(3)** Die Anstalt hat die von der Bundesnetzagentur nach § 55 Abs. 1 Satz 5 des Telekommunikationsgesetzes festgelegten Rahmenbedingungen zu beachten. Frequenznutzungen

außerhalb des Anstaltsgeländes dürfen nicht erheblich gestört werden.

## **Einundzwanzigster Abschnitt**

### **Vollzug des Strafarrests**

#### **§ 117**

#### **Grundsatz**

**(1)** Für den Vollzug des Strafarrests in Anstalten gelten die Bestimmungen über den Vollzug der Freiheitsstrafe entsprechend, soweit § 118 nicht Abweichendes bestimmt.

**(2)** § 118 Abs. 1 bis 3, 7 und 8 gilt nicht, wenn Strafarrest in Unterbrechung einer anderen freiheitsentziehenden Maßnahme vollzogen wird.

#### **§ 118**

#### **Besondere Bestimmungen**

**(1)** Strafarrestanten sollen im offenen Vollzug untergebracht werden.

**(2)** Eine gemeinsame Unterbringung der Strafarrestanten mit Straf- oder Jugendstrafgefangenen ist nur mit Einwilligung der Strafarrestanten zulässig.

**(3)** Besuche, Telefongespräche und Schriftwechsel dürfen nur untersagt oder überwacht werden, wenn dies aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt notwendig ist.

- (4) Den Strafarrestanten soll gestattet werden, einmal wöchentlich Besuch zu empfangen.
- (5) Strafarrestanten dürfen eigene Kleidung tragen und eigenes Bettzeug benutzen, wenn Gründe der Sicherheit nicht entgegenstehen und sie für Reinigung, Instandsetzung und regelmäßigen Wechsel auf eigene Kosten sorgen.
- (6) Sie dürfen Nahrungs- und Genussmittel sowie Mittel zur Körperpflege in angemessenem Umfang durch Vermittlung der Anstalt auf eigene Kosten erwerben.
- (7) Eine mit einer Entkleidung verbundene körperliche Durchsuchung ist nur bei Gefahr im Verzug zulässig.
- (8) Zur Vereitelung einer Entweichung und zur Wiedergreifung dürfen Schusswaffen nicht gebraucht werden.

## **Zweiundzwanzigster Abschnitt**

### **Datenschutz**

#### **§ 119**

#### **Anwendung des Thüringer Datenschutzgesetzes**

Das Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) findet Anwendung, soweit in diesem Gesetz nicht Abweichendes geregelt ist.

## **§ 120**

### **Grundsatz, Begriffsbestimmungen, elektronische Akte**

(1) Die Anstalt und die Aufsichtsbehörde dürfen personenbezogene Daten verarbeiten, soweit deren Kenntnis für vollzugliche Zwecke erforderlich ist.

(2) Vollzugliche Zwecke sind die Erreichung des Vollzugsziels, der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten der Gefangenen, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt sowie die Sicherung des Vollzugs.

(3) Akten über Gefangene dürfen auch elektronisch geführt werden.

## **§ 121**

### **Erhebung von Daten über Gefangene bei Dritten**

Daten über Gefangene können ohne deren Kenntnis bei Dritten nur erhoben werden, wenn

1. eine Rechtsvorschrift dies vorsieht oder zwingend voraussetzt oder

2. a) die zu erfüllende Aufgabe nach Art oder Zweck eine Erhebung bei anderen Personen oder Stellen erforderlich macht oder

b) die Erhebung bei den Gefangenen einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde

und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass überwiegende schutzwürdige Interessen der Gefangenen beeinträchtigt werden.

## **§ 122**

### **Erhebung von Daten über andere Personen**

Daten über andere Personen als die Gefangenen dürfen für vollzugliche Zwecke ohne deren Kenntnis bei Personen oder Stellen außerhalb der Anstalt oder Aufsichtsbehörde nur erhoben werden, wenn dies unerlässlich ist und die Art der Erhebung schutzwürdige Interessen dieser Personen nicht beeinträchtigt.

## **§ 123**

### **Unterrichtungspflichten**

Die Betroffenen werden über eine ohne ihre Kenntnis vorgenommene Erhebung ihrer Daten unterrichtet, soweit vollzugliche Zwecke dadurch nicht gefährdet werden. Sind die Daten bei anderen Personen oder Stellen erhoben worden, kann die Unterrichtung unterbleiben, wenn

1. die Daten nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, namentlich wegen des überwiegenden berechtigten Interesses Dritter, geheim gehalten werden müssen oder
2. der Aufwand der Unterrichtung außer Verhältnis zum Schutzzweck steht und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden.

## **§ 124**

### **Besondere Formen der Datenerhebung**

**(1)** Zur Sicherung des Vollzugs und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt, insbesondere zur

Identitätsfeststellung, sind mit Kenntnis der Gefangenen folgende erkennungsdienstliche Maßnahmen zulässig:

1. die Abnahme von Finger- und Handflächenabdrücken,
2. die Aufnahme von Lichtbildern,
3. die Feststellung äußerlicher körperlicher Merkmale,
4. die elektronische Erfassung biometrischer Merkmale und
5. Messungen.

**(2)** Aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung ist die Beobachtung einzelner Bereiche des Anstaltsgebäudes einschließlich des Gebäudeinneren, des Anstaltsgeländes oder der unmittelbaren Umgebung der Anstalt mit optisch-elektronischen Einrichtungen (Videoüberwachung) sowie die Anfertigung von Aufzeichnungen hiervon zulässig. Sie ist durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen, soweit ihr Zweck dadurch nicht vereitelt wird. Sie darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden. Die Videoüberwachung von Hafträumen ist ausgeschlossen. § 89 Abs. 2 Nr. 2 bleibt unberührt.

**(3)** Das Betreten des Anstaltsgeländes durch vollzugsfremde Personen kann davon abhängig gemacht werden, dass diese zur Identitätsfeststellung

1. ihren Vornamen, ihren Namen und ihre Anschrift angeben und durch amtliche Ausweise nachweisen und
2. die Erfassung biometrischer Merkmale des Gesichts, der Augen, der Hände, der Stimme oder der Unterschrift dulden, soweit dies erforderlich ist, um den Austausch mit Gefangenen zu verhindern.



**(4)** Der Anstaltsleiter kann das Auslesen von elektronischen Datenspeichern sowie elektronischen Geräten mit Datenspeichern anordnen, die Gefangene ohne Erlaubnis besitzen, wenn konkrete Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dies für vollzugliche Zwecke erforderlich ist. Die Gefangenen sind bei der Aufnahme über die Möglichkeit des Auslesens von Datenspeichern zu belehren.

## **§ 125**

### **Übermittlung und Nutzung für weitere Zwecke**

**(1)** Für eine Übermittlung oder Nutzung von personenbezogenen Daten stehen die Zwecke des gerichtlichen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit diesem Gesetz den vollzuglichen Zwecken des § 120 Abs. 2 gleich.

**(2)** Die Übermittlung und Nutzung von personenbezogenen Daten ist über Absatz 1 und § 120 Abs. 1 hinaus auch zulässig, soweit dies

1. zur Abwehr von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder von Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen

a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder

- c) auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
2. zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit,
  3. zur Abwehr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person,
  4. zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten sowie zur Verhinderung oder Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, durch welche die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet werden, oder
  5. für Maßnahmen der Strafvollstreckung oder strafvollstreckungsrechtliche Entscheidungen sowie für die Anordnung von Maßnahmen nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich ist.

## **§ 126**

### **Datenübermittlung an öffentliche Stellen**

- (1)** Den zuständigen öffentlichen Stellen dürfen personenbezogene Daten übermittelt werden, soweit dies für
1. Maßnahmen der Gerichtshilfe, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Führungsaufsicht oder der forensischen Ambulanzen,
  2. Entscheidungen in Gnadensachen,
  3. gesetzlich angeordnete Statistiken der Rechtspflege,
  4. sozialrechtliche Maßnahmen,
  5. die Einleitung von Hilfsmaßnahmen für Angehörige der Gefangenen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB,
  6. dienstliche Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Aufnahme und Entlassung von Soldaten,
  7. ausländerrechtliche Maßnahmen oder

8. die Durchführung der Besteuerung erforderlich ist. Eine Übermittlung für andere Zwecke ist auch zulässig, soweit eine andere gesetzliche Bestimmung dies vorsieht und sich dabei ausdrücklich auf Daten über Gefangene bezieht.

**(2)** Absatz 1 gilt entsprechend, wenn sich die öffentlichen Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nichtöffentlichen Stellen bedienen und deren Mitwirkung ohne Übermittlung der Daten unmöglich oder wesentlich erschwert würde.

## **§ 127**

### **Zweckbindung**

Von der Anstalt oder der Aufsichtsbehörde übermittelte personenbezogene Daten dürfen nur zu dem Zweck verarbeitet oder genutzt werden, zu dessen Erfüllung sie übermittelt worden sind. Die Empfänger dürfen die Daten für andere Zwecke nur verarbeiten oder nutzen, soweit sie ihnen auch für diese Zwecke hätten übermittelt werden dürfen, und wenn im Fall einer Übermittlung an nicht öffentliche Stellen die übermittelnde Anstalt oder Aufsichtsbehörde zugestimmt hat. Die Anstalt oder die Aufsichtsbehörde hat die nichtöffentlichen Empfänger auf die Zweckbindung nach Satz 1 hinzuweisen.

## **§ 128**

### **Verarbeitung besonders erhobener Daten**

**(1)** Bei der Überwachung der Besuche, der Telefongespräche, anderer Formen der Telekommunikation oder des Schriftwechsels sowie bei der Überprüfung des Inhalts von

Paketen bekannt gewordene personenbezogene Daten dürfen für die in § 120 Abs. 2 und § 125 genannten Zwecke verarbeitet werden.

**(2)** Die aufgrund von erkennungsdienstlichen Maßnahmen nach § 124 Abs. 1 gewonnenen Daten und Unterlagen werden zu den Gefangenenpersonalakten genommen oder in personenbezogenen Dateien gespeichert. Sie dürfen nur für die in § 124 Abs. 1 und § 125 Abs. 2 Nr. 4 genannten Zwecke verarbeitet oder den Vollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden zum Zwecke der Fahndung und Festnahme der entwichenen oder sich sonst ohne Erlaubnis außerhalb der Anstalt aufhaltenden Gefangenen übermittelt werden.

**(3)** Die zur Identifikation von vollzugsfremden Personen nach § 124 Abs. 3 erhobenen Daten dürfen ausschließlich verarbeitet werden

1. zum Zweck des Abgleichs beim Verlassen der Vollzugsanstalt oder
2. zur Verfolgung von während des Aufenthalts in der Anstalt begangenen Straftaten; in diesem Fall können die Daten auch an Strafverfolgungsbehörden ausschließlich zum Zwecke der Verfolgung dieser Straftaten übermittelt werden.

**(4)** Die beim Auslesen von Datenspeichern nach § 124 Abs. 4 erhobenen Daten dürfen nur verarbeitet werden, soweit dies zu den dort genannten Zwecken erforderlich ist. Sie dürfen nicht weiterverarbeitet werden, soweit sie

1. zum Kernbereich der privaten Lebensgestaltung Dritter gehören oder

2. zum Kernbereich der privaten Lebensgestaltung Gefangener gehören und die weitere Verarbeitung nach Abwägung der in § 124 Abs. 4 genannten vollzuglichen Interessen an der Verarbeitung und der Interessen der Gefangenen an der illegalen Speicherung der Daten unzumutbar ist.

(5) Nach § 122 erhobene Daten über Personen, die nicht Gefangene sind, dürfen nur zur Erfüllung des Erhebungszwecks oder für die in § 125 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 geregelten Zwecke oder zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verarbeitet werden.

## **§ 129**

### **Zentrale Datei, Einrichtung automatisierter Übermittlungsverfahren**

(1) Die nach § 19 Abs. 2 ThürDSG bei den Betroffenen erhobenen Daten können für die Anstalt und die Aufsichtsbehörde in einer zentralen Datei gespeichert werden. Dasselbe gilt, soweit nach den §§ 121 und 122 Daten erhoben werden.

(2) Die Einrichtung eines automatisierten Verfahrens, das die Übermittlung personenbezogener Daten aus der zentralen Datei nach § 125 Abs. 2 und § 126 ermöglicht, ist zulässig, soweit diese Form der Datenübermittlung unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Belange der betroffenen Personen und der Erfüllung des Zwecks der Übermittlung angemessen ist. Die automatisierte Übermittlung der für die Unterrichtung nach § 13 Abs. 1 Satz 3 des Bundeskriminalamtgesetzes erforderlichen personenbezogenen Daten kann auch anlassunabhängig erfolgen.

**(3)** Die speichernde Stelle hat zu gewährleisten, dass die Übermittlung zumindest durch geeignete Stichprobenverfahren festgestellt und überprüft werden kann.

**(4)** Das für den Strafvollzug zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung die Einzelheiten der Einrichtung automatisierter Übermittlungsverfahren. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für die Informationsfreiheit ist vorher zu hören. Die Rechtsverordnung hat den Datenempfänger, die Datenart und den Zweck der Übermittlung festzulegen. Sie hat Maßnahmen zur Datensicherung und zur Kontrolle vorzusehen, die in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck stehen.

**(5)** Das für den Strafvollzug zuständige Ministerium kann mit anderen Ländern und dem Bund einen Datenverbund vereinbaren, der eine automatisierte Datenübermittlung ermöglicht.

## **§ 130**

### **Mitteilung über Haftverhältnisse**

**(1)** Die Anstalt oder die Aufsichtsbehörde darf öffentlichen oder nichtöffentlichen Stellen auf schriftlichen Antrag mitteilen, ob sich eine Person in Haft befindet sowie ob und wann die Entlassung aus dem Vollzug einer Freiheits- oder Jugendstrafe voraussichtlich innerhalb eines Jahres bevorsteht, soweit

1. die Mitteilung zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der öffentlichen Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist oder
2. von nichtöffentlichen Stellen

a) ein berechtigtes Interesse an dieser Mitteilung glaubhaft dargelegt wird und

b) die Gefangenen kein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Übermittlung haben.

**(2)** Die Mitteilung ist in der Gefangenenpersonalakte zu dokumentieren.

**(3)** Den Verletzten einer Straftat sowie deren Rechtsnachfolgern können darüber hinaus auf schriftlichen Antrag Auskünfte über die Entlassungsadresse oder die Vermögensverhältnisse von Straf- und Jugendstrafgefangenen erteilt werden, wenn die Erteilung zur Feststellung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit der Straftat erforderlich ist.

**(4)** Die Gefangenen werden vor der Mitteilung gehört, es sei denn, es ist zu besorgen, dass dadurch die Verfolgung des Interesses der Antragsteller vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde und eine Abwägung ergibt, dass dieses Interesse das Interesse der Gefangenen an ihrer vorherigen Anhörung überwiegt. Ist die Anhörung unterblieben, werden die betroffenen Gefangenen über die Mitteilung nachträglich unterrichtet.

**(5)** Bei einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch sind auf Antrag der betroffenen Untersuchungsgefangenen die Stellen, die eine Mitteilung nach Absatz 1 Nr. 1 erhalten haben, über den Verfahrensausgang in Kenntnis zu setzen. Die

betroffenen Untersuchungsgefangenen sind bei der Anhörung oder nachträglichen Unterrichtung nach Absatz 4 auf ihr Antragsrecht hinzuweisen.

## **§ 131**

### **Überlassung von Akten**

**(1)** Akten dürfen nur

1. anderen Anstalten und Aufsichtsbehörden,
  2. der Gerichtshilfe, der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe, den Führungsaufsichtsstellen und den forensischen Ambulanzen,
  3. den für strafvollzugs-, straffvollstreckungs- und strafrechtliche Entscheidungen zuständigen Gerichten und
  4. den Strafvollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden
- überlassen oder im Fall elektronischer Aktenführung in Form von Duplikaten übermittelt werden.

**(2)** Die Überlassung an andere öffentliche Stellen und nichtöffentliche Stellen nach § 126 Abs. 2 ist zulässig, soweit die Erteilung einer Auskunft einen unvertretbaren Aufwand erfordert oder nach Darlegung der Akteneinsicht begehrenden Stellen für die Erfüllung der Aufgabe nicht ausreicht. Entsprechendes gilt für die Überlassung von Akten an die von einer Anstalt oder Aufsichtsbehörde, einer Strafvollstreckungsbehörde oder einem Gericht mit Gutachten beauftragten Stellen.



## **§ 132**

### **Kenntlichmachung in der Anstalt**

Mit Ausnahme des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses und der Daten von Gefangenen, die anlässlich ärztlicher Untersuchungen erhoben worden sind, dürfen Daten von Gefangenen in der Anstalt allgemein kenntlich gemacht werden, soweit dies für ein geordnetes Zusammenleben erforderlich ist.

## **§ 133**

### **Offenbarungspflichten und -befugnisse der Berufsgeheimnisträger**

**(1)** Hinsichtlich der ihnen als Berufsgeheimnisträgern von Gefangenen anvertrauten oder sonst von Gefangenen bekanntgewordene Geheimnisse auch gegenüber der Anstalt und der Aufsichtsbehörde unterliegen

1. Ärzte, Zahnärzte oder Angehörige eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
3. staatlich anerkannte Sozialarbeiter oder staatlich anerkannte Sozialpädagogen,
4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist, und

5. Mitglieder oder Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes

der Schweigepflicht, soweit in den Absätzen 2 bis 6 nicht Abweichendes geregelt ist.

**(2)** Die in Absatz 1 genannten Personen haben sich gegenüber dem Anstaltsleiter zu offenbaren, soweit dies für die Aufgabenerfüllung der Anstalt oder der Aufsichtsbehörde oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leib oder Leben von Gefangenen oder Dritten erforderlich ist.

**(3)** Ärzte sind gegenüber dem Anstaltsleiter zur Offenbarung ihnen im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge bekannt gewordener Geheimnisse befugt, soweit dies für die Aufgabenerfüllung der Anstalt oder der Aufsichtsbehörde unerlässlich oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leib oder Leben von Gefangenen oder Dritten erforderlich ist. Sonstige Offenbarungsbefugnisse und -pflichten bleiben unberührt.

**(4)** Die Gefangenen sind vor der Erhebung über die nach den Absätzen 2 und 3 bestehenden Offenbarungspflichten zu unterrichten.

**(5)** Die nach den Absätzen 2 und 3 offenbarten Daten dürfen nur für den Zweck, für den sie offenbart wurden oder für den eine Offenbarung zulässig gewesen wäre, und nur unter denselben Voraussetzungen verarbeitet oder genutzt werden, unter denen eine in Absatz 1 genannte Person selbst hierzu befugt wäre. Der Anstaltsleiter kann unter diesen

Voraussetzungen die unmittelbare Offenbarung gegenüber bestimmten Bediensteten allgemein zulassen.

(6) Sofern Ärzte oder Psychologen außerhalb des Vollzugs mit der Untersuchung, Behandlung oder Betreuung von Gefangenen beauftragt werden, gelten die Absätze 1 bis 3 mit der Maßgabe entsprechend, dass die beauftragten Personen auch zur Unterrichtung des in der Anstalt tätigen Arztes oder des in der Anstalt mit der Behandlung oder Betreuung der Gefangenen betrauten Psychologen befugt sind.

## **§ 134**

### **Schutz der Daten in Akten und Dateien**

(1) Die Bediensteten dürfen sich von personenbezogenen Daten nur Kenntnis verschaffen, soweit dies zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben oder für die zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung notwendige Zusammenarbeit erforderlich ist.

(2) Akten und Dateien mit personenbezogenen Daten sind durch die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen gegen unbefugten Zugang und unbefugten Gebrauch zu schützen. Gesundheits- und Therapieakten, psychologische und pädagogische Testunterlagen und Krankenblätter sind getrennt von anderen Unterlagen zu führen und besonders zu sichern. Im Übrigen gilt für die Art und den Umfang der Schutzvorkehrungen § 9 ThürDSG.

## **§ 135**

### **Auskunft an die Betroffenen, Akteneinsicht**

(1) Den Gefangenen wird Akteneinsicht gewährt, wenn eine Auskunft für die Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen nicht ausreicht und sie hierfür auf die Einsichtnahme angewiesen sind.

(2) Die Auskunftserteilung und die Gewährung von Akteneinsicht unterbleiben, soweit die Auskunft oder die Einsichtnahme die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der datenverarbeitenden Stelle oder die Erreichung des Vollzugsziels gefährden würden oder eine Anordnung nach § 119 StPO entgegensteht.

## **§ 136**

### **Auskunft und Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke**

§ 476 StPO gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass auch elektronisch gespeicherte Daten übermittelt werden können.

## **§ 137**

### **Löschung**

(1) Die in Dateien gespeicherten und gesperrten personenbezogenen Daten sind spätestens zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist nach § 140 zu löschen.

(2) Erhält die Anstalt bei einem Untersuchungsgefangenen von einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch Kenntnis, sind die in

Dateien gespeicherten und gesperrten personenbezogenen Daten des Untersuchungsgefangenen spätestens zum Ende des auf die Kenntniserlangung folgenden Jahres zu löschen.

## **§ 138**

### **Löschung besonders erhobener Daten**

**(1)** Erkennungsdienstliche Unterlagen mit Ausnahme von Lichtbildern und der Beschreibung von körperlichen Merkmalen der Straf- und Jugendstrafgefangenen, die nach § 124 Abs. 1 ermittlungsdienstlich behandelt worden sind, sind nach ihrer Entlassung aus dem Vollzug unverzüglich zu löschen, sobald die Vollstreckung der richterlichen Entscheidung, die dem Vollzug zugrunde gelegen hat, abgeschlossen ist. Im Vollzug der Untersuchungshaft gilt dies bei einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch.

**(2)** Mittels optisch-elektronischer Einrichtungen nach § 124 Abs. 2 erhobene Daten sind spätestens nach 72 Stunden zu löschen, soweit nicht die weitere Aufbewahrung im Einzelfall zu Beweis Zwecken unerlässlich ist.

**(3)** Nach § 124 Abs. 3 Nr. 2 erhobene Daten sind unverzüglich zu löschen, nachdem die Personen die Anstalt verlassen haben.

**(4)** Nach § 124 Abs. 4 erhobene Daten sind unverzüglich zu löschen, soweit eine Verarbeitung nach § 128 Abs. 4 unzulässig ist. Die Daten sind spätestens 72 Stunden nach dem

Ende des Auslesens zu löschen, soweit nicht die weitere Aufbewahrung im Einzelfall zu Beweis Zwecken unerlässlich ist.

## **§ 139**

### **Sperrung und Verwendungsbeschränkungen**

**(1)** Personenbezogene Daten in Akten und Dateien sind spätestens nach Ablauf von zwei Jahren seit der Entlassung oder der Verlegung der Gefangenen in eine andere Anstalt zu kennzeichnen. Ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung ist einzuschränken (Sperrung). Die Daten sind nach Ablauf der Frist nur noch ausgewählten Bediensteten zugänglich zu machen. Einzelheiten regelt der Anstaltsleiter. Hiervon können bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist nach § 140 die Angaben über Familienname, Vorname, Geburtsname, Geburtstag, Geburtsort, Eintritts- und Austrittsdatum der Gefangenen ausgenommen werden, soweit dies für das Auffinden der Gefangenenpersonalakte erforderlich ist.

**(2)** Die nach Absatz 1 gesperrten Daten dürfen nur übermittelt oder genutzt werden soweit dies

1. zur Verfolgung von Straftaten,
2. für die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben nach § 104,
3. zur Behebung einer bestehenden Beweisnot oder
4. zur Feststellung, Durchsetzung oder Abwehr von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit dem Vollzug einer Jugend- oder Freiheitsstrafe oder einer Untersuchungshaft unerlässlich ist.

**(3)** Die Sperrung nach Absatz 1 endet, wenn die Gefangenen erneut zum Vollzug einer Jugend- oder Freiheitsstrafe oder einer Untersuchungshaft aufgenommen werden oder die Betroffenen eingewilligt haben.

**(4)** Erhält die Anstalt bei einem Untersuchungsgefangenen von einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch Kenntnis, so tritt an die Stelle der in Absatz 1 Satz 1 genannten Frist eine Frist von einem Monat ab Kenntniserlangung.

## **§ 140**

### **Aufbewahrungsfristen, Fristberechnung**

**(1)** Bei der Aufbewahrung von Akten und Dateien mit nach § 139 gesperrten Daten darf für Gefangenenpersonalakten, Gesundheitsakten, Therapieakten, psychologische und pädagogische Testunterlagen und Krankenblätter sowie für Gefangenenbücher eine Frist von dreißig Jahren nicht überschritten werden.

**(2)** Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem auf das Jahr der aktenmäßigen Weglegung folgenden Kalenderjahr.

**(3)** Die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut bleiben unberührt.

## **Dreiundzwanzigster Abschnitt Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### **§ 141**

#### **Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz werden die nachfolgenden Grundrechte eingeschränkt:

1. das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 3 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen,
2. die Freiheit der Person nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 3 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen,
3. das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten nach Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie
4. das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes und Artikel 7 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen.

### **§ 142**

#### **Verhältnis zu anderen Vorschriften**

Dieses Gesetz ersetzt gemäß Artikel 125a Abs. 1 des Grundgesetzes in Thüringen das Strafvollzugsgesetz. Die Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes über

1. den Pfändungsschutz (§ 50 Abs. 2 Satz 5, § 51 Abs. 4 und 5, § 75 Abs. 3), den Nachrang der Sozialhilfe bei der Zahlung von Ausbildungsbeihilfe (§ 44 Abs. 1 Satz 2),
2. Handeln auf Anordnung (§ 97),
3. das gerichtliche Verfahren (§ 50 Abs. 5 Satz 2, §§ 109 bis 121),



4. die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt (§§ 136 bis 138),
  5. den Vollzug von Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erziehungshaft (§§ 171 bis 175),
  6. den unmittelbaren Zwang in Justizvollzugsanstalten für andere Arten des Freiheitsentzugs (§ 178) sowie
  7. den Vollzug von Freiheitsstrafe und Jugendhaft der Deutschen Demokratischen Republik (§ 202)
- gelten fort.

## **§ 143**

### **Übergangsbestimmungen**

**(1)** Bis zum Inkrafttreten einer Verordnung nach § 66 Abs. 4 Satz 2 gilt die Strafvollzugsvergütungsordnung vom 11. Januar 1977 (BGBl. I S. 57) in der jeweils geltenden Fassung.

**(2)** Für Anstalten, mit deren Errichtung vor dem 3. Oktober 1990 begonnen wurde, gilt, dass abweichend von § 18 während der Einschlusszeiten bis zu sechs Strafgefangene gemeinsam untergebracht werden dürfen, solange die räumlichen Verhältnisse der Anstalt dies erfordern; eine gemeinschaftliche Unterbringung von mehr als zwei Personen ist nur bis zum Ablauf des 31. Dezember 2024 zulässig.

**(3)** Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Anstalten kann abweichend von § 106 die Belegungsfähigkeit einer Anstalt nach Maßgabe des Absatzes 2 festgesetzt werden.

**(4)** Das Überbrückungsgeld, welches von den Gefangenen bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes angespart wurde, ist ihnen bei ihrer Entlassung auszuzahlen. Der Anstaltsleiter kann es auch ganz oder teilweise dem Bewährungshelfer, einer mit der Entlassungsbetreuung befassten Stelle oder den Personensorgeberechtigten überweisen, die darüber entscheiden, wie das Geld innerhalb der ersten vier Wochen nach der Entlassung an den Gefangenen ausgezahlt wird. Der Bewährungshelfer, die mit der Entlassungsbetreuung befasste Stelle und die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, das Überbrückungsgeld von ihrem sonstigen Vermögen getrennt zu halten. Mit Zustimmung des Gefangenen kann das Überbrückungsgeld einem oder mehreren Unterhaltsberechtigten überwiesen werden.

## **§ 144**

### **Gleichstellungsbestimmung**

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

## **§ 145**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten

1. das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz vom 20. September 2007 (GVBl. S. 221),
2. das Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 553),

3. das Thüringer Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und der Videoüberwachung beim Vollzug der Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 553 - 573-) sowie
4. das Thüringer Strafvollzugs- und Jugendstrafvollzugs-ergänzungsgesetz vom 23. Mai 2013 (GVBl. S. 121)  
außer Kraft.

Erfurt, den 27. Februar 2014  
Die Präsidentin des Landtags  
Birgit Diezel

# **Begründung:**

## **Vorbemerkung:**

*Der nachstehende Begründungstext zum Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch gibt die amtliche Fassung der Landtagsdrucksache 5/6700 vom 07. Oktober 2013 wieder. Dies entspricht der Fassung des Gesetzentwurfs zur ersten Lesung im Landtag. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren, namentlich bei der Aussprache im Justiz- und Verfassungsausschuss, wurden Änderungsanträge zu dem Entwurf eingebracht, von denen einige vom Landtagsplenum angenommen wurden und letztlich zum oben abgedruckten Gesetzestext führten, wie er im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet wurde.*

*An den jeweils relevanten Stellen der Begründung wird nachstehend in **Kursiv-Schrift** auf diese Änderungen hingewiesen und der Begründungstext, soweit notwendig, ergänzt. Diese Ergänzungen sind in den amtlichen Begründungstext mit „hineinzulesen“.*

## **A. Allgemeines**

### **I. Zielsetzung**

Das Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch stellt die verfassungsrechtlich erforderliche gesetzliche Grundlage für den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft in Thüringen dar. Der Freiheitsentzug greift in

Grundrechte der Gefangenen ein und steht damit unter dem Vorbehalt des Gesetzes. Seit dem 1. September 2006 liegt die Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug nach Artikel 70 Abs. 1 des Grundgesetzes bei den Ländern.

Das Land hat von der neuen Gesetzgebungskompetenz bereits durch Schaffung des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes (ThürJStVollzG) vom 20. Dezember 2007 (GVBl. S. 221), des Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (ThürUVollzG) vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 553) und des Thüringer Gesetzes zur Regelung des Datenschutzes und der Videoüberwachung beim Vollzug der Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 553 -573-) Gebrauch gemacht. Diese Landesgesetze knüpfen zwar inhaltlich weitgehend an bewährte Regelungen des Strafvollzugsgesetzes des Bundes an, entwickeln das Recht jedoch, den Erkenntnissen der Kriminologie, der vollzuglichen Praxis und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragend, fort und setzen neue Schwerpunkte in der Vollzugsgestaltung. Dies hat dazu geführt, dass in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes, die nach dem Vollstreckungsplan für den Vollzug sowohl von Freiheitsstrafen als auch von Jugendstrafen und Untersuchungshaft zuständig sind, verschiedene rechtliche Regelungen zur Anwendung kommen. Um diesen Zustand zu beenden, ist die Schaffung eines einheitlichen und konzeptionell neu ausgerichteten Gesetzes mit einheitlichen Begriffen und Regelungen für den Justizvollzug des Landes erforderlich. Es soll den Vollzug der Freiheitsstrafe weiterentwickeln und die Neuerungen auf den Vollzug der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft erstrecken.

Der Vollzug der Freiheitsstrafe wird erstmals landesgesetzlich geregelt. Wesentliche Gesichtspunkte für die Fortentwicklung eines humanen und noch konsequenter als bisher am Gedanken der Resozialisierung und Eingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft ausgerichteten Strafvollzugs ergeben sich aus folgenden Erwägungen:

1. Um die Legalprognose der aus dem Vollzug Entlassenen zu verbessern, müssen vollzugliche Maßnahmen auf den individuellen Behandlungsbedarf zugeschnitten werden. Sie sollen so frühzeitig beginnen, dass sie während der Haftzeit abgeschlossen werden können. Voraussetzung hierfür ist eine gründliche Diagnostik, eine regelmäßige Überprüfung der festgelegten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit sowie eine Verbesserung des Behandlungsangebots insgesamt, insbesondere durch Schaffung von an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierten, standardisierten Behandlungsprogrammen.
2. Rückfalluntersuchungen belegen, dass selbst vorzeitig aufgrund einer positiven Prognose entlassene Strafgefangene die Schwierigkeiten des Lebens in Freiheit häufig nicht bewältigen. Im Ergebnis ist deshalb der Übergang von der Unfreiheit in die Freiheit noch stärker in den Fokus zu rücken und weiter zu verbessern. Der Vollzug muss daher insbesondere das Strafende stärker als bisher von Beginn der Haftzeit an in den Blick nehmen und dafür Sorge tragen, dass die Strafgefangenen den Bezug zum Leben außerhalb der Anstalt nicht verlieren. Er muss während der Haftzeit bereits frühzeitig mit Eingliederungsmaßnahmen beginnen und dafür Sorge tragen, dass eine Phase des Übergangs, die auch Möglichkeiten

der Nachbetreuung umfasst, geschaffen wird. Hierzu bedarf es einer engen Zusammenarbeit insbesondere mit den sozialen Diensten der Justiz und freien Trägern der Entlassenenhilfe.

Das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz und das Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz wurden einer kritischen Prüfung unterzogen.

Die im Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz enthaltenen Regelungen für die Fortentwicklung eines zeitgemäßen, humanen und an der Unschuldsvermutung ausgerichteten Untersuchungshaftvollzugs werden in das Gesetz übernommen.

Die im Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz festgelegten, den Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an den Jugendstrafvollzug Rechnung tragenden Regelungen für einen konsequent am Erziehungsgedanken ausgerichteten Jugendstrafvollzug finden ebenfalls Aufnahme in das Gesetz.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 4. Mai 2011 (2 BvR 2365/09 u. a. Rn. 112) unter dem Begriff "ultima-ratio-Prinzip" die Vorgaben gemacht, dass die Sicherungsverwahrung nur als letztes Mittel angeordnet werden darf, wenn andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht ausreichen, um dem Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Diesem ultima-ratio-Prinzip bei der Anordnung der Sicherungsverwahrung folgt der Gedanke, dass auch der Vollzug diesem Prinzip entsprechen muss. Kommt

Sicherungsverwahrung in Betracht, müssen schon während des Strafvollzugs alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Gefährlichkeit des Verurteilten zu reduzieren. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass etwa erforderliche psychiatrische, psycho- oder sozialtherapeutische Behandlungen, die oftmals auch bei günstigem Verlauf mehrere Jahre in Anspruch nehmen, zeitig beginnen, mit der gebotenen hohen Intensität durchgeführt und möglichst vor dem Strafende abgeschlossen werden.

Dazu bedarf es Betreuungsmaßnahmen, um die Gefährlichkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen, für die Sicherungsverwahrung angeordnet oder vorbehalten ist, bereits im Vollzug der Freiheits- oder Jugendstrafe möglichst soweit zu reduzieren, dass die Vollstreckung der Unterbringung oder deren Anordnung entbehrlich wird.

Für bestimmte Regelungsmaterien behält der Bund weiterhin die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz. Dies betrifft vor allem den gerichtlichen Rechtsschutz sowie den Pfändungsschutz.

## **II. Lösung**

Es wird der Entwurf eines Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs vorgelegt, das wesentliche Inhalte des Strafvollzugsgesetzes und die Neuerungen der beiden Landesgesetze zum Jugendstrafvollzug und Untersuchungshaftvollzug übernimmt, jedoch im Strafvollzug neue Schwerpunkte setzt und die Vollzugsgestaltung stärker konturiert. Das Gesetz beschränkt sich nicht darauf, den bestehenden Rechtszustand



festzuschreiben, sondern sucht den derzeitigen Justizvollzug unter Berücksichtigung kriminologischer Erkenntnisse und des Erfahrungswissens der Praxis weiter zu entwickeln. Es verzichtet weitgehend auf Verweise und ist für die Praxis gut handhabbar.

Das Gesetz fasst alle Regelungen zum Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft zusammen und trägt so den Anforderungen an eine "schlanke Gesetzgebung" Rechnung. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Haftarten treten durch eine themenzentrierte Zusammenstellung und damit eine direkte Gegenüberstellung aller Regelungen in einer Bestimmung deutlich hervor. Haftartübergreifende Besonderheiten, beispielsweise für die jungen Gefangenen, können erstmals in einer Bestimmung zusammengefasst werden. Diese Regelungstechnik ermöglicht eine größere Transparenz, Verständlichkeit und Vergleichbarkeit der Regelungen als die Schaffung von einzelnen Vollzugsgesetzen mit größtenteils identischem, haftartunspezifischem Inhalt, deren Unterschiede auf den ersten Blick nicht oder nur schwer erkennbar sind.

Das Gesetz legt, anknüpfend an § 2 ThürJStVollzG, als Vollzugsziel fest, die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu einem Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung zu befähigen. Die gesamte Vollzugsgestaltung hat sich an diesem Vollzugsziel auszurichten. Der Vollzug hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Für den Vollzug der Untersuchungshaft bleibt es bei der Regelung des § 2 ThürUVollzG, wonach der Untersuchungshaftvollzug die Aufgabe hat, durch sichere Unterbringung der

Untersuchungsgefangenen die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und der Gefahr weiterer Straftaten zu begegnen.

Den Anforderungen an einen konsequent am Resozialisierungsgedanken sowie an rechts- und sozialstaatlichen Erwägungen ausgerichteten Strafvollzug trägt das Gesetz insbesondere durch Einführung eines standardisierten Diagnoseverfahrens und die Verbesserung des Übergangsmanagements Rechnung. Es übernimmt beispielsweise den allgemeinen Maßstab des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes, wonach Lockerungen gewährt werden dürfen, wenn verantwortet werden kann, zu erproben, dass die Jugendstrafgefangenen sich dem Vollzug der Freiheitsstrafe nicht entziehen oder Lockerungen nicht zu Straftaten missbrauchen. Weitergehende Maßnahmen, die für die Erreichung des Vollzugsziels als (zwingend) erforderlich erachtet werden, gehen anderen Maßnahmen vor und werden - sofern sie während der Arbeitszeit stattfinden - vergütet, um einen finanziellen Anreiz für die Teilnahme zu schaffen.

Eine Neuausrichtung nimmt das Gesetz für die Sozialtherapie vor. Anknüpfungspunkt für die verpflichtende Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Einrichtung ist nicht die der Verurteilung zugrunde liegende Straftat, sondern die Verringerung einer erheblichen Gefährlichkeit des Täters. Abgestellt wird daher auf die zu erwartenden Straftaten. Erfasst sind Straf- und Jugendstrafgefangene, von denen schwerwiegende Straftaten gegen Leib oder Leben, gegen die persönliche Freiheit oder gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu erwarten sind. Da nunmehr auch Straftäter mit einem hohen

Gewaltpotential verpflichtend in einer sozialtherapeutischen Abteilung unterzubringen sind, wird die Anzahl der Plätze voraussichtlich zu erhöhen sein.

Einzelunterbringung während der Einschlusszeiten ist, wie bereits im Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz und im Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz, nun auch für die Strafgefangenen landesgesetzlich als Grundsatz festgeschrieben. Dieser Grundsatz ist elementar; er dient nicht zuletzt auch dem Schutz der Gefangenen vor Übergriffen.

Das Gesetz sieht für Strafgefangene mit angeordneter und vorbehaltener Sicherungsverwahrung eine Erweiterung des Vollzugsziels vor. Schon der Vollzug der Haft muss bei diesen Gefangenen darauf abzielen, durch wirksame Behandlungsangebote eine Vollstreckung der Sicherungsverwahrung nach der Haftverbüßung von vornherein zu vermeiden. Hierzu wird ein Behandlungsanspruch normiert, der durch eine Pflicht zur Motivierung der Strafgefangenen ergänzt wird. Schließlich wird für diese Personengruppe unabhängig von der Anlasstat eine rechtzeitige Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt oder Abteilung vorgesehen, wenn eine solche Behandlung angezeigt ist.

Für Jugendstrafgefangene mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung gelten diese Regelungen entsprechend, soweit sich aus dem Erziehungsgedanken keine Besonderheiten ergeben.

Das Gesetz steht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaats Thü-

ringen in Einklang. Völkerrechtliche Vorgaben und internationale Standards mit Menschenrechtsbezug werden beachtet.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Erster Abschnitt**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **Zu § 1 - Anwendungsbereich, allgemeine Begriffsbestimmungen:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde mit folgender Begründung nach Absatz 2 ein neuer Absatz 3 eingefügt: Bisher gibt es weder im Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetz noch im Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen eine Regelung für den Vollzug der einstweiligen Unterbringung nach § 126a der Strafprozessordnung. Mit Beschluss vom 3. Januar 2012 (Az. 1 Ws 575/11) empfahl das Thüringer Oberlandesgericht wegen der mit dem Vollzug der einstweiligen Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus häufig verbundenen intensiven Grundrechtseingriffe „eine baldige ausdrückliche landesgesetzliche Regelung“ zu schaffen. Die bisherigen Absätze 3 bis 5 wurden dadurch zu Absätzen 4 bis 6.*

Die Gesetzgebungsbefugnis für den Vollzug der Freiheits- und der Jugendstrafe sowie der Untersuchungshaft liegt seit dem 1. September 2006 bei den Ländern. Die Bestimmung regelt den Anwendungsbereich entsprechend und bezieht auch den

Strafarrest, der in Anstalten vollzogen wird, ein. Jugendstrafe kann gegenüber Personen verhängt werden, die zur Zeit der Tat Jugendliche oder Heranwachsende waren (§§ 1, 17, 105 des Jugendgerichtsgesetzes -JGG-). Untersuchungshaft kann sowohl gegen jugendliche und heranwachsende als auch gegen erwachsene Personen angeordnet werden.

Für den Vollzug von Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erziehungshaft hat weiterhin der Bund die Gesetzgebungszuständigkeit, so dass die §§ 171 bis 175 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) fortgelten. Für rechtskräftig Verurteilte, für die noch keine Vollstreckbarkeitsbescheinigung nach § 451 der Strafprozessordnung (StPO) vorliegt, gelten die Bestimmungen für den Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe.

Der Vollzug von freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (§§ 63 ff. des Strafgesetzbuchs - StGB -) bedarf eigenständiger gesetzlicher Regelungen. Die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt ist bereits im Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (ThürPsychKG) geregelt. Die Regelungen zur Sicherungsverwahrung sind im Thüringer Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz (ThürSVVG) enthalten.

Die Bestimmung führt in Absatz 1 aus Gründen der besseren Lesbarkeit des Gesetzestextes den verkürzten Begriff "Anstalten" ein und erstreckt den Anwendungsbereich des Gesetzes auf den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe, der Untersuchungshaft und des Strafarrestes. Absatz 2 enthält eine Aufzählung der Haftarten, auf die die Bestimmungen für

den Vollzug der Untersuchungshaft entsprechende Anwendung finden. Es sind Haftarten, die ebenfalls der Durchführung eines geordneten Verfahrens dienen. Keine Anwendung findet das Gesetz auf die Abschiebungshaft, da es den Ländern insoweit bereits an der Regelungskompetenz fehlt.

Die Absätze 3 bis 5 enthalten Begriffsbestimmungen, die für das Verständnis des Gesetzestextes und seiner Systematik wesentlich sind.

Absatz 3 fasst unter dem Begriff "Gefangene" die Straf-, Jugendstraf- und Untersuchungsgefangenen zusammen, weil sie eine Vielzahl der Bestimmungen gleichermaßen betrifft. Der Begriff "Untersuchungsgefangene" des Absatzes 4 umfasst alle im Vollzug der Untersuchungshaft befindlichen Untersuchungsgefangenen, also auch die in Absatz 5 definierten jungen Untersuchungsgefangenen.

Absatz 4 übernimmt die Legaldefinition der jungen Untersuchungsgefangenen des bisher geltenden § 66 Abs. 1 des Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (ThürUVollzG). Erfasst sind die zur Tatzeit Jugendlichen oder Heranwachsenden, für die bei einer Verurteilung Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt oder kommen kann. Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf Untersuchungsgefangene bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres, weil danach wegen § 89b Abs. 1 Satz 2 JGG zu erwarten steht, dass selbst Jugendstrafe nach den Vorschriften des Strafvollzugs für Erwachsene vollzogen würde.

Absatz 5 fasst unter dem Begriff "junge Gefangene" Jugendstrafgefangene und junge Untersuchungsgefangene zusammen, da für diese Gefangenengruppen eine Vielzahl identischer altersspezifischer Regelungen zur Anwendung kommt.

## **Zu § 2 - Ziel und Aufgabe des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe:**

Absatz 1 unterscheidet zwischen Ziel und Aufgabe des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe und entspricht inhaltlich § 2 des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes (ThürJStVollzG).

Alleiniges Vollzugsziel ist nach Absatz 1 Satz 1 die Resozialisierung. Dieses Ziel ist sowohl völker- und europarechtlich verankert (vgl. Nr. 65 der VN-Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen und Nr. 102.1 der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze) als auch auf nationaler Ebene verfassungsrechtlich geboten. Es leitet sich aus der Pflicht zur Achtung der Menschenwürde und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ab. Mit der Formulierung "in sozialer Verantwortung" wollte bereits der Gesetzgeber des Strafvollzugsgesetzes deutlich machen, dass der Vollzug die Strafgefangenen nicht zum bloßen Objekt behördlicher Bemühungen machen, sondern sie zu verantwortlichem Verhalten im Einklang mit den Rechtsvorschriften befähigen soll. Mit der Zielsetzung sind zugleich auch die Grenzen der staatlichen Einwirkung auf die Straf- und Jugendstrafgefangenen festgelegt. Der Vollzug darf Veränderungen

der Verhaltensweisen oder Überzeugungen nur anstreben, soweit dies für die Resozialisierung erforderlich ist. Den Straf- und Jugendstrafgefangenen soll die Chance gegeben werden, soziale Verantwortung zu erlernen und sich dementsprechend zu verhalten. Zugleich stellt das Vollzugsziel eine Gestaltungsmaxime für den gesamten Vollzug dar und ist deshalb als eine Leitlinie für den Umgang mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen insbesondere bei der Auslegung des Gesetzes und bei der Ausübung des Ermessens stets mit zu bedenken. Die Anstalt ist verpflichtet, alle Maßnahmen auf die Erreichung des Vollzugsziels auszurichten.

Im Vollzug der Jugendstrafe soll das Vollzugsziel mit erzieherischen Mitteln erreicht werden. Dabei wird nicht die Erziehung zu einem vorgegebenen Persönlichkeitsbild angestrebt. Die Anstalt ist verpflichtet, die gesamte Vollzugstätigkeit auf eine wirkungsvolle, dem Vollzugsziel dienende Erziehung auszurichten.

Satz 2 benennt die Aufgabe des Vollzugs, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Diese Aufgabe bezieht sich unmittelbar auf die Haftzeit, wird mit Erreichung des in Satz 1 beschriebenen Vollzugsziels, aber auch nach Entlassung der Gefangenen erfüllt. Ziel und Aufgabe des Vollzugs sind im Zusammenhang zu sehen. Zwischen dem Eingliederungsziel des Vollzugs und dem Anliegen, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, besteht kein Gegensatz. Eine gelungene Resozialisierung gewährleistet zugleich auch den umfassenden Schutz der Allgemeinheit. Beides dient letztlich der Sicherheit der Bevölkerung, und zwar über die Zeit der Freiheitsentziehung hinaus. Der Staat kommt seiner



Schutzpflcht insbesondere dadurch nach, dass er die Resozialisierung fördert.

In Absatz 2 ist geregelt, dass bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung der Vollzug auch dem Ziel dient, ihre Gefährlichkeit für die Allgemeinheit so zu mindern, dass die Vollstreckung der Unterbringung oder deren Anordnung möglichst entbehrlich wird. Nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) formuliert hat, gilt für Anordnung und Vollzug der Sicherungsverwahrung das ultima-ratio-Prinzip (2 BvR 2365/09 u. a. Rn. 112). Danach darf die Sicherungsverwahrung nur als letztes Mittel angeordnet und vollzogen werden, wenn weniger einschneidende Maßnahmen nicht ausreichen, um dem Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit Rechnung zu tragen. Daraus folgt, dass im Falle angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung schon während des vorangehenden Strafvollzugs alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um die Gefährlichkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen so zu reduzieren, dass der Vollzug oder die Anordnung der Sicherungsverwahrung möglichst entbehrlich wird. Zum Resozialisierungsziel tritt somit das weitere Ziel hinzu, die Gefährlichkeit zu mindern.

### **Zu § 3 - Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft, Zusammenarbeit:**

Absatz 1 entspricht § 2 ThürUVollzG und beschreibt die Aufgabe des Untersuchungshaftvollzugs, durch sichere

Unterbringung der Untersuchungsgefangenen die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und der Gefahr weiterer Straftaten zu begegnen. Der Untersuchungshaftvollzug hat eine lediglich dienende Funktion. Einen Behandlungsauftrag wie der Strafvollzug hat er aufgrund der Unschuldsvermutung nicht. Allerdings soll der Untersuchungshaftvollzug an jungen Untersuchungsgefangenen erzieherisch ausgestaltet werden.

Absatz 2 entspricht § 3 Abs. 1 Satz 2 ThürUVollzG und verpflichtet die Anstalt, mit Gericht und Staatsanwaltschaft eng zusammenzuarbeiten. Die Bestimmung beinhaltet ein umfassendes Kooperationsgebot.

Absatz 3, der § 3 Abs. 2 ThürUVollzG sinngemäß entspricht, stellt sicher, dass Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO, die regelmäßig vom Gericht, im Eilverfahren jedoch auch vorläufig von der Staatsanwaltschaft oder der Anstalt getroffen werden, von der Anstalt beachtet und umgesetzt werden. Die Anstalt hat Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO zu beachten und auch dann umzusetzen, wenn die sich daraus ergebenden Einschränkungen für den Untersuchungsgefangenen über die in diesem Gesetz ansonsten getroffenen Regelungen hinausgehen. Die für die Umsetzung erforderlichen Ermächtigungsgrundlagen finden sich in Einzelbestimmungen des Gesetzes und in der Generalklausel des § 4 Abs. 3.

## **Zu § 4 - Stellung der Gefangenen:**

Absatz 1 Satz 1 nimmt die sich bereits aus Artikel 1 des Grundgesetzes ergebende Verpflichtung der Anstalt auf, die Würde der inhaftierten Menschen zu achten und zu schützen. Das beinhaltet die Selbstverständlichkeit, dass Bedienstete den Gefangenen mit Achtung und unter Wahrung gesellschaftlicher Umgangsformen entgegenzutreten haben. Im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe darf die im Urteil enthaltene soziale Missbilligung der Tat nicht zu einer Missachtung der Täter als Person führen. Die Straf- und Jugendstrafgefangenen dürfen insbesondere aufgrund ihrer Straffälligkeit nicht herabwürdigend behandelt werden.

Nach Absatz 1 Satz 2 ist die Anstalt gehalten, bei der Gestaltung des Vollzugsalltags darauf zu achten, dass die Selbstständigkeit der Gefangenen nicht verloren geht. Insbesondere langjährig Inhaftierte sind aufgrund der zahlreichen Beschränkungen ihrer Freiheit während der Haftzeit zu einem selbstbestimmten Leben nach der Entlassung kaum mehr in der Lage.

Auch Absatz 2 Satz 1 dient der Förderung und Erhaltung der Selbstständigkeit der Gefangenen im Vollzug. Sie sollen ihren Vollzugsalltag für sich und in Gemeinschaft verantwortungsvoll mitgestalten können und Gelegenheit erhalten, Ziele zu formulieren und Wünsche zu äußern. Den Gefangenen kann ermöglicht werden, den Tagesablauf und weitere organisatorische Fragen ihres Vollzugsalltages, beispielsweise innerhalb einer Wohngruppe, selbstständig auszugestalten. Gemäß Satz 2, der § 6 Abs. 2 ThürJStVollzG entspricht, sollen

vollzugliche Maßnahmen erläutert werden, um ihre Akzeptanz bei den Gefangenen zu erhöhen. Es handelt sich hierbei nicht um eine Begründungspflicht im verwaltungs-verfahrensrechtlichen Sinne. Die in der Regel mündliche Erläuterung dient der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidung und ist geeignet, das vollzugliche Klima insgesamt zu verbessern. Gegenüber jungen Gefangenen stellt sie einen integralen Teil der Erziehung dar und erhöht das Verständnis für solche Maßnahmen.

Absatz 3 entspricht § 6 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 4 Abs. 2 Satz 1 ThürUVollzG sinngemäß und normiert in Satz 1 den Grundsatz, dass die Rechte der Gefangenen, deren Einschränkung das Gesetz nicht vorsieht, erhalten bleiben. Satz 2 durchbricht diesen Grundsatz und gestattet die Auferlegung von weiteren Beschränkungen der Freiheit, wenn dies zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder zur Abwendung einer schwerwiegenden Störung der Ordnung der Anstalt unerlässlich, mithin "ultima ratio" ist. Es bedarf dieser Ermächtigung, da in einer Anstalt nicht alle Situationen voraussehbar sind, die insbesondere zu einer Beeinträchtigung der Sicherheit führen können. Im Vollzug der Untersuchungshaft wird darüber hinaus die Auferlegung von solchen Beschränkungen gestattet, die zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO unerlässlich sind. Satz 3 legt fest, dass die Beschränkungen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen haben.

## **Zu § 5 - Besondere Stellung der Untersuchungsgefangenen:**

Der bereits in Artikel 6 Abs. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) normierte Grundsatz der Unschuldsvermutung ist Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips und prägt entscheidend die gesamte Gestaltung des Untersuchungshaftvollzugs. Er war deshalb bereits in § 4 Abs.1 Satz 1 ThürUVollzG enthalten und wird auch in Satz 1 besonders hervorgehoben.

Satz 2 konkretisiert Satz 1 für den Umgang mit den Untersuchungsgefangenen im Vollzugsalltag und trägt Nr. 95.1 der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze Rechnung. Untersuchungsgefangene dürfen nicht wie Strafgefangene behandelt werden. Auch darf die Ausgestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft nicht dadurch beeinflusst werden, dass die Untersuchungsgefangenen möglicherweise in Zukunft wegen einer Straftat verurteilt werden. Andererseits finden etwa die Regelungen zur Wiedereingliederung auf Untersuchungsgefangene keine Anwendung.

## **Zu § 6 - Mitwirkung im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe:**

Absatz 1 Satz 1 enthält eine weitere zentrale Aussage und trägt der Erkenntnis Rechnung, dass die Erreichung des Vollzugsziels, mithin eine erfolgreiche Resozialisierung, nicht ohne oder gegen, sondern nur mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen möglich ist. Zwar kann eine äußere

Anpassung an die Anforderungen des Anstaltslebens mit Mitteln des Zwangs leichter erreicht werden, aber eine so gewonnene Anpassung reicht häufig nicht aus, um die Schwierigkeiten des Lebens in Freiheit zu bewältigen. Die Bestimmung führt daher den Straf- und Jugendstrafgefangenen die Notwendigkeit ihrer Mitwirkung deutlich vor Augen. Dies bedeutet für Strafgefangene nicht, dass eine fehlende Mitwirkung folgenlos bleibt. Nehmen sie an den von der Anstalt für erforderlich gehaltenen Maßnahmen nicht teil, so kann sich dies beispielsweise bei der Entscheidung über die Gewährung von Lockerungen und insbesondere in der Stellungnahme der Anstalt zu einer Strafrestaussatzung zur Bewährung gemäß den §§ 57, 57a StGB negativ auswirken.

Satz 2 richtet sich an die Anstalt mit der Aufforderung, auf die Straf- und Jugendstrafgefangenen in dem Sinne einzuwirken, dass ihre Bereitschaft zur Mitarbeit geweckt und gefördert wird. Besondere Bedeutung kommt der Motivierung zur Mitarbeit bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung zu. Hierzu hat die Anstalt gezielte Motivationsmaßnahmen, beispielsweise in Form eines Anreizsystems, zu entwickeln.

Zum Nachweis der diesbezüglichen Bemühungen sieht Satz 3 eine Verpflichtung zur Dokumentation vor.

Für Jugendstrafgefangene sieht Absatz 2 darüber hinaus eine aus dem Erziehungsgedanken, der nach § 2 Abs. 1, § 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 2 JGG auch die Jugendstrafe prägt, resultierende Pflicht zur Mitwirkung an der Verwirklichung des

Vollzugsziels vor. Die Mitwirkungspflicht ist Teil des Resozialisierungskonzepts. Jugendstrafgefangene weisen in vielen Fällen erhebliche Reifeverzögerungen auf und haben zum Teil lange Karrieren erfolgloser Erziehungsversuche hinter sich, so dass nicht als selbstverständlich angenommen werden kann, dass sie willens und in der Lage sind, an der Erreichung des Vollzugsziels auf freiwilliger Basis mitzuwirken, wie es das Gesetz von Strafgefangenen erwartet. Mit Blick auf das junge Lebensalter und die noch nicht abgeschlossene Entwicklung wird hier von einer Beeinflussbarkeit, Formbarkeit und Lenkbarkeit der noch ungefestigten Persönlichkeiten ausgegangen. Auch über eine zunächst nur äußere Anpassung soll eine Befähigung der Jugendstrafgefangenen zu legalem Verhalten erreicht werden. Die Anstalt stellt eine Vielzahl von Angeboten bereit. Sie nimmt dadurch, dass sie von den Jugendstrafgefangenen Mitwirkung verlangt, diese gleichzeitig als eigenverantwortliche Persönlichkeiten ernst. Sie haben sich bereits in den Planungsprozess einzubringen und an den im Vollzugsplan festgelegten Maßnahmen aktiv teilzunehmen.

Auch für Jugendstrafgefangene ist die Nichtbefolgung der allgemeinen Mitwirkungspflicht insbesondere für die Frage relevant, ob Vollzugslockerungen gewährt werden (§ 46 Abs. 2 Satz 2). Die Nichtbefolgung konkreter Pflichten kann darüber hinaus mit erzieherischen Maßnahmen bzw. Disziplinarmaßnahmen geahndet werden.

## **Zu § 7 - Allgemeine Gestaltungsgrundsätze:**

Die Bestimmung enthält zentrale, für alle Haftarten geltende Grundsätze der Vollzugsgestaltung. Es handelt sich um an die Anstalt gerichtete Programmsätze, aus denen die Gefangenen keine unmittelbaren Rechte beziehungsweise Ansprüche herleiten können.

Die Absätze 1 und 2 finden sich bereits in § 5 Abs. 1 ThürUVollzG und § 3 Abs. 3 Satz 1 und 2 ThürJStVollzG und verpflichten die Anstalt, den ungünstigen Nebenwirkungen des Freiheitsentzugs entgegenzuwirken. Freiheitsentzug birgt stets die Gefahr nachteiliger Nebenfolgen. Die Bestimmung begründet deshalb die Verpflichtung der Anstalt, Aspekte des Anstaltslebens, die die Gefangenen lebensuntüchtig machen können, möglichst zurückzudrängen, so dass der Unterschied zwischen dem Leben in der Anstalt und dem Leben draußen nicht stärker als unvermeidbar ist. Dieser Grundsatz wirkt sich auf das Gesamtsystem des Vollzugs aus und ist bei allen Einzelmaßnahmen zu berücksichtigen, denn eine möglichst weitgehende Angleichung ermöglicht Straf- und Jugendstrafgefangenen auch das "Einüben" des eigenverantwortlichen Lebens in Freiheit.

Soweit der Angleichung nach Absatz 1 Grenzen gesetzt sind, soll es nach Absatz 2 Satz 1 darauf ankommen, den schädlichen Folgen entgegenzuwirken. Beim Vollzug der Untersuchungshaft kommt dem besondere Bedeutung zu, da die Inhaftierung die Untersuchungsgefangenen meist unvorbereitet aus ihrem Lebensumfeld reißt, was häufig eine psychische und soziale Ausnahmesituation zur Folge hat. Für



den Staat ergibt sich daraus eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber den Untersuchungsgefangenen.

Satz 2 betont die Bedeutung der Verhütung von Selbsttötungen und ist eine Ausprägung des bereits in Satz 1 normierten Gegensteuerungsgrundsatzes. Gerade im Vollzug der Untersuchungshaft, der die höchste Suizidrate aufweist, ist dieser Grundsatz besonders wichtig. Die Inhaftierung löst bei einem Großteil insbesondere der Untersuchungsgefangenen eine schwere akute Lebenskrise aus, da sich die gewohnte und vertraute Lebensgestaltung abrupt und übergangslos grundlegend verändert. Hinzu kommen in den unterschiedlichen Haftphasen subjektiv mehr oder weniger stark erlebte Belastungen, die sich anhäufen, die Situation als ausweglos erscheinen lassen und so einen Suizid zur Folge haben können. Gefährdet sind vor allem Untersuchungsgefangene, die erstmalig oder neu in den Vollzug aufgenommen worden sind, die ihre Tat als persönlichkeitsfremd erleben oder die mit Schuldgefühlen nicht fertig werden. Der Vollzug ist daher verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Die Vollzugsbediensteten sind im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht gehalten, Suizidgefährdeten jede mögliche Hilfe zu leisten. Wichtig sind hierbei vor allem menschliche Zuwendung, die Beteiligung der Fachdienste und der Seelsorger sowie die Schaffung möglichst psychisch entlastender vollzuglicher Lebensbedingungen und die Vermeidung von Isolation. Die Bestimmung umfasst sowohl die Anordnung allgemeiner, vorbeugender Maßnahmen als auch das Ergreifen konkreter, einzelfallbezogener Maßnahmen bei latenter oder akuter Suizidgefährdung.

Absatz 3 verpflichtet die Anstalt unter Beachtung von Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes, insbesondere aus dem Alter, dem Geschlecht und der Herkunft resultierende unterschiedliche Bedürfnisse der Gefangenen sowohl bei der Vollzugsgestaltung insgesamt als auch im Einzelfall zu berücksichtigen. Diesem Grundsatz trägt der Gesetzentwurf allgemein durch die Trennung von männlichen und weiblichen Gefangenen (§ 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1) oder in Einzelfällen durch die Berücksichtigung bestimmter Wünsche bei Verpflegung und Einkauf (§ 63) Rechnung.

## **Zu § 8 - Grundsätze der Gestaltung des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe:**

Die Bestimmung enthält zentrale Grundsätze der Gestaltung des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe. Es handelt sich um an die Anstalt gerichtete Programmsätze, aus denen die Gefangenen keine unmittelbaren Rechte herleiten können.

Absatz 1 Satz 1 benennt die Straftaten und deren Folgen als zentralen Bezugspunkt für die Arbeit mit den Strafgefangenen und die Erziehung der Jugendstrafgefangenen. Kern und Anknüpfungspunkt der Resozialisierung ist die Unterstützung der Straf- und Jugendstrafgefangenen bei der Auseinandersetzung mit ihren Straftaten und den diese bedingenden persönlichen und sozialen Faktoren. Satz 2 macht deutlich, dass die Beschäftigung mit den Straftaten auch das Opfer mit in den Blick nehmen muss und die Anstalt darauf hinwirken soll, dass die Täter sich des beim Opfer angerichteten Schadens bewusst werden.

Absatz 2 betont die wesentliche Bedeutung der Eingliederung für die Erreichung des Vollzugsziels. Beim Vollzug jeder Strafe soll die Anstalt von Beginn an die Entlassung im Auge behalten und die einzelnen Maßnahmen des Vollzuges so ausgestalten, dass sie den Übergang vom Vollzug in die Freiheit erleichtern können. Konkretisierungen dieses Grundsatzes finden sich an mehreren Stellen des Gesetzentwurfes. So sind beispielsweise eine frühzeitige und perspektivisch angelegte Vollzugs- und Eingliederungsplanung (§§ 14, 15), der rechtzeitige Beginn der Behandlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (§ 24 Abs. 4, § 28 Abs. 6), die Vorbereitung der Eingliederung und dafür erweiterte Lockerungsmöglichkeiten vorgesehen (§ 50 Abs. 3 und 4). Die Bestimmung schließt den Vollzug von lebenslangen und anderen langen Strafen von diesen Grundsätzen nicht aus. Selbst zu Zeiten, in denen eine Entlassung noch nicht in Aussicht steht, soll der Vollzug so gestaltet werden, dass eine spätere Entlassung die Strafgefangenen nicht unvorbereitet findet und sie nicht überfordert. Die auf das Ziel des § 2 ausgerichtete Vollzugsgestaltung wird regelmäßig auch die Hilfe für die Eingliederung nach der Entlassung umfassen. Die Bestimmung verpflichtet die Anstalt auch unabhängig von der Beseitigung einer kriminellen Gefährdung zur Hilfe bei der Wiedereingliederung, um allgemeine, bei dem Übergang in die Freiheit zu erwartende Schwierigkeiten auszugleichen.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 (aaO. Rn. 112) verpflichtet das ultima-ratio-Prinzip dazu, schon während des Vollzugs der Freiheitsstrafe alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gefährlichkeit der Strafgefangenen, bei denen Sicherungsverwahrung angeordnet oder vorbehalten ist, und der Jugendstrafgefangenen, bei

denen Sicherungsverwahrung vorbehalten ist, zu reduzieren und dadurch ihre Unterbringung in der Sicherungsverwahrung entbehrlich zu machen. Demgemäß stellt Absatz 3 den Grundsatz auf, dass bei ihnen besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen, auch über den allgemeinen Standard hinaus, individuell auf sie zuzuschneiden sind. Der Vollzug ist gefordert, solche Maßnahmen erforderlichenfalls zu entwickeln.

Absatz 4 Satz 1 normiert erstmals den Öffnungsgrundsatz. Er ergänzt die anderen Gestaltungsgrundsätze und verpflichtet die Anstalt, die Straf- und Jugendstrafgefangenen dem gesellschaftlichen Leben während ihrer Inhaftierung nicht zu entfremden, sondern ihre Bezüge nach draußen zu fördern und zu wahren. Ausprägungen dieses Grundsatzes sind beispielsweise die Verdoppelung der Besuchszeiten für die Strafgefangenen, die ausdrückliche Erwähnung des Langzeitbesuchs sowie erweiterte Lockerungsmöglichkeiten.

Satz 2 enthält eine Konkretisierung des in Satz 1 formulierten Grundsatzes, indem er die Einbeziehung Externer vorsieht. Hierdurch wird gesellschaftlicher Alltag in die Anstalt gebracht. Ein sich stärker öffnender Vollzug dient insbesondere der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen in die Gesellschaft und erleichtert die Erreichung des Vollzugsziels. Die dem Gesetzentwurf zugrunde liegende Konzeption lässt sich nur dann verwirklichen, wenn es mehr als bisher gelingt, die Bevölkerung an den Aufgaben des Strafvollzugs und der Straffälligenhilfe zu beteiligen. Zugleich soll durch eine Einbeziehung von Privatpersonen und Vereinen in den Vollzugsalltag die Wahrnehmung des Vollzugs in der

Öffentlichkeit verstärkt werden. Veranstaltungen wie Konzerte, Tage der offenen Tür oder der Verkauf von Produkten der Anstaltsbetriebe führen zu einer stärkeren und positiv veränderten Wahrnehmung des Vollzugs in der Bevölkerung und tragen zu einer größeren Akzeptanz bei.

Satz 3 beinhaltet als eine weitere Konkretisierung des Öffnungsgrundsatzes, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen sobald wie möglich wieder am Leben in Freiheit teilnehmen sollen. Die Bestimmung trägt dem Gedanken Rechnung, dass es schwierig ist, in Unfreiheit ein verantwortungsvolles, straffreies Verhalten in Freiheit zu erlernen. Daher ist der Vollzug in den Fällen, in denen dies aus Sicherheitsgründen zu verantworten ist, frühzeitig zu öffnen.

### **Zu § 9 - Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Jugendstrafe:**

Die Bestimmung entspricht § 3 Abs. 1 sowie den §§ 5 und 7 Abs. 3 ThürJStVollzG und enthält die Grundsätze für eine erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Jugendstrafe.

Wesentliches Element dieses Vollzugs ist nach Absatz 1 die Erziehung zu einer straffreien Lebensführung in sozialer Verantwortung. Die Jugendstrafgefangenen werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützt und angeleitet. Damit sind sowohl der Erwerb als auch die Einübung nicht vorhandener, nicht hinreichend ausgeprägter oder nicht angewandter Fähigkeiten und Fertigkeiten gemeint, durch welche sie lernen, ihre eigenen Chancen und Pflichten

wahrzunehmen und anderen Respekt entgegenzubringen. Sie werden angehalten, sich mit ihrer Biographie auseinanderzusetzen.

Die Befähigung der Jugendstrafgefangenen zu einem Leben ohne Straftaten erfolgt durch Erziehung und Förderung. Der Gesetzgeber hat sich in Absatz 2 für diesen Dualismus entschieden. Er greift einerseits den Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes auf, ergänzt ihn andererseits um den Begriff der Förderung, um so den Prozess, der zum systematischen Aufbau von Wahrnehmungs- und Verhaltenskompetenzen führt, besonders hervorzuheben. Der Förderungsbegriff legt den Schwerpunkt auf die Unterstützung von klar definierten Lernprozessen. Er unterstreicht die Notwendigkeit, individuell zugeschnittene Reintegrationskonzepte zu entwickeln, präzisiert erzieherisches Handeln in seinen zielgruppenspezifischen Abläufen und berücksichtigt dadurch auch die altersspezifischen Bedarfe einer mehrheitlich volljährigen Klientel. Der Erziehungsbegriff unterstreicht den Anspruch an die Jugendstrafgefangenen, sich aktiv mit ihren Straftaten und den diesen zugrunde liegenden Defiziten, Problem- und Konfliktlagen auseinanderzusetzen und dementsprechende Angebote und Hilfestellungen anzunehmen, sowie das Recht der erziehenden Institution, diese Mitarbeit mit geeigneten Interventionen gegebenenfalls einzufordern.

Die Mittel der Erziehung und Förderung werden in Absatz 2 nur grob umrissen. Die Betonung der Notwendigkeit von Maßnahmen und Programmen zur Entwicklung und Stärkung der Fähigkeiten und Fertigkeiten unterstreicht die

verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung eines modernen Jugendstrafvollzugs. Angestrebt werden nicht eine kurzfristige, rein äußerliche Anpassung an die Anstaltsordnung, sondern Aufbau, Einübung und Anwendung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die es den Jugendstrafgefangenen ermöglichen, Kompetenzen für ein Leben ohne Straftaten zu erwerben. Unterschieden wird dabei zwischen Einzelmaßnahmen und übergeordneten Behandlungsprogrammen, die einer auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Wirksamkeitskontrolle unterliegen sollen.

Absatz 3 betont die Vielfalt möglicher Förderaktivitäten, hebt die Notwendigkeit individualisierter und zielgruppenspezifischer Förderangebote hervor und überlässt im Übrigen die Ausgestaltung der Konzeption der Vollzugspraxis. Die Wahl der Erziehungsmittel und -methoden hat sich dabei an dem Erkenntnisstand der einschlägigen Fachdisziplinen zu orientieren.

Absatz 4 konkretisiert unverzichtbare Maßnahmen und Programme, enthält jedoch keine abschließende Aufzählung. Die Vollzugspraxis erhält so die notwendige Handlungsfreiheit, Inhalte und Methoden entsprechend den praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen weiter zu entwickeln.

Die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten nach Absatz 5 ergibt sich aus ihrem Elternrecht nach Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes. Sie sind in die Planung und Gestaltung des Vollzugs einzubeziehen. Eine Einbeziehung unterbleibt, soweit

diese nicht möglich ist oder dem Vollzugsziel zuwiderläuft. Häufig kommen die Jugendstrafgefangenen aus problematischen Familien. Soweit die Eltern Interesse an ihrem Kind zeigen, ist zu prüfen, inwieweit ihre Vorstellungen mit dem Vollzugsziel in Einklang stehen. Die Anstalt hat durch den auf sie übertragenen Erziehungsauftrag, der sich aus der richterlich angeordneten Freiheitsentziehung ergibt, die übergeordnete Verantwortung, für die Jugendstrafgefangenen zu sorgen und insbesondere ihre Reintegration anzustreben.

Aus dieser staatlichen Verpflichtung folgt in Fällen, in denen das Wohl der minderjährigen Jugendstrafgefangenen durch die Sorgerechtsausübung der Eltern gefährdet wäre, eine diesbezügliche Einschränkung der elterlichen Rechte. Dabei ist der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu wahren. Auf jeden Fall sind die Personensorgeberechtigten über die Aufnahme (§ 12 Abs. 6), die Verlegung der Jugendstrafgefangenen (§ 23 Abs. 5) sowie schwere Erkrankungen und den Tod ihres Kindes zu unterrichten (§ 79 Satz 1).

## **Zu § 10 - Erzieherische Gestaltung des Vollzugs der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen:**

Auch der Vollzug der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen ist nach Absatz 1, der § 67 Abs. 1 ThürUVollzG entspricht, erzieherisch zu gestalten. Die jungen Untersuchungsgefangenen werden in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützt und angeleitet. Damit sind sowohl der Erwerb als auch die Einübung nicht vorhandener, nicht hinreichend ausgeprägter oder nicht angewandter Fähigkeiten



und Fertigkeiten gemeint, durch welche sie lernen, ihre eigenen Chancen und Pflichten wahrzunehmen und Anderen Respekt entgegenzubringen. Wegen der Unschuldsvermutung darf die Erziehung der jungen Untersuchungsgefangenen nicht auf die Auseinandersetzung mit den Tatvorwürfen gerichtet sein, die der Inhaftierung zugrunde liegen.

Die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten nach Absatz 2, der § 68 Abs. 2 ThürUVollzG entspricht, ergibt sich aus ihrem Elternrecht nach Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes. Eine Einbeziehung unterbleibt, soweit diese etwa mangels Erreichbarkeit der Personensorgeberechtigten nicht möglich ist oder eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO entgegensteht.

Absatz 3 Satz 1, der § 66 Abs. 2 Satz 1 ThürUVollzG entspricht, benennt die Fälle des Absehens von einer erzieherischen Ausgestaltung des Vollzugs bei volljährigen jungen Untersuchungsgefangenen. Dieser Gedanke liegt auch dem § 89b Abs. 1 Satz 1 JGG zugrunde. Satz 2 entspricht § 66 Abs. 2 Satz 2 ThürUVollzG und dehnt den Anwendungsbereich der Bestimmung für junge Untersuchungsgefangene aus Zweckmäßigkeitserwägungen in Ausnahmefällen auf über 24-Jährige aus.

Absatz 4 entspricht § 67 Abs. 3 ThürUVollzG. Danach können die nach diesem Gesetz möglichen Beschränkungen minderjährigen Untersuchungsgefangenen auch im Hinblick auf eine Gefährdung ihrer Entwicklung auferlegt werden. Während Rechte der volljährigen Untersuchungsgefangenen nur aus Gründen der Verfahrenssicherung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt eingeschränkt werden können, ist dies bei

minderjährigen Untersuchungsgefangenen auch zur Abwehr von Gefahren für eine positive Persönlichkeitsentwicklung möglich. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit sind solche Maßnahmen, die über den Zweck der Untersuchungshaft hinausgehen, nur zulässig, wenn sie dringend geboten sind.

Bei minderjährigen Untersuchungsgefangenen haben überdies erzieherische Gesichtspunkte bei Einschränkungen aus Gründen der Verfahrenssicherung oder der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt in der Abwägung besonderes Gewicht.

### **Zu § 11 - Soziale Hilfe:**

Aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes resultiert ein Rechtsanspruch der Gefangenen auf die Gewährung sozialer Hilfe auch im Vollzug. Soziale Hilfe nach Absatz 1 unterscheidet nicht nach verschiedenen Phasen des Vollzugs, sondern ist als ganzheitliche und durchgehende Betreuung und Beratung gedacht. Der Stellung der Gefangenen nach § 4 entsprechend betont die Bestimmung, die § 8 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 6 Abs. 1 ThürUVollzG entspricht, den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Diese zielt darauf ab, Motivation und Eigeninitiative der Gefangenen anzuregen und so zu stärken, dass sie im Ergebnis ihre Probleme selber lösen können. Die Anstalt leistet dafür die im Einzelfall notwendige Unterstützung. Vor dem Hintergrund der starken Verschuldung vieler Gefangener hebt die Bestimmung die Befähigung zur Schuldenregulierung besonders hervor.

Die Straf- und Jugendstrafgefangenen sind bei der Behebung ihrer Schwierigkeiten zu unterstützen, weil nicht angenommen werden kann, dass sie das, was sie außerhalb der Anstalt versäumt haben, nunmehr eigenständig bewältigen. Es kommt jedoch darauf an, dass sie Eigeninitiative entwickeln und sich nicht darauf verlassen, die Anstalt werde ihre Angelegenheiten regeln. Die Hilfe hat möglichst früh einzusetzen, um effektiv zu sein, und soll nach dem Grundsatz der Betreuungskontinuität bei Straf- und Jugendstrafgefangenen bis in die Zeit nach der Entlassung fortwirken.

Auch die Untersuchungsgefangenen sollen bei der Entwicklung von Eigeninitiative und der Übernahme von Verantwortung gefördert werden. Dies bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe, um nachteilige Auswirkungen der Inhaftierung zu mildern und den Übergang in die Freiheit nach der Entlassung zu erleichtern. Dazu ist eine alsbaldige Unterrichtung der Untersuchungsgefangenen über die Hilfsangebote der Anstalt nach der Aufnahme unerlässlich, da mit der meist überraschenden Inhaftierung oft erhebliche persönliche und soziale Folgeprobleme für die Untersuchungsgefangenen und deren Familien verbunden sind. Die Annahme der Hilfsangebote steht den Untersuchungsgefangenen frei. Einen Rechtsanspruch auf spezifische Hilfeleistungen haben sie nicht. Ansprüche auf Sach- und Geldleistungen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.

Absatz 2 betont im Interesse der Opfer den Aspekt der Schadenswiedergutmachung. In geeigneten Fällen kommt auch ein Täter-Opfer-Ausgleich in Betracht.

Die Regelung der § 8 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 6 Abs. 3 ThürUVollzG findet sich nunmehr in Absatz 3 und hält die Anstalt an, die Gefangenen über die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche zu beraten.

Absatz 4 entspricht § 6 Abs. 4 ThürUVollzG und greift in Satz 1 den Gedanken der Untersuchungshaftvermeidung auf. Die Benennung externer Hilfsangebote ist beispielsweise im Hinblick auf die Vermittlung von Wohnraum von Bedeutung, da so unter Umständen die Fluchtgefahr als Haftgrund gemindert oder sogar ausgeräumt werden kann. Satz 2 verpflichtet die Anstalt, die Untersuchungsgefangenen bei ihrem Bestreben um einen Ausgleich mit dem Opfer der ihnen zur Last gelegten Tat zu unterstützen. Die Untersuchungsgefangenen sind insoweit in besonderer Weise auf fremde Hilfe angewiesen. Die Unterstützung durch die Anstalt setzt aber eine vorhergehende Initiative der Untersuchungsgefangenen voraus. Anderenfalls könnte der Eindruck entstehen, dass die Untersuchungsgefangenen bereits als verurteilt angesehen werden.

## **Zweiter Abschnitt**

### **Aufnahme, Diagnose und Vollzugsplanung**

#### **Zu § 12 - Aufnahmeverfahren:**

Die Bestimmung fasst alle im Zuge der Aufnahme bedeutsamen Vorgänge zusammen und strukturiert die Regelungen zum Aufnahmeverfahren.

Gemäß Absatz 1 Satz 1 ist mit den Gefangenen schnellstmöglich - jedenfalls innerhalb der ersten 24 Stunden - ein Zugangsgespräch zu führen. Das Zugangsgespräch ist der erste strukturierte Kontakt der Anstalt mit den Gefangenen. Nach der Erhebung grundlegender Daten verfolgt das Zugangsgespräch zwei wesentliche Ziele. Einerseits erhält die Anstalt die erforderlichen Erstinformationen über die aktuelle Lebenssituation, die psychische und physische Verfassung und akute Probleme der Gefangenen, um gegebenenfalls sogleich reagieren zu können. Hier ist besondere Sensibilität gefordert, da diese Zeitspanne - insbesondere bei Erstinhaftierten - eine Phase hoher Labilität darstellt. Andererseits haben die Gefangenen Gelegenheit, sich in dem Gespräch mit den Umständen des Wechsels von der Freiheit in die Inhaftierung auseinanderzusetzen. Ihnen werden die Regeln der Institution so ausführlich erläutert, dass sie einen Orientierungsrahmen für die Haft erhalten. Hierzu wird ihnen gemäß Satz 2 die Hausordnung ausgehändigt. Daneben werden ihnen nach Satz 3 die einschlägigen ergänzenden Vorschriften zugänglich gemacht, sofern sie dies wünschen. Das Zugangsgespräch ist in einer dem Bildungsstand und der Auffassungsgabe angemessenen und verständlichen Sprache zu führen. Bei unüberwindlichen sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten ist ein Sprachmittler hinzuzuziehen.

Absatz 2 stellt zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes klar, dass andere Gefangene während des Aufnahmeverfahrens nicht anwesend sein dürfen.

Absatz 3 sieht vor, dass die Gefangenen nach der förmlichen Aufnahme alsbald ärztlich untersucht werden. Eine bloße

Vorstellung beim Krankenpflegedienst ist hierfür nicht ausreichend. Die Untersuchung dient dem Schutz der aufgenommenen Gefangenen, der Mitgefangenen sowie der Bediensteten und bildet die Grundlage für weitere vollzugliche Maßnahmen.

Diese gründliche ärztliche Untersuchung muss in Zweifelsfällen sehr schnell - gegebenenfalls auch sofort - erfolgen, ansonsten an einem der nächsten Werktage.

Absatz 4 ergänzt die allgemeine Regelung in § 11 zur sozialen Hilfe. Wegen ihrer besonderen Bedeutung gerade zu Beginn der Haft werden Maßnahmen für hilfsbedürftige Angehörige, zur Erhaltung des Arbeitsplatzes und der Wohnung sowie zur Sicherung der Habe außerhalb der Anstalt ausdrücklich benannt. Hierbei wird der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe betont.

Absatz 5 entspricht § 7 Abs. 4 ThürUVollzG und gibt den Untersuchungsgefangenen Gelegenheit, Personen außerhalb der Anstalt darüber zu informieren, in welcher Anstalt sie aufgenommen wurden. Dies ist neben Benachrichtigungsrechten und -pflichten aus der Strafprozessordnung nötig, damit die zu informierenden Personen wissen, wo die Untersuchungsgefangenen untergebracht sind. Dabei ist das Benachrichtigungsrecht der Untersuchungsgefangenen eingeschränkt, wenn eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO, beispielsweise das Verbot eines Kontakts zu einer bestimmten Person, entgegensteht. Da auch Straf- und Jugendstrafgefangene aufgrund eines Vollstreckungshaftbefehls verhaftet werden können, ergeben sich für diese Haftarten

auch Situationen, in denen Vertrauenspersonen nicht wissen, in welcher Anstalt sich der Gefangene befindet. Aus diesem Grund ist die in Absatz 5 zu ermöglichende Gelegenheit nicht auf Untersuchungsgefangene beschränkt.

Absatz 6 entspricht § 9 Abs. 4 ThürJStVollzG und § 68 Abs. 3 ThürUVollzG und stellt die Verpflichtung der Anstalt klar, die Personensorgeberechtigten (§ 1626 Abs. 1 BGB) und das für die Mitwirkung in dem Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz nach § 87b des Achten Buches Sozialgesetzbuch zuständige Jugendamt von der Aufnahme unverzüglich zu unterrichten. Im Vollzug der Untersuchungshaft darf keine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO entgegenstehen.

Absatz 7 fordert die Anstalt auf, Strafgefangene bei der Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu unterstützen. Ihre Bemühungen sollen ausdrücklich auch die Möglichkeit umfassen, im Vollzug oder aus dem Vollzug heraus - also ohne Beendigung der Vollstreckung - die Haftdauer durch Ableistung freier Arbeit im Sinne des Artikels 293 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch zu verkürzen.

## **Zu § 13 - Diagnoseverfahren:**

Die Bestimmung befasst sich mit den Inhalten der über den weiteren Vollzugsverlauf entscheidenden vorbereitenden Untersuchungen der Straf- und Jugendstrafgefangenen und ihrer Beteiligung. Der im Strafvollzugsgesetz verwendete Begriff der Behandlungsuntersuchung wird durch den inhaltlich präzisieren und weitergehenden, bereits in § 10 Abs. 2 ThürJStVollzG verwendeten Begriff "Diagnoseverfahren" ersetzt. Das Diagnoseverfahren beginnt nach Abschluss des Aufnahmeverfahrens. Es umfasst alle Gespräche und Verfahren zur Erstellung der Lebens- und Delinquenzgeschichte, einschließlich gegebenenfalls spezieller Fragestellungen im Hinblick auf Gewalt, Sexualität und Sucht. Während des Aufnahme- und Diagnoseverfahrens werden die Straf- und Jugendstrafgefangenen regelmäßig in einer gesonderten Abteilung mit speziell für diese Aufgabe geschultem Personal untergebracht.

Nach Absatz 2 muss das Diagnoseverfahren dem Stand der wissenschaftlichen Forschung entsprechen. Dies geschieht unter Verwendung anerkannter Erhebungsinstrumente durch entsprechend geschultes Personal. An dessen Qualifikation sind umso höhere Anforderungen zu stellen, je gravierender die Persönlichkeitsdefizite des Straf- und Jugendstrafgefangenen und je schwerwiegender die Straftaten sind. Insbesondere bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung ist die Beteiligung von Personen mit einschlägiger wissenschaftlicher Qualifikation zwingend erforderlich, da nur so gewährleistet werden kann,



dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Gefährlichkeit dieser Straf- und Jugendstrafgefangenen zu reduzieren.

Die Absätze 3 und 5 richten den Fokus des Diagnoseverfahrens auf die Straffälligkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen. Das Verfahren verfolgt das Ziel, neben allen bedeutsamen äußeren Umständen insbesondere festzustellen, welche Schwächen und Defizite die Straf- und Jugendstrafgefangenen aufweisen, aber auch über welche Stärken und positiven Ressourcen sie verfügen, wie sie selbst ihre Entwicklung und ihre Perspektiven einschätzen, wie sie ihre Straffälligkeit erklären und bewerten und was sie sich für die Zeit im Vollzug und für die Zeit danach vorgenommen haben. Das Diagnoseverfahren kann Statuserhebungen beinhalten zur Intelligenz, zum emotional-affektiven Zustand, zum sozialen Umfeld, zur schulischen, beruflichen und wirtschaftlichen Situation. Es schließt mit einer zusammenfassenden Bewertung unter Benennung und Gewichtung der stabilisierenden und destabilisierenden Faktoren ab.

Absatz 3 Satz 2 verlangt zur Erleichterung und Verbesserung der Statuserhebung die Einbeziehung von Unterlagen aus der Vollstreckung und dem Vollzug vorangegangener Freiheitsentziehungen und Informationen der Gerichts-, Jugendgerichts- und Bewährungshilfe und der Führungsaufsichtsstelle, die diesen über die Gefangenen sowie über bereits durchgeführte Maßnahmen vorliegen.

Absatz 4 bestimmt, dass entsprechend den Vollzugszielen bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener

Sicherungsverwahrung oder bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung auch die Faktoren im Vordergrund stehen, welche ihre Gefährlichkeit bedingen.

Auch wenn die Bestimmung im Gegensatz zu § 6 Abs. 1 Satz 2 StVollzG für alle Strafgefangenen unabhängig von der Vollzugsdauer ein Diagnoseverfahren vorsieht, eröffnet Absatz 6 Satz 1 die Möglichkeit, den diagnostischen Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zur voraussichtlichen Vollzugsdauer zu halten. Bei einer Vollzugsdauer bis zu einem Jahr liegt der Schwerpunkt auf der Eingliederung. Gleiches gilt nach Satz 2 für Ersatzfreiheitsstrafen unabhängig von der Straflänge.

Absatz 7 greift die Regelung des § 10 Abs. 2 ThürJStVollzG auf und setzt für das Diagnoseverfahren bei Jugendstrafgefangenen einen besonderen Schwerpunkt auf die Ermittlung des Förder- und Erziehungsbedarfs.

Das Ergebnis des Diagnoseverfahrens ist gemäß Absatz 8 zur sich anschließenden Erstellung des Vollzugs- und Eingliederungsplans mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen zu erörtern. Dies trägt den Vollzugsgrundsätzen des § 4 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 Rechnung.

## **Zu § 14 - Vollzugs- und Eingliederungsplanung:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde, den Forderungen der Praxis folgend, in Absatz 2 Satz 2 die ursprünglich vorgesehene Fristbestimmung von 4 Wochen auf 6 Wochen verlängert.*

Der Vollzugs- und Eingliederungsplan dient der Konkretisierung des Vollzugsziels im Hinblick auf die einzelnen Straf- und Jugendstrafgefangenen und ist zentrales Element eines auf die Eingliederung in das Leben in Freiheit ausgerichteten Vollzugs. Er und seine Fortschreibungen bilden sowohl für die Straf- und Jugendstrafgefangenen als auch für die Bediensteten einen Orientierungsrahmen im Sinne eines "Fahrplans für den Vollzugsverlauf". Schon die gegenüber § 7 StVollzG und § 11 ThürJStVollzG erweiterte Bezeichnung als "Vollzugs- und Eingliederungsplan" weist darauf hin, dass die Eingliederung in die Gesellschaft von Beginn an ein wesentliches Element der Vollzugsplanung ist.

Absatz 1 Satz 1 verlangt, dass der Vollzugs- und Eingliederungsplan auf der Grundlage des Ergebnisses des Diagnoseverfahrens erstellt wird. Er enthält die konkrete Umsetzung der dort gewonnenen Erkenntnisse in die erforderlichen vollzuglichen Maßnahmen und trifft Aussagen zu deren zeitlicher Abfolge. Die festzulegenden Maßnahmen haben sich an der voraussichtlichen Haftdauer zu orientieren, wobei auch in den Blick zu nehmen ist, ob Maßnahmen nach der Entlassung fortgeführt werden können.

Satz 3 eröffnet die Möglichkeit, über erforderliche vollzugliche Maßnahmen hinaus weitere Hilfsangebote und Empfehlungen in den Vollzugs- und Eingliederungsplan aufzunehmen. Um die Bereitschaft der Straf- und Jugendstrafgefangenen zur Mitwirkung und die Erreichung des Vollzugsziels zu fördern, sieht Satz 4 vor, bei der Planung auf ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen Rücksicht zu nehmen.

Nach Absatz 2 ist der Vollzugs- und Eingliederungsplan regelmäßig in den ersten acht Wochen nach der Aufnahme zu erstellen. Beträgt die voraussichtliche Vollzugsdauer weniger als ein Jahr, verkürzt sich diese Frist auf vier Wochen. Zu Beginn des Vollzugs hat die Erstellung des Vollzugs- und Eingliederungsplans höchste Priorität, damit mit den zur Erreichung des Vollzugsziels erforderlichen Maßnahmen alsbald und in zweckmäßiger Abfolge begonnen werden kann.

Absatz 3 sieht regelmäßig alle sechs Monate eine Fortschreibung des Vollzugs- und Eingliederungsplans vor. Bei Jugendstrafen von weniger als drei Jahren verkürzt sich diese Frist auf vier Monate. Der Vollzugs- und Eingliederungsplan kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er fortlaufend aktualisiert wird. Er ist daher mit der Entwicklung der Straf- und Jugendstrafgefangenen und weiteren Erkenntnissen, insbesondere zur Persönlichkeit und zum sozialen Umfeld, im Einklang zu halten. Die Möglichkeit, den Vollzugs- und Eingliederungsplan in längeren Zeitabständen, spätestens aber alle zwölf Monate zu überprüfen und fortzuschreiben, ist insbesondere bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung auf

Ausnahmefälle zu begrenzen. Wenn die Entwicklung der Straf- und Jugendstrafgefangenen oder in der Zwischenzeit gewonnene andere neue Erkenntnisse Anlass dazu geben, kann eine Fortschreibung auch bereits vor Ablauf der Regelfrist erforderlich sein. Satz 5 schreibt die Dokumentation der im Fortschreibungszeitraum durchgeführten Maßnahmen vor. Damit wird sichergestellt, dass deren Umsetzung nachvollzogen werden kann. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die frühzeitige und regelmäßige gerichtliche Kontrolle nach § 119a StVollzG und § 92 JGG.

Die in Absatz 4 vorgesehene Erörterung mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen gibt diesen Gelegenheit, sich zur Planung der Anstalt zu äußern und ihre eigenen, die Erreichung des Vollzugsziels fördernden Anregungen und Vorschläge einzubringen.

Absatz 5 Satz 1 und 2 legt fest, dass die Erstellung des Vollzugs- und Eingliederungsplans sowie seine Fortschreibungen in einer Konferenz mit den an der Vollzugsgestaltung maßgeblich Beteiligten zu erfolgen haben. Dadurch sollen verschiedene fachliche Sichtweisen über die Straf- und Jugendstrafgefangenen zusammengeführt und ausgetauscht werden. Zu diesem Zweck schafft das Gesetz erstmals die Möglichkeit, auch den bisher zuständigen Bewährungshelfer an der Konferenz zu beteiligen. Die Sätze 3 und 4 regeln die Beteiligung der Straf- und Jugendstrafgefangenen an der Konferenz näher. Stets hat nach Satz 3 in der Konferenz die Eröffnung und Erläuterung des Vollzugs- und Eingliederungsplans bzw. seiner Fortschreibungen zu erfolgen. Die Eröffnung in der Konferenz verdeutlicht, dass es sich um

eine abgestimmte und verbindliche Planung aller am Vollzug Beteiligten handelt. Durch die Erläuterung in der Konferenz sollen die Straf- und Jugendstrafgefangenen in die Lage versetzt werden, die Planung nachzuvollziehen und sich dementsprechend einzubringen. Damit soll den Straf- und Jugendstrafgefangenen einerseits frühzeitig deutlich gemacht werden, was von ihnen erwartet wird, andererseits sollen hierdurch entsprechend § 6 Abs. 1 Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft der Straf- und Jugendstrafgefangenen hergestellt werden. Über Satz 3 hinausgehend eröffnet Satz 4 der Anstalt die Möglichkeit, die Straf- und Jugendstrafgefangenen über die Eröffnung und Erläuterung des Plans hinaus zu beteiligen.

Gemäß Absatz 6 sollen an der Eingliederung mitwirkende Externe an der Planung des Vollzugs beteiligt werden. Sofern die Straf- und Jugendstrafgefangenen zustimmen, können sie auch an Konferenzen beteiligt werden. Dies dient der Verbesserung der Zusammenarbeit und der Verdeutlichung ihrer Rolle im Rahmen der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen.

Absatz 7 liegt die Erfahrung zugrunde, dass dem unmittelbar auf die Entlassung folgenden Zeitraum für eine erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft besondere Bedeutung zukommt. Straf- und Jugendstrafgefangene, die nach ihrer Entlassung unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht gestellt werden, werden in dieser kritischen Phase regelmäßig durch die Bewährungshilfe betreut und unterstützt, aber auch beaufsichtigt. Die Bestimmung sieht daher vor, dass die Anstalt den künftig zuständigen Bewährungshelfer bereits in den

letzten zwölf Monaten vor dem voraussichtlichen Entlassungszeitpunkt in die Planung einbezieht. Zu diesem Zweck stellt die Anstalt diesem den Vollzugs- und Eingliederungsplan sowie seine Fortschreibungen zur Verfügung und ermöglicht der Bewährungshilfe die Teilnahme an den Konferenzen.

Absatz 8 Satz 1 verlangt, dass der Vollzugs- und Eingliederungsplan und seine Fortschreibungen den Straf- und Jugendstrafgefangenen ausgehändigt werden. Damit wird ein rechtsstaatliches Gebot erfüllt. Auch trägt die Aushändigung des Plans seiner Funktion als Orientierungsrahmen Rechnung. Auf eine Aushändigung der Stellungnahmen der Fachdienste besteht hingegen kein Anspruch. Nach Satz 2 werden im Vollzug der Jugendstrafe der Vollzugs- und Eingliederungsplan und seine Fortschreibungen dem Vollstreckungsleiter stets mitgeteilt, den Personensorgeberechtigten nur dann, wenn sie - insbesondere im Rahmen ihrer Einbeziehung nach § 9 Abs. 5 - einen entsprechenden Wunsch geäußert haben. Dies entspricht der bisherigen Regelung in § 11 Abs. 4 Satz 2 ThürJStVollzG.

### **Zu § 15 - Inhalt des Vollzugs- und Eingliederungsplans:**

Die Bestimmung regelt den Inhalt des Vollzugs- und Eingliederungsplans.

Absatz 1 Satz 1 zählt im Einzelnen die Bereiche auf, zu denen sich der Vollzugs- und Eingliederungsplan zu verhalten hat. Der Plan kann bei Bedarf weitere Angaben enthalten.

Der Vollzugs- und Eingliederungsplan beginnt gemäß Nummer 1 mit einer Zusammenfassung der maßgeblichen Ergebnisse des Diagnoseverfahrens. Diese bilden die Grundlage für die nachfolgenden Festlegungen. Daran schließt sich nach Nummer 2 die Angabe des voraussichtlichen Entlassungszeitpunkts an. Dieser wird im Wege einer Prognoseentscheidung festgelegt und gibt den vorläufigen zeitlichen Rahmen für die weitere Vollzugsplanung und die Möglichkeiten ihrer Gestaltung vor. Die Planung soll aufzeigen, wie die Straf- und Jugendstrafgefangenen bei optimalem Verlauf zum frühestmöglichen Zeitpunkt entlassen werden können. Anhand der Nummern 3 bis 21 ist im Einzelfall zu prüfen, welche der Maßnahmen aufgrund des Ergebnisses des Diagnoseverfahrens zur Erreichung des Vollzugsziels durchzuführen sind. Die Maßnahmen in den Nummern 3, 5 bis 7, 11 bis 18 und 21 werden an anderen Stellen des Gesetzes nach ihrer Zielsetzung beschrieben und näher ausgestaltet. Da es nach § 6 Abs. 1 Satz 1 der Mitwirkung der Straf- und Jugendstrafgefangenen zur Erreichung des Vollzugsziels bedarf, ist ihre Bereitschaft zur Mitwirkung zu wecken und zu fördern. Dem trägt Nummer 4 Rechnung. Einer gezielten Motivationsarbeit kommt gerade bei Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und bei Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung zentrale Bedeutung zu. Nummer 22 verlangt die Aufnahme einer konkreten Frist zur Fortschreibung des Plans, die den Vorgaben des § 14 Abs. 3 zu entsprechen hat.

Nach Satz 2 müssen der Vollzugs- und Eingliederungsplan sowie seine Fortschreibungen zusätzliche Angaben enthalten, die nur Strafgefangene mit angeordneter oder vorbehaltener



Sicherungsverwahrung und Jugendstrafgefangene mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung betreffen.

Absatz 2 geht davon aus, dass die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 bis 12 genannten Maßnahmen bei Strafgefangenen regelmäßig für die Erreichung des Vollzugsziels von besonderer Bedeutung sein werden. Erachtet die Anstalt eine oder mehrere dieser Maßnahmen zur Erreichung des Vollzugsziels als zwingend erforderlich, so ist dies kenntlich zu machen. Die betreffenden Maßnahmen gehen dann allen anderen Maßnahmen vor. Die Teilnahme an anderen Maßnahmen muss insoweit zurücktreten, als dadurch die Teilnahme an einer als zwingend erforderlich gekennzeichneten Maßnahme beeinträchtigt würde. Wie bei allen anderen Maßnahmen auch bleibt es der Entscheidung der Strafgefangenen überlassen, ob sie an einer solchen Maßnahme teilnehmen wollen. Allerdings wird ihnen verwehrt, in andere gleichzeitig stattfindende Maßnahmen "auszuweichen". Andererseits ist es Aufgabe der Anstalt, durch eine geeignete Organisation der Vollzugsabläufe derartige Interessenkollisionen möglichst zu vermeiden. Diejenigen Maßnahmen, die im Vollzugsplan als zwingend erforderlich gekennzeichnet worden sind, werden nach Maßgabe des § 66 Abs. 2 und 7 vergütet, um die Motivation zur Teilnahme zu erhöhen.

Absatz 3 greift die in § 6 Abs. 2 normierte Mitwirkungspflicht der Jugendstrafgefangenen auf. Aufgrund dieser Mitwirkungspflicht ist die Aufstellung eines Rangverhältnisses zwischen den Maßnahmen, wie dies im Absatz 2 geregelt ist, bei diesen entbehrlich.

Absatz 4 bestimmt, dass spätestens ein Jahr vor dem beabsichtigten Entlassungszeitpunkt der Schwerpunkt der Vollzugs- und Eingliederungsplanung auf konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung der Eingliederung zu legen ist. Hierzu werden die bereits gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 21 in der Vollzugsplanung enthaltenen Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung, Eingliederung und Nachsorge konkretisiert und ergänzt. Ab diesem Zeitpunkt hat sich der Plan ergänzend auf die in Absatz 4 Satz 2 Nr. 1 bis 9 genannten Maßnahmen für eine Eingliederung zu erstrecken. Neben der Vorbereitung der Entlassung im engeren Sinne und verschiedenen Maßnahmen der Nachsorge umfasst der Katalog insbesondere auch die Einbindung externer Institutionen, Unternehmen und Personen, die bei der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen unterstützend wirken können. Besondere Bedeutung kommt Nummer 7 zu, wonach die Anstalt Anregungen von Auflagen und Weisungen für die Bewährungs- und Führungsaufsicht in den Vollzugs- und Eingliederungsplan aufnimmt. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass die Anstalt während des Vollzugs besondere Kenntnisse über die Straf- und Jugendstrafgefangenen erlangt hat, die für eine sinnvolle Ausgestaltung der Bewährungszeit nutzbar gemacht werden können. Für Straf- und Jugendstrafgefangenen mit einer voraussichtlichen Vollzugsdauer von unter einem Jahr gilt die Bestimmung bereits bei der Erstellung des Vollzugs- und Eingliederungsplans.

## **Zu § 16 - Ermittlung des Förder- und Erziehungsbedarfs der jungen Untersuchungsgefangenen, Maßnahmen:**

Die Bestimmung entspricht § 69 Abs. 1 und 2 ThürUVollzG. Der Förder- und Erziehungsbedarf der jungen Untersuchungsgefangenen ist nach der Aufnahme unter Berücksichtigung ihrer Persönlichkeit und ihrer Lebensverhältnisse zu ermitteln. Neben bedeutsamen äußeren Umständen soll insbesondere festgestellt werden, welche Stärken und Schwächen, welche Ressourcen und Defizite die jungen Untersuchungsgefangenen haben und wie sie selbst ihre Entwicklung und Perspektiven sehen. Auch zur schulischen und beruflichen Situation, zur Intelligenz, zum emotional-affektiven Zustand und zum sozialen Umfeld sollen Feststellungen getroffen werden. Dabei muss der Tatvorwurf außer Betracht bleiben.

Absatz 2 regelt das Verfahren zur Entscheidung über die Erziehungs- und Fördermaßnahmen. Danach müssen an der Erziehung maßgeblich beteiligte Bedienstete an einer Konferenz teilnehmen. Dadurch wird sichergestellt, dass keine wesentlichen Informationen unberücksichtigt bleiben. Die beabsichtigten Maßnahmen werden mit den jungen Untersuchungsgefangenen besprochen, um ihre Mitwirkungsbereitschaft zu fördern.

### **Dritter Abschnitt**

## **Unterbringung und Verlegung**

### **Zu § 17 - Trennungsgrundsätze:**

Absatz 1 enthält allgemeine, nach Geschlecht, Haftart und Alter der Gefangenen differenzierende Trennungsgrundsätze.

Die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 normierte Trennung männlicher und weiblicher Gefangener folgt Nummer 18.8 Buchst. b der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze sowie den Empfehlungen des Europarats Nummer 60 zu Maßnahmen und Sanktionen gegen jugendliche Straftäter und Straftäterinnen und Nummer 35 zur Untersuchungshaft. Sie ist insbesondere zum Schutz weiblicher Gefangener vor Übergriffen notwendig und ermöglicht die Berücksichtigung spezifisch weiblicher Bedürfnisse bei der Ausgestaltung des Vollzugs.

Nummer 2 sieht eine Trennung der Gefangenen nach Haftarten und eine Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen vor, um eine eigenständige und den speziellen Bedürfnissen der jeweiligen Gefangenengruppe angepasste Ausgestaltung des Vollzugs zu erreichen. Sie übernimmt den wesentlichen Inhalt der Bestimmungen des § 98 Abs. 1 Satz 1 ThürJStVollzG und § 11 Abs. 1 Satz 1 ThürUVollzG und trägt damit der Nummer 59.1 der Empfehlung des Europarats zur Untersuchungshaft und zu Maßnahmen und Sanktionen gegen jugendliche Straftäter und Straftäterinnen und Nummer 18.8 Buchst. a und c der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze Rechnung.

Nummer 3 übernimmt die bisher in § 11 Abs. 2 Satz 1 ThürUVollzG vorgeschriebene Trennung der jungen Unter-

suchungsgefangenen von den übrigen Untersuchungsgefangenen, um jugendspezifischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Satz 2 sieht zur Umsetzung der in Satz 1 aufgestellten Trennungsgrundsätze eine Unterbringung in eigenständigen Anstalten, zumindest in getrennten Abteilungen vor.

Die Absätze 2 bis 4 sehen Ausnahmen vom Trennungsgebot vor, um einer Vereinzelung der Gefangenen vorzubeugen und die Bereitstellung ausreichender vollzuglicher Angebote zu ermöglichen.

Absatz 2 enthält Ausnahmen vom Trennungsgrundsatz des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 für Untersuchungsgefangene. Sie sind nach Satz 1, der inhaltlich der bisherigen Regelung in § 11 Abs. 1 Satz 2 ThürUVollzG entspricht, zulässig mit Zustimmung der Untersuchungsgefangenen (Nummer 1), zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO (Nummer 2) oder aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt (Nummer 3).

Satz 2 enthält, wie bereits § 11 Abs. 2 Satz 2 ThürUVollzG, Einschränkungen für junge Untersuchungsgefangene. Ausnahmen vom Trennungsgrundsatz des Absatzes 1 Satz 1 dürfen nicht dazu führen, dass jugendspezifischen Bedürfnissen keine Beachtung mehr geschenkt wird. Die entwicklungsfördernde Vollzugsgestaltung muss gewährleistet sein und die jungen Untersuchungsgefangenen dürfen keinen schädlichen Einflüssen ausgesetzt werden.

Satz 3 lässt eine weitere Durchbrechung der Trennungsgrundsätze und damit unter den Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 eine gemeinsame Unterbringung von jungen Unter-

suchungsgefangenen mit den übrigen Untersuchungsgefangenen und mit Jugendstrafgefangenen zu.

Absatz 3 soll einer Vereinzelung der Gefangenen in einzelnen Bereichen vorbeugen und die Bereitstellung ausreichender vollzuglicher Angebote sicherstellen. Dabei muss im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe eine Gefährdung des Vollzugsziels ausgeschlossen sein. Eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO darf nicht entgegenstehen. Eine erzieherische Ausgestaltung des Vollzugs an jungen Gefangenen muss gewährleistet sein.

Auch bei einer Durchbrechung der Trennungsgrundsätze erfolgt der Vollzug weiter nach den für die jeweilige Haftart geltenden Bestimmungen.

Absatz 4 lockert die Trennungsgrundsätze des Absatzes 1 Satz 1, da aufgrund der geringen Zahl von Gefangenen, die gleichzeitig einer Behandlung in einem Krankenhaus bedürfen, eine Unterbringung in getrennten Abteilungen des Justizvollzugskrankenhauses regelmäßig nicht möglich ist.

Absatz 5 regelt zur Klarstellung ausdrücklich die Zulässigkeit gemeinsamer Maßnahmen. Die Zulassung gemeinsamer Maßnahmen dient insbesondere der Gewährleistung eines breiten Angebotes an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen sowie an geeigneten Behandlungs- oder Freizeitmaßnahmen unabhängig von Haftart und Geschlecht. Die Trennungsgebote des Absatzes 1 Satz 1 sollen nicht dazu führen, dass Gefangenen allein aufgrund ihres Geschlechts

oder der Haftart ein nur eingeschränktes Angebot zur Verfügung steht.

### **Zu § 18 - Unterbringung während der Einschlusszeiten:**

Absatz 1 betont, wie bereits § 25 ThürJStVollzG und § 13 ThürUVollzG, die Einzelunterbringung als Regelfall und begründet einen entsprechenden Anspruch der Gefangenen. Die Einzelunterbringung dient dem Schutz der Privat- und Intimsphäre und dem Schutz vor wechselseitigen Übergriffen.

Absatz 2 Satz 1 trägt dem Umstand Rechnung, dass viele Gefangene eine gemeinsame Unterbringung während der Einschlusszeiten ausdrücklich wünschen. Die Bestimmung ermöglicht die gemeinsame Unterbringung in dafür geeigneten Hafträumen, wenn die Gefangenen zustimmen. Auch darf ein schädlicher Einfluss nicht zu befürchten sein. Die Anstalt hat im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung erhebliche Sorgfalt auf die Auswahl der gemeinsam unterzubringenden Gefangenen zu verwenden. Bei jungen Gefangenen sind insbesondere erzieherische Aspekte zu berücksichtigen.

Satz 2 trägt dem Umstand Rechnung, dass es im Interesse gefährdeter oder hilfsbedürftiger Gefangener geboten sein kann, sie gemeinsam mit anderen Gefangenen unterzubringen, auch wenn sie dieser Unterbringung nicht ausdrücklich zustimmen. In diesem Fall ist die Zustimmung der anderen Gefangenen von besonderer Bedeutung, da sie Verantwortung für diese Gefangenen übernehmen, auch wenn sie keine Garantenpflicht trifft.

Absatz 3 ermöglicht es, gelegentliche Belegungsspitzen aufzufangen.

### **Zu § 19 - Aufenthalt außerhalb der Einschlusszeiten:**

Die Bestimmung regelt den Aufenthalt der Gefangenen außerhalb der Einschlusszeiten und berücksichtigt hierbei in Absatz 1 das allgemeine Bedürfnis nach Kontakt und Gedankenaustausch. Sie trägt dem Angleichungsgrundsatz Rechnung, da auch außerhalb des Vollzugs Arbeit und Freizeit in der Regel in Gemeinschaft stattfinden, zwingt die Gefangenen jedoch nicht dazu, sich in Gemeinschaft aufzuhalten.

Absatz 2 ermöglicht eine Einschränkung des gemeinschaftlichen Aufenthalts in bestimmten Fällen. Nach Nummer 1 ist eine Einschränkung zulässig, wenn Gründe der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt dies erfordern. Dies ist nach Nummer 2 im Interesse eines geordneten Zusammenlebens in der Anstalt möglich, wenn zu befürchten ist, dass Gefangene einen schädlichen Einfluss auf andere ausüben. Die Einschränkungsmöglichkeit der Nummer 3 soll gewährleisten, dass sich die Anstalt während des Diagnoseverfahrens von den neu aufgenommenen Gefangenen ein umfassendes Bild machen kann, bevor sie entscheidet, wo die Gefangenen im Rahmen der Binnendifferenzierung in der Anstalt untergebracht werden. Diese Einschränkung des gemeinschaftlichen Aufenthalts darf nicht länger als acht Wochen dauern, selbst wenn das Diagnoseverfahren im Einzelfall ausnahmsweise noch nicht abgeschlossen sein sollte.



Nummer 4 trägt wie bereits § 24 Abs. 3 Nr. 3 ThürJStVollzG und § 70 Abs. 2 ThürUVollzG der Erkenntnis Rechnung, dass es auch ein erzieherisches Mittel sein kann, den Zugang zur Gemeinschaft (vorübergehend oder länger andauernd) einzuschränken.

Nummer 5 entspricht § 12 Abs. 3 ThürUVollzG und ermöglicht eine Einschränkung der gemeinschaftlichen Unterbringung, wenn dies im Einzelfall zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich ist.

Nummer 6 entspricht § 70 Abs. 2 ThürUVollzG. Die Zwei-Wochen-Frist soll es der Anstalt ermöglichen, sich vor einer gemeinschaftlichen Unterbringung ein Bild von der Persönlichkeit neu aufgenommener junger Untersuchungsgefangener zu machen. Die Bestimmung sieht lediglich eine Einschränkung des gemeinschaftlichen Aufenthalts vor. Ein Entzug des gemeinschaftlichen Aufenthalts kann nur durch Anordnung einer besonderen Sicherungsmaßnahme nach § 89 Abs. 2, einer erzieherischen Maßnahme nach § 97 Abs. 1 oder einer Disziplinarmaßnahme nach § 98 Abs. 3 Nr. 4 erfolgen.

## **Zu § 20 - Wohngruppenvollzug:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde mit folgender Begründung Absatz 3 neu gefasst und ergänzt: Die Regelung über die Unterbringung von jungen Gefangenen in Wohngruppen greift die Regelung des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes auf und entwickelt sie mit Blick auf den Resozialisierungsgedanken fort. Die*

*Neuformulierung legt zudem fest, dass nicht gruppenfähige Gefangene aktiv für den Wohngruppenvollzug zu befähigen sind.*

Nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 kann der Vollzugs- und Eingliederungsplan die Unterbringung in einer Wohngruppe und die Teilnahme am Wohngruppenvollzug vorsehen.

Absatz 1 beschreibt das mit der Unterbringung von Gefangenen in einer Wohngruppe verfolgte Ziel. Wohngruppenvollzug ist nicht nur eine Form der Unterbringung, sondern auch eine wichtige Maßnahme zur Einübung eines Zusammenlebens, das von Toleranz und gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt ist. Er dient der Einübung sozialadäquaten Verhaltens, weil die dort Untergebrachten sich mit den Bedürfnissen und Erwartungen ihrer Mitgefangenen im Alltag auseinandersetzen und Probleme gemeinsam lösen müssen. Die Unterbringung in einer Wohngruppe trägt § 4 Abs. 1 Satz 2 Rechnung und kommt insbesondere für diejenigen Straf- und Jugendstrafgefangenen in Betracht, die Defizite in der sozialen Kompetenz aufweisen und (noch) nicht in der Lage sind, ihren Alltag selbständig zu regeln.

Absatz 2 benennt die Rahmenbedingungen des Wohngruppenvollzugs. Er erfordert geeignete und seinem Zweck entsprechend ausgestattete Räumlichkeiten (§ 105 Abs. 3) und stellt erhöhte Anforderungen an Zahl und Befähigung des dort eingesetzten Personals. Die Gruppengröße wird auf höchstens 15 Personen beschränkt. Anders lässt sich das Ziel, sozialadäquates Verhalten an Gefangene zu vermitteln, deren soziale Kompetenz gering ausgeprägt ist, nicht erreichen. Auch

die feste Zuordnung von Bediensteten als Betreuer, Gesprächspartner und Bezugspersonen der Gruppenmitglieder ist wesentlich für einen funktionierenden Wohngruppenvollzug.

Absatz 3 Satz 1 greift § 26 ThürJStVollzG und § 70 Abs. 1 ThürUVollzG auf und normiert nunmehr den Wohngruppenvollzug als regelmäßige Unterbringungsform für geeignete junge Gefangene. In Wohngruppen ist eine individuelle Ansprache, Erziehung und Förderung der jungen Gefangenen besser möglich als in Abteilungen. Die dem Erziehungsauftrag zuwiderlaufenden subkulturellen Einflüsse und Strukturen können so zurückgedrängt werden. Die Beschränkung auf "geeignete" junge Gefangene trägt dem Umstand Rechnung, dass einige junge Gefangene aufgrund ihrer Persönlichkeit nicht oder nur bedingt gemeinschaftsfähig sind (z. B. wegen stark erhöhter Gewaltbereitschaft, erheblicher Rückzugstendenzen oder sozialer Unverträglichkeit). Ihre Unterbringung in der Wohngruppe würde den Erziehungserfolg der Wohngruppenmitglieder gefährden.

Absatz 4 sieht die Möglichkeit einer Unterbringung in Wohngruppen auch für Strafgefangene vor, da diese ebenfalls von den in Absatz 1 beschriebenen Vorteilen des Wohngruppenvollzugs profitieren können.

### **Zu § 21 - Unterbringung von Müttern mit Kindern:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde in der Überschrift und im Gesetzestext jeweils*

*das Wort „Mutter“ durch das Wort „Sorgeberechtigter“ ersetzt, um einem fortschrittlichen Erziehungsgedanken und dem Gleichheitsgrundsatz Rechnung zu tragen.*

Die Bestimmung schafft in Anlehnung an § 27 ThürStVollzG und § 14 ThürUVollzG die rechtliche Möglichkeit, Säuglinge und Kleinkinder gemeinsam mit ihrer inhaftierten Mutter unterzubringen. Ziel ist die Vermeidung gravierender Sozialisationsschäden für die Kinder in der Phase der Primärsozialisation bis zum dritten Lebensjahr. Die Bestimmung will insbesondere Schäden abwenden, die dem Kind durch die Trennung von der - in dieser Lebensphase für seine Entwicklung besonders wichtigen - Mutter entstehen würden. Entscheidend ist immer das Kindeswohl, dem durch die Anhörung des Jugendamtes Rechnung getragen wird. Bei der Entscheidung werden auch die Gegebenheiten vor Ort zu beachten sein.

Absatz 2 stellt klar, dass die Unterbringung des Kindes auf Kosten der Unterhaltspflichtigen erfolgt und von der Geldtendmachung des Kostenanspruchs nur ausnahmsweise im Interesse des Kindeswohls abgesehen werden kann.

### **Zu § 22 - Geschlossener und offener Vollzug:**

Absatz 1 Satz 1 sieht die Unterbringung der Straf- und Jugendstrafgefangenen im offenen oder geschlossenen Vollzug als gleichrangige Vollzugsformen vor. Es wird bewusst auf die Festlegung eines Regel-Ausnahme-Verhältnisses verzichtet. Die Straf- und Jugendstrafgefangenen werden entsprechend

ihrer Eignung untergebracht. Die Bestimmung ermöglicht auch eine unmittelbare Ladung in den offenen Vollzug. Abteilungen des offenen Vollzugs werden nach Satz 2 ohne oder mit verminderten baulichen und technischen Vorkehrungen gegen Entweichungen ausgestaltet. Solche Abstufungen des Öffnungsgrades ermöglichen größere Differenzierungen auch innerhalb des offenen Vollzugs.

Absatz 2 normiert die Voraussetzungen für die Unterbringung der Strafgefangenen im offenen Vollzug. Um der Aufgabe des Vollzugs, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, Rechnung zu tragen, darf insbesondere eine Flucht- oder Missbrauchsgefahr nicht zu befürchten sein. Die Ausgestaltung als Soll-Bestimmung gestattet es, Strafgefangene ausnahmsweise im geschlossenen Vollzug zu belassen, obwohl sie den besonderen Anforderungen des offenen Vollzugs genügen, etwa weil sie nur so ein im geschlossenen Vollzug bestehendes spezielles Behandlungsangebot nutzen können. Die Zustimmung der Strafgefangenen zur Unterbringung im offenen Vollzug ist nicht erforderlich. Sie haben keine Wahlmöglichkeit. Ihre Weigerung, im offenen Vollzug untergebracht zu werden, wird allerdings bei der Eignungsprüfung zu berücksichtigen sein.

Absatz 3 entspricht der bisherigen Regelung in § 13 Abs. 2 ThürJStVollzG. Die Unterbringung im offenen Vollzug wird davon abhängig gemacht, dass eine Erprobung der Jugendstrafgefangenen im Hinblick auf eine mögliche Missbrauchsgefahr verantwortet werden kann. Damit besteht im Jugendstrafvollzug ein etwas weiteres Ermessen als im Rahmen der notwendigen Ausräumung von Miss-

brauchsbefürchtungen im Erwachsenenvollzug. Jugendstrafgefangene befinden sich biologisch, psychisch und sozial in einem Stadium des Übergangs, das typischerweise mit Spannungen, Unsicherheiten und Anpassungsschwierigkeiten, häufig auch in der Aneignung von Verhaltensnormen, verbunden ist. Sie sind in ihrer Persönlichkeit weniger verfestigt als Erwachsene, ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind offener. Daraus ergibt sich auch eine spezifische Empfindlichkeit für mögliche schädliche Auswirkungen des Strafvollzugs (BVerfG NJW 2006 S. 2095 f.). Im Sinne eines auf Integration angelegten Vollzugs lohnt es sich daher, ein gewisses - im Einzelfall sorgfältig erwogenes - Risiko einzugehen. Soweit die Bestimmung es erlaubt, beim Verbleib geringer Restzweifel zugunsten der Unterbringung im offenen Vollzug zu entscheiden, wird insbesondere die Schwere etwaiger zu befürchtender Straftaten und die noch offene Reststrafe in die Abwägung einzubeziehen sein. Im Übrigen gelten die Ausführungen zu Absatz 2 entsprechend.

Bei Straf- und Jugendstrafgefangenen, die wegen grober Gewalttaten oder wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt sind, verpflichtet Absatz 4 die Vollzugsbehörde zu besonders gründlicher Prüfung, um sicherzustellen, dass die Lockerungen nicht zu Straftaten missbraucht werden. Dies bedeutet eine Erweiterung des Prüfungsmaßstabs, um die Erkenntnisbasis für die Entscheidung zu verbreitern.

Absatz 5 regelt die (erneute) Unterbringung im geschlossenen Vollzug aus Klarstellungsgründen ausdrücklich, obwohl sich diese Möglichkeit bereits im Umkehrschluss aus den Ansätzen

2 und 3 ergibt. Liegen dessen Voraussetzungen nicht mehr vor, so sind die Straf- und Jugendstrafgefangenen im geschlossenen Vollzug unterzubringen.

Absatz 6 sieht im Hinblick auf die in § 3 festgelegte Aufgabe des Untersuchungshaftvollzugs, durch sichere Unterbringung der Untersuchungsgefangenen die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und der Gefahr weiterer Straftaten zu begegnen, für Untersuchungsgefangene zwingend eine Unterbringung im geschlossenen Vollzug vor.

## **Zu § 23 - Verlegung und Überstellung:**

Die Bestimmung enthält die allgemeine Grundlage für Verlegungen und Überstellungen im Verlauf des Vollzugs. Sie versteht unter einer Verlegung den auf Dauer angelegten Wechsel von Gefangenen in eine andere Anstalt. Ein Wechsel von Gefangenen in sozialtherapeutische, offene oder Eingliederungsabteilungen innerhalb einer Anstalt fällt nicht unter diesen Begriff. Eine spezielle Verlegungsnorm findet sich in § 86.

Absatz 1 benennt die Verlegungstatbestände und trägt der Tatsache Rechnung, dass ein Anstaltswechsel insbesondere im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe einschneidende Folgen für die Betroffenen, wie beispielsweise Behandlungsabbrüche, nach sich ziehen kann und auch die gerichtliche Zuständigkeit (§ 110 StVollzG, § 92 Abs. 2 JGG) beeinflusst.

Satz 1 ermöglicht Verlegungen aus Gründen der Vollzugsorganisation oder anderen wichtigen Gründen. Verlegungen aus Gründen der Vollzugsorganisation können insbesondere aufgrund einer Änderung des Vollstreckungsplans, der Zweckbestimmung der Anstalt oder der Belegungsfähigkeit, Verlegungen aus wichtigem Grund etwa aufgrund von Schadensereignissen, erforderlich sein. Satz 2 regelt die Überstellung. Sie ist im Gegensatz zu einer auf Dauer angelegten Verlegung eine zeitlich befristete Aufnahme der Gefangenen in einer anderen Anstalt, etwa zum Zweck der Besuchsdurchführung, der Ausführung am Ort, der Begutachtung oder der ärztlichen Untersuchung. Nach § 113 Abs. 2



kann die Aufsichtsbehörde sich Entscheidungen über Verlegungen und Überstellungen vorbehalten.

Absatz 2 schafft im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe darüber hinaus die Möglichkeit für Verlegungen zur Erreichung des Vollzugsziels. Dies kann der Fall sein, wenn die Gefangenen zur Erleichterung der Eingliederung in eine heimatnahe Anstalt wechseln sollen oder eine andere Anstalt über die für die Gefangenen erforderlichen vollzuglichen Angebote verfügt.

Absatz 3 enthält wie bereits § 8 Abs. 1 ThürUVollzG die Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO als weiteren Grund für Verlegungen und Überstellungen im Untersuchungshaftvollzug.

Nach Absatz 4 Satz 1 ist Gericht und Staatsanwaltschaft vor einer Verlegung oder Überstellung von Untersuchungsgefangenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Teilen sie der Anstalt Umstände mit, die gegen die Verlegung oder Überstellung sprechen, sind diese in ihre Entscheidung einzubeziehen. Das Gericht kann aber auch Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO treffen und so Verlegungen oder Überstellungen gegebenenfalls verhindern. Der in Satz 2 enthaltene Verweis auf § 12 Abs. 5 eröffnet den Untersuchungsgefangenen in gleicher Weise wie zu Beginn der Untersuchungshaft die Möglichkeit, Personen außerhalb der Anstalt darüber zu informieren, in welche Anstalt sie verlegt oder überstellt werden.

Absatz 5 sieht entsprechend § 12 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 68 Abs. 3 ThürUVollzG bestimmte Unterrichtungspflichten bei jungen Gefangenen vor. Im Vollzug der Untersuchungshaft darf eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO nicht entgegenstehen.

## **Vierter Abschnitt**

### **Sozial- und Psychotherapie**

#### **Zu § 24 - Sozialtherapie:**

Die Bestimmung bezieht sich auf Nummer 6 des in § 15 Abs. 1 Satz 1 aufgeführten Maßnahmenkatalogs. Sozialtherapie gehört im Erwachsenenvollzug zum therapeutischen Standard. Im internationalen Vergleich haben sich kognitiv-verhaltenstherapeutische Methoden im sozialtherapeutischen Setting als wirksam erwiesen. Nach wissenschaftlichen Studien gibt es für Entlassene aus sozialtherapeutischen Anstalten oder Abteilungen im Durchschnitt um bis zu 30 Prozent häufiger positive Veränderungen ohne Rückfälligkeit als bei den Entlassenen ohne Sozialtherapie.

Absatz 1 Satz 1 bestimmt den Zweck der Therapie. Die Sätze 2 und 3 formulieren die drei Säulen des Konzepts der integrativen Sozialtherapie. Danach sind der Handlungsrahmen und die Beziehungsformen innerhalb der sozialtherapeutischen Abteilung im Sinne einer therapeutischen Gemeinschaft zu gestalten. Weiterhin sind psychologische, psychotherapeutische, sozialpädagogische und arbeitstherapeutische Vorgehensweisen zu verknüpfen und kontinuierlich zu modifizieren. Schließlich ist die Einbeziehung des gesamten Lebensumfelds in und außerhalb der sozialtherapeutischen

Abteilung maßgeblicher Teil des therapeutischen Konzepts. Die Sozialtherapie ist besonders dann erfolgversprechend, wenn sie gezielt an den kriminogenen Faktoren ansetzt, Denkmuster verändert, Fertigkeiten und Selbstkontrolle fördert und Maßnahmen zur Rückfallprävention einbezieht. Bei der Diagnostik und Therapie sind dynamische Risikofaktoren zu berücksichtigen und entsprechende Konzepte zu erstellen.

Absatz 2 benennt die Kriterien, bei deren Vorliegen die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung zu erfolgen hat. Die erste Voraussetzung, nämlich die erhebliche Gefährlichkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen, liegt nach Satz 2 vor, wenn die Begehung der abschließend genannten schwerwiegenden Straftaten zu erwarten ist. Auf die der aktuellen Inhaftierung zugrunde liegenden Straftaten kommt es dabei nicht an; diesen kommt im Rahmen der Anzeigetheitsprüfung allerdings Indizwirkung zu. Gleiches gilt für die Fälle einer angeordneten oder vorbehaltenen Sicherungsverwahrung. Weitere Voraussetzung ist, dass die Teilnahme an den Behandlungsprogrammen in der sozialtherapeutischen Abteilung angezeigt ist. Hierzu muss zum einen eine Therapiefähigkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen vorliegen. Dies ist der Fall, wenn sie neben ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache ein Mindestmaß an intellektuellen Fähigkeiten, an Reflektions- und Introspektionsvermögen sowie die Fähigkeit zur Veränderung und im Falle einer Abhängigkeitserkrankung die Fähigkeit zur Abstinenz besitzen. Die Anstalt muss durch geeignete Maßnahmen darauf hinwirken, die Therapiefähigkeit der Straf- und Jugendstrafgefangenen herzustellen. Zum anderen muss eine Therapiebedürftigkeit vorliegen, die sich aus den

Ergebnissen der dem jeweiligen Forschungsstand entsprechenden Testdiagnostik und den Erkenntnissen aus dem Diagnoseverfahren ergibt. Weiterhin muss eine Therapienotwendigkeit bestehen. Diese ist zu bejahen, wenn eine sozialtherapeutische Behandlung das im Einzelfall am besten geeignete Mittel zur Verbesserung der Legalprognose ist. Der Anstalt kommt bei der Beurteilung, ob die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung angezeigt ist, ein Spielraum zu. Sie darf bei der Ausfüllung der Begriffe der Therapiefähigkeit, -bedürftigkeit und -notwendigkeit keinen zu engen Maßstab anlegen. Schließlich dürfen keine sicherheitsrelevanten Besonderheiten des Einzelfalls vorliegen.

Absatz 3 ermöglicht es, im Rahmen einer Ermessensentscheidung auch andere als die in Absatz 2 genannten Straf- und Jugendstrafgefangenen in einer sozialtherapeutischen Abteilung unterzubringen. Kriminologische Untersuchungen haben gezeigt, dass die Gefahr einschlägiger Rückfalltaten ohne behandlerische Intervention umso größer ist, je jünger die Täterinnen und Täter bei der ersten Auffälligkeit waren.

Voraussetzung ist, dass die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung zur Erreichung des Vollzugsziels angezeigt ist. Die Entscheidung über die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung wird im Rahmen einer Vollzugsplankonferenz getroffen (§ 14 Abs. 5 Satz 1). Sie bedarf nicht der Zustimmung der Leitung der sozialtherapeutischen Abteilung. Eine Zustimmung der Straf- und Jugendstrafgefangenen wird ebenfalls nicht vorausgesetzt. Vielmehr ist ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zu wecken und zu fördern (§ 6 Abs. 1 Satz 2). Die Straf- und Jugendstraf-

gefangenen selbst werden häufig erst nach einer gewissen Zeit in einer sozialtherapeutischen Abteilung beurteilen können, was die Teilnahme an der dortigen Behandlung für sie bedeutet und bewirkt.

Absatz 4 Satz 1 bringt den Grundsatz zum Ausdruck, dass die Unterbringung der Straf- und Jugendstrafgefangenen in einer sozialtherapeutischen Abteilung zeitlich so in den Vollzugsverlauf einzuplanen ist, dass sie nach Abschluss der Behandlung möglichst aus der Haft entlassen werden können. In Wissenschaft und Praxis ist eine Dauer der Sozialtherapie von mindestens 18 Monaten anerkannt. Nach Satz 2 soll bei angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung die Sozialtherapie so rechtzeitig eingeleitet werden, dass der erfolgreiche Abschluss der Behandlung noch während des Vollzugs der Freiheits- oder Jugendstrafe erreicht und so mangels fortbestehender Gefährlichkeit der Antritt der Sicherungsverwahrung vermieden werden kann.

Absatz 5 bestimmt, dass die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung beendet wird, wenn das Ziel der Behandlung aus Gründen, die in der Person der Straf- und Jugendstrafgefangenen liegen, nicht erreicht werden kann. Dies ist etwa der Fall, wenn sich die Straf- und Jugendstrafgefangenen nach der Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Abteilung als therapieunfähig erweisen, dauernd behandlungsunwillig sind oder durch ihr Verhalten die Sicherheit oder Ordnung der Abteilung nachhaltig gefährden.

## **Zu § 25 - Psychologische Interventionen und Psychotherapie:**

Die Bestimmung bezieht sich auf Nummer 7 des in § 15 Abs. 1 Satz 1 aufgeführten Maßnahmenkatalogs und beschreibt den Zweck und die Methoden dieser Therapieformen im Vollzug.

Psychologische Intervention und Psychotherapie im Straf- und Jugendstrafvollzug setzt, ausgehend von den Befunden des Diagnoseverfahrens, gezielt an den kriminogenen Faktoren der psychischen Störung, die eine Rückfallgefahr bedingen können, an. Die Bestimmung legt die Praxis nicht auf eine bestimmte psychologische oder psychotherapeutische Methode fest. Vielmehr werden sich die grundsätzliche Frage des Einsatzes einer solchen Maßnahme und auch die Auswahl der konkreten Maßnahme im Einzelfall nach Risiko-, Ansprechbarkeits- und Bedürfnisprinzip bestimmen müssen.

**Fünfter Abschnitt**  
**Arbeitstherapeutische Maßnahmen, Arbeitstraining,**  
**schulische und berufliche**  
**Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeit**  
**Zu § 26 - Arbeitstherapeutische Maßnahmen:**

Der Fünfte Abschnitt bezieht sich auf Nummern 11 bis 14 des in § 15 Abs. 1 Satz 1 aufgeführten Katalogs und sieht neben der Arbeit verschiedene Maßnahmen (Arbeitstherapie, Arbeitstraining, schulische und berufliche Qualifizierung) vor, die der (Wieder-)Erlangung der Beschäftigungsfähigkeit dienen. Sie sind auf den individuellen Bedarf der Gefangenen auszurichten. Im Vordergrund steht der gezielte Einsatz individueller Arbeitsmaßnahmen, der der Resozialisierung der Straf- und Jugendstrafgefangenen noch stärker Rechnung trägt. Arbeitstherapeutische Maßnahmen, Arbeitstraining und Arbeit nach diesem Gesetz entsprechen den europäischen Strafvollzugsgrundsätzen, die in Nummer 26.1 empfehlen, Gefangenenarbeit als einen positiven Bestandteil des Strafvollzugs zu betrachten, der nie zur Bestrafung eingesetzt werden dürfe.

Arbeitstherapeutische Maßnahmen, Arbeitstraining sowie schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen werden sozialpädagogischen und therapeutischen Behandlungsmaßnahmen gleichgestellt und gehen der Arbeit vor (§ 15 Abs. 2).

Die Bestimmung definiert als Zweck arbeitstherapeutischer Maßnahmen, die Arbeitsfähigkeit herzustellen. Die Aufnahme dieser Maßnahmen in einer eigenen Bestimmung trägt der

Tatsache Rechnung, dass eine große Zahl von Gefangenen entweder noch nie in das Arbeitsleben integriert war oder beispielsweise aufgrund von psychischen Problemen oder einer Alkohol- oder Drogenabhängigkeit so sehr arbeitsentwöhnt ist, dass sie durch arbeitstherapeutische Maßnahmen erst langsam und schrittweise an die Anforderungen des Arbeitslebens herangeführt werden muss. Über zunächst einfache, sich wiederholende und Erfolgserlebnisse vermittelnde Tätigkeiten sollen Versagensängste abgebaut und Begabungen gefunden werden. Die so erworbenen Basisfähigkeiten können anschließend im Rahmen eines Arbeitstrainings verbessert und verstetigt oder in einer beruflichen Bildungsmaßnahme erweitert und vertieft werden. Die Gefangenen sollen so zu einer regelmäßigen, den allgemeinen Anforderungen des Arbeitslebens entsprechenden Arbeitsleistung befähigt werden.

§ 105 Abs. 2 verlangt, eine ausreichende Anzahl von Plätzen für solche Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

### **Zu § 27 - Arbeitstraining:**

Die Bestimmung beschreibt das Ziel des Arbeitstrainings, das eine wichtige Maßnahme zur Förderung der bei vielen Gefangenen unterentwickelten Arbeitsfähigkeit darstellt. Es dient der Vermittlung arbeitsrelevanter Kenntnisse und Fertigkeiten, der Verbesserung der Arbeitsleistung und der Erprobung der Arbeitsfähigkeit unter Bedingungen, die denen des allgemeinen Arbeitslebens möglichst angenähert sind. Das Arbeitstraining ist häufig eine notwendige Vorstufe zu einer



Arbeitsaufnahme oder einer beruflichen Qualifizierungsmaßnahme. Es soll Arbeitsmotivation und individuelle Leistungsfähigkeit steigern. Das Arbeitstraining soll auch als soziales Training, d. h. als Mittel der sozialen Eingliederung, ausgestaltet werden.

Adressaten der Maßnahme sind Gefangene, die arbeits-therapeutische Maßnahmen erfolgreich durchlaufen haben oder solche nicht benötigen, da sie bereits über Basisfähigkeiten verfügen, jedoch zu leistungsorientierter Arbeit noch nicht in der Lage sind. Das Arbeitstraining ist für sie ein notwendiger Schritt zur Heranführung an die Anforderungen des Arbeitslebens. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Trainingsmaßnahmen einen engen Bezug zum Arbeitsmarkt außerhalb des Vollzugs haben und entsprechend dem aktuellen Bedarf ausgestaltet sein. Der Vollzug muss sich daher den sich ändernden Bedingungen des Arbeitsmarktes anpassen.

Die Auswahl des Trainingsplatzes hat unter Berücksichtigung der Fähigkeiten und Vorstellungen der Gefangenen zu erfolgen. Die Arbeitsanleiter fungieren zugleich als Trainer, die die Gefangenen während der gesamten Maßnahme betreuen und ihnen beratend zur Seite stehen.

## **Zu § 28 - Schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen:**

Absatz 1 Satz 1 geht davon aus, dass schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen wesentlich zur Verbesserung der Eingliederungschancen der Gefangenen in das Berufsleben nach der Entlassung beitragen. Sie haben deshalb Vorrang vor der Arbeit. Viele Gefangene verfügen weder über einen Schul- noch über einen Berufsabschluss. Schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung sowie berufliche Vorbereitung sind daher grundlegend für ihren weiteren beruflichen Werdegang. Erst durch eine entsprechende Qualifizierung haben die Gefangenen nach der Entlassung überhaupt Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Bei Bedarf sind Alphabetisierungs- und Deutschkurse vorzusehen. Wegen der oft kurzen Verweildauer im Vollzug ist es vielen Gefangenen nicht möglich, eine Vollausbildung abzuschließen. Deshalb kommt beruflichen Aus- und Weiterbildungsmodulen, die zu Teilabschlüssen führen, eine erhebliche Bedeutung zu. Nach Satz 2 sind bei der Ausgestaltung der konkreten Maßnahmen die Bedürfnisse und Besonderheiten der jeweiligen Zielgruppe zu beachten. Satz 3 stellt klar, dass schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen in der Regel als Vollzeitmaßnahmen durchgeführt werden. Unabhängig davon haben die Gefangenen auch die Möglichkeit, in ihrer Freizeit an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen. Diese sind jedoch Freizeitangebote nach § 65 Abs. 1 und den Maßnahmen dieser Bestimmung nicht vergleichbar. Bei der Auswahl der vorzuhaltenden schulischen und beruflichen Bildungsangebote sind neben der Vorbildung insbesondere die soziale Kompetenz und die Persönlichkeit der Gefangenen zu berücksichtigen.

Absatz 2 greift die Regelungen aus § 37 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 71 Abs. 2 ThürUVollzG auf und schreibt für die Jugendstrafgefangenen und die minderjährigen Untersuchungsgefangenen den Vorrang der schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen vor den arbeitstherapeutischen Maßnahmen und dem Arbeitstraining vor. Ein solcher Vorrang ist altersangemessen. Zwar unterliegt die Mehrzahl der Gefangenen nicht mehr der Schulpflicht, häufig fehlt ihnen allerdings noch ein Schulabschluss. Die Ausbildung ist grundlegend für ihren weiteren beruflichen Werdegang. Ihnen ist damit die Möglichkeit zu einer Ausbildung zu eröffnen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht und die geeignet ist, sie auf die Rückkehr in die Gesellschaft vorzubereiten. Die Jugendstrafgefangenen und die minderjährigen Untersuchungsgefangenen sind zur Teilnahme an diesen Maßnahmen verpflichtet. Zu Maßnahmen zur Erfüllung der Schulpflicht können zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Justizministerium Vereinbarungen geschlossen werden.

Absatz 3 sieht für geeignete Straf- und Jugendstrafgefangene die Möglichkeit vor, während der Haftzeit einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss zu erwerben. Der Erwerb eines Schulabschlusses darf jedoch bei erwachsenen Gefangenen kein Selbstzweck sein, sondern ist nur dann sinnvoll, wenn er auf die soziale und berufliche Eingliederung nach der Entlassung vorbereitet.

Absatz 4 entspricht § 24 Abs. 3 ThürUVollzG und berücksichtigt, dass bei zahlreichen Untersuchungsgefangenen erhebliche Bildungsdefizite festzustellen sind. Deshalb sollen

sie in Maßnahmen der schulischen und beruflichen Bildung einbezogen werden.

Die von den Anstalten nach Absatz 5 vorzuhaltenden Maßnahmen müssen sich an dem aktuellen Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren. Nur Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden, erhöhen die Eingliederungschancen der Gefangenen. Die Anstalt muss deshalb eng mit außervollzuglichen Stellen in Kontakt stehen, um auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes schnell und flexibel reagieren und ihre Qualifizierungsangebote erforderlichenfalls neu ausrichten und weiterentwickeln zu können.

Absatz 6 enthält eine Konkretisierung zur Vollzugsplanung bei abschlussbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen. Bei der Auswahl einer solchen Maßnahme ist das Haftende zwar ein wesentlicher Gesichtspunkt, die Anstalt kann aber dem Gedanken des Übergangsmanagements Rechnung tragen und von vornherein auch über die Haftzeit hinaus planen, damit die Gefangenen einen Abschluss erreichen. Die Bestimmung soll verhindern, dass insbesondere bei kürzeren Haftstrafen Qualifizierungsmaßnahmen nur deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil die Dauer der Maßnahme die verbleibende Haftzeit übersteigt. In diesen Fällen muss die Anstalt dafür Sorge tragen, dass die Qualifizierungsmaßnahme nach der Entlassung fortgeführt und beendet werden kann. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit der Anstalt mit außervollzuglichen Stellen, insbesondere den Arbeitsagenturen und externen Maßnahmeträgern, unverzichtbar.

Absatz 7 trägt dem Gegensteuerungsgrundsatz Rechnung und verhindert eine Stigmatisierung bei der Arbeitssuche. Der Begriff des Nachweises ist weiter als derjenige des Zeugnisses und umfasst alle im Arbeitsleben üblicherweise verwendeten Bescheinigungen über schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen.

### **Zu § 29 - Arbeit:**

Die in Absatz 1 getroffene Regelung entspricht im Wesentlichen § 41 Abs. 1 StVollzG. In Thüringen hat es sich in der Vergangenheit bewährt, den Strafgefangenen und Jugendstrafgefangenen verpflichtend eine sinnvolle Arbeit zuzuweisen. Diese werden hierdurch angeleitet, regelmäßig einer Beschäftigung nachzugehen und sich an den täglichen Arbeitsprozess zu gewöhnen. Dabei steht nicht in erster Linie die Wirtschaftlichkeit dieser Arbeit im Vordergrund; es ist nicht Ziel der Anstalt, von der Arbeit der Gefangenen finanziell zu profitieren. Im Sinne des Angleichungsgrundsatzes soll die Arbeit aber nach Möglichkeit eine Entsprechung auf dem freien Arbeitsmarkt finden. Unproduktive, abstumpfende Arbeit soll den Gefangenen nicht zugewiesen werden.

Absatz 1 Satz 3 stellt klar, dass trotz der in Satz 1 normierten Arbeitspflicht, die in § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 bis 12 genannten Maßnahmen für die Strafgefangenen der Arbeit vorgehen, soweit sie als zwingend erforderlich erachtet werden.

Nach Absatz 2 können Untersuchungsgefangene schon wegen der Unschuldsvermutung nicht zur Arbeit verpflichtet werden, jedoch muss ihnen im Interesse einer sinnvollen Haftgestaltung

soweit wie möglich Arbeit angeboten oder Gelegenheit zur Beschäftigung gegeben werden.

Im Interesse einer effizienten und störungsfreien Organisation der Arbeitsbetriebe sind die Gefangenen nach Absatz 3 nach Arbeitsaufnahme an die Arbeitsbedingungen der Anstalt gebunden.

### **Zu § 30 - Freies Beschäftigungsverhältnis, Selbstbeschäftigung:**

Die Bestimmung ermöglicht es den Straf- und Jugendstrafgefangenen, unter den genannten Bedingungen im Rahmen des Freigangs einer Arbeit, Berufsausbildung oder beruflichen Weiterbildung außerhalb der Anstalt nachzugehen. Dies kann im Rahmen eines freien Beschäftigungsverhältnisses oder im Wege der Selbstbeschäftigung erfolgen. Voraussetzung ist, dass die Beschäftigungsstelle geeignet ist. Ferner dürfen überwiegende Gründe des Vollzugs nicht entgegenstehen. Dies kann etwa der Fall sein, wenn die Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Dienstzeiten liegen und deshalb der Zugang der Gefangenen zur Arbeitsstelle nur durch einen erhöhten Personalaufwand sichergestellt werden könnte. Die Bezugnahme auf § 48 ermöglicht das Erteilen von Weisungen.

Absatz 2 stellt sicher, dass das Entgelt in der von der Anstalt vorgesehenen Weise verwendet wird.

## **Zu § 31 - Freistellung von der Arbeitspflicht:**

Die Bestimmung knüpft an § 37 Abs. 5 ThürJStVollzG an, bezieht erstmals Untersuchungsgefangene ein und gewährt so allen Gefangenen einen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit. Sie trägt dem Angleichungsgrundsatz Rechnung und bringt zum Ausdruck, dass auch die Gefangenen der Erholung bedürfen, wenn sie längere Zeit gearbeitet haben.

Absatz 1 Satz 1 gewährt den Gefangenen nach einem halben Jahr Arbeit oder Hilfstätigkeiten nach § 29 Abs. 1 Satz 2 bzw. Teilnahme an Maßnahmen nach den §§ 26 und 27 einen Anspruch auf eine zehntägige Freistellung. So kommen auch Gefangene mit kurzen Strafen in den Genuss der Freistellung. Die Berechnung erfolgt nicht mehr nach "Werktagen", sondern nach "Arbeitstagen", also Tage an denen tatsächlich eine solche Beschäftigung ausgeübt wird. Im Ergebnis ergibt sich für die Gefangenen nun eine jährliche Freistellung von den genannten Beschäftigungen von insgesamt maximal vier Wochen, was dem Mindesturlaub nach § 3 Abs. 1 des Bundesurlaubsgesetzes entspricht. Satz 3 enthält eine Regelung dazu, wann der Anspruch verfällt, und trägt so zur Rechtssicherheit bei. Der Anspruch auf Freistellung ist zeitlich auf das halbe Jahr beschränkt, das dem halben Jahr ununterbrochener Tätigkeit folgt. Die Gefangenen sollen angehalten werden, die Freistellungstage nicht anzusparen, sondern tatsächlich zu nehmen, damit sein Zweck, die Erhaltung der Arbeitskraft, erfüllt werden kann.

Die Absätze 2 bis 4 regeln die Anrechnung von Langzeitausgang, die Fortzahlung des Arbeitsentgelts für die Zeit der Freistellung sowie die Geltung der allgemeinen Urlaubsregelungen in freien Beschäftigungsverhältnissen.

Absatz 5 sieht einen Anspruch auf Freistellung auch für schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen vor.

### **Zu § 32 - Freistellung von der Arbeit, Anrechnung der Freistellung auf den Entlassungszeitpunkt:**

Die Bestimmung knüpft an § 43 Abs. 6 bis 11 StVollzG und an § 58 ThürJStVollzG an. Sie greift den Gedanken von Anerkennung von Arbeit durch eine nichtmonetäre Komponente neben dem finanziellen Arbeitsentgelt auf. Hierdurch unterscheidet sie sich von der Freistellung nach § 31, die vorrangig Erholungszwecken und der Angleichung an das Arbeitsleben in Freiheit dient.

Absatz 1 zeigt auf, dass erworbene Freistellungstage grundsätzlich als Freizeit innerhalb der Anstalt oder in Form von Langzeitausgang genommen werden können.

Die Absätze 2 bis 6 legen die weiteren Einzelheiten der nichtmonetären Entlohnung in Form der Freistellung von der Arbeit fest. Stellen die Straf- und Jugendstrafgefangenen keinen Antrag auf Freistellung oder kann die Freistellung aus den in Absatz 5 genannten Gründen nicht gewährt werden, so wird die Freistellung auf den Entlassungszeitpunkt angerechnet. Soweit eine Anrechnung aus den in den Absätzen 6 und 7



genannten Gründen ausgeschlossen ist, erhalten die Straf- und Jugendstrafgefangenen gemäß Absatz 8 eine Ausgleichsentschädigung.

Absatz 9 sieht einen Anspruch auf Freistellung auch für schulische und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen vor. Insbesondere kann die Freistellung auch als Langzeitausgang genutzt oder auf den Entlassungszeitpunkt angerechnet werden kann.

## **Sechster Abschnitt**

### **Besuche, Telefongespräche, Schriftwechsel, andere Formen der Telekommunikation und Pakete**

#### **Zu § 33 - Grundsatz:**

Die Bestimmung entspricht § 46 ThürJStVollzG und § 32 ThürUVollzG und enthält den Grundsatz, dass die Gefangenen das Recht haben, mit Personen außerhalb der Anstalt in Verbindung zu treten. Die Außenkontakte können durch Besuche (§§ 34 bis 37), Telefongespräche (§ 38), Schriftwechsel (§§ 39 bis 43) sowie Empfang und Versendung von Paketen (§ 45) geknüpft und aufrechterhalten werden. Um daneben dem Fortschritt der Technik Rechnung tragen zu können, ermöglicht § 44 zur Wahrung der Außenkontakte die Nutzung anderer Formen der Telekommunikation, verzichtet indes darauf, diese im Gesetz konkret zu benennen.

Kontakte zu Personen außerhalb der Anstalt sind grundsätzlich geeignet, schädlichen Folgen der Freiheitsentziehung

entgegenzuwirken. Gerade die Untersuchungshaft stellt für die sozialen Beziehungen der verhafteten Beschuldigten - insbesondere zur Familie - regelmäßig eine empfindliche Belastung dar. Daneben dienen die Außenkontakte der Schaffung, Aufrechterhaltung und Stärkung familiärer und anderer sozialer Bindungen, die über die Zeit der Haft hinausreichen und daher für die Wiedereingliederung der Gefangenen von besonderer Bedeutung sind.

Die Möglichkeit, mit Personen außerhalb der Anstalt in Verbindung zu treten, besteht allerdings nicht grenzenlos. Der Kontakt kann aus bestimmten Gründen untersagt (§§ 35 und 40), beaufsichtigt (§ 36 Abs. 2) oder überwacht (§ 37 Abs. 1, § 42 Abs. 1) werden. Schreiben können angehalten werden (§ 43). Zudem darf im Vollzug der Untersuchungshaft eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO nicht entgegenstehen.

Die Bestimmungen des Sechsten Abschnitts suchen so einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Gefangenen an möglichst umfangreichen und unbeschränkten Außenkontakten einerseits und den Belangen der Sicherheit und Ordnung der Anstalt, im Vollzug der Untersuchungshaft auch der Verfahrenssicherung, andererseits zu finden. Eine abschließende Regelung erfahren die Außenkontakte durch diesen Abschnitt nicht, da sie auch durch Lockerungen nach den §§ 46 bis 49 und die Maßnahmen zur Vorbereitung der Eingliederung nach § 50 hergestellt und entwickelt werden können.

## **Zu § 34 - Besuch:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde mit folgender Begründung in Absatz 1 Satz 2 die Gesamtdauer der Besuchszeit im Vollzug der Untersuchungshaft von ursprünglich vorgesehenen 2 Stunden auf 3 Stunden im Monat erhöht: Die Formulierung trägt zum einen der Unschuldsvermutung der Untersuchungsgefangenen Rechnung und zum anderen steht sie im Einklang mit der vorgesehenen Privilegierung der jungen Strafgefangenen und der jungen Untersuchungsgefangenen, die dadurch aufrecht erhalten bleibt.*

Absatz 1 Satz 1 konkretisiert das Recht der Gefangenen, in der Anstalt Besuch zu empfangen. Personen, die bereits aus rechtlichen oder dienstlichen Gründen zu einer Anhörung der Gefangenen berechtigt oder verpflichtet sind, wie etwa Angehörige der Justiz oder Polizei und Mitglieder des Petitionsausschusses, zählen nicht zu den Besuchern. Besucher im Sinne dieser Bestimmung sind insbesondere auch nicht Vertreter der Gerichtshilfe, der Führungsaufsichtsstelle und der Bewährungshilfe. Diese Personengruppen, die ein von § 34 zu unterscheidendes Recht auf Zugang zu den Gefangenen haben, unterfallen nicht den Beschränkungen nach den §§ 35 bis 37.

Nach Satz 2 beträgt die Mindestbesuchszeit für Straf- und Untersuchungsgefangene zwei Stunden im Monat, für Jugendstrafgefangene und junge Untersuchungsgefangene vier Stunden im Monat. Mit dieser im Vergleich zu § 24 Abs. 1 Satz 2 StVollzG deutlichen Ausweitung der Besuchszeiten im

Vollzug der Freiheitsstrafe wird die besondere Bedeutung der Besuchskontakte für die Wiedereingliederung betont. Die Dauer der Besuchszeiten für Untersuchungsgefangene und junge Gefangene entspricht § 47 Abs. 1 ThürJStVollzG, § 33 Abs. 1 ThürUVollzG und § 72 Abs. 1 ThürUVollzG. Die erhöhte Mindestbesuchszeit für junge Gefangene ist erforderlich, um den besonderen Bedürfnissen Jugendlicher und Heranwachsender nach sozialen Kontakten Rechnung zu tragen.

Die nach Absatz 2 Satz 1 für Besuche von Kindern unter 14 Jahren nochmals erhöhte Besuchszeit trägt insbesondere dem Kindeswohl Rechnung und soll verhindern, dass ein inhaftierter Elternteil und seine Kinder - vor allem bei länger andauernder Haft - sich tiefgreifend entfremden. Die Gefangenen müssen ihre Elternschaft auf Verlangen der Anstalt nachweisen. Bei Jugendstrafgefangenen und jungen Untersuchungsgefangenen erfolgt gemäß Satz 3 keine Anrechnung. Diese Regelung enthielt bereits § 47 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 72 Abs. 2 ThürUVollzG.

Absatz 3 verpflichtet die Anstalt über Absatz 2 hinaus, Besuche der Angehörigen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB besonders zu unterstützen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Familienmitglieder - und hier gerade minderjährige Kinder - unter der durch die Inhaftierung entstandenen Trennung besonders leiden. Die Haft beeinträchtigt die notwendige Kommunikation mit den in Freiheit lebenden Angehörigen. Die Aufrechterhaltung und Entwicklung dieser Kontakte kann die Anstalt beispielsweise durch längere Besuchszeiten, eine ansprechende Ausgestaltung der

Besuchsräume, oder die Erhöhung der Anzahl der gleichzeitig zum Besuch zugelassenen Personen unterstützen.

Absatz 4 lässt zusätzliche Besuche zur Regelung bestimmter Angelegenheiten sowie zur Förderung der Eingliederung und der Erziehung zu. Allerdings ist bei der Entscheidung, ob die Angelegenheiten nur auf dem Besuchswege und nicht in der vom Gesetz sonst beschriebenen Weise erledigt werden können, ein strenger Maßstab anzulegen.

In Absatz 5 wird der bereits praktizierte Langzeitbesuch gesetzlich geregelt. Danach können geeigneten Straf- und Jugendstrafgefangenen über Absatz 1 hinausgehend zeitlich ausgedehnte Besuche ohne Aufsicht gewährt werden. Der Zweck liegt in der Pflege enger Bindungen gerade auch bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen, die absehbar nicht gelockert werden können. Bei der Eignungsprüfung hat der Anstaltsleiter zu berücksichtigen, dass die Besuche ohne Aufsicht stattfinden. Die Entscheidung steht im Ermessen des Anstaltsleiters.

Absatz 6 ermöglicht den Gefangenen zu bestimmten Personen, derer sie sich zur Regelung ihrer rechtlichen Angelegenheiten bedienen, ungehindert Kontakt aufzunehmen. Besuche dieser Personen hat die Anstalt im Rahmen des ihr organisatorisch Zumutbaren ohne Einschränkung in Bezug auf Zeit und Häufigkeit zu gestatten. Die Anstalt ist indes befugt, die Legitimation der Besucher zu überprüfen.

## **Zu § 35 - Untersagung der Besuche:**

Die Bestimmung gibt dem Anstaltsleiter die Befugnis, Besuche zu untersagen.

Nummer 1 dient der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung. Im Fall einer Gefährdung kann mit Ausnahme der Besuche von Verteidigern, Rechtsanwälten und Notaren sowie Beiständen nach § 69 JGG (§ 34 Abs. 6) jeder Besuch untersagt werden. Der Besuch von Angehörigen ist insoweit nicht privilegiert. Eine Gefährdung der Anstaltsordnung liegt beispielsweise vor, wenn ein Besucher erkennbar angetrunken ist.

Nummer 2 soll eine Gefährdung des Vollzugsziels vermeiden und die Strafgefangenen und jungen Gefangenen vor schädlichen Einflüssen bewahren. Diese Untersagungsmöglichkeit besteht nicht gegenüber Angehörigen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB. Zwar können auch Angehörige einen negativen Einfluss auf die Strafgefangenen und jungen Gefangenen haben. Dieser Umstand hat aber im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Schutz von Ehe und Familie nach Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes zurückzutreten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Strafgefangenen und jungen Gefangenen spätestens nach der Entlassung in der Regel ohnehin wieder in ihr familiäres Umfeld zurückkehren.

Nummer 3 trägt dem Opferschutz Rechnung und folgt damit einer Empfehlung der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze (Nr. 24.2). Die Prüfung durch den Anstaltsleiter soll Opfer davor bewahren, dass sie die Wirkungen einer Begegnung mit den

Gefangenen nicht einschätzen können und psychischen Schaden nehmen. Um insbesondere minderjährige Tatopfer oder im Haftbefehl als Opfer benannte Personen unabhängig vom Willen der Personensorgeberechtigten, von der Kenntnis des Jugendamtes und einem möglichen Verwandtschaftsverhältnis vor einem schädlichen Einfluss der Gefangenen schützen zu können, wird dem Anstaltsleiter eine eigenständige Untersagungsmöglichkeit eingeräumt.

Entsprechend der bisherigen Regelung in § 48 Nr. 3 ThürJStVollzG und § 72 Abs. 3 ThürUVollzG sieht Nummer 4 eine jugendspezifische Einschränkungsmöglichkeit der Außenkontakte vor. Danach kann der Anstaltsleiter Besuche untersagen, wenn die Personensorgeberechtigten nicht einverstanden sind. Dadurch wird die nach Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes geschützte Position der erziehungsberechtigten Eltern von Jugendlichen berücksichtigt. Gleichzeitig ist der Erziehungsauftrag der Anstalt gewahrt, da diese nicht an die Entscheidung der Personensorgeberechtigten gebunden ist, sondern ihr in der Prüfung eines Besuchsverbots Ermessen eröffnet ist. Sie hat, im Vollzug der Jugendstrafe auch unter Berücksichtigung des Vollzugsziels, insbesondere zu prüfen, ob eine Untersagung des Besuchs tatsächlich dem Interesse der Gefangenen entspricht. Die nähere Ausgestaltung der Beteiligung der Personensorgeberechtigten bei Fragen des Besuchs kann der Anstaltsleiter unter Berücksichtigung von § 9 Abs. 5 regeln.

## **Zu § 36 - Durchführung der Besuche:**

Absatz 1 Satz 1 enthält eine Ermächtigungsgrundlage zur Absuchung und Durchsuchung von Besuchern, um zu verhindern, dass unerlaubt Gegenstände in die Anstalt eingebracht werden. Dies gilt grundsätzlich auch für die Besuche von Verteidigern. Hiervon ausgenommen sind nach Satz 2 die von Verteidigern und von Beiständen nach § 69 JGG mitgeführten Schriftstücke und sonstigen Unterlagen, deren inhaltliche Überprüfung nicht erlaubt ist. Grund für diese Privilegierung ist die Notwendigkeit einer sachgemäßen Verteidigung, die es verbietet, dass Dritte von dem Inhalt der Verteidigerunterlagen Kenntnis nehmen.

Die Formulierung "sonstige Hilfsmittel" in Absatz 1 Satz 1 soll den (rechtssicheren) Einsatz von Drogenspürhunden auch im Besucherbereich ermöglichen. Grundsätzlich ist ein dortiger Einsatz aus Erfahrung sinnvoll, da verbotene Mittel oftmals in die Anstalt eingeschleust werden. Die äußerliche Absuchung ist im Gegensatz zur Durchsuchung zwar grundsätzlich kein Eingriff, kann aber beim Einsatz von Drogenspürhunden in die Nähe einer Grundrechtsbeeinträchtigung rücken, so dass eine vorsorgliche Berücksichtigung im Gesetz unbedingt angezeigt ist.

Absatz 2 Satz 1 schreibt die regelmäßige Beaufsichtigung, also eine optische Überwachung, von Besuchen vor. Über Ausnahmen von dieser Regelbeaufsichtigung entscheidet nach Satz 2 der Anstaltsleiter, da sie eine Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung mit sich bringen können. Satz 3 ermöglicht es der Anstalt, sich bei der Durchführung der optischen



Überwachung technischer Hilfsmittel zu bedienen, verpflichtet sie in diesen Fällen jedoch, die zu beaufsichtigenden Personen vorab darauf hinzuweisen. Die Beaufsichtigung stellt einen Eingriff in die persönliche Sphäre der Gefangenen und ihrer Besucher dar. Insbesondere Letztere müssen sich auf diese Situation einstellen können. Ein solcher Hinweis kann in allgemeiner Form, z. B. durch Schilder im Besuchsbereich, erfolgen. Eine Aufzeichnung wäre unverhältnismäßig und findet deshalb nach Satz 4 nicht statt.

Absatz 3 enthält ein Beaufsichtigungsverbot für Verteidigerbesuche und dient damit der ungestörten Kommunikation zwischen Gefangenen und ihren Verteidigern, um nicht einmal den Anschein einer Einflussnahme auf den Strafprozess aufkommen zu lassen. Besuche von Beiständen nach § 69 JGG sind ebenfalls von der Beaufsichtigung ausgenommen.

Für die Beaufsichtigung der Besuche von Rechtsanwälten und Notaren gelten die allgemeinen Regeln nach den Ansätzen 1 und 2, da bei diesen Besuchen nicht in gleichem Maße wie bei Verteidigerbesuchen das Bedürfnis nach einem unbeaufsichtigten Gedankenaustausch gegeben ist. Außerdem sind hier die Risiken angesichts der Unüberschaubarkeit des Personenkreises höher.

Nach Absatz 4 darf die Anstalt Besuche bei Verstößen gegen dieses Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes getroffene Anordnungen abbrechen, wenn beispielsweise versucht wird, Bargeld oder Drogen zu übergeben. Gleiches gilt bei Verstößen gegen Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO sowie in den Fällen, in denen von Besuchern ein schädlicher Einfluss auf

junge Gefangene ausgeht. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wird dem Abbruch des Besuchs in der Regel eine Abmahnung vorausgehen müssen, von der nur unter den strengen Voraussetzungen des Satzes 3 abgesehen werden kann.

Nach Absatz 5 Satz 1 dürfen Gegenstände beim Besuch nicht übergeben werden. Damit soll verhindert werden, dass verbotene Gegenstände, insbesondere Drogen und Mobiltelefone, in die Anstalt gelangen. Die Übergabe von Gegenständen an eine Erlaubnis zu knüpfen, hat sich nicht bewährt, da Missbrauch nicht ausreichend verhindert werden konnte. Das Verbot gilt auch für die Übergabe von Gegenständen an Besucher, schließt jedoch nicht aus, dass Gegenstände, wie Fotos oder Bilder, Bediensteten zur Weiterleitung an die Gefangenen oder die Besucher überreicht werden können. Von dem Verbot der Übergabe sind nach Satz 2 Schriftstücke und Unterlagen der Verteidiger und der Beistände nach § 69 JGG generell, Unterlagen der Rechtsanwälte und Notare nur bezüglich der betroffenen Rechtssachen ausgenommen. Bei diesen kann die Übergabe zudem aus Gründen der Sicherheit und Ordnung der Anstalt von einer Erlaubnis abhängig gemacht werden; die Anstalt hat damit bei diesen beiden Personengruppen im Vergleich zu Verteidigern weitergehende Kontrollmöglichkeiten. Durch Satz 4 wird klargestellt, dass eine inhaltliche Überprüfung von Schriftstücken und Unterlagen nach Maßgabe des § 42 Abs. 2 Satz 2 und 3 dann erlaubt ist, wenn dem Vollzug eine Straftat nach § 129a StGB, auch in Verbindung mit § 129b StGB, zugrunde liegt.

Absatz 6 regelt die einem praktischen Bedürfnis entsprechende und von der Rechtsprechung anerkannte Verwendung einer Trennvorrichtung zur Verhinderung der Übergabe von Gegenständen. Allerdings gilt dies nur im Einzelfall und setzt voraus, dass konkrete Anhaltspunkte für eine geplante Übergabe von Gegenständen vorliegen. Der Einsatz einer solchen Trennvorrichtung stellt in derartigen Fällen das mildere Mittel gegenüber einer Besuchsuntersagung dar.

### **Zu § 37 - Überwachung der Gespräche:**

Die Überwachung der Unterhaltung, also die akustische Gesprächskontrolle im Gegensatz zur nur optischen Überwachung nach § 36 Abs. 2, darf nur unter engen Voraussetzungen erfolgen. Für die Anordnung der Überwachung eines Gesprächs müssen konkrete Anhaltspunkte für eine Erforderlichkeit aus Gründen der Erziehung, eine Gefährdung der Erreichung des Vollzugsziels oder der Sicherheit vorliegen. Weiter ist eine Überwachung zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO denkbar. Beispielsweise darf nicht allein auf den Sicherheitsgrad der Anstalt abgestellt werden. Bei Personen, die den Gefangenen nahestehen, sind im Hinblick auf Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 GG besonders hohe Anforderungen zu stellen, weil höchstpersönliche Umstände angesprochen werden können, die zum Kernbereich des Persönlichkeitsrechts zählen.

Nach Absatz 2 ist die Überwachung von Verteidigergesprächen und Gesprächen mit Beiständen nach § 69 JGG generell ausgeschlossen.

## **Zu § 38 - Telefongespräche:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 55 ThürJSt-VollzG und § 40 ThürUVollzG.

Nach Absatz 1 Satz 1 stehen Telefongespräche unter dem Erlaubnisvorbehalt der Anstalt. Sie sind wesentlich für die Kommunikation der Gefangenen mit der Außenwelt und tragen dazu bei, dass sie ihre sozialen Kontakte über Besuche hinaus aufrechterhalten können. Durch den Verweis in Satz 2 auf die entsprechende Geltung der Bestimmungen über den Besuch (§§ 34 bis 37) sind Telefonate grundsätzlich unüberwacht. Die Bestimmung enthält implizit das Verbot, ohne Erlaubnis der Anstalt Telefongespräche zu führen. Das beinhaltet auch den Gebrauch von Mobilfunkendgeräten durch Gefangene. Die Mitteilungspflicht nach Satz 3 gegenüber den Gefangenen und den Gesprächspartnern über die Überwachung trifft die Anstalt, da es sich bei ihr um eine Einschränkung auch der Grundrechte der Gesprächspartner handelt und die Mitteilung deshalb nicht den Gefangenen überlassen werden kann.

In Absatz 2 wurde aus Gründen der Klarstellung und zur Umsetzung des Angleichungsgrundsatzes die Regelung der bisherigen bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschrift zu § 32 StVollzG übernommen. Demnach tragen die Gefangenen grundsätzlich die Kosten für ihre Telefongespräche. In begründeten Ausnahmefällen kann die Anstalt die Kosten in angemessenem Umfang übernehmen, wenn die Gefangenen dazu nicht in der Lage sind. Dies ergibt sich aus dem Sozialstaatsprinzip.

### **Zu § 39 - Schriftwechsel:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 51 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 36 Abs. 1 ThürUVollzG.

Der Schriftwechsel ist neben dem Besuch eine weitere wichtige Möglichkeit für die Gefangenen, mit Personen außerhalb der Anstalt in Kontakt zu treten. Absatz 1 gewährleistet daher das Recht der Gefangenen, Schreiben auf dem Postwege abzusenden und zu empfangen.

Hinsichtlich der Kosten, für die die Gefangenen nach Absatz 2 grundsätzlich selbst aufzukommen haben, gilt das in der Begründung zu § 38 Dargelegte entsprechend.

### **Zu § 40 - Untersagung des Schriftwechsels:**

Die Bestimmung gibt dem Anstaltsleiter die Befugnis, den Schriftwechsel mit bestimmten Personen zu untersagen. Die Untersagungstatbestände entsprechen denen der §§ 35 und 51 Abs. 2 ThürJStVollzG sowie § 36 Abs. 2, § 72 Abs. 3 und 5 ThürUVollzG.

### **Zu § 41 - Sichtkontrolle, Weiterleitung und Aufbewahrung von Schreiben:**

Die Bestimmung entspricht § 53 ThürJStVollzG und § 37 Abs. 1 Satz 1 sowie § 38 ThürUVollzG und dient der Durchsetzung der

Sichtkontrolle des Schriftwechsels auf verbotene Gegenstände. Nach Absatz 1 vermittelt die Anstalt das Absenden der Schreiben der Gefangenen und den Empfang der an die Gefangenen gerichteten Schreiben, da nur so der Schriftwechsel überwacht werden kann.

Nach Absatz 2 kontrolliert die Anstalt ein- und ausgehende Schreiben auf verbotene Gegenstände, wie etwa Geldscheine, SIM-Karten oder Drogen. Zudem wird die Anstalt verpflichtet, die internen Abläufe so zu organisieren, dass eine unverzügliche Weiterleitung der Schreiben gesichert ist.

Nach Absatz 3 haben die Gefangenen eingehende Schreiben grundsätzlich unverschlossen zu verwahren, damit diese bei einer Durchsuchung der Hafträume und der Sachen der Gefangenen aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt überprüft werden können. Dies gilt auch für Verteidigerpost, von deren Inhalt die Anstalt keine Kenntnis nehmen darf, bei der aber eine Sichtkontrolle auf verbotene Gegenstände zulässig ist.

## **Zu § 42 - Überwachung des Schriftwechsels:**

Die Bestimmung berücksichtigt das nach Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes geschützte Briefgeheimnis und enthält verfassungsgemäße Beschränkungen. Absatz 1 enthält eine Ermächtigungsgrundlage zur inhaltlichen Überwachung (Textkontrolle) des Schriftwechsels unter den genannten Voraussetzungen. Dies entspricht der Regelung in § 37 Abs. 1 zur Überwachung der Gespräche beim Besuch. Für die

Anordnung der Überwachung des Schriftwechsels müssen ähnlich wie bei der Überwachung von Gesprächen bei Besuchen konkrete Anhaltspunkte für eine Erforderlichkeit aus Gründen der Erziehung, eine Gefährdung der Erreichung des Vollzugsziels oder der Sicherheit vorliegen. Weiter ist eine Überwachung zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO denkbar. Beispielsweise darf nicht generell auf den Sicherheitsgrad der Anstalt abgestellt werden. Eine ähnliche Regelung beinhaltete bereits § 52 Abs. 3 ThürJStVollzG.

Nach Absatz 2, der § 52 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 37 Abs. 2 sowie § 72 Abs. 6 ThürUVollzG entspricht, wird der Schriftwechsel der Gefangenen mit ihren Verteidigern und ihren Beiständen nach § 69 JGG entsprechend der für die inhaltliche Kontrolle der Schriftstücke (§ 36 Abs. 1 Satz 2 und 3) und für die Überwachung der Gespräche (§ 37 Abs. 2) geltenden Regelungen nicht überwacht. Wie in den vorgenannten Bestimmungen werden Rechtsanwälte und Notare auch hier nicht privilegiert. Der Schriftwechsel mit ihnen unterliegt demnach der Einschränkungsmöglichkeit nach Absatz 1. Die Regelungen in den Sätzen 2 und 3 betreffen wegen Straftaten nach den §§ 129a und 129b Abs. 1 StGB verurteilte Straf- und Jugendstrafgefangene. Demnach besteht eine richterliche Überwachungsmöglichkeit nach Satz 2 auch beim Schriftwechsel mit Verteidigern und Beiständen, wenn dem Vollzug eine Straftat nach § 129a StGB, auch in Verbindung mit § 129b StGB, zugrunde liegt. Dies wiederum gilt nicht, wenn sich die Straf- und Jugendstrafgefangenen im offenen Vollzug befinden oder ihnen bestimmte Lockerungen gewährt worden sind, ohne dass ein Grund für den Widerruf dieser

Entscheidung vorliegt. In solchen Fällen wäre die Weitergabe von Informationen ohnehin möglich, so dass der Grundsatz des Satzes 1 Anwendung findet.

Absatz 3 enthält § 52 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 37 Abs. 3 ThürUVollzG entsprechend eine Aufzählung öffentlicher Stellen, mit denen der Schriftwechsel nach den Sätzen 1 bis 3 nicht überwacht wird. Die Gefangenen sollen sich nicht gehindert fühlen, ihr Petitionsrecht auszuüben. Weitere Einrichtungen, mit denen der Schriftverkehr aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland geschützt ist, sind etwa die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, die Ausschüsse der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung und für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen. Die Bestimmung zählt diese Einrichtungen nicht im Einzelnen auf. Dies kann einer Verwaltungsvorschrift vorbehalten bleiben, durch welche die Bediensteten Gewissheit darüber erhalten, welche Schreiben nicht überwacht werden dürfen. Nach Satz 4 werden daneben Schreiben der genannten öffentlichen Stellen, die an die Gefangenen gerichtet sind, nicht überwacht, wenn die Identität des Absenders zweifelsfrei feststeht.

### **Zu § 43 Anhalten von Schreiben:**

Die Bestimmung entspricht § 54 ThürJStVollzG und § 39 ThürUVollzG.



Absatz 1 regelt die Befugnis des Anstaltsleiters, Schreiben anzuhalten. Die Anhaltegründe sind abschließend aufgezählt.

Absatz 2 schafft die Möglichkeit, ein Begleitschreiben zur Richtigstellung beizufügen, wenn Schreiben der Gefangenen falsche Darstellungen von Anstaltsverhältnissen enthalten.

Nach Absatz 3 Satz 1 sind die Gefangenen zu unterrichten, wenn ein Schreiben angehalten worden ist. Das Schreiben wird entweder zurückgegeben oder verwahrt, da die Absender weiterhin Eigentümer sind. Satz 2 sieht ein vorübergehendes Absehen von dem Grundsatz der Mitteilungspflicht in den Fällen vor, in denen es die Aufgabe des Untersuchungshaftvollzugs erfordert. In einer Interessenabwägung wird hier der Aufgabenerfüllung des Untersuchungshaftvollzugs der Vorrang gegenüber dem Interesse der Untersuchungsgefangenen an einer unverzüglichen Mitteilung eingeräumt. Satz 3 stellt klar, dass nach den §§ 94 ff. StPO beschlagnahmte Schreiben nicht an die Absender zurückgegeben werden.

Nach Absatz 4 werden Schreiben, die nicht überwacht werden dürfen, auch nicht angehalten.

#### **Zu § 44 - Andere Formen der Telekommunikation:**

Die Bestimmung trägt zum einen der fortschreitenden Entwicklung der Kommunikationsmedien und zum anderen einem sich verändernden Kommunikations- und Informationsverhalten Rechnung.

Durch die Formulierung "andere Formen der Telekommunikation" soll die Möglichkeit der Nutzung von derzeit noch nicht verbreiteten Telekommunikationsformen für die Zukunft offen gehalten werden. Nach derzeitigem Stand der technischen Entwicklung ist dabei auch vor dem Hintergrund des Angleichungsgrundsatzes insbesondere an E-Mail, E-Learning, Internet und Intranet zu denken.

Die Bestimmung sieht ein zweistufiges Verfahren vor. Zunächst wird generell entschieden, ob eine andere Form der Telekommunikation überhaupt zugelassen werden soll. Dabei wird eine solche Zulassung nur dann in Betracht kommen, wenn die damit verbundenen abstrakten Gefahren für die Sicherheit der Anstalt auch tatsächlich beherrschbar sind. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Entscheidung kann die generelle Zulassung anderer Formen der Telekommunikation nur durch die Aufsichtsbehörde erfolgen. Ein individueller Anspruch auf Einholung bzw. Erteilung der Zulassung besteht nicht. Erst nach der generellen Zulassung durch die Aufsichtsbehörde entscheidet der Anstaltsleiter in einem zweiten Schritt über die individuelle Nutzungsgestattung. Die Gefangenen haben einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung.

Satz 2 ermächtigt die Anstalten, abhängig von der Form der Telekommunikation, zu den für Besuche, Telefongespräche und Schriftwechsel vorgesehenen Beschränkungen der Kommunikation. So sind beim Versand und Empfang eines Telefaxes oder einer E-Mail zunächst die Bestimmungen für den Schriftwechsel anzuwenden, während bei der Videotelefonie zunächst die Bestimmungen über Telefongespräche An-

wendung finden werden. Die Kosten für die anderen Formen der Telekommunikation haben die Gefangenen grundsätzlich selbst zu tragen. Lediglich in begründeten Ausnahmefällen kann die Anstalt die Kosten in angemessenem Umfang übernehmen, wenn die Gefangenen dazu nicht in der Lage sind.

### **Zu § 45 - Pakete:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 56 ThürJStVollzG und § 41 ThürUVollzG.

Nach Absatz 1 steht die Gestattung des Empfangs von Paketen im Ermessen der Anstalt. Dies gilt nicht für Pakete mit Nahrungs- und Genussmitteln, deren Empfang - wie bereits in § 56 Abs. 1 Satz 1 ThürJStVollzG und § 41 Abs. 1 Satz 1 ThürUVollzG - nach Satz 2 untersagt ist. Er hat für die Gefangenen heute nicht mehr annähernd den Stellenwert zur Erleichterung des Lebens innerhalb der Anstalt und zur Festigung von Außenbeziehungen, wie dies früher der Fall war. Demgegenüber erfordert die Kontrolle solcher Pakete einen erheblichen Aufwand, der die damit beschäftigten Bediensteten stark belastet und von anderen Aufgaben abhält. Durch den weiterhin möglichen Empfang sonstiger Pakete können die Beziehungen zu Außenstehenden, die im Übrigen auch über Besuche, Schriftwechsel und Telefonate hergestellt und gefestigt werden können, unterstützt werden. Daneben ist der Paketempfang der von der Anstalt zugelassenen Anbieter des Versandhandels möglich. Nahrungs- und Genussmittel können über den Anstaltskaufmann bezogen werden (§ 63 Abs. 2).

Nach Satz 3 kann die Anstalt Sendungen und einzelne Gegenstände nach Anzahl, Gewicht und Größe begrenzen. Satz 4 gibt der Anstalt die Möglichkeit, neben Gegenständen, die geeignet sind, die Erreichung des Vollzugsziels oder die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt zu gefährden, auch solche Gegenstände und Verpackungsformen vom Paketempfang auszuschließen, die einen unverhältnismäßigen Kontrollaufwand erfordern.

Absatz 2 ermöglicht der Anstalt, bereits die Annahme von Paketen, deren Einbringung nicht gestattet ist oder die die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllen, abzulehnen oder diese an den Absender zurückzusenden.

Absatz 3 regelt die Modalitäten des Paketempfangs, insbesondere die Kontrolle der Pakete und den Umgang mit nicht zugelassenen oder ausgeschlossenen Gegenständen.

Nach Absatz 4 kann der Empfang von Paketen allgemein untersagt werden, wenn dies wegen Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt unerlässlich ist. Eine so einschneidende Maßnahme ist nur vorübergehend möglich.

Nach Absatz 5 kann den Gefangenen gestattet werden, über die Möglichkeit des § 58 Abs. 2 hinaus Pakete zu versenden.

Hinsichtlich der Kosten, für die die Gefangenen nach Absatz 6 grundsätzlich selbst aufzukommen haben, gilt das in der Begründung zu § 38 Dargelegte entsprechend.

## **Siebter Abschnitt**

### **Lockerungen und sonstige Aufenthalte außerhalb der Anstalt**

#### **Zu § 46 - Lockerungen zur Erreichung des Vollzugsziels:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen den §§ 15 und 16 ThürJStVollzG. Lockerungen des Vollzugs sind wichtige Maßnahmen, die der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen dienen und den schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs entgegenwirken. Sie sind daher ein wesentliches Instrumentarium der Vollzugspraxis zur Umsetzung der Vollzugsgrundsätze der §§ 7 bis 9 und zur Erreichung des Vollzugsziels des § 2. Diesen Zweck der Lockerungen stellt Absatz 1 Satz 1 heraus.

In Lockerungen sollen die Gefangenen in der Regel stufenweise in größeren Freiheitsgraden erprobt und so kontinuierlich an ein Leben in Freiheit herangeführt werden. Absatz 1 enthält erstmals eine Legaldefinition, die abweichend von den bisherigen Regelungen des Bundes- und Landesrechts nur das Verlassen der Anstalt "ohne Aufsicht" als Lockerung definiert. Ausführung und Außenbeschäftigung des § 11 StVollzG sind daher keine Lockerungen im Sinne dieses Gesetzes. Urlaub nach § 13 StVollzG und § 16 ThürJStVollzG wird mit Satz 1 Nr. 3 als Langzeitausgang in die Bestimmung einbezogen, da auch bislang Lockerungen und Urlaub bereits nach im Wesentlichen einheitlichen Kriterien gewährt worden sind und so eine Zusammenfassung im Interesse einer schlankeren und normklarerer Regelung nahelag. Die Bestimmung enthält - wie bisher - keinen Rechtsanspruch auf Gewährung von

Lockerungen, sondern nur einen Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung.

Die Aufzählung der Lockerungen in Absatz 1 Satz 1 ist nicht abschließend. So kommt darüber hinaus etwa die Gewährung von Lockerungen insbesondere zur Teilnahme an verschiedenen Behandlungs- oder Eingliederungsmaßnahmen außerhalb des Vollzugs in Betracht.

Satz 1 Nr. 1 enthält eine Definition des Begleitausgangs. Dies trägt dem Bedürfnis der vollzuglichen Praxis Rechnung. Die von der Anstalt zugelassenen Personen können sowohl Bedienstete der Anstalt als auch Externe sein. Wesentlicher Grund für die Gewährung eines Begleitausgangs ist - gerade bei einer Erstgewährung - die Verringerung des Flucht- oder Missbrauchsrisikos im Falle der Begleitung der Gefangenen durch geeignete Personen, ohne dass diese eine Pflicht zur Beaufsichtigung trifft. Zudem können die Beobachtungen der Begleitpersonen für die künftige Lockerungsgestaltung von wesentlicher Bedeutung sein.

Der Langzeitausgang nach Satz 1 Nr. 3 ist, anders als der Urlaub nach § 13 Abs. 1 Satz 1 StVollzG und nach § 16 Abs. 1 ThürJStVollzG, nicht auf eine bestimmte Anzahl von (Kalender-)Tagen beschränkt. Langzeitausgang kann - wie alle Lockerungen - gewährt werden, wenn und soweit es der Erreichung des Vollzugsziels dient. Allein danach bestimmt sich dessen Häufigkeit und Dauer.

Die Unterbringung der Jugendstrafgefangenen in besonderen außervollzuglichen Einrichtungen nach Satz 1 Nr. 5 entspricht §

15 Abs. 1 Nr. 3 ThürJStVollzG und dient insbesondere dazu, den Übergang vom geschlossenen Vollzug in die Freiheit zu erleichtern. Die Bestimmung sieht die Anhörung des Vollstreckungsleiters vor, da die Unterbringung über einen längeren Zeitraum erfolgt und eine Abstimmung bezüglich der Entlassungsplanung anzustreben ist.

Im Sinne einer konsequenten Ausformung der in den §§ 7 bis 9 genannten Gestaltungsgrundsätze, die eine Ausrichtung des Vollzugs auf die Eingliederung der Gefangenen in das Leben in Freiheit von Beginn der Haftzeit an vorsehen, enthält Absatz 2 wie bereits § 15 Abs. 2 ThürJStVollzG den positiv formulierten Prüfungsmaßstab einer verantwortbaren Erprobung.

Nach Satz 2 ist in die Ermessensentscheidung über Vollzugslockerungen bei Jugendstrafgefangenen auch der Gesichtspunkt einzubeziehen, ob sie ihrer Pflicht nachkommen, an der Erreichung des Vollzugsziels mitzuwirken. Sollte dies nicht der Fall sein, wird mit diesen Jugendstrafgefangenen zunächst innerhalb des Vollzugs weiter zu arbeiten sein, bevor Lockerungen in Betracht zu ziehen sind. Keine entscheidende Bedeutung kommt diesem Kriterium allerdings dann zu, wenn es beispielsweise um Vollzugslockerungen zur Wahrnehmung eines Gerichtstermins oder im Hinblick auf gezielte Maßnahmen zur Entlassungsvorbereitung geht.

Bei Straf- und Jugendstrafgefangenen, die wegen grober Gewalttaten oder wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt sind, verpflichtet Absatz 3 die Vollzugsbehörde zu besonders gründlicher Prüfung, um sicherzustellen, dass die Lockerungen nicht zu Straftaten

missbraucht werden. Dies bedeutet eine Erweiterung des Prüfungsmaßstabs, um die Erkenntnisbasis für die Entscheidung zu verbreitern.

Eine sorgfältige Prüfung der Flucht- und Missbrauchsgefahr setzt eine gründliche Kenntnis der Persönlichkeit der Gefangenen voraus. Um diese zu erlangen, ist ein längerer Beobachtungszeitraum erforderlich. Absatz 4 Satz 1 sieht daher für die Gewährung eines Langzeitausgangs, der als ein mehrtägiges Verlassen der Anstalt die weitestgehende Lockerung darstellt, einen in der Regel sechsmonatigen Beobachtungszeitraum vor. Hierdurch erhält die Anstalt Gelegenheit, die Gefangenen auch nach Abschluss des Diagnoseverfahrens im Vollzugsalltag kennen und einschätzen zu lernen.

Auch der Vollzug einer lebenslangen Freiheitsstrafe darf Gefangene nicht vollständig von der Außenwelt isolieren. Ihre Lebenstüchtigkeit ist zu erhalten. Deshalb sollen auch die zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilten, auch wenn sie nicht im offenen Vollzug untergebracht sind, nach Verbüßung von in der Regel mindestens zehn Jahren Langzeitausgang erhalten können. Die Regelung stellt eine Ausprägung der in § 7 Abs. 1 und 2 sowie § 8 Abs. 2 genannten Grundsätze dar, indem sie einer Hospitalisierung entgegenwirkt und den Bezug der Gefangenen zur Gesellschaft zu erhalten sucht.

Nach Absatz 5 bleibt das Vollzugsverhältnis auch während des Langzeitausgangs bestehen, da die Straf- und Jugendstrafgefangenen sich zwar in Freiheit aufhalten, diese Freiheit jedoch in der Regel durch Weisungen und auf kurze Zeiträume



begrenzt ist und somit auch während dieser Zeit besonderen, in der Freiheitsstrafe begründeten Einschränkungen unterliegt. Während des Aufenthalts in einer besonderen Erziehungseinrichtung erteilt der Anstaltsleiter den Jugendstrafgefangenen dem Konzept und der Hausordnung der Einrichtung entsprechende Aufenthalts-, Arbeits- und Verhaltensweisungen. Hiervon ausgenommen sind lediglich Maßnahmen ohne Grundrechtsrelevanz zur Steuerung der pädagogischen Prozesse in der Einrichtung.

#### **Zu § 47 - Lockerungen aus sonstigen Gründen:**

Absatz 1 eröffnet die Möglichkeit, auch bei Vorliegen eines wichtigen Anlasses Lockerungen zu gewähren. Die Bestimmung gibt den Straf- und Jugendstrafgefangenen keinen Rechtsanspruch, sondern lediglich einen Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung. Wichtige Anlässe im Sinne des Absatzes 1 sind familiäre, berufliche oder sonstige Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung, die in besonderer Weise die private Sphäre der Straf- und Jugendstrafgefangenen berühren und nur durch Verlassen der Anstalt zu einem bestimmten Zeitpunkt geregelt werden können. Die Anwesenheit der Straf- und Jugendstrafgefangenen an Ort und Stelle muss erforderlich sein.

Nach Absatz 2 ist § 46 Abs. 2, 3 und 5 auch auf die Lockerungen nach Absatz 1 anwendbar. Für Lockerungen aus wichtigem Anlass gilt damit der gleiche Maßstab für die Prüfung von Flucht- und Missbrauchsgefahr.

## **Zu § 48 - Weisungen für Lockerungen:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 17 Abs. 1 ThürJStVollzG und verpflichtet die Anstalt, Lockerungen durch Erteilung von nach den Umständen erforderlichen Weisungen näher auszugestalten und zu strukturieren. Die Weisungen müssen dem Zweck der Maßnahme Rechnung tragen. Dies gilt auch für Lockerungen aus wichtigem Anlass.

Satz 2 trägt Gesichtspunkten des Opferschutzes Rechnung. Obwohl es sich bei den Lockerungen um wichtige, der Resozialisierung der Straf- und Jugendstrafgefangenen dienende Maßnahmen handelt, hat bei deren Ausgestaltung eine Abwägung mit den Interessen des Opfers stattzufinden. So lässt sich beispielsweise durch die Erteilung von Weisungen ein für das Opfer belastendes, unvorhersehbares Zusammentreffen mit den Gefangenen während einer Lockerung vermeiden.

## **Zu § 49 - Ausführung, Außenbeschäftigung, Vorführung, Ausantwortung:**

Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 15 Abs. 3 und § 18 ThürJStVollzG und § 9 ThürUVollzG. In Absatz 1 wird eine Ausführung als ein Verlassen der Anstalt unter ständiger und unmittelbarer Aufsicht von Vollzugsbediensteten definiert und ist damit keine Lockerung im Sinne des § 46. Die Gefangenen haben keinen Rechtsanspruch auf eine Ausführung, sondern lediglich Anspruch auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung. Die Anstalt trifft die für den sicheren Gewahrsam notwendigen

Maßnahmen, d. h. sie überträgt die Ausführung geeigneten Bediensteten und ordnet erforderlichenfalls besondere Sicherungsmaßnahmen an. Die Erteilung von Weisungen ist entbehrlich, da die Gefangenen verpflichtet sind, die Anordnungen der sie ausführenden Bediensteten zu befolgen. "Besondere Gründe" können wichtige Anlässe wie die Teilnahme an Bestattungen naher Angehöriger oder andere Fälle des § 47 sein, wenn aus den in § 46 Abs. 2 genannten Gründen Vollzugslockerungen nicht gewährt werden können. Sie liegen auch dann vor, wenn zur Erreichung des Vollzugsziels Ausführungen zur Vorbereitung einer Lockerungsgewährung oder zur Erhaltung der Lebenstüchtigkeit erforderlich sind und aus den in § 46 Abs. 2 genannten Gründen Vollzugslockerungen noch nicht gewährt werden können. Auf die Zustimmung der Gefangenen wird verzichtet, da es beispielsweise aus medizinischen Gründen erforderlich sein kann, die Gefangenen auch ohne ihre Zustimmung auszuführen. Da in der vollzuglichen Praxis Ausführungen auf Antrag der Gefangenen die Regel sind, wird es sich bei Ausführungen ohne Zustimmung der Gefangenen um seltene Ausnahmefälle handeln.

Satz 3 regelt die Kostentragung der Ausführungen, die ausschließlich im Interesse der Gefangenen liegen, und entspricht im Wesentlichen § 35 Abs. 3 Satz 2 und 3 StVollzG und der Verwaltungsvorschrift zu § 36 StVollzG und § 15 Abs. 3 Satz 2 ThürJStVollzG. Zu den Kosten zählen auch die Aufwendungen der Anstalt.

Absatz 2 verpflichtet die Anstalt, Gefangene bei Anordnung des persönlichen Erscheinens auszuführen, um ihnen zu

ermöglichen, ihrer Pflicht zum Erscheinen vor Gericht nachzukommen. Lediglich dann, wenn eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO der Ausführung entgegensteht, muss diese unterbleiben.

Nach Absatz 3, der § 9 Abs. 2 Satz 3 ThürUVollzG entspricht, ist Gericht und Staatsanwaltschaft vor Ausführungen von Untersuchungsgefangenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Teilen sie der Anstalt Umstände mit, die gegen die Ausführung sprechen, sind diese in ihre Entscheidung einzubeziehen. Das Gericht kann aber auch eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO treffen und so Ausführungen gegebenenfalls verhindern.

Die Außenbeschäftigung nach Absatz 4 dient der Ermöglichung einer regelmäßigen Beschäftigung außerhalb der Anstalt. Sie ist keine Lockerung im Sinne des § 46 Abs. 1, da die Straf- und Jugendstrafgefangenen unter Aufsicht von Vollzugsbediensteten stehen. Anders als eine Ausführung kann eine Außenbeschäftigung auch in nur unregelmäßigen Abständen beaufsichtigt werden. Die Anstalt legt unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls fest, in welchen zeitlichen Mindestabständen die Straf- und Jugendstrafgefangenen zu beaufsichtigen sind. Bei der Außenbeschäftigung bleibt es anderen Arbeitern und Passanten nicht verborgen, dass es sich bei den Beschäftigten um Straf- und Jugendstrafgefangene handelt. Deshalb ist die in ihrer Antragstellung zum Ausdruck kommende Zustimmung hier - auch aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes - von besonderer Bedeutung.

Absatz 5 Satz 1 regelt die Vorführung eines Gefangenen zu einem gerichtlichen Termin und entspricht § 18 Abs. 1 ThürJStVollzG. Liegt ein Vorführungsbefehl vor, also ein an die Anstalt gerichtetes Ersuchen des Gerichts, Gefangene zum Verhandlungstermin vorzuführen, so ist die Anstalt zur Vorführung verpflichtet. Sofern um Vorführung in anderen als dem einer Untersuchungshaft zugrunde liegenden Verfahren ersucht wird, sind nach Satz 2 Gericht und Staatsanwaltschaft unverzüglich zu unterrichten, damit sie über eine Beteiligung der Untersuchungsgefangenen an dem anderen Verfahren sowie über deren vorübergehende Abwesenheit aus der Anstalt informiert sind. Vor der Vorführung entscheidet die Anstalt über die besonderen Sicherungsmaßnahmen.

Absatz 6 Satz 1 entspricht § 18 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 9 Abs. 3 ThürUVollzG und enthält eine Legaldefinition der Ausantwortung. Nach Ausantwortung gelten für den Gewahrsam die Vorschriften der jeweils die Gefangenen übernehmenden Behörde. Die Ausantwortung ist auch ohne Zustimmung der Gefangenen zulässig, wenn die ersuchende Behörde deren Erscheinen aufgrund einer Rechtsvorschrift zwangsweise durchsetzen könnte. Sie muss zur Erfüllung der Aufgaben der ersuchenden Behörde erforderlich sein. Die Prüfung dieser Voraussetzung obliegt der ersuchenden Behörde. Ebenso wie in den Fällen der Ausführung ist nach Satz 2 vor jeder Ausantwortung Untersuchungsgefangener Gericht und Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

**Achter Abschnitt**  
**Vorbereitung der Eingliederung, Entlassung und**  
**nachgehende Betreuung**  
**Zu § 50 - Vorbereitung der Eingliederung:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde mit folgender Begründung in Absatz 3 Satz 2 die Formulierung durch eine Verweisung auch auf „§ 46 Abs. 1 Satz 2“ ergänzt: Bereits § 15 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes sieht die Anhörung des Vollstreckungsleiters bei besonderen Erziehungseinrichtungen oder Übergangseinrichtungen freier Träger vor. Sowohl beim Langzeitausgang als auch bei der Unterbringung in besonderen Erziehungseinrichtungen ist eine Anhörung des Vollstreckungsleiters erforderlich, da sich in beiden Fällen die Jugendstrafgefangenen über einen längeren Zeitraum nicht in der Anstalt aufhalten und darüber hinaus eine Abstimmung bezüglich der Entlassungsplanung erforderlich sein. Zudem gehen mit beiden Lockerungsformen besondere Risiken einher, so dass eine Anhörung des Vollstreckungsleiters stets geboten ist, um auch seine Einschätzung in die Abwägung einstellen zu können. Dies gilt gleichermaßen bei der Gewährung eines Langzeitausgangs zur Vorbereitung der Eingliederung. Daher soll hier auch auf § 46 Abs. 1 Satz 2 verwiesen werden.*

Absatz 1 Satz 1 stellt klar, dass alle Maßnahmen der Wiedereingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen am voraussichtlichen Zeitpunkt der Entlassung ausgerichtet sein müssen. Falls beispielsweise eine Entlassung zum Zweidrittel-Termin wahrscheinlich ist, sollen Maßnahmen der Entlassungsvorbereitung, insbesondere auch Lockerungen des

Vollzugs, die es den Straf- und Jugendstrafgefangenen ermöglichen, Behördengänge oder Termine bei einer Arbeitsvermittlung wahrzunehmen, grundsätzlich auf diesen Termin ausgerichtet sein. Die Anstalt trägt die Verantwortung für die frühzeitige Vorbereitung der Straf- und Jugendstrafgefangenen auf ein Leben in Freiheit.

Satz 2 unterstreicht den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe und verpflichtet die Anstalt, zur Unterstützung der Straf- und Jugendstrafgefangenen tätig zu werden. Soweit Straf- und Jugendstrafgefangene zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts - und sei es vorübergehend - staatliche Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen müssen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Antragsformalitäten soweit erledigt sind, dass die Hilfegewährung unmittelbar zum Entlassungszeitpunkt einsetzen kann. Die Zuständigkeit der Anstalt endet grundsätzlich mit der Entlassung. Von diesem Zeitpunkt an sind die Sozialbehörden in der Pflicht. Damit von dort sogleich nach der Entlassung wirksam Hilfe gewährt werden kann, muss einerseits die Anstalt rechtzeitig den Kontakt zu den entsprechenden Behörden herstellen, andererseits müssen diese sich darauf einstellen, die Hilfeleistung sofort nach der Entlassung aufzunehmen.

Die Vermittlung in nachsorgende Maßnahmen nach Satz 3 kann sich je nach Lage des Falles auf ambulante oder stationäre Nachsorgeeinrichtungen beziehen, in aller Regel unter Mitwirkung der Sozialen Dienste der Justiz.

Die Vorbereitung der Entlassung, die regelmäßig ein Jahr zuvor zu beginnen hat (§ 15 Abs. 4), ist von besonderer Bedeutung.

Dazu ist nach Absatz 2 Satz 1 die frühzeitige Beteiligung außervollzuglicher Stellen zu ermöglichen, um ein abgestimmtes Vorgehen und einen nahtlosen Übergang ohne Informationsverlust zu sichern. Bewährungshilfe und Führungsaufsichtsstelle sind nach Satz 2 aufgerufen, sich für ihre künftigen Probanden aktiv in diesen Prozess einzubringen. Gemeinsam mit den Straf- und Jugendstrafgefangenen müssen sich die Anstrengungen aller an der Entlassungsvorbereitung Beteiligten in langfristiger Kooperation darauf konzentrieren, realistische Zukunftsperspektiven zu entwickeln und deren Umsetzung nach der Entlassung zu gewährleisten.

Absatz 3 enthält die Möglichkeit, zur Vorbereitung der Eingliederung Straf- und Jugendstrafgefangene einen entlassungsvorbereitenden Langzeitausgang zu gewähren. Dies dient dazu, die Straf- und Jugendstrafgefangenen über einen längeren Zeitraum zu erproben oder den nahtlosen Wechsel von der stationären zur ambulanten Betreuung in Freiheit unter Einbeziehung Dritter zu ermöglichen.

Diese besondere Form des Langzeitausgangs soll geeigneten Straf- und Jugendstrafgefangenen ermöglichen, unter der verbleibenden Aufsicht der Anstalt, aber bei einem weitgehend gelockerten Gewahrsamsverhältnis, die für ein straffreies Leben notwendige Selbständigkeit zu erwerben. Um die Verhängung kurzer Freiheitsstrafen nicht zu umgehen, kann diese Form des Langzeitausgangs erst nach sechs Monaten Aufenthalt im Strafvollzug gewährt werden.

Der Maßstab für die Gewährung dieser Lockerung im Rahmen der Entlassungsvorbereitung entspricht dem Locke-



rungsmaßstab nach § 46 Abs. 2. Ein herabgesetzter Maßstab vergleichbar den Lockerungen zur Entlassungsvorbereitung in Absatz 4 wäre nicht angemessen, da die längerfristige Unterbringung außerhalb des Vollzuges ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Selbstkontrolle der Straf- und Jugendstrafgefangenen voraussetzt.

Der Verweis auf § 46 Abs. 5 und § 48 stellt klar, dass auch diese Lockerung die Vollstreckung der Freiheitsstrafe nicht unterbrechen und die Möglichkeit der Erteilung von Weisungen besteht.

Absatz 4 verändert den Prüfungsmaßstab der Anstalt bei der Entscheidung über Lockerungen im entlassungsnahen Zeitraum. Den Straf- und Jugendstrafgefangenen sind sechs Monate vor der voraussichtlichen Entlassung die erforderlichen Lockerungen zum Zweck der Entlassungsvorbereitung zu gewähren, sofern nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen sich dem Vollzug der Freiheitsstrafe entziehen oder die Lockerungen zu Straftaten missbrauchen. Liegen diese - im Vergleich zu § 46 Abs. 2 herabgesetzten - Voraussetzungen vor, so haben die Straf- und Jugendstrafgefangenen einen Anspruch auf Lockerungen. Der Anspruch der Straf- und Jugendstrafgefangenen findet seine Grenze darin, dass die Lockerungen zum Zweck der Eingliederung erforderlich sein müssen.

## **Zu § 51 - Entlassung der Straf- und Jugendstrafgefangenen:**

Die Bestimmung entspricht den §§ 20 und 21 Abs. 2 ThürJStVollzG. Die Absätze 1 und 2 haben den Zweck, den Entlassungszeitpunkt so festzusetzen, dass die Straf- und Jugendstrafgefangenen nicht zu einer ungünstigen Tageszeit oder an Sonn- und Feiertagen entlassen werden.

Nach Absatz 3 kann der Entlassungszeitpunkt um bis zu zwei Tage vorverlegt werden.

Nach Absatz 4 kann bedürftigen Straf- und Jugendstrafgefangenen eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses, angemessener Kleidung oder einer sonstigen Unterstützung gewährt werden. Im Regelfall sollten Hilfen nach dieser Bestimmung entbehrlich sein, weil die Sozialbehörden entsprechend ihrer gesetzlichen Verpflichtung die notwendigen Mittel bereitstellen. Ein Übergangsmanagement, das u. a. Arbeits- und Ausbildungsvermittlung, frühzeitige Klärung von Leistungsansprüchen und eine kontinuierliche Kooperation mit den Sozialbehörden beinhalten muss, macht nicht nur die Aufwendungen für die Entlassungsbeihilfe weitgehend entbehrlich, sondern verbessert auch die Eingliederungschancen der Haftentlassenen entscheidend.

## **Zu § 52 - Nachgehende Betreuung:**

Die Bestimmung entspricht § 21 Abs. 1 Satz 3 ThürJStVollzG und sieht die Möglichkeit einer nachgehenden Betreuung vor.

Grundsätzlich endet die Zuständigkeit der Anstalt mit der Entlassung, und die notwendige Betreuung wird durch außervollzugliche Institutionen oder Personen wahrgenommen. Gleichwohl können sich Situationen ergeben, in denen auch eine gute Planung wider Erwarten nicht in der gewünschten Weise umgesetzt werden kann oder aus anderen Gründen ausnahmsweise die Beteiligung von Bediensteten, die auf die Straf- und Jugendstrafgefangenen einen positiven Einfluss haben, vorübergehend sinnvoll ist. Die nachgehende Betreuung kann nur mit Zustimmung des Anstaltsleiters erfolgen und ist in der Regel auf sechs Monate beschränkt. Die Art der Mitwirkung richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls und kann auch weitergehende Behandlungsmaßnahmen umfassen.

### **Zu § 53 - Verbleib oder Aufnahme auf freiwilliger Grundlage:**

Auch eine sorgfältige auf den Entlassungszeitpunkt abgestimmte Planung des Vollzugs kann nicht immer gewährleisten, dass der Übergang vom Vollzug in die Freiheit reibungslos funktioniert. Es sind Ausnahmefälle denkbar, in denen aus besonderen Gründen oder in einer Krisensituation die Möglichkeit des vorübergehenden Verbleibs oder der erneuten Aufnahme in der Anstalt sinnvoll ist, um das bis dahin Erreichte nicht zu gefährden. Nach Absatz 1 können die Straf- und Jugendstrafgefangenen daher auf Antrag vorübergehend nach dem Entlassungszeitpunkt weiterhin in der Anstalt untergebracht oder in diese wieder aufgenommen werden, sofern die Belegungssituation dies zulässt. Der Antrag kann jederzeit zurückgenommen werden. Da die Zuständigkeit der

Anstalt grundsätzlich mit der Entlassung endet, begründet die Bestimmung keine gesetzliche Verpflichtung der Anstalt zur Aufnahme nach der Entlassung. Sie hat vielmehr bei der Entscheidung einen weiten Ermessensspielraum.

Absatz 2 entspricht § 22 Abs. 1 ThürJStVollzG. Konnten wichtige Ausbildungs- oder Behandlungsmaßnahmen trotz sorgfältiger Vollzugsplanung zum Zeitpunkt der Entlassung nicht abgeschlossen werden und können sie auch nicht anderweitig fortgeführt werden, ermöglicht die Bestimmung, solche Maßnahmen ausnahmsweise in der Anstalt fortzusetzen. Dadurch wird vermieden, dass bis zum Entlassungszeitpunkt Erreichtes gefährdet wird.

Die Unterbringung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 1 auf vertraglicher Basis. Die in der Vereinbarung zwischen Anstalt und Entlassenen zu regelnden Aspekte richten sich nach den Umständen des Einzelfalls und können anteilige Übernahme der Kosten durch die Entlassenen oder externe Kostenträger für diese einschließen. Nach Satz 2 können gegen die Entlassenen vollzugliche Maßnahmen nicht mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden. Davon unberührt bleibt das Recht der Anstalt, die von ihr erklärte Beendigung eines Aufenthaltes notfalls mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. In diesem Fall werden die Entlassenen wie andere Personen behandelt, die sich zu Unrecht in der Anstalt aufhalten (§ 93 Abs. 2).

Die Anstalt kann aus den in Absatz 4, der § 22 Abs. 2 ThürJStVollzG entspricht, genannten Gründen die Unterbringung jederzeit beenden. Sofern die Beendigung auf vollzugsorganisatorische Gründe gestützt werden soll, wird die

Anstalt im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung die berechtigten Belange der Entlassenen besonders gewichten und abwägen.

### **Zu § 54 - Entlassung der Untersuchungsgefangenen:**

Die Bestimmung entspricht § 10 ThürUVollzG. Nach Absatz 1 muss die Anstalt nach Vorliegen einer entsprechenden Anordnung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft den Vollzug der Untersuchungshaft ohne schuldhaftes Zögern beenden. Der Vollzug anderer richterlich angeordneter Freiheitsentziehungen, beispielsweise Untersuchungshaft in anderer Sache oder Strafhafte, bleibt davon unberührt. Ist der Anstalt eine solche Anordnung bekannt, darf sie die Untersuchungsgefangenen nicht aus der Anstalt entlassen.

Nach Absatz 2 können im Ausnahmefall ehemalige Untersuchungsgefangene auf ihren Wunsch nach der Entlassung für kurze Zeit weiterhin in der Anstalt verbleiben.

Nach Absatz 3 kann bedürftigen Untersuchungsgefangenen eine Entlassungsbeihilfe in Form eines Reisekostenzuschusses, angemessener Kleidung oder einer sonstigen Unterstützung gewährt werden. Im Regelfall sollten Hilfen nach dieser Bestimmung entbehrlich sein, weil die Sozialbehörden entsprechend ihrer gesetzlichen Verpflichtung die notwendigen Mittel bereitgestellt haben.

## **Neunter Abschnitt**

### **Grundversorgung und Freizeit**

#### **Zu § 55 - Einbringen von Gegenständen:**

Absatz 1 Satz 1 enthält ein Zustimmungserfordernis der Anstalt für alle Formen des Einbringens von Gegenständen durch oder für Gefangene. Die Anstalt kann mit ihrer Zustimmungsverweigerung nach Satz 2 erreichen, dass Gegenstände, deren Überlassung eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO entgegensteht oder die geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder die Erreichung des Vollzugsziels zu gefährden oder deren Aufbewahrung nach Art oder Umfang offensichtlich nicht möglich ist, erst gar nicht in die Anstalt gelangen. Der Aufwand, der durch eine Aufbewahrung, Verwertung oder Vernichtung der Gegenstände entsteht, wird so möglichst gering gehalten.

Absatz 2 Satz 1 führt darüber hinaus ein generelles Verbot des Einbringens von Nahrungs- und Genussmitteln für und durch Gefangene ein. Der Anstalt ist es trotz Einsatzes technischer Durchsuchungsgeräte nicht immer möglich, in Nahrungs- und Genussmitteln versteckte Gegenstände lückenlos aufzuspüren. Manipulationen an den äußerlich unversehrt aussehenden Originalverpackungen sind kaum zu entdecken. Auch das Mitbringen von Gegenständen aus Lockerungen durch Gefangene oder das Einbringen durch Besucher sind von diesem Verbot umfasst.

Nach Satz 2 kann der Anstaltsleiter eine abweichende Regelung treffen. Sie kann sich beispielsweise auf das Einbringen von Lebensmitteln durch Externe oder Bedienstete im Rahmen

von Gruppenmaßnahmen wie Kochkursen oder auf die Ermöglichung der Selbstversorgung der Gefangenen im offenen Vollzug erstrecken.

### **Zu § 56 - Gewahrsam an Gegenständen:**

Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 28 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 15 Abs. 1 ThürUVollzG. Die Bestimmung bindet die Überlassung von Gegenständen an die Zustimmung der Anstalt, trifft jedoch keine Aussage darüber, ob und wann die Gefangenen etwas besitzen dürfen. Die materiellen Voraussetzungen enthält das Gesetz erst in den folgenden Bestimmungen. Danach können Gegenstände zur Ausstattung des Hafttraums (§ 57), zum religiösen Gebrauch (§ 59), zur Information (§ 60 Abs. 1), als private Bekleidung (§ 62) und als zusätzliche Nahrungsmittel (§ 63 Abs. 2) gestattet werden. Der Besitz von Gegenständen zur Freizeitbeschäftigung bedarf keiner gesonderten Regelung, da sie von § 57 umfasst werden. Der Besitz von Radio- und Fernsehgeräten richtet sich nach § 61 Abs. 2.

Absatz 1 untersagt nicht nur die Annahme, sondern auch die Abgabe von Gegenständen. Zur Vermeidung subkultureller Tätigkeiten ist ein Verbot der Abgabe von Gegenständen genauso wichtig wie ein Verbot der Annahme von Gegenständen. Beides ist daher auch disziplinarrechtlich erfasst (§ 98 Abs. 1 Nr. 4).

Absatz 2 sieht Ausnahmen vom Erlaubnisvorbehalt vor, die der Anstalt eine flexible Handhabung - orientiert an den

Notwendigkeiten der täglichen Vollzugspraxis - ermöglicht. Der Begriff der Geringwertigkeit ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Anstalt auszulegen, sollte aber einen Betrag von zehn Euro in der Regel nicht überschreiten.

### **Zu § 57 - Ausstattung des Haftraums:**

Die Bestimmung entspricht § 29 ThürJStVollzG und § 16 ThürUVollzG. Die Möglichkeit, den Haftraum in angemessenem Umfang mit eigenen Gegenständen auszustatten, ist für die Gefangenen von grundlegender Bedeutung. Die Freiheit der Gefangenen, ihre Hafträume individuell auszugestalten, soll nur insoweit eingeschränkt werden, als es für die Sicherheit oder Ordnung in der Anstalt oder zur Erreichung des Vollzugsziels notwendig ist. Gegenstände, die geeignet sind, die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt zu gefährden oder die den Haftraum unübersichtlich machen, sind ausgeschlossen. Dieser Versagungsgrund setzt eine abstrakte Gefahr voraus, deren Vorliegen in nachprüfbarer Weise festgestellt werden muss. Das Resozialisierungsgebot und die Anforderungen an Sicherheit und Ordnung sind in sachgerechter Weise gegeneinander abzuwägen. Die Unübersichtlichkeit kann sich aus der Beschaffenheit oder Größe der einzelnen Gegenstände, aber auch aus deren Häufung ergeben. Gegenstände, die nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand kontrolliert werden können, sind ebenfalls ausgeschlossen. Auch eine Gefährdung des Vollzugsziels bildet einen Ausschlussstatbestand. Die Regelung greift beispielsweise dann, wenn Gefangene einer verfassungsfeindlichen oder Gewalt verherrlichenden Ideologie



anhängen und an sich nicht verbotene Gegenstände - auch in Form von Bildern oder Schriften - in Besitz haben, die diese Neigung fördern. Die Belange des Brandschutzes sind zu wahren.

Im Vollzug der Untersuchungshaft sind überdies Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO zu berücksichtigen.

### **Zu § 58 - Aufbewahrung und Vernichtung von Gegenständen:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 28 Abs. 2 bis 4 ThürJStVollzG und § 15 Abs. 2 bis 4 ThürUVollzG. Nach Absatz 1 ist die Anstalt, sofern sie dem Einbringen von Gegenständen gemäß § 55 zugestimmt hat und die Gefangenen diese im Haftraum nicht aufbewahren dürfen oder wollen, zur Aufbewahrung verpflichtet, soweit dies nach Art und Umfang möglich ist.

Nach Absatz 2 haben die Gefangenen ein Recht darauf, nicht mehr benötigte Gegenstände auf eigene Kosten zu versenden. Die Anstalt kann in begründeten Fällen die Kosten übernehmen.

Nach Absatz 3 Satz 1 ist die Anstalt berechtigt, Gegenstände, deren Aufbewahrung nicht möglich ist, auf Kosten der Gefangenen außerhalb der Anstalt zu verwahren, zu verwerten oder zu vernichten, wenn diese trotz Aufforderung von den Gefangenen nicht aus der Anstalt verbracht werden. Satz 2 verweist hinsichtlich der Verwertung und Vernichtung solcher

Gegenstände auf Begriffsbestimmungen und Regelungen des § 29 des Polizeiaufgabengesetzes.

Nach Absatz 4 dürfen Aufzeichnungen und Gegenstände, die Kenntnisse über Sicherheitsvorkehrungen der Anstalt vermitteln oder Schlussfolgerungen auf diese zulassen, vernichtet oder unbrauchbar gemacht werden.

### **Zu § 59 - Religiöse Schriften und Gegenstände:**

Satz 1 regelt den Besitz grundlegender religiöser Schriften und von Gegenständen zum religiösen Gebrauch. Wegen der besonderen Bedeutung für das Grundrecht der Religionsausübung darf nach Satz 2 anknüpfend an § 43 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 29 Abs. 2 ThürUVollzG ein Entzug dieser Schriften und Gegenständen ausschließlich bei grobem Missbrauch erfolgen.

### **Zu § 60 - Zeitungen und Zeitschriften:**

Die Bestimmung entspricht § 40 ThürJStVollzG und § 27 ThürUVollzG. Absatz 1 Satz 1 regelt die Ausübung des in Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes normierten Grundrechts, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten, soweit es den Bezug von Zeitungen oder Zeitschriften betrifft. Die Gefangenen können nach Satz 2 frei entscheiden, welche Zeitungen oder Zeitschriften sie auf eigene Kosten beziehen

wollen, soweit deren Verbreitung nicht mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist.

Absatz 2 ermöglicht, Straf- und Jugendstrafgefangenen eine Zeitung oder Zeitschrift als Ganzes vorzuenthalten oder zu entziehen, wenn ein oder mehrere Artikel das Ziel des Vollzugs oder die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erheblich gefährden würden. Damit wird entbehrlich, einzelne Passagen von Zeitungen oder Zeitschriften schwärzen oder entfernen zu müssen.

Absatz 3 berücksichtigt, dass eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO die Vorenthaltung von Zeitungen oder Zeitschriften erforderlich machen kann.

### **Zu § 61 - Rundfunk, Informations- und Unterhaltungselektronik:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 41 ThürJSt-VollzG und § 28 ThürUVollzG. Absatz 1 dient wie § 60 Abs. 1 der Verwirklichung des Grundrechts der Informationsfreiheit im Strafvollzug. Rundfunk ist der Oberbegriff für Hörfunk und Fernsehen. Die Anstalt hat den Gefangenen den Zugang zum Rundfunk zu ermöglichen. Art und Weise des Rundfunkempfangs hängen von den Verhältnissen in der Anstalt ab.

Nach Absatz 2 Satz 1 richtet sich die Zulassung von Empfangsgeräten in Hafträumen nach dem allgemeinen Maßstab des § 57 Satz 2. Unter diesen Voraussetzungen ist die Anstalt

zur Zulassung verpflichtet, sofern nicht Satz 3 greift. Die Zulassung anderer Geräte der Informations- und Unterhaltungselektronik steht nach Satz 2 im Ermessen der Anstalt.

Grundsätzlich ist bei der Prüfung der Zulassung zu berücksichtigen, dass die Mediennutzung im Vollzugsalltag eine wichtige Rolle spielt. Der Zugang zum Rundfunk und zu anderen Medien wird am umfassendsten durch Geräte in den Hafträumen verwirklicht. Dies ist bei der Entscheidung zu berücksichtigen, ob den Gefangenen der Besitz eigener Radio- und Fernsehgeräte sowie von CD-Abspielgeräten, Spielkonsolen oder anderen Medien trotz eines erhöhten Kontrollaufwands gestattet wird. Andererseits können die Missbrauchsmöglichkeiten dieser Geräte, insbesondere ihre Eignung als Versteck für unerlaubte Gegenstände, Grund für eine ablehnende Entscheidung sein.

Nach Satz 3 kann die Anstalt die Gefangenen auf die Nutzung von Mietgeräten oder Haftraummediensystemen verweisen. Dies vereinheitlicht und erweitert die den Gefangenen zur Verfügung stehenden Nutzungsmöglichkeiten. Zudem verringert sich der Kontrollaufwand.

Angesichts der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten moderner elektronischer Geräte bedeutet ihre Zulassung nicht gleichzeitig auch die Genehmigung jeder mit ihnen technisch möglichen Kommunikationsform. Nach Satz 4 gilt insoweit § 44.

Absatz 3 ermöglicht die vorübergehende Aussetzung oder Untersagung des Rundfunkempfangs, wenn dies aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt oder zur Umsetzung

einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO unerlässlich ist. Dies wird nur in seltenen Ausnahmesituationen der Fall sein.

### **Zu § 62 - Kleidung:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 30 ThürJSt-VollzG und § 17 ThürUVollzG. Nach Absatz 1 Satz 1 haben die Straf- und Jugendstrafgefangenen Anstaltskleidung zu tragen. Dies ist aus Gründen der Gleichbehandlung, der Hygiene und der Sicherheit erforderlich. Für die Arbeitskleidung gelten die einschlägigen Arbeitsschutzvorschriften. Der Anstaltsleiter kann nach Satz 2 eine abweichende Regelung treffen.

Absatz 2 Satz 1 erlaubt den Untersuchungsgefangenen eigene Kleidung zu tragen. Das Recht kann nach Satz 2 eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, soweit es zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO oder zur Gewährleistung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt erforderlich ist. Letzteres kann beispielsweise der Fall sein, wenn Kleidung mit provozierenden Aufschriften getragen wird.

Nach Absatz 3 haben die Gefangenen für die Reinigung und Instandsetzung der eigenen Kleidung auf eigene Kosten zu sorgen. Dies ist Ausdruck des Angleichungsgrundsatzes und fördert die Selbständigkeit der Gefangenen.

### **Zu § 63 - Verpflegung und Einkauf:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 31 ThürJSt-VollzG und § 18 ThürUVollzG. Absatz 1 schreibt vor, dass die

Anstalt für eine gesunde Ernährung zu sorgen hat, die ärztlich überwacht wird. Bei Bedarf erhalten Gefangene auf ärztliche Anordnung besondere Verpflegung. Den Gefangenen ist zu ermöglichen, Speisevorschriften ihrer Religionsgemeinschaft zu befolgen.

Da die Gefangenen keine Möglichkeit haben, ohne Vermittlung der Anstalt einzukaufen, verlangt Absatz 2 als Ausprägung des Angleichungsgrundsatzes, dass die Anstalt auf ein umfassendes Angebot hinwirkt, welches neben Nahrungs-, Genuss- und Körperpflegemitteln beispielsweise auch Briefpapier, Lernmittel und technische Geräte umfassen kann. Auf Wünsche und Bedürfnisse der Gefangenen ist Rücksicht zu nehmen. Sie haben aber keinen Anspruch, dass bestimmte Produkte in das Sortiment aufgenommen werden. Die Bestimmung erfasst auch den Einkauf über den Versandhandel. Satz 4 bestimmt, dass Nahrungs-, Genuss- und Körperpflegemittel nur vom Haus- und Taschengeld eingekauft werden können. Diese Einschränkung soll ein allzu großes soziales Gefälle unter den Gefangenen und damit die Bildung einer Subkultur vermeiden helfen. Andere Gegenstände können in angemessenem Umfang auch von dem Eigengeld beschafft werden. Satz 4 gilt nicht für Untersuchungsgefangene, weil für sie kein Hausgeld gebildet wird. Beschränkungen hinsichtlich Anzahl oder Menge sind nach den §§ 56 und 57 möglich.

## **Zu § 64 - Annehmlichkeiten im Vollzug der Untersuchungshaft:**

Die Bestimmung entspricht § 19 ThürUVollzG und trägt in besonderer Weise der Unschuldsvermutung Rechnung. Da die §§ 57 sowie 59 bis 63 bereits umfassend regeln, was die Untersuchungsgefangenen in Besitz haben dürfen, sind nur wenige Anwendungsfälle für die Bestimmung denkbar, etwa Dienstleistungen wie der private Friseur.

## **Zu § 65 - Freizeit:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen den §§ 38 und 39 ThürJStVollzG sowie den §§ 26 und 73 Abs. 1 und 3 ThürUVollzG. Die meisten Gefangenen wissen nicht nur während des Vollzugs, sondern auch außerhalb oft nichts Sinnvolles mit ihrer Freizeit anzufangen und haben ihre Straftaten regelmäßig während dieser Zeit begangen. Viele werden nach der Entlassung, sofern sie nicht einen Arbeitsplatz erhalten, wieder über freie Zeit im Überfluss verfügen.

Freizeit im Strafvollzug dient zwar auch der zweckfreien Entspannung und Erholung. Die Gefangenen sollen aber nicht nur konsumieren, sondern eigene positive Neigungen und Begabungen herausfinden. Eine so verstandene Freizeitgestaltung dient der positiven Entwicklung der Persönlichkeit. Die während der Inhaftierung erlernten Verhaltensmuster und die dort erfahrenen Angebote können auch nach der Entlassung als Richtschnur für den Umgang mit freier Zeit dienen. Ein strukturiertes Freizeitverhalten bietet Chancen für

wichtige Lernerfahrungen, den Erwerb sozialer Kompetenzen und stärkt die körperliche und psychische Gesundheit. Deshalb besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Freizeit und dem Vollzugsziel.

Absatz 1 Satz 1 verpflichtet die Anstalt dementsprechend, geeignete Angebote zur Freizeitgestaltung vorzuhalten. Dafür müssen insbesondere ausreichend Räume (§ 105 Abs. 2) bereitgestellt werden. Die Angebote beziehen sich vor allem auf Freizeitgruppen mit kulturellen Themenschwerpunkten und Sportangebote, aber auch auf weiterbildende Maßnahmen wie Fremdsprachen- und Musikunterricht. Zur Durchführung der Freizeitangebote kann die Anstalt in Ausprägung des Öffnungsgrundsatzes Externe, beispielsweise Volkshochschulen, Sportvereine, Kirchengemeinden und ehrenamtliche Mitarbeiter gewinnen.

Nach Satz 2 hat die Anstalt eine angemessen ausgestattete Bücherei zur Verfügung zu stellen. Dies erfordert Medien zur Unterhaltung und Fortbildung. Sie sind im notwendigen Umfang auch in gängigen Fremdsprachen vorzuhalten. Zu achten ist auf eine regelmäßige Aktualisierung des Bestandes, da nur so das Interesse der Gefangenen an der Nutzung der Anstaltsbücherei geweckt und erhalten werden kann.

Absatz 2 Satz 1 stellt die besondere Bedeutung des Sports für junge Gefangene heraus. Das Bundesverfassungsgericht hat im Hinblick auf die physischen und psychischen Besonderheiten des Jugendalters speziellen Regelungsbedarf u. a. in Bezug auf körperliche Bewegung gesehen (NJW 2006 S. 2096). Durch Sport können die negativen Folgen der Inhaf-



tierung reduziert werden. Bewegungsmangel und Stress-Symptomen mit ihren negativen psychosozialen Auswirkungen und Spannungszuständen wird entgegengewirkt. Satz 2 schreibt daher die Schaffung ausreichender Angebote für mindestens zwei Sportstunden pro Woche vor. Erstrebenswert ist eine über die zwei Stunden hinausgehende Ausweitung des Sportangebots. Sie hängt von den organisatorischen und personellen Ressourcen der Anstalt ab. Die erfolgreiche Nutzung und Umsetzung der Möglichkeiten des Sports erfordert den Einsatz von sportpädagogischen Fachkräften.

Absatz 3 stellt die Bedeutung des Sports auch für die Erreichung des Vollzugsziels im Jugendstrafvollzug heraus und sieht vor, den Sport auch zur Diagnostik und gezielten Behandlung einzusetzen. Im Zusammenwirken der Fachdienste lassen sich so Persönlichkeitsdefizite von jungen Gefangenen frühzeitig erkennen und abbauen. Dafür kommen etwa spezielle Sportangebote für besonders behandlungsbedürftige junge Gefangene, wie übergewichtige, drogenabhängige oder durchsetzungsschwache oder solche mit Schlafstörungen, psychosomatischen Beschwerden oder sozialen Defiziten, in Betracht.

Nach Absatz 4 hat die Anstalt auch die Aufgabe, die Gefangenen zur Teilnahme und Mitwirkung an Angeboten der Freizeitgestaltung zu motivieren und anzuleiten, da diese oftmals keine Erfahrungen mit strukturierter Freizeit haben.

## **Zehnter Abschnitt**

### **Vergütung, Gelder der Gefangenen und Kosten**

#### **Zu § 66 - Vergütung, zusätzliche Anerkennung von Beschäftigung und Behandlung:**

In § 66 wird die Vergütung für Beschäftigung und die Ausfallentschädigung geregelt.

Absatz 1 bestimmt, wann ein Anspruch auf Arbeitsentlohnung bzw. Ausbildungsvergütung besteht.

Absatz 2 regelt erstmals eine Ausfallentschädigung für die Teilnahme an (zwingend) erforderlichen Behandlungsmaßnahmen während der Arbeitszeit. Dadurch sollen Gefangene zusätzlich motiviert werden, an den genannten Maßnahmen teilzunehmen. Aufgrund des therapiegerichteten Gesamtkonzepts soll Behandlungsmaßnahmen der Vorrang eingeräumt werden. Dies kann auch dadurch geschehen, dass die Anstalt die wöchentliche Beschäftigungszeit so begrenzt, dass genug Zeit für die Teilnahme an Behandlungsmaßnahmen bleibt. Gleichwohl sollen durch die Vergütung der Maßnahmen zusätzliche Anreize geschaffen werden, um sich nicht allein darauf zu verlassen, dass die Teilnahme an einer Therapie als erster Schritt zur Wiedererlangung der Freiheit eigentlich genug Motivation bieten sollte.

Aus der Formulierung wird auch klar, dass nur beschäftigte Gefangene eine Ausfallentschädigung bekommen, da nur diese Arbeitsentgelt oder Ausbildungsbeihilfe erhalten, an die die Regelung anknüpft. Die Bestimmung enthält zugleich eine

Legaldefinition der Vergütung als Oberbegriff von Arbeitsentgelt oder Ausbildungsbeihilfe.

Absatz 3 bestimmt die Höhe der Vergütung, die an der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) bemessen wird.

Nach Absatz 4 Satz 1 kann die Vergütung entsprechend der Leistung der Gefangenen und der Art der Beschäftigung gestuft werden. Im 2. Halbsatz ist eine Mindeststufe von 60 vom Hundert vorgesehen, die auch nicht ausnahmsweise unterschritten werden darf.

Zur Ausgestaltung der Vergütungsstufen enthält Satz 2 eine Verordnungsermächtigung des Justizministeriums.

Absatz 5 stellt sicher, dass die Gefangenen durch die schriftliche Bekanntgabe ihres Arbeitsentgelts bzw. ihrer Ausbildungsvergütung nachvollziehen und überprüfen können, wie sich das erzielte Entgelt im jeweiligen Abrechnungszeitraum zusammensetzt.

Absatz 6 betrifft Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

### **Zu § 67 - Eigengeld:**

Die Bestimmung entspricht § 61 ThürJStVollzG und regelt das Eigengeld, das in Absatz 1 beschrieben wird.

Nach Absatz 2 Satz 1 unterliegen die Gefangenen hinsichtlich ihres Eigengeldes grundsätzlich keiner Verfügungsbeschränkung. Dies gilt in gleicher Weise für ihr Vermögen außerhalb der Anstalt. Allerdings dürfen die Gefangenen das Eigengeld nur in den von Satz 2 gezogenen Grenzen verwenden. Für den Einkauf von Nahrungs-, Genuss- und Körperpflegemitteln steht daher nach § 63 Abs. 2 Satz 4 nur das Hausgeld zur Verfügung. Als Verwendungszwecke für das Eigengeld kommen insbesondere die in § 11 Abs. 2 genannte Schuldenregulierung und Schadenswiedergutmachung in Betracht.

Das Gesetz verzichtet wie bereits das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz auf die Aufnahme eines Überbrückungsgeldes. Erarbeitete oder erworbene Gelder der Gefangenen, die nicht Hausgeld sind, werden damit dem Eigengeld zugeordnet. Zweck des Überbrückungsgeldes war es bislang, für die besonders schwierige Zeit direkt nach der Entlassung eine finanzielle Vorsorge für den notwendigen Lebensunterhalt der Gefangenen und ihrer Unterhaltsberechtigten durch zwangsweises Ansparen eines Geldbetrages zu treffen. Das Überbrückungsgeld erfüllt jedoch diesen Zweck in vielen Fällen nicht, sondern stellt sogar ein Wiedereingliederungshindernis dar. Es führt nach der Entlassung regelmäßig dazu, dass die für das Arbeitslosengeld II oder die Sozialhilfe zuständigen Träger den Gefangenen eine Leistungsgewährung unter Hinweis auf § 9 Abs. 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und § 2 Abs. 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) verweigern. Im Bereich des Arbeitslosengeldes II hat dies in der Regel zur Folge, dass den Gefangenen in der kritischen Phase der Haftentlassung

keine Leistungen wie Fördermaßnahmen gewährt werden, die auf Vermittlung in Arbeit abzielen. Schließlich führt die bisherige Rechtslage zu einer Benachteiligung der Gefangenen gegenüber nicht inhaftierten Menschen. Letztere können nicht nur aus Arbeitseinkommen, sondern auch aus leistungslosem Einkommen Ansparrücklagen bilden, die als im Rahmen von Freibeträgen geschütztes Vermögen von der Anrechnung sowohl nach dem Zweiten als auch dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch freigestellt sind. Auch steht das Überbrückungsgeld der in den §§ 50 und 52 zum Ausdruck kommenden Intention entgegen, durch Kooperation der Anstalt mit den nach § 50 Abs. 2 genannten außervollzuglichen Stellen ein anstaltsübergreifendes Hilfesystem aufzubauen, das unmittelbar nach der Entlassung einsetzt. Die Abschaffung des Überbrückungsgeldes führt im Übrigen dazu, dass den Gefangenen während der Haftzeit zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen und ihnen so ermöglicht wird, den durch die Straftat verursachten Schaden wiedergutzumachen und eine Schuldenregulierung herbeizuführen. Insoweit dient die Neuregelung auch den Belangen der Gläubiger, denen durch die Bildung des Überbrückungsgeldes pfändbares Eigengeld der Gefangenen entzogen würde.

### **Zu § 68 - Taschengeld:**

Absatz 1 und 2 regelt die Voraussetzungen für die Gewährung eines Taschengeldes, das wie bereits in § 59 ThürJStVollzG und § 25 Abs. 7 ThürUVollzG eine Art vollzuglicher "Grundsicherung" darstellt.

Mittellose Gefangene sollen in entsprechender Anwendung des Rechtsgedankens der Sozialhilfe eine Mindestausstattung zur Befriedigung solcher Bedürfnisse erhalten, die über die Grundversorgung durch die Anstalt hinausgehen. So können die Gefangenen ihr Taschengeld beispielsweise verwenden, um Telefonkosten zu begleichen oder Zeitungen und Briefmarken zu erwerben. Durch Gewährung eines Taschengeldes soll zudem vermieden werden, dass Gefangene anfällig für subkulturelle Abhängigkeiten von Mitgefangenen werden.

Straf- und Jugendstrafgefangenen wird gemäß Absatz 1 ein Taschengeld dann gewährt, wenn ihnen aus Hausgeld und Eigengeld monatlich ein Betrag bis zur Höhe des Taschengelds nicht zur Verfügung steht und sie auch im Übrigen bedürftig sind.

Nach Absatz 2 gelten Straf- und Jugendstrafgefangene nicht als bedürftig, wenn sie eine zugewiesene Arbeit nicht angenommen oder eine ausgeübte Arbeit verschuldet verloren haben. Dies trägt dem Angleichungsgrundsatz Rechnung, da auch im Sozialrecht (§ 9 SGB II, § 2 SGB XII) das Nachrangprinzip gilt.

Gemäß Absatz 3 wird Untersuchungsgefangenen § 25 Abs. 7 ThürUVollzG entsprechend auf Antrag ebenfalls Taschengeld gewährt, falls ihnen im laufenden Monat ein Betrag bis zur Höhe des Taschengeldbetrags voraussichtlich aus eigenen Mitteln nicht zur Verfügung steht. Angesichts der besonderen Situation der Untersuchungsgefangenen, die durch das Herausreißen aus der gewohnten Umgebung, die Unsicherheit

über die Dauer der Haft und die Belastung durch das Strafverfahren gekennzeichnet ist, wird ihnen Taschengeld nicht versagt, wenn sie eine Arbeit nicht aufnehmen oder eine aufgenommene Arbeit verloren haben.

Absatz 4 Satz 1 bestimmt die Höhe des Taschengeldes. Es beträgt 14 Prozent der Eckvergütung nach § 66 Abs. 3. Nach Satz 2 ist das Taschengeld im Voraus zu gewähren, um von Beginn der Haftzeit an ein Abgleiten in die Subkultur zu vermeiden. Bei Wegfall der Bedürftigkeit im laufenden Monat sieht Satz 3 die Anrechnung der zugehenden Beträge vor.

Die Befugnis der Gefangenen, über ihr Taschengeld zu verfügen, unterliegt nach Absatz 5 Satz 1 nur den Beschränkungen dieses Gesetzes. Da das Taschengeld vorrangig zum Einkauf verwendet wird, wird es bei den Straf- und Jugendstrafgefangenen gemäß Satz 2 dem Hausgeldkonto, bei Untersuchungsgefangenen dem Eigengeldkonto gutgeschrieben.

### **Zu § 69 - Konten, Bargeld:**

Absatz 1 1. Halbsatz bestimmt, dass die Gelder der Straf- und Jugendstrafgefangenen von der Anstalt verwaltet werden, indem sie auf verschiedenen, von der Anstalt geführten Konten gutgeschrieben werden. Für die Untersuchungsgefangenen werden nur Eigengeldkonten geführt. Erfasst werden zum einen die Gelder, die die Gefangenen in den Vollzug als Bargeld einbringen. Zum anderen gehören dazu die Gelder, die die Gefangenen als Vergütung gemäß § 66 erhalten, das der

Anstalt zur Gutschrift überwiesene Entgelt der Gefangenen aus einem freien Beschäftigungsverhältnis oder einer Selbstbeschäftigung sowie sonstige Gelder, die für die Gefangenen überwiesen oder eingezahlt worden sind. Externe Konten der Gefangenen und darauf eingehende Gelder (z. B. aus Rente, Mieteinnahmen, Unterhalt, gegebenenfalls Arbeitsentgelt aus einem freien Beschäftigungsverhältnis) werden von der Bestimmung nicht erfasst.

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass den Gefangenen der Besitz von Bargeld in der Anstalt untersagt ist. Geschäfte unter Gefangenen und dadurch entstehende Abhängigkeiten und die Bildung von Subkulturen, welche die Erreichung des Vollzugsziels und die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährden, sollen nicht begünstigt werden. Satz 2 eröffnet die Möglichkeit für Ausnahmeregelungen. Dies betrifft insbesondere den offenen Vollzug.

Ausländische Zahlungsmittel werden gemäß Absatz 3 zur Habe der Gefangenen genommen. Dadurch soll ein zeitaufwändiger Umtausch vermieden und Streitigkeiten über den jeweiligen Wechselkurs vorgebeugt werden.



## **Zu § 70 - Hausgeld:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 60 ThürJSt-VollzG.

Absatz 1 bestimmt, dass aus vier Siebteilen der monatlichen Vergütung ein Hausgeld gebildet wird. Die Erhöhung des Hausgeldes von drei Siebteilen auf vier Siebteile soll den Wegfall der Pakete mit Nahrungs- und Genussmitteln (§ 45 Abs. 1 Satz 2) kompensieren. Praktisch bedeutsamster Verwendungszweck des Hausgeldes ist der Einkauf.

Absatz 2 bestimmt die Festsetzung eines angemessenen Hausgeldes für Straf- und Jugendstrafgefangene mit regelmäßigen Einkünften, die keine Vergütung nach § 66 sind. Neben den ausdrücklich genannten Einkünften aus einem freien Beschäftigungsverhältnis und aus Selbstbeschäftigung kommen als anderweitige regelmäßige Einkünfte insbesondere Renten- oder Mieteinnahmen in Betracht.

Straf- und Jugendstrafgefangenen mit solchen Einkünften steht häufig mehr Geld zur Verfügung als denjenigen, die eine Vergütung nach § 66 erhalten. Die Regelung verhindert, dass zu große Unterschiede beim Hausgeld und damit insbesondere bei den Einkaufsmöglichkeiten entstehen, da diese zu subkulturellen Abhängigkeiten führen können. Durch die Festsetzung eines angemessenen Hausgeldes kann auch den besonderen Bedingungen des offenen Vollzugs Rechnung getragen werden.

Entsprechendes gilt nach Absatz 3 für Straf- und Jugendstrafgefangene, die über Eigengeld verfügen, aber keine hinreichende Vergütung nach diesem Gesetz erhalten.

Die Befugnis der Straf- und Jugendstrafgefangenen, über ihr Hausgeld zu verfügen, unterliegt nach Absatz 4 Satz 1 den Beschränkungen dieses Gesetzes. Verfügungsbeschränkungen können sich aus Festlegungen im Vollzugs- und Eingliederungsplan, aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung nach § 4 Abs. 3 oder aufgrund der Anordnung einer Disziplinarmaßnahme nach § 98 Abs. 3 Nr. 5 ergeben. Satz 2 erklärt das Hausgeld für nicht übertragbar. Es ist somit gemäß § 851 der Zivilprozessordnung unpfändbar.

### **Zu § 71 - Zweckgebundene Einzahlungen:**

Die Bestimmung schafft eine gesetzliche Grundlage für die in der Praxis bisher bereits üblichen Einzahlungen für einen konkreten, der Wiedereingliederung dienenden Zweck. Den Gefangenen soll dadurch ermöglicht werden, auch bei Pfändungen für resozialisierungsfördernde Maßnahmen eingezahlte Gelder nutzen zu können.

Die Sätze 2 und 3 beschränken die Verfügungsbefugnis der Gefangenen über das Eigengeld. Über die zweckgebunden eingezahlten Gelder können die Gefangenen nicht anderweitig verfügen (§ 399 BGB). Aus der Zweckbindung folgt die Nichtübertragbarkeit der Forderung und somit gemäß § 851 der Zivilprozessordnung deren Unpfändbarkeit.

## **Zu § 72 - Haftkostenbeitrag, Kostenbeteiligung:**

§ 465 Abs. 1 Satz 1 StPO legt den Verurteilten die Kosten des Verfahrens auf. Dazu gehören gemäß § 464a Abs. 1 Satz 2 StPO auch die Kosten der Vollstreckung der Rechtsfolgen einer Tat und somit im Fall des Vollzugs einer Freiheitsstrafe grundsätzlich auch die durch den Betrieb einer Anstalt entstehenden Personal- und Sachkosten. Strafgefangene sind jedoch in der Regel nicht in der Lage, die tatsächlichen Haftkosten zu tragen. Um das Vollzugsziel der Resozialisierung nicht zu gefährden, wird diese Kostentragungspflicht auf einen Haftkostenbeitrag in Höhe des Teils der Vollstreckungskosten beschränkt, der durch die Aufwendungen für deren Lebensunterhalt verursacht wird, also für Unterkunft und Verpflegung.

Absatz 1 Satz 1 bestimmt die Zuständigkeit der Anstalt für die Kostenerhebung und begrenzt zugleich den Kreis der Kostenschuldner auf Strafgefangene mit regelmäßigen Einkünften, insbesondere aus einem freien Beschäftigungsverhältnis. Eine Vergütung nach diesem Gesetzentwurf wird gemäß Satz 2 nicht berücksichtigt.

Nach Satz 3 müssen den Strafgefangenen auch bei Erhebung von Haftkosten täglich Mittel in Höhe von einem Tagessatz nach § 66 Abs. 3 verbleiben. Dadurch soll eine Gleichstellung mit den Gefangenen erfolgen, die eine Vergütung nach diesem Gesetz erhalten und einen Haftkostenbeitrag nicht zahlen müssen. Auch soll verhindert werden, dass Strafgefangene aus Kostengründen auf ein resozialisierungsförderndes freies Beschäftigungsverhältnis verzichten.

Satz 4 enthält eine "Resozialisierungsklausel", die dem Vollzugsziel dient und Ausdruck des Eingliederungsgrundsatzes ist. Ein Haftkostenbeitrag darf danach nicht geltend gemacht werden, soweit dies die soziale Integration der Strafgefangenen gefährden würde. Dies betrifft auch die Fälle, in denen diese an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, wenn Leistungen nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen (z.B. Drittes Buch Sozialgesetzbuch) gewährt werden, die die Höhe der Ausbildungsbeihilfe nach § 66 nicht übersteigen. Ein Verzicht kann ferner in Betracht kommen, wenn durch die Geltendmachung des Anspruchs beispielsweise die Wohnung und Unterhaltszahlungen oder Schmerzensgeldzahlungen an das Opfer gefährdet wären.

Absatz 2 regelt die Höhe und die Festsetzung des Haftkostenbeitrags sowie Einzelheiten der Berechnung. Nach Satz 1 ist der Betrag maßgebend, der nach § 17 Abs. 1 Nr. 4 SGB IV durchschnittlich zur Bewertung der Sachbezüge festgesetzt ist. Da lediglich die Beträge für Unterkunft und Verpflegung festgesetzt werden, lässt Satz 2 bei Selbstverpflegung die für die Verpflegung vorgesehenen Beträge entfallen. Satz 3 stellt bei der Berechnung des Werts der Unterkunft auf die von der Aufsichtsbehörde festgesetzte Belegungsfähigkeit ab, da ein Abstellen auf die tatsächliche Belegung aufgrund ständiger Fluktuation in den Anstalten hierfür ungeeignet ist.

Absatz 3, der § 28 Abs. 6 ThürJStVollzG und § 15 Abs. 6 ThürUVollzG entspricht, stellt die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Betriebskosten dar, insbesondere für die Beteiligung der Gefangenen an den Stromkosten, die durch in

ihrem Gewahrsam befindliche Geräte entstehen, soweit diese über eine angemessene Grundversorgung hinausgehen.

## **Elfter Abschnitt**

### **Gesundheitsfürsorge**

#### **Zu § 73 - Art und Umfang der medizinischen Leistungen, Kostenbeteiligung:**

Für die medizinische Versorgung gilt das aus dem Sozialstaatsprinzip (Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes) abgeleitete Äquivalenzprinzip. Danach müssen die medizinischen Leistungen im vollzuglichen Gesundheitswesen den Leistungen für gesetzlich Krankenversicherte gleichwertig sein. Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 34 ThürJStVollzG und § 22 ThürUVollzG.

Die Gefangenen haben nach Absatz 1 Satz 1 Anspruch auf wirtschaftliche, ausreichende, notwendige und zweckmäßige medizinische Leistungen nach dem Standard der gesetzlichen Krankenkassen. Dazu gehören auch Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft. Nach Satz 2 besteht auch ein Anspruch auf Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und die Versorgung mit Hilfsmitteln.

Absatz 2 Satz 1 enthält eine Grundlage für die Kostenbeteiligung der Gefangenen. Diese wird sich grundsätzlich an den Regelungen für gesetzlich Versicherte orientieren, soweit nicht die besonderen Umstände der Inhaftierung eine abweichende Handhabung gebieten. Nach Satz 2 können den Gefangenen

für Leistungen, die über die in Absatz 1 genannten Leistungen hinausgehen, die gesamten Kosten auferlegt werden.

Absatz 3 Satz 1 sieht, dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung folgend (§ 52 Abs. 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch), eine Beteiligung der Gefangenen an Behandlungskosten für solche Verletzungen vor, die sie sich selbst zugefügt haben. Indem die Bestimmung auf das Merkmal der Mutwilligkeit abstellt, werden Selbstverletzungen aus dem Anwendungsbereich ausgeschlossen, die aus Krankheiten oder psychischen Störungen resultieren oder sich als verstehbare Reaktion auf die besonders belastende Situation der Inhaftierung darstellen. Hierzu rechnen etwa Suizidversuche oder andere autoaggressive Handlungen, soweit sie nicht bewusst zur Ausübung von Druck eingesetzt werden. Die Kostenbeteiligung der Gefangenen ist nach Satz 1 zwingende Rechtsfolge, jedoch steht der Anstalt hinsichtlich des Umfangs Ermessen zu. Hierbei sind das Ausmaß der Mutwilligkeit und die Höhe der verursachten Aufwendungen ebenso zu berücksichtigen wie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gefangenen. Satz 2 trägt der besonderen Bedeutung des Vollzugsziels und des Eingliederungsgrundsatzes Rechnung und schließt jegliche Kostenbeteiligung aus, wenn diese insoweit eine Gefährdung bewirken würde. Das kann etwa der Fall sein, wenn die zusätzliche finanzielle Belastung der Straf- und Jugendstrafgefangenen deren Motivation zur Teilnahme an Behandlungsmaßnahmen infrage stellt oder zu einer Erhöhung der Schuldenlast führt, die den Übergang in die Freiheit nachhaltig erschwert.

Absatz 4 entspricht § 22 Abs. 6 ThürUVollzG. Diese Regelung sieht vor, dass Untersuchungsgefangenen auf einen entsprechenden Antrag nach Anhörung des ärztlichen Dienstes der Anstalt Gelegenheit gegeben werden soll, sich von einer Ärztin oder einem Arzt ihrer Wahl auf eigene Kosten beraten zu lassen. Im Hinblick auf den Status der Untersuchungsgefangenen ist diese Privilegierung gegenüber Strafgefangenen sachgerecht. Die wahlärztliche Beratung erfolgt grundsätzlich in der Anstalt. Allein der Wunsch nach wahlärztlicher Beratung stellt keinen wichtigen Anlass für eine Ausführung gemäß § 49 Abs. 1 dar. Um Missbrauchsgefahren zu begegnen, stellt Satz 1 klar, dass der ärztliche Dienst der Anstalt frühzeitig in den Entscheidungsprozess einzubinden ist.

## **Zu § 74 - Durchführung medizinischer Leistungen, Forderungsübergang:**

Nach Absatz 1 Satz 1 werden die medizinischen Leistungen grundsätzlich in der Anstalt erbracht. Nur wenn deren Möglichkeiten nicht ausreichen, soll die Behandlung der Gefangenen in einer anderen Anstalt, in einem Vollzugskrankenhaus oder in einer medizinischen Einrichtung außerhalb des Vollzuges erfolgen. Auch hilfsbedürftige Gefangene werden in die Bestimmung einbezogen, weil sie der gleichen Fürsorge wie Kranke bedürfen. Verlegung und Überstellung zur Erbringung medizinischer Leistungen richten sich nach § 23. Die Behandlung oder Unterbringung außerhalb des Vollzuges erfolgt im Wege der Ausführung (§ 49 Abs. 1) oder von Lockerungen (§ 47 Abs. 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 1). Satz 2 bestimmt entsprechend § 23 Abs. 5, dass die

Personensorgeberechtigten, das Jugendamt und der Vollstreckungsleiter im Falle einer stationären Behandlung von dem Wechsel des Aufenthaltsorts unterrichtet werden. Satz 3 entspricht § 23 Abs. 3 ThürUVollzG. Demnach ist dem Gericht und der Staatsanwaltschaft nach Möglichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Dies wird nur dann nicht der Fall sein, wenn die Maßnahme aus medizinischen Gründen eilbedürftig ist.

Gemäß Absatz 2, der § 36 Abs. 3 ThürJStVollzG und § 23 Abs. 4 ThürUVollzG entspricht, kommt die Anstalt für eine außerhalb einer Einrichtung des Justizvollzugs durchgeführte Behandlung der Straf- und Jugendstrafgefangenen nicht mehr auf, sobald die Strafvollstreckung unterbrochen oder beendet wird. Das Gleiche gilt für Untersuchungsgefangene, wenn sie während einer Behandlung aus der Haft entlassen werden.

Absatz 3 Satz 1 beinhaltet einen gesetzlichen Forderungsübergang für solche Schadensersatzansprüche, die Gefangenen infolge einer Körperverletzung gegen Dritte zustehen. Dass es sachgerecht ist, den Leistungserbringer auf diese Weise in die Lage zu versetzen, sich beim Schädiger oder einem anderen Haftenden schadlos zu halten, ist ein grundlegender Gedanke, der auch im Recht der Sozialversicherung (§ 116 Abs. 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch) und im Beamtenrecht des Bundes und der Länder (etwa § 76 des Bundesbeamtengesetzes) seinen Niederschlag gefunden hat. Die Schadensersatzansprüche gehen im Zeitpunkt ihrer Entstehung auf das Land als Kostenträger über, und zwar in der Höhe, in der die Gefangenen Anspruch auf medizinische Leistungen haben; auf die tatsächlich erbrachten Leistungen



kommt es insoweit nicht an. Dritte im Sinne der Bestimmung können auch Mitgefangene sein.

Satz 2 trägt der besonderen Bedeutung des Vollzugsziels und des Eingliederungsgrundsatzes Rechnung und schließt die Geltendmachung der übergegangenen Ansprüche aus, wenn diese insoweit eine Gefährdung bewirken würde. Das liegt etwa bei Körperverletzungen durch Familienangehörige nahe, kann aber auch bei Körperverletzungen durch Mitgefangene geboten sein, um deren Schuldenlast nicht unerträglich zu erhöhen. Die Nichtgeltendmachung der Ansprüche erfolgt, wie die Bestimmung hervorhebt, im Interesse Straf- und Jugendstrafgefangener. Andere können hieraus also keine Einwendung gegen ihre Inanspruchnahme herleiten.

#### **Zu § 75 - Ärztliche Behandlung zur sozialen Eingliederung:**

Die Bestimmung regelt ärztliche Behandlungsmaßnahmen, die keine medizinischen Leistungen im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung sind. Gleichwohl ist die Anstalt in der Regel gehalten, sie mit Zustimmung der Straf- und Jugendstrafgefangenen vornehmen zu lassen, weil sie der sozialen Eingliederung dienen (z. B. Beseitigung von auffälligen Tätowierungen). Satz 2 enthält eine zwingende Regelung zur Beteiligung der Straf- und Jugendstrafgefangenen an den Kosten, von der nur ausnahmsweise abgewichen werden soll.

## **Zu § 76 - Gesundheitsschutz und Hygiene:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 32 ThürJSt-VollzG und § 20 ThürUVollzG.

Die Gefangenen haben sich ebenso wie in Freiheit eigenverantwortlich um ihr körperliches Wohl zu kümmern. Diese Verantwortung soll ihnen die Anstalt nicht abnehmen. Die Unterstützung durch die Anstalt ist jedoch erforderlich, weil die Gefangenen in der Haftsituation gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch eigene Initiative nicht in gleicher Weise wie in Freiheit begegnen können. Der Gesundheitszustand vieler Gefangener ist durch Fehlernährung und ungesunde Lebensführung geprägt. Daher ist die Anstalt nach Absatz 1 Satz 2 gehalten, auf einen Bewusstseinswandel hinzuwirken. Durch das enge Zusammenleben mit Anderen gewinnen grundsätzlich alle Aspekte des Gesundheitsschutzes erhöhte Bedeutung. Deshalb legt Satz 3 den Gefangenen die gegebenenfalls auch zwangsweise durchsetzbare Verpflichtung auf, die notwendigen Anordnungen zu Gesundheitsschutz und Hygiene zu befolgen.

Der Aufenthalt im Freien nach Absatz 2 folgt aus der Pflicht zur Gesundheitsfürsorge. Die Dauer von einer Stunde pro Tag ist eine Mindestgarantie. Der zeitliche Rahmen kann erweitert werden, wenn die Verhältnisse in der Anstalt dies erlauben. Eine Erweiterung dürfte insbesondere an arbeitsfreien Tagen in Betracht kommen. Dabei ist jedoch stets zu bedenken, dass sich die Bedürfnisse der Gefangenen an Bewegung im Freien und Kommunikation häufig besser im Rahmen von Sport und anderen Freizeitmaßnahmen befriedigen lassen.

## **Zu § 77 - Krankenbehandlung während Lockerungen:**

Die Bestimmung entspricht § 36 Abs. 1 und 2 ThürJStVollzG.

Straf- und Jugendstrafgefangene, die während Vollzugslockerungen erkranken, haben gemäß Absatz 1 ebenso wenig wie in der Anstalt einen Anspruch auf freie Arztwahl, sondern sie müssen in die Anstalt zurückkehren, wenn diese für die Kosten der ärztlichen Behandlung aufkommen soll. Die Bestimmung steht einer ambulanten Krankenpflege in der nächstgelegenen Anstalt nicht entgegen, wenn eine Rückkehr in die zuständige Anstalt nicht zumutbar ist. Die Kosten einer unaufschiebbaren Notfallbehandlung sind, soweit kein Anspruch gegen einen anderen Kostenträger besteht, von der Anstalt zu übernehmen.

Absatz 2 soll eine Doppelversorgung ausschließen, weil Straf- und Jugendstrafgefangene im freien Beschäftigungsverhältnis beitragspflichtig sind und einen Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung haben.

## **Zu § 78 - Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge:**

Die Bestimmung zu Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge trägt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in der Entscheidung vom 23. März 2011 (2 BvR 882/09) Rechnung.

Die vorgenannte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezieht sich zwar auf Zwangsbehandlungen im Maßregelvollzug zur Erreichung des Vollziels, die das Justizvollzugsrecht nicht kennt, enthält jedoch allgemeine Grundsätze für Zwangsbehandlungen, insbesondere in Bezug auf deren materiellen Eingriffsvoraussetzungen, ihrer Dokumentation und den Verfahrensgang.

Bereits nach § 101 StVollzG, § 33 ThürJStVollzG und § 21 ThürUVollzG war die Zwangsbehandlung als ultima ratio ausgestaltet, weswegen diesen Regelungen in der Anwendung nur eine sehr geringe praktische Bedeutung zukam. Gleichwohl sind Fälle in der Praxis möglich und in der Regel mit drohenden schwerwiegenden Folgen verbunden, weswegen der Anstalt eine verfassungsrechtlichen Grundsätzen entsprechende Berechtigung zum Handeln aufgrund ihrer Pflicht zum Schutz höherwertiger Rechtsgüter verbleiben muss.

Absatz 1 bestimmt die Gefahren, bei deren Vorliegen Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung von medizinischen Maßnahmen (Untersuchungen, Behandlungen oder Ernährung) nur in Betracht gezogen werden können. Zwangsweise erfolgt insoweit eine Maßnahme, die mit Mitteln des unmittelbaren Zwangs gegen den ausdrücklich erklärten oder konkludent durch Gegenwehr geäußerten Willen der Gefangenen, mithin gegen den natürlichen Willen (also nicht beispielsweise bei Bewusstlosen), durchgeführt wird.

Absatz 2 enthält Konkretisierungen materieller Eingriffsvoraussetzungen, die den Vorgaben des Bundesverfas-

sungsgerichts in den Randnummern 57 bis 61 der oben genannten Entscheidung entsprechen.

Dies beinhaltet zunächst, dass der Versuch unternommen worden sein muss, eine Zustimmung der Gefangenen zu erhalten, dieser jedoch gescheitert ist (Nummer 1). Dieses Bemühen um eine Zustimmung genügt nur dann den verfassungsrechtlichen Anforderungen, wenn es ernsthaft, das heißt mit dem nötigen Zeitaufwand und ohne Ausübung unzulässigen Drucks, durchgeführt wurde.

Nummer 2 normiert Ankündigungs- und Aufklärungspflichten.

Die Nummer 3 und 4 enthalten spezielle Ausprägungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zum Schutz der Gefangenen, insbesondere das "Ultima-Ratio"-Prinzip.

Absatz 3 trägt dem Grundsatz Rechnung, dass das Freiheitsgrundrecht auch die "Freiheit zur Krankheit" einschließt, das heißt das Recht, auf Heilung zielende Eingriffe abzulehnen, selbst wenn diese nach dem Stand des medizinischen Wissens dringend angezeigt sind. Dies umfasst auch, von dieser Freiheit einen Gebrauch zu machen, der - jedenfalls in den Augen Dritter - den wohlverstandenen Interessen des Grundrechtsträgers zuwiderläuft (vgl. BVerfG a.a.O. Rn. 48).

Insoweit bestimmt Satz 1, dass in den Fällen einer Eigengefährdung die Anstalt nicht zu Zwangsmaßnahmen berechtigt ist, solange von einer freien Willensbestimmung ausgegangen werden kann. Dieser Ausschluss gilt nicht für die in Absatz 1 Nr. 3 genannten Fremdgefahren, da hier die Freiheitsrechte der

Betroffenen mit den grundrechtlich geschützten Rechtsgütern anderer Personen im Einzelfall abzuwägen sind.

Für die Fälle, dass der Verdacht besteht, Gefangene seien zu einer freien Willensbestimmung nicht oder nicht mehr fähig, bestimmt Satz 2 für alle der in Absatz 1 genannten Fälle, dass die Anstaltsleitung unverzüglich die Bestellung einer Betreuung von Amts wegen bei Gericht anzuregen hat (§§ 1896 ff. BGB, §§ 271 ff. des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), gegebenenfalls § 300 FamFG). Die Entscheidung des Gerichts ist gemäß Satz 3 abzuwarten, es sei denn, dies ist ausnahmsweise wegen Gefahr im Verzug nicht möglich (Absatz 6).

Absatz 4 Satz 1 regelt, dass Anordnung und Überwachung der Maßnahmen einem Arzt obliegen. Da die Anstaltsleitung jedoch die Verantwortung für den gesamten Vollzug trägt, sollen Anordnungen nicht ohne ihre Zustimmung getroffen werden (Satz 2). Satz 3 normiert umfangreiche Dokumentationspflichten.

Durch das Bekanntgabeerfordernis, die Pflicht zur Rechtsmittelbelehrung und gegebenenfalls zum Abwarten einer gerichtlichen Entscheidung in Absatz 5 wird dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes Rechnung getragen.

Absatz 6 erlaubt in Fällen der Gefahr im Verzug die Abweichung von den benannten Verfahrensbestimmungen.

Absatz 7 enthält eine eigenständige Befugnisnorm für zwangsweise medizinische Untersuchungen ohne körperliche Eingriffe. Voraussetzungen sind - abgeleitet aus den allgemeinen Grundsätzen - die Zweckdienlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme für den Gesundheitsschutz und die Hygiene. Ermöglicht wird dadurch die zwangsweise Durchsetzung der Untersuchung nach § 12 Abs. 3 sowie der Maßnahmen nach § 76 Abs. 1 Satz 3. Duldungspflichten aus anderen Gesetzen, wie beispielsweise § 36 Abs. 4 Satz 7 des Infektionsschutzgesetzes, bleiben unberührt.

### **Zu § 79 - Benachrichtigungspflicht:**

Die Bestimmung, die § 32 Abs. 3 ThürJStVollzG und § 20 Abs. 3 ThürUVollzG entspricht, regelt eine humanitäre Verpflichtung der Anstalt und garantiert die unmittelbare Benachrichtigung der Angehörigen. Wünschen Gefangene ausdrücklich keine Benachrichtigung, so hat die Anstalt zu prüfen, inwieweit dem Wunsch Rechnung zu tragen ist. Im Falle akuter Lebensgefahr und im Todesfall ist die Anstalt zur Benachrichtigung verpflichtet.

## **Zwölfter Abschnitt**

### **Religionsausübung**

#### **Zu § 80 - Seelsorge:**

Die Bestimmung entspricht § 43 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 29 Abs. 1 ThürUVollzG und ist Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit aus Artikel 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 140 und Artikel 141 der Weimarer Reichsverfassung. Die religiöse Betreuung darf den Gefangenen nicht versagt werden. Die Anstalt ist nach § 105 Abs. 2 und § 109 verpflichtet, die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Darüber hinaus gibt die Bestimmung den Gefangenen ein Recht auf Hilfe, wenn sie zu einem Seelsorger Kontakt aufnehmen wollen. Sie gibt den Gefangenen hingegen kein Recht auf Seelsorge, da deren Ausübung nicht Aufgabe der Anstalt ist. Besitz und Entzug grundlegender religiöser Schriften und von Gegenständen des religiösen Gebrauchs sind in § 59 geregelt.

#### **Zu § 81 - Religiöse Veranstaltungen:**

Die Bestimmung entspricht § 44 ThürJStVollzG und § 30 ThürUVollzG.

Absatz 1 gibt den Gefangenen ein Recht, an religiösen Veranstaltungen ihres Bekenntnisses in der Anstalt teilzunehmen.

Nach Absatz 2 können Gefangene auch zu religiösen Veranstaltungen anderer Religionsgemeinschaften zugelassen



werden. Anders als für die Teilnahme an Veranstaltungen der eigenen Religionsgemeinschaft bedarf es hierfür der Zustimmung des Seelsorgers der anderen Religionsgemeinschaft (Artikel 137 Abs. 3 Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung mit Artikel 140 des Grundgesetzes).

Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Grundrechts dürfen die Gefangenen gemäß Absatz 3 nur aus überwiegenden Gründen der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt von der Teilnahme am Gottesdienst oder anderen religiösen Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Die vorgeschriebene Anhörung des Seelsorgers soll die Berücksichtigung seelsorglicher Gesichtspunkte gewährleisten. Bei Untersuchungsgefangenen kann dies auch zur Umsetzung einer Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO erforderlich sein.

### **Zu § 82 - Weltanschauungsgemeinschaften:**

Die Bestimmung, die § 45 ThürJStVollzG und § 31 ThürUVollzG entspricht, erklärt die Regelungen über Seelsorge, religiöse Veranstaltungen, Schriften und Gegenstände auf Weltanschauungsgemeinschaften für entsprechend anwendbar. Sie ist Ausdruck des Gebots der Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Artikel 137 Abs. 7 der Weimarer Reichsverfassung in Verbindung mit Artikel 140 des Grundgesetzes), das aus der staatlichen Verpflichtung zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität resultiert. Der Begriff der weltanschaulichen Bekenntnisse entspricht dem Wortlaut des Artikels 4 Abs. 1 des Grundgesetzes und meint Gedankensysteme, die über eine

ähnliche Breite und Geschlossenheit verfügen wie die bekannten Religionen. Gemeinschaften, deren Hauptziel auf eine politische oder wirtschaftliche Tätigkeit gerichtet ist, sind nicht von der Definition umfasst.

## **Dreizehnter Abschnitt**

### **Sicherheit und Ordnung**

#### **Zu 83 - Grundsatz:**

Absatz 1, der § 62 Abs. 1 ThürJStVollzG entspricht, macht deutlich, dass Sicherheit und Ordnung zwar zur Gewährleistung der erforderlichen äußeren und inneren Sicherheit notwendig sind und ein zivilisiertes, menschenwürdiges Zusammenleben der Gefangenen sicherstellen sollen, aber dienende Funktion haben. Die Wahrung der Sicherheit und Ordnung bildet daneben den notwendigen Rahmen, um das Ziel der Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen mit vollzuglichen Mitteln zu erreichen. In diesem Sinne umfasst die äußere Sicherheit die sichere Unterbringung der Gefangenen, aber auch die Verhinderung und Abwehr von Angriffen auf die Anstalt von außen. Innere Sicherheit ist die Abwendung von Gefahren für Personen und Sachen in der Anstalt. Das betrifft nicht nur aus strafbarem Verhalten oder der Begehung von Ordnungswidrigkeiten herrührende Gefahren, sondern etwa auch die Gefahr der Selbstschädigung oder die Brandgefahr. Die Anstalt hat die Verpflichtung, durch geeignete Maßnahmen den Schutz der Gefangenen vor körperlichen Übergriffen durch andere Gefangene sicherzustellen.

Absatz 2 entspricht § 62 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 42 ThürUVollzG und legt fest, dass die den Gefangenen auferlegten Pflichten und Beschränkungen insbesondere dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen haben. Auch sie sind integriert in das Gesamtkonzept des Vollzugs, das nicht bloße Anpassung, sondern die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten fördern soll. Ziel ist deshalb die Akzeptanz der Regeln der Gemeinschaft oder zumindest der Respekt vor diesen Regeln aufgrund des Erfahrens und des Erlernens sozialadäquater Formen der Konfliktlösung. Dies setzt das in Absatz 1 geforderte gewaltfreie Klima in der Anstalt voraus.

### **Zu § 84 - Allgemeine Verhaltenspflichten:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 63 ThürJStVollzG und § 43 ThürUVollzG und enthält allgemeine Verhaltenspflichten. Sie wird durch weitere Pflichten ergänzt, die sich aus praktischen oder systematischen Gründen an anderen Stellen des Gesetzes finden, wie etwa die Pflicht, die notwendigen Anordnungen zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene zu befolgen (§ 76 Abs. 1 Satz 3).

Absatz 1 Satz 1 schreibt den Gefangenen eine Mitverantwortung für das geordnete Zusammenleben in der Anstalt zu und verdeutlicht, dass dieses von ihrem eigenen Verhalten abhängt und nicht allein durch die Bediensteten hergestellt werden kann. Nach Satz 2 sollen die Gefangenen bei Konflikten freiwillig und eigenverantwortlich eine konsensuale Lösung anstreben. Hierauf hat die Anstalt hinzuwirken.

Nach Absatz 2 müssen die Gefangenen Anordnungen auch dann befolgen, wenn sie mit diesen nicht einverstanden sind. Diese Gehorsamspflicht setzt jedoch stets rechtmäßige Anordnungen der Bediensteten voraus, welche auf einer eigenen Rechtsgrundlage außerhalb des Absatzes 2 beruhen müssen.

Absatz 3 verpflichtet die Gefangenen, die Hafträume und die ihnen von der Anstalt überlassenen Sachen sorgsam zu behandeln.

Nach Absatz 4 müssen die Gefangenen bestimmte gefährträchtige Umstände ohne schuldhaftes Zögern melden. Diese Meldepflicht folgt aus dem engen Zusammenleben der Gefangenen und den Verhältnissen in der Anstalt, die eine erhöhte gegenseitige Verantwortung begründen. Daraus ergibt sich indes keine strafrechtliche Garantenstellung.

### **Zu § 85 - Absuchung, Durchsuchung:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 64 ThürJSt-VollzG und § 44 ThürUVollzG.

Absatz 1 gibt der Anstalt die Berechtigung, die Gefangenen, ihre Sachen und die Hafträume abzusuchen oder zu durchsuchen, um die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Absuchung von Personen ist ihre Kontrolle mit technischen oder sonstigen Hilfsmitteln. Hierzu zählt etwa die Suche nach Metallgegenständen mit Detektorrahmen oder Handsonden oder das Aufspüren von Drogen und Sprengstoff mit Hilfe von

Hunden. Die Absuchung ist eine Überwachungsmaßnahme ohne Eingriff in den Intimbereich, die auch von Bediensteten des anderen Geschlechts vorgenommen werden kann. Durchsuchung von Personen ist die Suche nach Sachen oder Spuren auf, in oder unter der Kleidung sowie auf der Körperoberfläche und in Körperhöhlen und Körperöffnungen, die ohne einen Eingriff mit medizinischen Hilfsmitteln festzustellen sind.

Absatz 1 gestattet nur die Durchsuchung mittels Abtasten der Kleidung und des Kopfes sowie die Einsicht in üblicherweise unbedeckte Körperöffnungen des Kopfes.

Absatz 2 enthält Regelungen zu körperlichen Durchsuchungen der Gefangenen, die mit deren Entkleidung verbunden sind. Hierbei handelt es sich um die Durchsuchung von Personen auf der Körperoberfläche und in Körperhöhlen und Körperöffnungen, die ohne einen Eingriff mit medizinischen Hilfsmitteln festzustellen sind. Die Maßnahme steht unter dem Anordnungsvorbehalt des Anstaltsleiters, der diese jedoch nach § 107 Abs. 1 Satz 2 auf andere Bedienstete übertragen kann. Aus der Einzelfallanordnung einer mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Gefangenen müssen stets Grund, Zeit, Ort, Art und Umfang der Maßnahme ersichtlich werden.

Absatz 3 trägt der vollzuglichen Erfahrung Rechnung, dass Außenkontakte dazu genutzt werden, verbotenerweise Gegenstände aus der Anstalt zu verbringen oder in die Anstalt einzubringen. Diesen typischen Gefahren für die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt wird dadurch begegnet, dass der

Anstaltsleiter eine körperliche Durchsuchung nach Absatz 2 allgemein anordnen kann. Die Anordnungsbefugnis wird allerdings eingeschränkt, weil die Durchsuchung "in der Regel" erfolgen soll. Die Bediensteten sind deshalb gehalten, vor Anwendung der Anordnung stets den Einzelfall abzuwägen. Ist danach die Gefahr des Einbringens oder Verbringens verbotener Gegenstände auszuschließen, darf von der Anordnung kein Gebrauch gemacht werden (BVerfG, Beschluss vom 4. Februar 2009 - 2 BvR 455/08 -).

### **Zu § 86 - Sichere Unterbringung:**

Die Bestimmung, die § 65 ThürJStVollzG und § 8 Abs. 1 Nr. 2 ThürUVollzG entspricht, ergänzt die allgemeine Verlegungsnorm des § 23 um die Sicherheitsverlegung. Die Verlegungsgründe knüpfen jeweils konkret an die Person der von der Maßnahme betroffenen Gefangenen an. Die Bestimmung verwendet den Begriff "Gefahr der Entweichung", um eine Abgrenzung vom Begriff der "Fluchtgefahr" im Sinne des § 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO zu erreichen. Die Fluchtgefahr der Strafprozessordnung betrifft das Strafverfahren, die Gefahr einer Entweichung hingegen die Sicherheit der Anstalt, zu der auch die äußere Sicherheit gehört.

## **Zu § 87 - Maßnahmen zur Feststellung von Suchtmittelgebrauch:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 68 ThürJSt-VollzG und § 47 ThürUVollzG.

Absatz 1 Satz 1 enthält die Rechtsgrundlage, um zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung Maßnahmen anzuordnen, die geeignet sind, den Gebrauch von Suchtmitteln festzustellen. Die Möglichkeit, nach § 76 Abs. 1 Satz 3 Drogentests aus medizinischen Gründen anzuordnen, bleibt unberührt. Nach Satz 2 sind körperliche Eingriffe zu diesem Zweck nicht gestattet.

Absatz 2 normiert die widerlegliche Vermutung, dass bei Gefangenen Suchtmittelfreiheit nicht gegeben ist, wenn sie die Mitwirkung an den Maßnahmen nach Absatz 1 verweigern. Dies gilt nicht, wenn ein hinreichender Grund für die Verweigerung vorliegt. Der Vermutung bedarf es, weil der Gesetzentwurf auf eine zwangsweise Durchsetzung der Maßnahme verzichtet. Ohne diese Regelung bliebe die Verweigerung der Mitwirkung für die Gefangenen folgenlos. Außerdem würden andere Gefangene diesem Beispiel folgen und damit eine wirksame Kontrolle von Suchtmittelmissbrauch verhindern. Wird vermutet, dass Suchtmittelfreiheit nicht gegeben ist, können beispielsweise Disziplinarmaßnahmen oder die Nutzung einer Trennvorrichtung zur Überwachung von Besuchen angeordnet werden.

Absatz 3 regelt die Möglichkeit der Kostenauflegung, wenn verbotener Suchtmittelgebrauch festgestellt wird. Ob hiervon

Gebrauch gemacht wird, entscheidet die Anstalt nach den Umständen des Einzelfalls.

### **Zu § 88 - Festnahmerecht:**

Die Bestimmung entspricht § 69 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 48 Abs. 1 ThürUVollzG und regelt das Festnahmerecht gegenüber unerlaubt abwesenden Gefangenen. Satz 1 gibt der Anstalt ein eigenes Wiederergreifungsrecht und ermöglicht es ihr, mit eigenem Personal außerhalb der Anstalt zur Wiederherstellung des vollzuglichen Gewahrsams tätig zu werden, ohne dass es eines Vollstreckungshaftbefehls nach § 457 StPO bedarf. Sollten die Wiederergreifungsmaßnahmen der Anstalt nicht alsbald zum Erfolg führen, sind die weiteren erforderlichen Maßnahmen gemäß Satz 2 der Vollstreckungsbehörde zu überlassen.

### **Zu § 89 - Besondere Sicherungsmaßnahmen:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen den §§ 70 bis 72 ThürJStVollzG und den §§ 49 bis 51 ThürUVollzG und regelt die besonderen Sicherungsmaßnahmen, die präventiv der Abwehr von konkreten Gefahren für Personen oder Sachen dienen, die von Gefangenen ausgehen. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die besonderen Sicherungsmaßnahmen nur insoweit und so lange aufrechterhalten werden, als es ihr Zweck erfordert. In Absatz 1 werden die Voraussetzungen und in Absatz 2 die zulässigen Maßnahmen, welche auch kumulativ angeordnet werden können, abschließend genannt. Die Absätze 3 bis 6 enthalten



weitere Anwendungs- sowie Zulässigkeits- und Durchführungsregelungen.

Absatz 1 verwendet wie § 86 den Begriff "Gefahr der Entweichung" und macht deutlich, dass sich das Erfordernis einer Gefahr "in erhöhtem Maße" nicht nur auf die Gefahr der Entweichung, sondern auch auf die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen, der Selbsttötung oder der Selbstverletzung bezieht.

Absatz 2 nennt die zulässigen besonderen Sicherungsmaßnahmen. Die Beobachtung der Gefangenen nach Nummer 2 ist anders als in § 89 Abs. 2 Nr. 2 StVollzG nicht mehr auf die Nachtzeit beschränkt, da Gefährdungssituationen unabhängig von der Tageszeit eintreten können. Die Beobachtung kann durch technische Hilfsmittel (Videoüberwachung) erfolgen. Absonderung nach Nummer 3 ist die Trennung von allen anderen Gefangenen.

Absatz 3 erweitert über Absatz 1 hinaus den Anwendungsbereich der besonderen Sicherungsmaßnahmen des Absatzes 2 Nr. 1 und 3 bis 5 für Fälle, in denen die Gefahr nicht von den Gefangenen selbst ausgeht. Dies gilt hinsichtlich der Maßnahme nach Absatz 2 Nr. 4 nicht für junge Gefangene.

Nach Absatz 4 ist die Absonderung aufgrund der Gefahr einer unerwünschten Isolationswirkung nur ausnahmsweise länger als 24 Stunden zulässig. Damit bezieht das Gesetz die Einzelhaft des § 89 StVollzG in den Begriff der Absonderung mit ein.

Absatz 5 Satz 1 beschreibt die Regelform der Fesselung, von der im Einzelfall abgewichen werden kann. Weiterhin lässt Satz 2 nach Anordnung des Anstaltsleiters andere Fesselungsarten im Interesse der Gefangenen zu. Zu denken ist hier vor allem an hochgradig erregte Gefangene, um sie vor erheblichen Selbstverletzungen zu bewahren, die mit einer Fesselung an Händen oder Füßen nicht verhindert werden könnten. Die Fesselung an Händen und Füßen kann auch als geringerer Eingriff in die körperliche Bewegungsfreiheit gegenüber der Fixierung mit Gurten oder der Zwangsjacke zulässig sein. Schließlich kann auch eine andere Art der Fesselung verwendet werden, um bei Ausführungen eine diskriminierende Wirkung zu vermeiden. Die zeitweise Lockerung der Fesselung nach Satz 3 dient der Wahrung der Menschenwürde, entspricht aber auch praktischen Bedürfnissen (etwa in Notsituationen). Eine Lockerung wird oft auch aus medizinischen Gründen geboten sein.

Absatz 6 beschreibt Situationen außerhalb der Anstalt, in denen die Verwirklichung der Gefahr der Entweichung eines Gefangenen typischerweise bereits aufgrund der äußeren Umstände erhöht ist. In diesen Fällen lässt die Bestimmung als eigenständige Ermächtigungsnorm die Anordnung der Fesselung als besondere Sicherungsmaßnahme grundsätzlich bei einer Entweichungsgefahr zu, ohne dass in Abweichung von Absatz 1 bei den betroffenen Gefangenen zusätzlich konkrete Anzeichen im Sinne einer erhöhten Gefahr der Entweichung vorliegen müssen.

## **Zu § 90 - Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen, Verfahren:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 73 ThürJSt-VollzG und § 52 ThürUVollzG.

Absatz 1 Satz 1 regelt die Anordnungscompetenz des Anstaltsleiters für besondere Sicherungsmaßnahmen. Auch diese kann er gemäß § 107 Abs. 1 Satz 2 auf andere Bedienstete übertragen. Bedienstete, auf die eine solche Übertragung nicht erfolgt ist, können Maßnahmen unter den Voraussetzungen des Satzes 2 nur vorläufig anordnen und sind gehalten, unverzüglich die Entscheidung des Anordnungsberechtigten einzuholen.

Nach Absatz 2 besteht die Verpflichtung zur ärztlichen Anhörung in besonderen Fällen.

Absatz 3 schreibt dem Anordnungsbefugten die aktenkundig zu begründende Eröffnung der Sicherungsanordnung gegenüber den Gefangenen vor.

Die Absätze 4 und 5 stellen besondere Ausprägungen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit dar. Wegen der Schwere des Eingriffs werden diese Regelungen nunmehr in den Gesetzentwurf aufgenommen. Satz 3 bestimmt, dass die Zustimmungspflicht der Aufsichtsbehörde bei einer mehr als 30 Tagen ununterbrochenen Dauer der Absonderung oder bei einer Gesamtdauer von drei Monaten innerhalb von zwölf Monaten eintritt. Dieser Eingriff ist so erheblich, dass eine Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde erforderlich ist. Bei

Untersuchungsgefangenen sind auch Gericht und Staatsanwaltschaft zu unterrichten.

Um die Folgen einer Isolation während der Absonderung oder Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum zu minimieren, sieht Absatz 6 Satz 1 vor, dass die Gefangenen in besonderem Maße zu betreuen sind. Sind die Gefangenen zusätzlich gefesselt, fordert Satz 2 den ununterbrochenen und unmittelbaren Sichtkontakt. Dabei handelt es sich um eine zusätzliche Schutzmaßnahme für die Gefangenen, die keine Beobachtung im Sinne des § 89 Abs. 2 Nr. 2 darstellt.

### **Zu § 91 - Ärztliche Überwachung:**

Die Bestimmung entspricht § 74 ThürJStVollzG und § 53 ThürUVollzG.

Absatz 1 Satz 1 regelt die ärztliche Überwachung von Gefangenen, gegen die eine besondere Sicherungsmaßnahme gemäß § 89 Abs. 2 Nr. 5 oder 6 angeordnet ist. Nach Satz 2 entfällt die ärztliche Überwachung dieser Maßnahmen bei Fesselungen während des Aufenthaltes der Gefangenen außerhalb der Anstalt sowie während ihrer Bewegung innerhalb der Anstalt.

Absatz 2 ordnet die regelmäßige Anhörung des Arztes für die Dauer des Entzugs des Aufenthaltes im Freien an. Darüber hinaus ist die ärztliche Anhörung nunmehr ausdrücklich auch bei der über 24 Stunden hinausgehenden Absonderung von Gefangenen erforderlich. Die kontinuierliche ärztliche

Überwachung soll gesundheitlichen Schäden vorbeugen und dient dem frühzeitigen Erkennen von gesundheitlichen Gefährdungen.

## **Vierzehnter Abschnitt**

### **Unmittelbarer Zwang**

#### **Zu § 92 - Begriffsbestimmungen:**

Die Bestimmung entspricht § 76 ThürJStVollzG und § 54 ThürUVollzG.

Absatz 1 enthält die Definition des unmittelbaren Zwangs, dessen Voraussetzungen im Einzelnen in den folgenden Bestimmungen dieses Abschnitts festgehalten sind. Sie entspricht derjenigen des allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsrechts. Der unmittelbare Zwang beruht auf dem staatlichen Gewaltmonopol. Staatliche Zwangsanwendungen können demnach nur solche Bedienstete ausüben, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen können. Dies sind in der Regel Angehörige des öffentlichen Dienstes, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen (Artikel 33 Abs. 4 des Grundgesetzes).

Absatz 2 definiert die körperliche Gewalt.

Absatz 3 Satz 1 führt Fesseln als zulässiges Hilfsmittel der körperlichen Gewalt beispielhaft auf. Satz 2 definiert Hieb- und Schusswaffen sowie Reizstoffe als Waffen und damit als weitere zulässige Mittel des unmittelbaren Zwangs.

Absatz 4 macht die Verwendung von Waffen und Hilfsmitteln von deren dienstlicher Zulassung abhängig.

### **Zu § 93 - Allgemeine Voraussetzungen:**

Die Bestimmung entspricht § 77 ThürJStVollzG und § 55 ThürUVollzG und enthält die allgemeinen Voraussetzungen, unter denen Bedienstete unmittelbaren Zwang anwenden dürfen. Absatz 1 legt fest, dass unmittelbarer Zwang nur zur Durchsetzung rechtmäßiger Maßnahmen zulässig und zudem ultima ratio ist. Zunächst haben die Bediensteten zu versuchen, die Gefangenen auf andere Weise zu einem ihren Pflichten entsprechenden Verhalten zu bewegen. Sie sind zur Anwendung unmittelbaren Zwangs erst dann befugt, wenn sie ihre Aufgabe mit anderen Mitteln nicht erfüllen können.

Absatz 2 gibt den Bediensteten auch gegenüber Dritten das Recht, unmittelbaren Zwang anzuwenden, wenn sie Gefangene zu befreien oder in den Anstaltsbereich widerrechtlich einzudringen versuchen oder sich dort unbefugt aufhalten. Die Anstalt wird hierdurch in die Lage versetzt, auch gegenüber anderen Personen, die sich in ihren Wirkungsbereich begeben haben, die Erfüllung ihrer Aufgaben durchsetzen zu können.

Absatz 3 stellt klar, dass die Befugnis zur Anwendung unmittelbaren Zwangs aufgrund anderer Vorschriften durch die dazu bestimmten Hoheitsträger unberührt bleibt. Dies gilt beispielsweise für die Ausübung von Notwehr-, Notstands-, Verfolgungs- und Festnahmerechten nach den §§ 32, 34 StGB bzw. § 127 StPO. Die Bediensteten tragen nach § 36 Abs. 1

des Beamtenstatusgesetzes, der unmittelbar auch für Landesbeamte gilt, die persönliche Verantwortung für die Rechtmäßigkeit der von ihnen durchgeführten Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs. Handeln sie allerdings auf Anordnung ihrer Vorgesetzten, werden sie unter den weiteren Voraussetzungen des § 36 Abs. 2 und 3 des Beamtenstatusgesetzes von dieser Verantwortung entlastet. Für eine landesrechtliche Regelung dieser Materie ist daneben kein Raum.

#### **Zu § 94 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit:**

Die Bestimmung entspricht § 78 ThürJStVollzG und § 56 ThürUVollzG und enthält den unter anderem auch im allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsrecht geltenden Grundsatz, dass nur solche Maßnahmen angewendet werden dürfen, die geeignet, erforderlich und zweckmäßig sind, das angestrebte Ziel zu erreichen. Dies bedeutet auch, dass eine Maßnahme nur so lange und so weit durchgeführt werden darf, wie ihr Zweck es erfordert.

Absatz 1 statuiert die Wahl des mildesten Mittels, Absatz 2 eine Folgenabschätzung.

#### **Zu § 95 - Androhung:**

Die Bestimmung entspricht § 80 ThürJStVollzG und § 58 ThürUVollzG.

Nach Satz 1 hat der Anwendung unmittelbaren Zwangs wegen der Schwere des drohenden Eingriffs grundsätzlich eine "Vorwarnung" in Form der Androhung vorauszugehen. Die Androhung dient dazu, den Konflikt zu entschärfen. In Ausnahmefällen kann unmittelbarer Zwang nach Satz 2 allerdings sofort angewendet werden, etwa wenn die Anwendung unmittelbaren Zwangs bei vorheriger Androhung zu spät käme oder wenn unmittelbarer Zwang sofort angewendet werden muss, um eine Straftat zu verhindern oder eine gegenwärtige Gefahr abzuwenden.

### **Zu § 96 - Schusswaffengebrauch:**

Aufgrund der Gefährlichkeit des Einsatzes von Schusswaffen regelt die Bestimmung den Schusswaffengebrauch durch Bedienstete im Rahmen der Anwendung unmittelbaren Zwangs gesondert und unterscheidet zwischen dem Gebrauch innerhalb und außerhalb der Anstalt.

Nach Absatz 1 Satz 1 ist der Schusswaffengebrauch durch Bedienstete innerhalb der Anstalt verboten. Hinter dieser Regelung steht die Erkenntnis, dass der Schusswaffengebrauch innerhalb einer Anstalt eine erhöhte Gefahr der erheblichen Verletzung Unbeteiligter bedeutet. Ohnehin ist der Schusswaffengebrauch innerhalb der Anstalt nur in höchst seltenen Extremsituationen (z. B. Geiselnahmen oder Gefangenenaufstände) erforderlich. In diesen Fällen wird es jedoch in der Regel zum Einsatz von polizeilichen (Sonder-)Einsatzkommandos kommen, deren Mitglieder nicht nur zur Beendigung derartiger Extremsituationen speziell trainiert sind, sondern vor allem auch über eine wesentlich intensivere



Ausbildung an Schusswaffen verfügen, als es bei Bediensteten der Fall ist. Der Schusswaffengebrauch durch solche polizeilichen Einsatzkräfte bleibt nach Satz 2 zulässig. Der Gebrauch von Schusswaffen durch Bedienstete aufgrund allgemeiner Regelungen (z. B. Notwehr oder Notstand) bleibt unberührt.

Nach Absatz 2 ist der Schusswaffengebrauch durch Bedienstete außerhalb der Anstalt nach Maßgabe der Absätze 3 bis 5 zulässig, jedoch in Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes nur dann, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges zuvor erfolglos waren oder nicht erfolgversprechend sind.

Absatz 3 beschreibt wesentliche Einschränkungen des Schusswaffengebrauchs außerhalb der Anstalt. So sind gemäß Satz 1 ausschließlich die dazu bestimmten Bediensteten hierzu befugt. Auf diese Weise wird ein angemessener Aus- und Fortbildungsstand der Bediensteten sichergestellt. Weiterhin ist die Zielsetzung des Schusswaffengebrauchs darauf beschränkt, andere Personen angriffs- oder fluchtunfähig zu machen. Selbst bei Vorliegen dieser Voraussetzungen ist nach Satz 2 der Schusswaffengebrauch jedoch auch dann unzulässig, wenn dadurch erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden würden. In diesen Fällen hat unter Beachtung des hohen Stellenwerts eines Menschenlebens der Einsatz von Schusswaffen durch Bedienstete zu unterbleiben.

Absatz 4 geht § 95 als spezielle Regelung vor. Der Verzicht auf vorherige Androhung ist nur unter der engeren Voraussetzung

möglich, dass dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist.

Nach Absatz 5 ist der Schusswaffengebrauch außerhalb der Anstalt durch Bedienstete gegen Gefangene nur in bestimmten Situationen zulässig. Gegen minderjährige Gefangene ist der Gebrauch der Schusswaffe nur in den Fällen von Nummer 1 erlaubt, da diese Regelung eng mit Notwehr- und Notstandsrechten der Bediensteten zusammenhängt, ansonsten aber der Schusswaffeneinsatz gegen Minderjährige generell ausgeschlossen werden soll. Um die Flucht aus einer offenen Anstalt oder Abteilung zu verhindern, dürfen nach Satz 3 keine Schusswaffen gebraucht werden.

Gegen andere Personen als Gefangene dürfen nach Absatz 6 Schusswaffen nur im Fall einer gewaltsamen Gefangenenerbefreiung eingesetzt werden.

## **Fünftehnter Abschnitt**

### **Erzieherische Maßnahmen, Disziplinarmaßnahmen**

#### **Zu § 97 - Erzieherische Maßnahmen:**

Die Regelungen der Absätze 1, 3 und 4 entsprechen § 82 ThürJStVollzG und § 75 ThürUVollzG. Die Reaktionsmöglichkeiten der Bediensteten auf Pflichtverstöße der jungen Gefangenen können in drei Stufen erfolgen: Auf der ersten Stufe wird im Rahmen einer einvernehmlichen Konfliktregelung ein erzieherisches Gespräch mit den jungen Gefangenen geführt. Auf der zweiten Stufe werden sogenannte

erzieherische Maßnahmen und auf der dritten Stufe Disziplinarmaßnahmen gegen die jungen Gefangenen angeordnet.

Nach Absatz 1 sollen Konflikte zunächst dadurch gelöst werden, dass auf Pflichtverstöße der jungen Gefangenen unmittelbar erzieherisch reagiert wird. Eine solche Vorgehensweise dient dem Erreichen des Vollzugsziels im Allgemeinen eher als die Anordnung formeller Disziplinarmaßnahmen. Als Reaktion auf die Pflichtverletzung ist nach Satz 1 mit den jungen Gefangenen unverzüglich ein erzieherisches Gespräch zu führen. Weitere denkbare einvernehmliche Konfliktregelungen bedürfen keiner näheren gesetzlichen Konkretisierung, da sie sich bereits aus dem Erziehungsauftrag ergeben. Sie werden durchgeführt, um den jungen Gefangenen den Pflichtverstoß zu verdeutlichen und diesen mit ihnen aufzuarbeiten.

Reicht das erzieherische Gespräch nicht aus, können auf der zweiten Stufe nach Satz 2 möglichst dieselben Bediensteten, die das Gespräch mit den jungen Gefangenen geführt haben, weitere Maßnahmen anordnen, die geeignet sind, den jungen Gefangenen ihr Fehlverhalten bewusst zu machen. Diese erzieherischen Maßnahmen sind von Disziplinarmaßnahmen zu unterscheiden. Den erzieherischen Maßnahmen geht im Gegensatz zu den Disziplinarmaßnahmen kein förmliches Verfahren voraus. Dies hat den Vorteil, dass die Bediensteten auf die Verfehlung zeitnah und flexibel reagieren können. Die erzieherischen Maßnahmen sind eine Reaktion auf leichtere Pflichtverletzungen und haben grundsätzlich eine geringere Eingriffsintensität. Dies lässt sich anhand der in Satz 3 genannten Beispiele ablesen, für die eine zeitliche Be-

schränkung bis zu einer Woche vorgesehen ist, während entsprechende Disziplinarmaßnahmen für bis zu zwei Monate verhängt werden können. Die Aufzählung in Satz 3 ist nicht abschließend. Weitere, nicht in Satz 3 genannte erzieherische Maßnahmen sind z. B. Platzverweise, Fernsehverbote oder der Ausschluss von gemeinsamen Veranstaltungen. Die erzieherischen Maßnahmen haben als belastende Maßnahmen verhältnismäßig zu sein.

Absatz 2 ermöglicht die einvernehmliche Streitbeilegung anstelle der Anordnung einer erzieherischen Maßnahme. Satz 1 trägt einem zeitgemäßen Verständnis von Konfliktlösung Rechnung, wonach mit den jungen Gefangenen in geeigneten Fällen Gespräche mit dem Ziel des Abschlusses einer Vereinbarung geführt werden können. So können sich die jungen Gefangenen beispielsweise zur Wiedergutmachung des Schadens oder der Entschuldigung bei den Geschädigten bereit erklären. Erfüllen sie ihren Teil der Vereinbarung, so darf nach Satz 3 eine erzieherische Maßnahme aufgrund einer der Vereinbarung zugrunde liegenden Verfehlung nicht mehr angeordnet werden. Damit trägt die Regelung Nr. 56.2 der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze Rechnung. Durch die aktive Mitwirkung der jungen Gefangenen an der Aufarbeitung ihres Verhaltens und der ausgleichenden Lösung von Konflikten lassen sich vielfältige positive Auswirkungen erzielen. Auch kann das geordnete Zusammenleben in der Anstalt hierdurch leichter wieder hergestellt werden. Die jungen Gefangenen lernen zudem Strategien zur Lösung und Vermeidung von (Alltags-)Konflikten, die in ähnlicher Form auch nach ihrer Entlassung gewöhnlich auftreten. Dieses Verfahren greift den Gedanken des § 84 Abs. 1 Satz 2 auf.

Erzieherische Maßnahmen können nur von solchen Bediensteten angeordnet werden, die gemäß Absatz 3 vom Anstaltsleiter hierzu ermächtigt sind. Eine solche Ermächtigung kann für einen bestimmten Personenkreis generell, aber auch für einzelne Personen, die z. B. eine bestimmte Veranstaltung beaufsichtigen, ausgesprochen werden.

Die erzieherischen Maßnahmen sollen nach Absatz 4 im Zusammenhang mit der Verfehlung stehen, weil damit den jungen Gefangenen eher erkennbar wird, warum ihnen eine beschränkende Maßnahme auferlegt wird, und sie idealerweise zum Nachdenken und zur Abkehr von ihrem Fehlverhalten veranlasst werden.

### **Zu § 98 - Disziplinarmaßnahmen:**

Disziplinarmaßnahmen bezwecken die Aufrechterhaltung der Sicherheit und des geordneten Zusammenlebens in der Anstalt. Der Anstaltsleiter kann sie nach pflichtgemäßem Ermessen anordnen, hiervon jedoch auch absehen, wenn sich Sicherheit und Ordnung mit weniger einschneidenden Maßnahmen erreichen lassen. Dieser Grundsatz erfährt in § 101 Abs. 2 eine besondere Ausprägung, nach dem zur Abwendung von Disziplinarmaßnahmen Vereinbarungen beispielsweise zur Schadenswiedergutmachung, Entschuldigung bei Geschädigten, Erbringung von gemeinnützigen Leistungen oder zum Verbleib auf dem Haftraum getroffen werden können und bei Einhaltung der Vereinbarung keine Disziplinierung erfolgt.

Absatz 1 entspricht § 83 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 60 Abs. 1 ThürUVollzG und zählt die Verstöße auf, die eine Disziplinarmaßnahme nach sich ziehen können. Dadurch wird den Gefangenen deutlich gemacht, dass das dort genannte Verhalten auf keinen Fall geduldet wird, sondern Konsequenzen nach sich zieht. Eine Disziplinarmaßnahme setzt ein rechtswidriges und schuldhaftes Verhalten der Gefangenen voraus. Nummer 2 umfasst auch die Fälle, in denen Gefangene das Anstaltsgelände verschmutzen, indem sie Lebensmittel oder andere Gegenstände aus den Haft-raumfenstern werfen. Nach Nummer 6 werden das Entweichen und der Versuch des Entweichens disziplinarrechtlich geahndet, obwohl eine strafrechtliche Ahndung nicht erfolgt. Straf- und Disziplinarrecht unterscheiden sich nach Rechtsgrund und Zweckbestimmung. Das strafrechtliche Delikt liegt in der Verletzung eines von der Rechtsordnung allgemein geschützten Rechtsguts, das disziplinarwürdige Vergehen in der Störung der besonderen, nur einem bestimmten Kreis von Personen auferlegten Ordnung. Die Disziplinarmaßnahme bezweckt die Aufrechterhaltung eines geordneten Anstaltsbetriebs. Vor diesem Hintergrund ist das Entweichen aus der Anstalt disziplinarwürdig, da die Gefangenen gehalten sind, den Entzug der Freiheit zu dulden. Nach Nummer 7 stellen Verstöße gegen Weisungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Lockerungen einen weiteren Disziplinierungsgrund dar. Die Disziplinierung kann das mildere Mittel gegenüber einem möglichen Widerruf der Lockerungen sein. Gemäß Nummer 8 kann eine Disziplinarmaßnahme auch angeordnet werden, wenn Untersuchungsgefangene gegen eine Anordnung nach § 119 Abs. 1 StPO verstoßen. Nach Nummer 9 kann eine Disziplinarmaßnahme verhängt werden,

wenn die Gefangenen in sonstiger Weise wiederholt oder schwerwiegend gegen die Hausordnung verstoßen und dadurch das geordnete Zusammenleben in der Anstalt stören. Die Voraussetzung "wiederholt oder schwerwiegend" stellt sicher, dass die Disziplinarmaßnahme nur als Reaktion auf eine qualifizierte Pflichtverletzung verhängt werden kann. Gefangene können nach Nummer 10 auch disziplinarisch belangt werden, wenn sie sich zugewiesenen Aufgaben entziehen, Jugendstrafgefangene darüber hinaus, wenn sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht genügt haben.

Absatz 2 entspricht § 83 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 75 Abs. 4 ThürUVollzG und betont die Subsidiarität des Disziplinarrechts bei jungen Gefangenen. Er bestimmt, dass nach einem erzieherischen Gespräch und einer erzieherischen Maßnahme Disziplinarmaßnahmen nur angeordnet werden können, wenn erzieherische Maßnahmen nach § 97 nicht ausreichen, um den jungen Gefangenen das Unrecht ihrer Handlung zu verdeutlichen. Damit ist klargestellt, dass nach Möglichkeit eine positiv motivierende Einwirkung auf die jungen Gefangenen im Vordergrund steht, dass aber die für einen geordneten Betrieb notwendigen Verhaltensregeln auch der Flankierung durch Sanktionen bedürfen, welche die Anstalt selbst verhängen kann. Disziplinarmaßnahmen sind das letzte Mittel vollzuglicher Sanktionen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist zu berücksichtigen.

Absatz 3 regelt in Satz 1 abschließend die zulässigen Disziplinarmaßnahmen. Diese orientieren sich im Wesentlichen an der bisherigen Rechtslage (§ 83 Abs. 3 ThürJStVollzG und § 61 Abs.1 ThürUVollzG). Allerdings verzichtet die Bestimmung im

Hinblick auf die Informationsfreiheit auf den Entzug des Hörfunkempfangs als Disziplinarmaßnahme. Der Entzug des Lesestoffs ist nicht mehr zeitgemäß und daher als Disziplinarmaßnahme entfallen. Die Beschränkung von Außenkontakten ist ebenfalls nicht mehr vorgesehen, da sie von besonderer Bedeutung für die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen sind. Weggefallen ist ferner die getrennte Unterbringung während der Freizeit. Neu eingeführt wurde die Kürzung des Arbeitsentgelts gemäß Nummer 7 als mildere Maßnahme gegenüber dem auch weiterhin möglichen Entzug der zugewiesenen Arbeit sowie die Beschränkung oder der Entzug von Annehmlichkeiten nach § 64 bis zu drei Monaten gemäß Nummer 6. Die in den Nummern 1 bis 9 aufgeführten Disziplinarmaßnahmen stehen nicht in einer Rangfolge, wenn auch regelmäßig der Verweis (Nummer 1) die geringste und der Arrest (Nummer 9) die schwerste Sanktion darstellen wird. Satz 2 modifiziert den Anwendungsbereich und die Dauer der Aufrechterhaltung einzelner Disziplinarmaßnahmen für junge Gefangene.

In Absatz 4, der § 83 Abs. 6 ThürJStVollzG und § 61 Abs. 3 ThürUVollzG entspricht, sind die erhöhten Anforderungen geregelt, die an eine Arrest nach sich ziehende Verfehlung zu stellen sind. Die Verhängung von Arrest ist auf absolute Ausnahmefälle zu beschränken. Dies entspricht Nr. 60.5 der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze.

Nach Absatz 5 können mehrere Disziplinarmaßnahmen miteinander verbunden werden (vgl. § 83 Abs. 5 ThürJStVollzG und § 61 Abs. 2 ThürUVollzG).



Zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ist eine zügige Ahndung von Pflichtverstößen geboten. Daher lässt Absatz 6 Disziplinarmaßnahmen auch dann zu, wenn wegen derselben Verfehlung ein Straf- oder Bußgeldverfahren eingeleitet wird (vgl. § 83 Abs. 4 ThürJStVollzG und § 60 Abs. 3 ThürUVollzG).

Absatz 7 entspricht § 61 Abs. 4 ThürUVollzG. Nach Satz 1 sind bei der Auswahl der Disziplinarmaßnahmen Grund und Zweck der Haft sowie die psychischen Auswirkungen der Untersuchungshaft und des Strafverfahrens auf die Untersuchungsgefangenen zu berücksichtigen. Satz 2 hebt hervor, dass die Anordnung und der Vollzug einer Disziplinarmaßnahme die Durchführung des Strafverfahrens nicht behindern dürfen. Sie dürfen insbesondere keine Auswirkungen auf die Dauer der Untersuchungshaft haben, die Untersuchungsgefangenen nicht bei der Vorbereitung ihrer Verteidigung beeinträchtigen oder das Verfahren behindern.

### **Zu § 99 - Vollzug der Disziplinarmaßnahmen, Aussetzung zur Bewährung:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 84 ThürJStVollzG und § 62 ThürUVollzG.

Nach Absatz 1 Satz 1, der § 84 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 62 Abs. 1 ThürUVollzG entspricht, werden Disziplinarmaßnahmen in der Regel sofort vollstreckt. Zur Gewährleistung des Grundrechts auf effektiven Rechtsschutz aus Artikel 19 Abs. 4

des Grundgesetzes sieht Satz 2 die Aussetzung der Vollstreckung der Disziplinarmaßnahme vor, soweit dies erforderlich ist. So wird regelmäßig für die Dauer der Entscheidung über einen Antrag der Gefangenen auf Aussetzung der Vollstreckung der Disziplinarmaßnahme bei der Strafvollstreckungskammer gemäß § 114 Abs. 2 StVollzG zu verfahren sein.

Nach Absatz 2 Satz 1 können die Disziplinarmaßnahmen ganz oder teilweise bis zu sechs Monate zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Gefangenen sich auch ohne Vollzug der Disziplinarmaßnahme ordnungsgemäß verhalten werden (vgl. § 84 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 62 Abs.2 ThürUVollzG). Erfüllen die Gefangenen die in sie gesetzten Erwartungen nicht, ermöglicht Satz 2 den Widerruf.

Absatz 3 stellt klar, dass Disziplinarmaßnahmen, die im Vollzug der Untersuchungshaft angeordnet worden sind, auch während einer unmittelbar nachfolgenden Haft vollstreckt werden können.

Absatz 4 regelt den Vollzug des Arrests. Nach Satz 1 werden die Gefangenen von anderen Gefangenen getrennt untergebracht. Die Unterbringung in einem besonderen Arrestraum ist nach Satz 2 nicht zwingend vorgeschrieben, um eine größere Flexibilität zu erreichen. Die Gefangenen können auch in ihrem Haftraum in Einzelunterbringung verbleiben. Satz 3 regelt die Ausgestaltung des Arrests und legt fest, welche Befugnisse und Rechte den Gefangenen entzogen werden können.

Absatz 5 schreibt entsprechend § 84 Abs. 3 Satz 2 ThürJStVollzG und § 75 Abs. 5 Satz 2 ThürUVollzG vor, dass der Arrest bei jungen Gefangenen erzieherisch auszugestalten ist.

### **Zu § 100 - Disziplinarbefugnis:**

Die Bestimmung entspricht § 85 ThürJStVollzG und § 63 ThürUVollzG.

Absatz 1 Satz 1 legt die Disziplinarbefugnis des Anstaltsleiters fest. Satz 2 enthält eine Zuständigkeitsregelung für den Fall einer Verfehlung während des Transports in eine andere Anstalt zum Zweck der Verlegung. Im Gegensatz zur Verlegung bleibt in den Fällen der Überstellung die Disziplinarbefugnis des Leiters der Stammanstalt erhalten.

Bei Verfehlungen gegen den Anstaltsleiter entscheidet nach Absatz 2 die Aufsichtsbehörde, weil nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen niemand "Richter in eigener Sache" sein kann.

Gemäß Absatz 3 werden Disziplinarmaßnahmen, die in einer anderen Anstalt oder während einer Untersuchungshaft angeordnet worden sind, auf Ersuchen vollstreckt. Der Anstaltsleiter der aufnehmenden Anstalt kann eine Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung nach § 99 Abs. 2 Satz 1 anordnen.

## **Zu § 101 - Verfahren:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 86 ThürJSt-VollzG und § 64 ThürUVollzG.

Absatz 1 enthält wichtige Verfahrensgrundsätze entsprechend § 136 StPO, die bisher allenfalls in Verwaltungsvorschriften enthalten waren. Gesetzesrang soll nunmehr die Unterrichtung der Gefangenen über die ihnen zur Last gelegten Verfehlungen und die Verpflichtung zur Ermittlung sowohl belastender als auch entlastender Umstände erhalten. Die Belehrung über das Recht der Aussageverweigerung ist aus rechtsstaatlichen Gründen erforderlich, in Fällen, bei denen der Tatvorwurf strafbares Verhalten beinhaltet, gerade auch mit Blick auf das nachfolgende Strafverfahren.

Absatz 2 Satz 1 und 2 trägt wie § 97 Abs. 2 Satz 1 einem zeitgemäßen Verständnis von Konfliktlösungen Rechnung. Erfüllen die Gefangenen ihren Teil der Vereinbarung, so darf nach Satz 3 eine Disziplinarmaßnahme aufgrund einer der Vereinbarung zugrunde liegenden Verfehlung nicht mehr angeordnet werden.

Die Möglichkeit, nach Absatz 3 mehrere gleichzeitig zu beurteilende Verfehlungen durch eine Entscheidung zu ahnden, entspricht verfahrensökonomischen Grundsätzen.

Absatz 4 regelt die Entscheidungsfindung. Nach Satz 1 soll sich der Anstaltsleiter vor der Entscheidung mit Personen besprechen, die an der Vollzugsgestaltung mitwirken. Dadurch können deren spezifische Kenntnisse bei der Entscheidung

berücksichtigt werden. Er kann aber auch ausnahmsweise, z. B., wenn Eile geboten ist, sofort entscheiden. Nach Satz 2 ist die ärztliche Mitwirkung bei Disziplinarmaßnahmen gegen Gefangene, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, oder gegen Schwangere oder stillende Mütter stets erforderlich. Damit soll verhindert werden, dass der Anstaltsleiter Maßnahmen verhängt, durch die die Gesundheit der Gefangenen gefährdet werden könnte.

Absatz 5 enthält weitere wichtige Verfahrensgarantien sowie Begründungs- und Dokumentationspflichten.

Absatz 6 schreibt die Beteiligung eines Arztes vor und während des Arrestvollzugs vor, um gesundheitliche Schäden der Gefangenen zu vermeiden. Gegebenenfalls hat der Arrest zu unterbleiben oder ist er zu unterbrechen. Dies gilt im Vollzug der Untersuchungshaft auch dann, wenn durch den Vollzug des Arrests der Fortgang des Strafverfahrens gefährdet würde.

## **Sechzehnter Abschnitt**

### **Aufhebung von Maßnahmen, Beschwerde**

#### **Zu § 102 - Aufhebung von Maßnahmen:**

Die Bestimmung bildet die Rechtsgrundlage für die Aufhebung nach diesem Gesetzentwurf getroffener vollzoglicher Maßnahmen. Sie ist subsidiär gegenüber besonderen Aufhebungsbestimmungen des Gesetzentwurfes.

Absatz 1 erstreckt den Anwendungsbereich auf Maßnahmen, die auch nach § 109 Abs. 1 Satz 1 StVollzG Gegenstand gerichtlichen Rechtsschutzes sein können. Die dortige weite Definition der Maßnahme wird übernommen. Der Anwendungsbereich ist nicht beschränkt auf Maßnahmen gegen Gefangene, auch Maßnahmen nach diesem Gesetz gegen Dritte werden erfasst. Ebenso gilt die Bestimmung nicht nur für Maßnahmen der Anstalt, sondern auch für solche der Aufsichtsbehörde.

Die in den Absätzen 2 und 3 getroffene Unterscheidung zwischen rechtswidrigen und rechtmäßigen Maßnahmen entspricht den Regelungen im allgemeinen Verwaltungsverfahrensrecht.

Dementsprechend ermöglicht Absatz 2 grundsätzlich die Rücknahme rechtswidriger Maßnahmen. Diese Rücknahme wird nicht auf die Zukunft beschränkt, sondern kann auch für die Vergangenheit erfolgen. Dies ist häufig erforderlich und geboten, um etwaige Folgewirkungen rechtswidriger Maßnahmen beseitigen zu können.

Demgegenüber ist rechtmäßigen Maßnahmen eine höhere Rechtsbeständigkeit zuzuerkennen. Für deren Widerruf enthält Absatz 3 daher einschränkende tatbestandliche Voraussetzungen und begrenzt zudem die Wirkung der Aufhebung auf die Zukunft. Die Widerrufsgründe lehnen sich eng an diejenigen für den Widerruf von Lockerungen und Urlaub nach § 14 Abs. 2 Satz 1 StVollzG an. Nummer 1 enthält den "klassischen" Widerrufsgrund des nachträglich veränderten Sachverhalts. Die dort ebenfalls aufgenommene Variante (bei

Erlass der Maßnahme schon gegebener, aber erst) nachträglich bekannt gewordener Umstände betrifft Ermessensentscheidungen; denn insoweit kommt es auf die der die Entscheidung treffenden Stelle im Zeitpunkt der Entscheidung bekannten Umstände an. In Nummer 2 wird der Missbrauch von Maßnahmen als einer der hauptsächlichen Widerrufsgründe im Vollzug ausdrücklich benannt, auch wenn die hier erfassten Fälle sich als Unterfälle zu Nummer 1 darstellen dürften. Der Widerrufsgrund nach Nummer 3, Nichtbefolgung von Weisungen, entspricht dem allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht.

Absatz 4 enthält eine das nach den Absätzen 2 und 3 gegebene Ermessen der die Entscheidung treffenden Stelle bindende Vorgabe zur Berücksichtigung des Vertrauensschutzes Betroffener. Die Notwendigkeit, den Vertrauensschutz auch der Gefangenen bei Rücknahme und Widerruf begünstigender vollzuglicher Maßnahmen zu berücksichtigen, ist in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit langem anerkannt. In Anlehnung an das allgemeine Verwaltungsverfahrenrecht ist es sinnvoll, den entsprechenden Grundsatz gesetzlich zu verankern. Führt die nach Satz 1 gebotene Abwägung zwischen Vertrauensschutz und vollzuglichen Interessen zu dem Ergebnis, dass Letztere überwiegen, bedeutet das nicht, dass Rücknahme und Widerruf zu erfolgen hätten, sondern nur, dass der Raum für weitere Ermessenserwägungen eröffnet ist. Die Bestimmung verzichtet auf eine nähere Ausdifferenzierung der Begriffe des schutzwürdigen Vertrauens und der vollzuglichen Interessen, da die entsprechenden Begriffe im allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht etabliert sind. Lediglich der dort

gebräuchliche weite Begriff des öffentlichen Interesses wird entsprechend dem Regelungsbereich dieses Gesetzes auf vollzugliche Interessen eingeengt. Vollzugliche Interessen in diesem Sinne leiten sich sowohl aus dem Vollzugsziel als auch aus der Aufgabe der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung der Anstalt ab. Satz 2 gibt für eine bestimmte Konstellation das Abwägungsergebnis zwingend dahingehend vor, dass das vollzugliche Interesse überwiegt, dies aber nur unter der strengen Voraussetzung der Unerlässlichkeit. Es darf also keine andere Alternative zur Gewährleistung der Anstaltssicherheit bestehen als die Aufhebung der Maßnahme.

Absatz 5 stellt klar, dass die Möglichkeit der Aufhebung vollzuglicher Maßnahmen durch die Vollzugsbehörden zu dem bundesrechtlich geregelten gerichtlichen Rechtsschutz hinzutritt.

### **Zu § 103 - Beschwerderecht:**

Die Bestimmung entspricht § 87 ThürJStVollzG und § 65 ThürUVollzG.

Absatz 1 gibt den Gefangenen das Recht, sich mit ihren Anliegen an den Anstaltsleiter zu wenden. Dies kann schriftlich oder mündlich geschehen. Die Gewährleistung dieses Rechts im Einzelnen regelt der Anstaltsleiter im Rahmen seines pflichtgemäßen Ermessens. Er muss das Gespräch nicht persönlich führen (§ 107 Abs. 1 Satz 2).



Wie in Absatz 2 steht dieses Recht den Gefangenen nur in eigenen Angelegenheiten zu. Beschwerden allgemeiner Art oder Anliegen zu Gunsten Dritter können Gefangene über die Interessenvertretung (§ 111) an den Anstaltsleiter herantragen. Es handelt sich nicht um einen förmlichen Rechtsbehelf, sondern um die rechtlich garantierte Möglichkeit der Gefangenen, im Gespräch mit dem Anstaltsleiter Problem- und Konfliktlösungen zu erreichen. Insofern beschränkt sich der Anwendungsbereich der Bestimmung nicht auf Fälle, in denen sich Gefangene wegen Verletzung ihrer Rechte an den Anstaltsleiter wenden, sondern bezieht gleichermaßen Fälle ein, in denen Gefangene Wünsche äußern oder Schwierigkeiten artikulieren wollen. Damit gewährleistet Absatz 1 ein Mittel der einvernehmlichen Konfliktlösung, das entsprechend dem Vollzugsziel den Vorrang vor gerichtlichen Verfahren verdient. Den Gefangenen steht es frei, sich gleichzeitig an die Gerichte, den Petitionsausschuss des Landtags oder an andere Stellen zu wenden.

Absatz 2 stellt sicher, dass die Gefangenen bei einer Berücksichtigung der Anstalt durch Vertreter der Aufsichtsbehörde ihre Anliegen vortragen können.

Absatz 3 stellt klar, dass die Möglichkeit, Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen, neben den Gesprächs- und Anhörungsrechten nach den Absätzen 1 und 2 bestehen bleibt.

**Siebzehnter Abschnitt**  
**Kriminologische Forschung**  
**Zu § 104 - Evaluation, kriminologische Forschung:**

Die Bestimmung entspricht § 97 Abs. 1 und 2 Satz 1 ThürJStVollzG.

Um die Legalprognose der aus dem Vollzug Entlassenen zu verbessern, müssen vollzugliche Maßnahmen auf den Behandlungsbedarf der Straf- und Jugendstrafgefangenen zugeschnitten werden. Hierfür sind die Behandlungsprogramme des Vollzugs der Freiheits- und Jugendstrafe auf wissenschaftlicher Basis zu konzipieren, zu standardisieren und zu evaluieren. Für die Fortentwicklung des Vollzugs ist dessen wissenschaftliche Auswertung unerlässlich. Erst eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung ermöglicht, den Nutzen der verschiedenen Maßnahmen zu beurteilen, erfolgreiche Ansätze zu erkennen und weiterzuentwickeln sowie Fehler in der Konzeption und Umsetzung von Programmen festzustellen und künftig zu vermeiden. Kriminologische Forschung muss nach wissenschaftlich fundierter, anerkannter Methodik erfolgen. Hierzu ist der kriminologische Dienst wegen seiner Nähe zur vollzuglichen Praxis in besonderer Weise berufen. Die wissenschaftliche Begleitung und Erforschung kann aber auch durch eine Hochschule oder durch eine andere geeignete Stelle erfolgen.

## **Achtzehnter Abschnitt**

### **Aufbau und Organisation der Anstalten**

#### **Zu § 105 - Anstalten:**

Nach Absatz 1 Satz 1 sind bei der Einrichtung von Anstalten und deren Abteilungen die unterschiedlichen vollzuglichen Anforderungen zu berücksichtigen. Nur dann wird die Möglichkeit geschaffen, effektiv dem unterschiedlichen Maßnahmenbedarf der Gefangenen wie auch differenzierten Anforderungen an die Sicherheit von Anstalten Rechnung zu tragen. Die Einrichtung von sozialtherapeutischen Abteilungen ist nach Satz 2 zwingend vorgegeben.

Absatz 2 schreibt vor, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die dem jeweiligen Bedarf entsprechende Anzahl von Plätzen zur Durchführung von Maßnahmen vorzusehen. Das Ziel der Eingliederung der Gefangenen nach der Entlassung setzt ein individuelles, an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Gefangenen orientiertes Angebot an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitstherapie, Arbeitstraining und Arbeit voraus. Es ist an den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten. Daher muss sich auch die räumliche und technische Ausstattung an den Standards in vergleichbaren Einrichtungen außerhalb der Anstalt orientieren.

Haft- und Funktionsräume sind gemäß Absatz 3 zweckentsprechend auszustatten.

Unbeschadet der öffentlich-rechtlichen Verantwortung der Anstalt kann den Mitarbeitern von Privatunternehmen gemäß

Absatz 4 die fachliche und technische Anleitung von Gefangenen übertragen werden.

### **Zu § 106 - Festsetzung der Belegungsfähigkeit, Verbot der Überbelegung:**

Die Bestimmung entspricht § 99 ThürJStVollzG und § 77 ThürUVollzG.

Die Festsetzung der Belegungsfähigkeit nach Absatz 1 Satz 1 dient der Sicherstellung vollzuglicher Rahmenbedingungen, unter denen das Vollzugsziel erreicht werden kann, da die personellen und sachlichen Mittel der Anstalt nach der Belegungsfähigkeit bemessen werden. Die Bezugnahme in Satz 2 auf § 105 Abs. 2 macht deutlich, dass bei der Festsetzung der Belegungsfähigkeit der Anstalt auch Anzahl und Ausstattung von Plätzen zu berücksichtigen sind. Ohne eine organisatorische und personelle Untersetzung der vollzuglichen Maßnahmen bleiben die Vollzugs- und Eingliederungspläne Makulatur.

Das Verbot der Überbelegung nach Absatz 2 sichert die angemessene Unterbringung der Gefangenen.

Ausnahmen hiervon sind nur in den engen Grenzen des Absatzes 3 zulässig, etwa bei Belegungsspitzen oder in Notsituationen.

## **Zu § 107 - Anstaltsleitung:**

Die Bestimmung entspricht § 101 ThürJStVollzG und § 79 ThürUVollzG.

Der Anstaltsleiter ist gemäß Absatz 1 Satz 1 für die Organisation der Anstalt und die Ausgestaltung des Vollzugs, insbesondere für dessen konzeptionelle Ausrichtung und Fortentwicklung, verantwortlich. Er führt die Bediensteten und steuert die Anstalt durch Aufsicht und Controlling. Er hält und fördert den Kontakt zu anderen Anstalten des Landes, berücksichtigt die Interessen des Gesamtvollzugs und wirkt an der Lösung anstaltsübergreifender Fragen mit. Darüber hinaus vertritt der Anstaltsleiter die Anstalt nach außen und repräsentiert sie in der Öffentlichkeit. Nach Satz 2 kann er Aufgaben, auch der Vertretung der Anstalt nach außen, auf andere Bedienstete delegieren. In der Regel geschieht dies durch den Geschäftsverteilungsplan. Die Bediensteten werden im Auftrag des Anstaltsleiters tätig. Eine Übertragung ist grundsätzlich auch dann möglich, wenn das Gesetz einzelne Aufgaben ausdrücklich dem Anstaltsleiter zuweist; in diesem Fall wird allerdings eine besonders sorgfältige Prüfung erfolgen müssen. Nach Satz 3 kann sich die Aufsichtsbehörde die Zustimmung zur Übertragung vorbehalten.

Die Leitung der Anstalt erfolgt gemäß Absatz 2 durch einen hauptamtlichen Leiter, der regelmäßig dem höheren Dienst angehört. Eine besondere Fachrichtung der Ausbildung des

Anstaltsleiters schreibt das Gesetz nicht vor. Entscheidend ist die persönliche und fachliche Eignung.

### **Zu § 108 - Bedienstete:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 102 ThürJStVollzG und § 80 ThürUVollzG.

Absatz 1 bestimmt, dass grundsätzlich die Aufgaben der Justizvollzugsanstalten von Vollzugsbeamten wahrgenommen werden. Ausnahmen sollen nur in begrenzten Fällen möglich sein.

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass Ziel und Aufgabe des Vollzugs nur erreicht und erfüllt werden können, wenn die Anstalt angemessen mit Personal ausgestattet wird. Nur dann ist sie in der Lage, sowohl die zur Erreichung des Vollzugsziels notwendigen Maßnahmen durchzuführen, als auch den Erfordernissen von Sicherheit und Ordnung gerecht zu werden. Abstrakte Festlegungen sind nicht möglich. Die Personalausstattung muss die Besonderheiten der Anstalt und der Gefangenen berücksichtigen. Satz 2 hebt entsprechend § 102 Satz 2 ThürJStVollzG hervor, dass die im Vollzug der Jugendstrafe und der Untersuchungshaft an jungen Untersuchungsgefangenen tätigen Bediensteten für den Jugendstrafvollzug geeignet und qualifiziert sein müssen. Sinnvoll ist es, sie bereits vor Dienstantritt in der Anstalt durch gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auf die Arbeit im Jugendstrafvollzug vorzubereiten. Satz 3 enthält eine beispielhafte Aufzählung der vorzuhaltenden Bediensteten.

Absatz 3, der im Vergleich zur früheren Rechtslage eine Neuerung darstellt, verlangt besonders qualifiziertes Personal, weil es sich bei den Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung und den Jugendstrafgefangenen mit vorbehaltener Sicherungsverwahrung um besonders problematische Persönlichkeiten handelt. Um das angestrebte Ergebnis zu erzielen, bedarf es umso mehr einer intensiven, fachübergreifenden Zusammenarbeit und erforderlichenfalls der Hinzuziehung externen Sachverständs.

Nach Absatz 4 sollen Fortbildungsmaßnahmen einen angemessenen Qualitätsstandard sichern und einen professionellen Umgang mit den Gefangenen gewährleisten. Ein Rechtsanspruch einzelner Bediensteter auf Teilnahme an bestimmten Fortbildungsveranstaltungen besteht nicht.

### **Zu § 109 - Seelsorger:**

Die Bestimmung entspricht § 103 ThürJStVollzG und § 81 ThürUVollzG und schafft die organisatorischen Grundlagen für die Seelsorge in der Anstalt. Sie gewährt dabei den erforderlichen Spielraum, um die Seelsorge den Gegebenheiten der Anstalt und der Gefangenenpopulation entsprechend und im Einvernehmen mit der jeweiligen Religionsgemeinschaft auszugestalten.

Nach Absatz 1 sind Seelsorger in der Regel im Hauptamt tätig. Sie können jedoch auch auf vertraglicher Basis im Nebenamt bestellt werden. Hiervon bleibt die Möglichkeit unberührt, dass die Seelsorge daneben auch ehrenamtlich geleistet wird.

Falls sich in einer Anstalt nur wenige Angehörige einer Religionsgemeinschaft befinden, erlaubt Absatz 2 eine seelsorgerische Betreuung auch ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis.

Nach Absatz 3 können die Anstaltsseelsorger mit Zustimmung des Anstaltsleiters externe Seelsorgehelfer zuziehen.

### **Zu § 110 - Medizinische Versorgung:**

Die Bestimmung entspricht § 104 ThürJStVollzG und § 82 ThürUVollzG.

Absatz 1 schafft die Grundlage für die Organisation der medizinischen Versorgung. Er verzichtet darauf zu bestimmen, wie und durch wen die ärztliche Versorgung sichergestellt wird, um nach den jeweiligen Gegebenheiten eine hauptamtliche, nebenamtliche oder vertragsärztliche Versorgung zu ermöglichen.

Nach Absatz 2 sollen die zur Krankenpflege eingesetzten Personen bei Ausübung ihrer Tätigkeit im Besitz einer Erlaubnis nach dem Krankenpflegegesetz sein. Es können jedoch auch Bedienstete aus dem allgemeinen Vollzugsdienst eingesetzt werden, die über sonstige Ausbildungen im medizinischen Bereich verfügen.



### **Zu § 111 - Interessenvertretung der Gefangenen:**

Die Bestimmung entspricht § 107 ThürJStVollzG und § 83 ThürUVollzG und schafft den organisatorischen Rahmen, in dem sich Gefangene gemeinschaftlich in die Gestaltung des Anstaltslebens einbringen können. Die Interessenvertretung der Gefangenen bietet ein Übungsfeld zum Erlernen und Praktizieren demokratischer Regeln, des Respekts vor dem Willen und den Vorstellungen anderer und zur aktiven Mitwirkung bei Angelegenheiten von allgemeinem Interesse.

### **Zu § 112 - Hausordnung:**

Zweck der Hausordnung ist es, die gesetzlichen Bestimmungen den Gegebenheiten der jeweiligen Anstalt entsprechend zu konkretisieren und den Gefangenen zu erläutern. Die Hausordnung darf nur Beschränkungen enthalten, die ihre Grundlage in gesetzlichen Vorschriften finden. Nach § 12 Abs. 1 Satz 2 wird den Gefangenen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens ein Exemplar der Hausordnung ausgehändigt.

## **Neunzehnter Abschnitt**

### **Aufsicht, Beirat**

#### **Zu § 113 - Aufsichtsbehörde:**

Die Bestimmung entspricht § 12 Abs. 3, § 109 ThürJStVollzG und § 85 ThürUVollzG.

Absatz 1 regelt, wer die Aufsicht über die Anstalten führt. Die Aufsichtsbehörde kann sich externen Sachverständs bedienen. Da Verlegungen und Überstellungen wichtige anstaltsübergreifende Maßnahmen sind, kann sich die Aufsichtsbehörde nach Absatz 2 Entscheidungen hierüber vorbehalten.

### **Zu § 114 - Vollstreckungsplan, Vollzugsgemeinschaften:**

Die Bestimmung entspricht § 110 ThürJStVollzG und § 86 ThürUVollzG.

Nach Absatz 1 legt die Aufsichtsbehörde die sachliche und örtliche Zuständigkeit der einzelnen Anstalten fest. Dies trägt rechtsstaatlichen Erfordernissen Rechnung, da die Unterbringung aller rechtskräftig Verurteilten und Untersuchungsgefangenen so transparent ist.

Nach Absatz 2 können im Wege von Vollzugsgemeinschaften Freiheitsstrafen, Jugendstrafen und Untersuchungshaft auch in Vollzugseinrichtungen anderer Länder vollzogen werden. Dadurch wird es beispielsweise möglich, länderübergreifend Haftanstalten für besondere Gefangenengruppen vorzuhalten.

### **Zu § 115 - Beirat:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 111 ThürJStVollzG und § 87 ThürUVollzG und regelt eine

institutionalisierte Form der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Gestaltung des Vollzugs.

Die Anstalt ist gemäß Absatz 1 zur Bildung eines Anstaltsbeirats verpflichtet. Bedienstete dürfen ihm nicht angehören, um eine Interessenkollision zu vermeiden.

Der Anstaltsbeirat soll gemäß Absatz 2 eine doppelte Aufgabe erfüllen. Er soll einerseits Ideen und Anregungen von außen in den Vollzug einbringen und andererseits die Öffentlichkeit für Anliegen des Vollzugs sensibilisieren. Beiräte sollen bei allgemeinen Aspekten des Vollzugs beratend mitwirken. Sie sollen vielfältige Kontakte zur Außenwelt knüpfen und den Gefangenen hierdurch auch Hilfe zur Entlassungsvorbereitung leisten.

Nach Absatz 3 ist eine wichtige Aufgabe des Beirats, dem Anstaltsleiter, den Bediensteten und den Gefangenen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben können sich die Beiratsmitglieder gemäß Absatz 4 insbesondere ungehindert in der Anstalt bewegen, die Gefangenen in ihren Räumen aufsuchen und sich unüberwacht mit ihnen unterhalten.

Absatz 5 normiert eine Verschwiegenheitspflicht für vertrauliche Informationen, die den Beiratsmitgliedern in Ausübung ihres Ehrenamtes zur Kenntnis gelangt sind.

## **Zwanzigster Abschnitt**

### **Verhinderung von Mobilfunkverkehr**

#### **Zu § 116 - Störung des Mobilfunkverkehrs:**

Mobilfunkkommunikation stellt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt dar, da auf diesem Wege Kommunikationsverbote, insbesondere Anordnungen nach § 119 Abs. 1 StPO im Vollzug der Untersuchungshaft, umgangen sowie Straftaten oder Entweichungen vorbereitet oder unternommen werden können.

Absatz 1 Satz 1 normiert das Verbot des Besitzes und Betriebs von Geräten, die funkbasiert Informationen übertragen können, auf dem Anstaltsgelände. Zu diesen Geräten zählen insbesondere Mobiltelefone, aber auch sonstige Systeme wie Tablet-PCs, PDAs oder auch herkömmliche Funkgeräte, die eine Funkübertragung nutzen. Die weite Formulierung will auch künftig auf den Markt kommende Systeme erfassen. Satz 2 ermöglicht es dem Anstaltsleiter, Ausnahmen, beispielsweise für den offenen Vollzug, zu regeln.

Absatz 2 regelt die Befugnis der Anstalt, technische Geräte zum Auffinden von Geräten zur Funkübertragung und zur Störung des Mobilfunkverkehrs zu betreiben und schafft die nach § 55 Abs. 1 des Telekommunikationsgesetzes erforderliche Rechtsgrundlage für den Einsatz technischer Geräte zur Verhinderung des unerlaubten Mobilfunkverkehrs. Der Einsatz der in den Nummern 2 und 3 genannten Geräte bedarf einer gesetzlichen Grundlage, weil er einen Eingriff in die Rechte der Mobilfunkbetreiber darstellt, wenn auf deren Frequenzen gesendet wird.

Nach Absatz 3 hat die Anstalt die Vorgaben des § 55 Abs. 1 Satz 5 des Telekommunikationsgesetzes zu beachten, wonach der Mobilfunkverkehr außerhalb des Anstaltsgeländes nicht beeinträchtigt werden darf. Die von der Anstalt eingesetzten technischen Geräte dürfen diesen Rahmen nicht überschreiten. Der Mobilfunkverkehr der Anwohner der Anstalt darf durch den Betrieb der in Absatz 2 genannten Geräte nicht beeinträchtigt werden. Dies wird durch ein exaktes Einmessen der in der Anstalt installierten Anlage sichergestellt.

## **Einundzwanzigster Abschnitt**

### **Vollzug des Strafarrests**

#### **Zu § 117 - Grundsatz:**

Strafarrest nach § 9 des Wehrstrafgesetzes wird nach Artikel 5 des Einführungsgesetzes zum Wehrstrafgesetz an Soldaten der Bundeswehr ausschließlich von deren Behörden vollzogen. Sind die mit Strafarrest bestraften Soldaten aber aus dem Wehrdienst ausgeschieden, findet der Vollzug in Anstalten statt. Der Vollzug richtet sich daher gemäß Absatz 1 grundsätzlich nach den Regelungen zum Vollzug der Freiheitsstrafe. Einzelne Abweichungen hiervon beruhen darauf, dass diese Strafarrestanten nicht wesentlich schlechter gestellt werden sollen, als wenn der Strafarrest noch während der Bundeswehrzeit nach den Regelungen der Bundeswehrevollzugsordnung vollzogen worden wäre.

Nach Absatz 2 gelten bestimmte in § 118 enthaltene Abweichungen nicht, wenn der Strafarrest in Unterbrechung einer anderen freiheitsentziehenden Maßnahme vollzogen wird, denn

in diesen Fällen sind dieselben Sicherheitsstandards wie beim Vollzug der Freiheitsstrafe erforderlich.

### **Zu § 118 - Besondere Bestimmungen:**

Die Bestimmung ist notwendig, um die Strafarrestanten nicht wesentlich ungünstiger als im Arrestvollzug der Bundeswehr zu stellen. Die Abweichungen enthalten Erleichterungen des Vollzugs, der Schusswaffengebrauch gegen Strafarrestanten ist weitgehend ausgeschlossen.

## **Zweiundzwanzigster Abschnitt Datenschutz**

### **Zu § 119 - Anwendung des Thüringer Datenschutzgesetzes:**

Der Zweiundzwanzigste Abschnitt enthält vollzugsspezifische datenschutzrechtliche Bestimmungen und ergänzt damit die allgemeinen Datenschutzbestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes (ThürDSG). Die Begriffsbestimmungen des § 3 ThürDSG werden übernommen. Noch im Strafvollzugsgesetz enthaltene allgemeine datenschutzrechtliche Bestimmungen, die sich bereits im Thüringer Datenschutzgesetz finden, wurden, da nicht vollzugsspezifisch, nicht in das Gesetz aufgenommen.

## **Zu § 120 - Grundsatz, Begriffsbestimmungen, elektronische Akte:**

Die Bestimmung enthält die grundlegende Regelung für die Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten im Justizvollzug und bestimmt den für den Datenschutz in diesem Bereich wesentlichen Begriff der vollzuglichen Zwecke.

Absatz 1 legt den Zweck und damit den Umfang und die Grenzen der Datenverarbeitung fest. Personenbezogene Daten dürfen nur verarbeitet werden, soweit deren Kenntnis für vollzugliche Zwecke erforderlich ist. Damit ermöglicht es die Bestimmung einerseits der Anstalt und der Aufsichtsbehörde, die für den Justizvollzug notwendigen personenbezogenen Daten zu verarbeiten, und gewährleistet andererseits das aus Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes abgeleitete Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Dieses Grundrecht verlangt, dass ein Betroffener in der Lage sein muss, zu erkennen, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über ihn weiß. Einschränkungen dieses Grundrechts bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Die Bestimmung trägt den verfassungsrechtlichen Vorgaben Rechnung, indem sie den Verwendungszweck der Datenverarbeitung bereichsspezifisch und präzise bestimmt und die vollzuglichen Zwecke in Absatz 2 abschließend benennt.

Vollzugliche Zwecke sind neben Ziel und Aufgaben des Vollzugs nach den §§ 2 und 3 Abs. 1 auch die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt und die Sicherung des Vollzugs. Insbesondere zur Erreichung des

Vollzugsziels nach § 2 Abs. 1 Satz 1 ist ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung in der Regel erforderlich, so namentlich im Aufnahme- und Diagnoseverfahren sowie im Rahmen der Vollzugs- und Eingliederungsplanung. Ohne Kenntnis personenbezogener Daten könnte eine Vielzahl der die Gefangenen betreffenden Einzelfallentscheidungen nicht sachgerecht getroffen werden. Dies gilt auch für die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt. Die Sicherung des Vollzugs erfasst auch die zur Identifizierung oder Festnahme erforderliche Übermittlung von Daten an Vollstreckungs- und Strafverfolgungsbehörden, soweit dies für Zwecke der Fahndung und Festnahme der entwichenen oder sich sonst ohne Erlaubnis außerhalb der Anstalt aufhaltenden Gefangenen erforderlich ist.

Absatz 3 erlaubt es, zukünftig neben Papierakten auch elektronische Akten über Gefangene zu führen.

### **Zu § 121 - Erhebung von Daten über Gefangene bei Dritten:**

Die Bestimmung entspricht § 88 Abs. 2 Satz 2 ThürJStVollzG und § 88 Abs. 2 Satz 2 ThürUVollzG.

Abweichend vom Grundsatz des § 19 Abs. 2 Satz 1 ThürDSG, der die Datenerhebung bei den Betroffenen mit seiner Kenntnis normiert, kann sich die Notwendigkeit ergeben, in bestimmten Sachlagen Informationen bei anderen Personen als den Betroffenen erheben zu müssen. Hierzu gehören beispielsweise Auskünfte über die Wahrnehmungen von Bediensteten über das Verhalten der Gefangenen und



Auskünfte von Bezugspersonen über die sozialen Verhältnisse der Gefangenen. § 121 eröffnet daher die Möglichkeit, vom Grundsatz der Erhebung bei den Betroffenen abzuweichen.

Rechtsvorschriften nach Nummer 1 sind nur Rechtsnormen im materiellen Sinne, das heißt interne Regelungen wie Verwaltungsvorschriften oder Rundschreiben fallen nicht darunter. Ein Anwendungsfall nach Nummer 2 Buchst. a, in dem die zu erfüllende Vollzugsaufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen Personen oder Stellen erforderlich macht, kann beispielsweise die Fallgestaltung sein, dass die benötigten Informationen bei den Gefangenen selbst nicht zu erhalten sind oder Zweifel an der Richtigkeit ihrer Angaben bestehen. Unter Nummer 2 Buchst. a fällt auch die im Vollzug der Freiheits- und Jugendstrafe regelmäßig stattfindende Anforderung der Vollstreckungsunterlagen, die auf Nadel 2 der Gefangenenpersonalakte abgeheftet werden. Die Bestimmung verlangt in den Fällen der Nummer 2 eine Abwägung zwischen dem Interesse der Anstalt oder der Aufsichtsbehörde an der Erhebung ohne Mitwirkung der Betroffenen und deren möglicherweise entgegenstehenden Interessen.

### **Zu § 122 - Erhebung von Daten über andere Personen:**

Die Bestimmung entspricht § 88 Abs. 4 ThürJStVollzG und § 88 Abs. 4 ThürUVollzG und enthält eine Einschränkung der Erhebungsbefugnis für Daten über Personen, die nicht Gefangene sind, für den Fall, dass diese Daten ohne ihre Kenntnis erhoben werden sollen. Für vollzugliche Zwecke wird eine Datenerhebung über diesen Personenkreis und bei

außervollzuglichen Stellen nur selten erforderlich sein. Solche Daten können beispielsweise benötigt werden, wenn Erkenntnisse über familiäre Verhältnisse unverzichtbar sind und weder zuverlässig bei den Gefangenen noch mangels Mitwirkung bei ihren Angehörigen zu gewinnen sind. Dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird dadurch Rechnung getragen, dass die Datenerhebung für vollzugliche Zwecke unerlässlich sein muss und die Art der Erhebung schutzwürdige Interessen dieser Personen nicht beeinträchtigen darf.

### **Zu § 123 Unterrichtungspflichten:**

Die Bestimmung entspricht § 88 Abs. 5 ThürJStVollzG und § 88 Abs. 5 ThürUVollzG und versetzt die Gefangenen in Verbindung mit dem in § 135 geregelten Auskunft- und Akteneinsichtsrecht in die Lage, Kenntnis von den erhobenen Daten zu erlangen, um erforderlichenfalls ihre Rechte wahrnehmen zu können.

Satz 1 konkretisiert § 19 Abs. 3 Satz 4 ThürDSG durch eine vollzugsspezifische Regelung und sieht vor, dass die Betroffenen grundsätzlich über die ohne ihre Kenntnis erhobenen Daten zu benachrichtigen sind. Der Schutz des Einzelnen vor Eingriffen in seine Privatsphäre durch verdeckte Datenerhebung erfordert es, dass eine anschließende Unterrichtung nur dann unterbleiben darf, wenn durch die Mitteilung die Erfüllung des Erhebungszwecks gefährdet würde.

In den Fällen des Satzes 2, in denen personenbezogene Daten von Gefangenen nicht verdeckt, aber bei anderen Stellen, etwa bei Behörden oder anderen Personen, erhoben werden, können weitere Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, weil hier die Privatsphäre weniger gravierend berührt wird. Die Einschränkungen der die Gefangenen betreffenden Unterrichtspflicht sind im Unterfall der Nummer 1 auch zum Schutz der Persönlichkeitsrechte Dritter notwendig. Nummer 2 greift den bereits in § 19 Abs. 3 Satz 5 ThürDSG enthaltenen Grund des unverhältnismäßigen Aufwandes auf und verlangt zum Schutz der Gefangenen auch hier eine Interessenabwägung.

### **Zu § 124 - Besondere Formen der Datenerhebung:**

Die Bestimmung regelt als besondere Formen der Datenerhebung die Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen, die Videoüberwachung, die Maßnahmen zur Identifikation vollzugsfremder Personen beim Betreten des Anstaltsgeländes sowie das Auslesen von elektronischen Datenspeichern sowie elektronischen Geräten mit Datenspeichern.

Absatz 1 entspricht § 66 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 45 Abs. 1 ThürUVollzG und führt die zulässigen erkennungsdienstlichen Maßnahmen abschließend auf. Zweck der Erhebung ist die Sicherung des Vollzugs, d. h. die Erleichterung der Fahndung und des Wiederergreifens flüchtiger Gefangener oder die Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt. Insbesondere die Überprüfung der Identität von Gefangenen ist

für die Aufrechterhaltung der Sicherheit oder Ordnung von großer Bedeutung. Dafür sind die Aufnahme von Lichtbildern und die Erfassung biometrischer Merkmale im Sinne der Nummer 4 erforderlich. Vor allem in großen Anstalten mit hohen Zugangs- und Abgangszahlen sind diese erkennungsdienstlichen Maßnahmen notwendig, um z. B. die Gefahr irrtümlicher Entlassungen zu vermeiden. Die Erfassung biometrischer Merkmale ist eine sichere Methode, die Identität einer Person festzustellen. Sie ist einfach zu handhaben, nur mit geringen Eingriffen verbunden und wird deshalb außerhalb des Vollzugs in Sicherheitsbereichen bereits angewendet.

Absatz 2 Satz 1 erlaubt die Beobachtung einzelner Bereiche des Gebäudes, des Geländes und der unmittelbaren Umgebung der Anstalt durch Videokameras, soweit dies für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt erforderlich ist. Die Videoüberwachung erfolgt nach Satz 2 grundsätzlich offen, es sei denn, der Zweck der Maßnahme würde dadurch vereitelt. Satz 3 stellt klar, dass eine Videoüberwachung selbst dann durchgeführt werden darf, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden. Nach Satz 4 sind Hafträume - unbeschadet der insoweit spezielleren Regelung der Beobachtung der Gefangenen als besondere Sicherungsmaßnahme gemäß § 89 Abs. 2 Nr. 2 - von der Videoüberwachung ausgenommen, weil den Gefangenen dort mit Rücksicht auf ihre Privatsphäre eine Rückzugsmöglichkeit zur Verfügung stehen muss. Gemeinschaftsräume und Flure dagegen können nach Satz 1 videoüberwacht werden. Satz 5 besitzt eine klarstellende Funktion.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der Anstalt, namentlich zur Ermöglichung der Kontrolle von Besuchsverböten und der Verhinderung einer Entweichung durch Austausch von Besuchern mit Gefangenen, sieht Absatz 3 zur Identitätsfeststellung neben der Angabe der Personalien und dem Nachweis durch amtliche Ausweise unter engen Voraussetzungen das kurzzeitige Erfassen von biometrischen Merkmalen der vollzugsfremden Personen vor. Die Anstalt ist mithin eine zur Identitätsfeststellung berechnete Behörde im Sinne des § 2 Abs. 2 des Personalausweisgesetzes (PAuswG) und kann daher auch nach § 1 Abs. 1 Satz 3 und 4 PAuswG die Hinterlegung des Personalausweises verlangen. Die Erhebung biometrischer Merkmale des Gesichts, der Augen, der Hände, der Stimme oder der Unterschrift stellt einen nicht unerheblichen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung dar und darf daher nur erfolgen, soweit dies zur Verhinderung eines Austauschs von Gefangenen erforderlich ist. Deshalb ist beispielsweise das Erfassen dieser Merkmale von weiblichen Personen beim Betreten einer Anstalt, in der nur männliche Gefangene untergebracht sind, nicht statthaft. Die Bestimmung überlässt es dem Anstaltsleiter, die Einzelheiten zu regeln und gibt ihm die Möglichkeit, für bestimmte Gruppen vollzugsfremder Personen, wie beispielsweise Rechtsanwälte oder Richter, Ausnahmeregelungen zu treffen. Sie eröffnet Ermessen und ermöglicht so eine dem jeweiligen Sicherheitsstandard der Anstalt angepasste, differenzierte Handhabung.

Absatz 4 Satz 1 gestattet unter engen Voraussetzungen das Auslesen von elektronischen Datenspeichern sowie elektronischen Geräten mit Datenspeichern, die Gefangene ohne

Erlaubnis besitzen. Das Auslesen dieser Datenspeicher - in der Praxis wird es sich hier vor allem um Mobiltelefone handeln - dient der Aufklärung subkultureller Strukturen und der Verhinderung der Weiterleitung oder Bekanntmachung der darauf möglicherweise gespeicherten Daten der Anstalt (z. B. Bilder von sicherheitsrelevanten Einrichtungen). Zwar stellt das Auslesen keinen Eingriff in das Telekommunikationsgeheimnis dar, jedoch ist mit Blick auf die Bedeutung des Eingriffs nur der Anstaltsleiter zur Anordnung befugt. Vor dem Auslesen bedarf es einer Interessenabwägung. Auch müssen konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass das Auslesen für vollzugliche Zwecke erforderlich ist.

Satz 2 sieht eine Belehrungspflicht über die Möglichkeit des Auslesens bereits bei der Aufnahme der Gefangenen vor.

### **Zu § 125 - Übermittlung und Nutzung für weitere Zwecke:**

Absatz 1 entspricht § 89 Abs. 3 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 3 ThürUVollzG und stellt die Zwecke des gerichtlichen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit diesem Gesetz den vollzuglichen Zwecken des § 120 Abs. 2 gleich. Damit wird eine Verarbeitung der Daten auch für diesen Zweck ermöglicht.

Absatz 2 entspricht § 89 Abs. 2 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 2 ThürUVollzG und regelt die Fälle, in denen die Daten für vollzugsfremde Zwecke an öffentliche und nichtöffentliche Stellen übermittelt und von diesen genutzt werden dürfen. Im Einzelfall handelt es sich insbesondere um die Abwehr von Gefahren für höherrangige Rechtsgüter. Als Adressaten für die

Übermittlung von Daten kommen daher insbesondere Polizei- und Gesundheitsbehörden in Betracht. Im Rahmen der von der Anstalt oder Aufsichtsbehörde vorzunehmenden Prüfung, ob eine Übermittlung nach Absatz 2 erforderlich ist, hat die übermittelnde Stelle auch ohne ausdrückliche Regelung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten, so dass eine Zulässigkeit im Einzelfall nur gegeben ist, wenn kein höherrangiges Interesse eines Betroffenen entgegensteht. Nummer 5 gestattet für den Vollzug der Untersuchungshaft auch die Übermittlung und Nutzung von Daten für die Anordnung von Maßnahmen nach § 119 Abs. 1 StPO und ergänzt damit § 114e StPO.

### **Zu § 126 - Datenübermittlung an öffentliche Stellen:**

Absatz 1 entspricht § 89 Abs. 4 ThürJStVollzG und weitgehend § 89 Abs. 4 ThürUVollzG und trägt dem Informationsbedarf der in der Bestimmung aufgeführten Behörden und Stellen, die im besonderen Maße auf die Übermittlung von Daten seitens der Anstalt oder Aufsichtsbehörde angewiesen sind, Rechnung. Die Übermittlung wird jeweils begrenzt durch den im Aufgabenbereich des Empfängers liegenden und in der Bestimmung genannten Zweck. Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung ergibt sich aus § 21 Abs. 2 ThürDSG. Nummer 1 enthält die in der Praxis für den Übergang und eine erfolgreiche Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen besonders bedeutsame Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Daten an die Sozialen Dienste der Justiz und wurde im Hinblick auf die §§ 68a und 68b StGB um die forensischen Ambulanzen, wenn

diese öffentliche Stellen sind, ergänzt. Satz 2 erlaubt auch eine Übermittlung für andere Zwecke. Hierfür muss jedoch eine andere gesetzliche Bestimmung als Rechtsgrundlage dienen und sich ausdrücklich auf Daten über Gefangene beziehen.

Absatz 2 erstreckt die Übermittlungsbefugnis auch auf solche nichtöffentliche Stellen, deren sich öffentliche Stellen bedienen. Allerdings gilt dies nur unter der stark einschränkenden Bedingung, dass sonst ihre Mitwirkung zumindest wesentlich erschwert würde.

### **Zu § 127 - Zweckbindung:**

Nach dieser Bestimmung, die § 91 ThürJStVollzG und § 91 ThürUVollzG entspricht, ist auch der Übermittlungsempfänger der Zweckbindung unterworfen.

### **Zu § 128 - Verarbeitung besonders erhobener Daten:**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die mittels Überwachungsmaßnahmen von Besuchen, der Telefongespräche, anderer Formen der Telekommunikation und des Schriftwechsels sowie bei der Überprüfung des Inhalts von Paketen erhoben wurden, ist nach Absatz 1 nur in den Grenzen des § 120 Abs. 2 sowie des § 125 zulässig. Erkenntnisse aus diesen Überwachungsmaßnahmen sind besonders sensible Daten, die eines besonderen Schutzes der Vertraulichkeit bedürfen und regelmäßig durch Eingriffe auch in das Grundrecht aus Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes gewonnen werden. Der Regelungsgehalt des Absatzes 1 umfasst



die Verarbeitung der Daten für vollzugliche und für vollzugsfremde Zwecke, bezieht auch den in § 125 Abs. 1 enthaltenen Zweck des gerichtlichen Rechtsschutzes mit ein und entspricht damit § 89 Abs. 8 ThürJStVollzG und weitgehend § 89 Abs. 9 ThürUVollzG.

Absatz 2 entspricht § 66 Abs. 2 Satz 1 und 3 ThürJStVollzG und § 45 Abs. 2 Satz 1 und 3 ThürUVollzG und regelt die Speicherung oder sonstige Aufbewahrung der durch die erkennungsdienstlichen Maßnahmen nach § 124 Abs. 1 gewonnenen Daten und Unterlagen. Diese dürfen nur für die dort genannten Zwecke, insbesondere zur Fahndung und Festnahme entwichener oder sich sonst ohne Erlaubnis außerhalb der Anstalt aufhaltender Gefangener und gemäß § 125 Abs. 2 Nr. 4 zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, durch welche die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet werden, genutzt und verarbeitet werden.

Die von vollzugsfremden Personen nach § 124 Abs. 3 erhobenen Daten dürfen nur unter den engen, in Absatz 3 genannten Voraussetzungen verarbeitet werden. Gemäß Nummer 1 ist dies lediglich zum Zweck des Abgleichs beim Verlassen der Vollzugsanstalt zulässig. Nummer 2 erlaubt ausnahmsweise eine Weitergabe der erhobenen Daten von vollzugsfremden Personen, nämlich ausschließlich zur Verfolgung von Straftaten, die diese Personen während ihres Aufenthalts in der Anstalt begangen haben. Nur in diesen Fällen ist die Verarbeitung der Daten verhältnismäßig.

Absatz 4 regelt die Verarbeitung von Daten, die beim Auslesen von Datenspeichern - in der Praxis insbesondere von Mobiltelefonen - nach § 124 Abs. 4 gewonnen wurden. Weil möglicherweise auch Daten von Dritten auf Datenspeichern aufgefunden werden können, ist gemäß Nummer 1 stets zu prüfen, ob sie deren Kernbereich der privaten Lebensgestaltung unterfallen. In diesem Falle dürfen die Daten nicht weiter verarbeitet werden. Hinsichtlich der Gefangenen bedarf es eines solchen Schutzes dagegen gemäß Nummer 2 regelmäßig nicht, weil das Auslesen der Datenspeicher ihnen gegenüber eine offene und bereits bei der Aufnahme angekündigte Maßnahme ist. Zudem bezieht sich § 124 Abs. 4 tatbestandlich allein auf Datenspeicher, deren Besitz im Justizvollzug nicht gestattet ist. Wer dennoch solche Geräte besitzt, muss damit rechnen, dass die Anstalt oder die Aufsichtsbehörde auch seinem Kernbereich unterfallende Daten zur Kenntnis nimmt. In diesen Fällen ist jedoch eine Güterabwägung zwischen den vollzuglichen Interessen an der weiteren Datenverarbeitung und den Interessen der Gefangenen vorzunehmen. Ergibt die Prüfung, dass die vollzuglichen Interessen nicht überwiegen, ist eine Verarbeitung der Daten nicht gestattet.

Absatz 5 entspricht § 89 Abs. 9 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 10 ThürUVollzG und schreibt grundsätzlich vor, dass die Daten über Personen, die nicht Gefangene sind, nur unter der strengen Zweckbindung des § 122 verarbeitet werden dürfen. Darüber hinaus ist eine Verarbeitung nur in den engen Grenzen der in § 125 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 normierten Gründe und zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung zulässig. In diesen Fällen muss das Recht auf

informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen hinter das Erfordernis der Unterrichtung dieser Behörden zurücktreten. Bei Straftaten von erheblicher Bedeutung muss es sich um Taten handeln, die mindestens dem mittleren Kriminalitätsbereich zuzuordnen sind, den Rechtsfrieden empfindlich stören oder geeignet sind, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.

### **Zu § 129 - Zentrale Datei, Einrichtung automatisierter Übermittlungsverfahren:**

Die Bestimmung schafft, unabhängig von den Bestimmungen des Thüringer Datenschutzgesetzes die rechtliche Grundlage für eine zentrale Vollzugsdatei, in der die wesentlichen Gefangenendaten sämtlicher Anstalten gespeichert werden und die den Regelungen in § 90 ThürJStVollzG und § 90 ThürUVollzG entspricht.

### **Zu § 130 - Mitteilung über Haftverhältnisse:**

Absatz 1 entspricht § 89 Abs. 5 Satz 1 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 5 Satz 1 ThürUVollzG und bestimmt, ob und inwieweit die Anstalt oder die Aufsichtsbehörde Stellen und Personen außerhalb des Vollzugs die Inhaftierung von Gefangenen und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Entlassung von Straf- und Jugendstrafgefangenen mitteilen darf. Dabei wird hinsichtlich der Voraussetzungen zwischen den Adressaten unterschieden. Bei öffentlichen Stellen muss die Übermittlung zur

Aufgabenerfüllung erforderlich sein. Bei nichtöffentlichen Stellen muss der Empfänger ein berechtigtes Interesse an der Mitteilung glaubhaft darlegen und die Gefangenen dürfen kein schutzwürdiges Interesse an dem Ausschluss der Übermittlung haben. Insoweit ist eine Interessenabwägung vorzunehmen.

Absatz 2 begründet im Interesse der Gefangenen eine Pflicht zur Dokumentation der Mitteilung in der Gefangenenpersonalakte.

Absatz 3 entspricht § 89 Abs. 5 Satz 2 ThürJStVollzG, dient der Schadenswiedergutmachung und stellt klar, dass den Verletzten einer Straftat oder deren Rechtsnachfolgern auf schriftlichen Antrag über Absatz 1 hinaus auch Auskunft über die Entlassungsadresse oder die Vermögensverhältnisse erteilt werden kann. Diesen soll so die Feststellung oder Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche ermöglicht werden.

Absatz 4 Satz 1 entspricht § 89 Abs. 5 Satz 3 ThürJStVollzG und § 89 Absatz 5 Satz 2 ThürUVollzG und gewährleistet grundsätzlich die Anhörung der betroffenen Gefangenen vor der Auskunftserteilung. Sie darf nur unterbleiben, wenn hierdurch die Verfolgung der Interessen der Antragsteller vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde und eine Abwägung ergibt, dass die Interessen der Antragsteller die Interessen der betroffenen Gefangenen an der vorherigen Anhörung überwiegen. In diesem Fall sind die betroffenen Gefangenen gemäß Satz 2, der § 89 Abs. 5 Satz 4 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 5 Satz 3 ThürUVollzG entspricht, nachträglich zu unterrichten.

Absatz 5 entspricht § 89 Abs. 6 ThürUVollzG und gewährt Untersuchungsgefangenen bei einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch den betroffenen Untersuchungsgefangenen das Recht, eine Benachrichtigung derjenigen Stellen zu verlangen, die gemäß Absatz 1 von ihrer Inhaftierung Kenntnis erhalten haben. Eine entsprechende Mitteilung über den Verfahrensausgang darf jedoch nur erfolgen, wenn dies von den betroffenen Untersuchungsgefangenen beantragt wird. Würde sie automatisch erfolgen, könnten die über die Inhaftierung informierten Stellen aus dem Unterbleiben einer derartigen Mitteilung zwangsläufig darauf schließen, dass eine Verurteilung erfolgt sein muss. Die Untersuchungsgefangenen sind auf ihr Antragsrecht hinzuweisen.

### **Zu § 131 - Überlassung von Akten:**

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 89 Abs. 6 ThürJStVollzG und § 89 Abs. 7 ThürUVollzG und regelt besondere Beschränkungen für die Übermittlung von Akten, da diese den Bereich der Anstalt grundsätzlich nicht verlassen sollen. Zweck der Beschränkung auf die in Absatz 1 abschließend genannten Stellen ist es, zum einem dem Verlust von nicht reproduzierbaren Originalunterlagen vorzubeugen und zum anderen zu verhindern, dass es bei der Überlassung der Akte wegen der Vielzahl der in ihr enthaltenen Daten zu unzulässigen Kenntnisnahmen kommt. Um die Eingliederung der Straf- und Jugendstrafgefangenen und hierfür erforderliche Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten zu verbessern,

wurden auch diese Stellen in den Kreis der Berechtigten einbezogen. Forensische Ambulanzen können öffentliche oder nichtöffentliche Stellen sein. Im ersten Fall gilt Absatz 1, sonst Absatz 2.

Anderen öffentlichen Stellen und nichtöffentlichen Stellen nach § 126 Abs. 2 können die Akten gemäß Absatz 2 Satz 1 überlassen werden, wenn die Erteilung einer Auskunft einen unververtretbaren Aufwand erfordern oder für die Erfüllung der Aufgabe nach Darlegung der abfordernden Stelle nicht ausreichen würde. Satz 2 trägt der Tatsache Rechnung, dass im Rahmen sowohl des Ermittlungs- und Strafverfahrens als auch der Strafvollstreckung insbesondere die Gerichte und Staatsanwaltschaften Gutachten in Auftrag geben und erweitert die Bestimmung um diese Auftraggeber.

### **Zu § 132 - Kenntlichmachung in der Anstalt:**

Die Bestimmung entspricht § 92 Abs. 1 ThürJStVollzG und § 92 Abs. 1 ThürUVollzG und erlaubt eine allgemeine Kenntlichmachung von Gefangenendaten in der Anstalt, z.B. an der Haftraumtür. Allerdings muss die Kenntlichmachung für ein geordnetes Zusammenleben innerhalb der Anstalt erforderlich sein. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Bediensteten sich so einen einfachen Überblick über die Belegungssituation, den Status der Gefangenen oder über die Vollstreckung von Disziplinarmaßnahmen machen können. Da jedoch in derartigen Fällen die Kenntlichmachung zugleich Übermittlungscharakter besitzt, darf eine solche nicht erfolgen, wenn eine Übermittlung der Daten zu unterbleiben hätte. Dies

gilt insbesondere für Daten nach § 128 Abs. 1 und 5, bei den in §§ 133 und 139 geregelten Einschränkungen sowie bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen, soweit nicht deren Zwecke verfolgt werden.

Im Hinblick auf die negative Bekenntnisfreiheit nach Artikel 4 Abs. 1 sowie Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 136 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung sowie die besondere Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient sind das religiöse und weltanschauliche Bekenntnis und Daten, die ärztlichen Untersuchungen entstammen, von diesem Grundsatz ausgenommen. Diese dürfen daher nicht allgemein kenntlich gemacht werden.

### **Zu § 133 - Offenbarungspflichten und -befugnisse der Berufsgeheimnisträger:**

*(Siehe Vorbemerkung zur Begründung): Im Gesetzgebungsverfahren wurde mit folgender Begründung in Absatz 3 Satz 1 das Wort „verpflichtet“ durch das Wort „befugt“ ersetzt: Die Änderung trägt zum einen datenschutzrechtlichen Erwägungen Rechnung und zum anderen betont sie das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Gefangenem/Patient. Im Lichte von § 203 StGB ist die Frage der Befugnis restriktiv zu handhaben.*

Absatz 1 entspricht § 92 Abs. 2 Satz 1 ThürJStVollzG und § 92 Abs. 2 Satz 1 ThürUVollzG und enthält eine Regelung für den Schutz und die Offenbarung von personenbezogenen Daten, die den in § 203 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, 4a und 5 StGB genannten

Personen von einem Gefangenen anvertraut oder über einen Gefangenen sonst bekanntgeworden sind.

Persönliche Lebenssachverhalte, die einem Arzt, Psychologen, Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen als Träger derjenigen Berufe, denen sich Gefangene während des Vollzugs im eigenen Interesse weitgehend anvertrauen müssen, sind besonders schutzbedürftig und unterliegen deswegen auch der Anstalt und der Aufsichtsbehörde gegenüber der Schweigepflicht. Diese kann jedoch nicht uneingeschränkt gelten, da sonst die Gefahr bestünde, dass der Schutz höherwertiger Rechtsgüter und die Erfüllung der der Anstalt und Aufsichtsbehörde gesetzlich vorgegebenen Aufgaben in nicht hinnehmbarer Weise tangiert würde.

Die Absätze 2 und 3, die § 92 Abs. 2 Satz 2 und 3 ThürJSt-VollzG und § 92 Abs. 2 Satz 2 und 3 ThürUVollzG entsprechen, treffen eine differenzierte Regelung, die unter Berücksichtigung allgemeiner und bereichsspezifischer Erfordernisse die Berufsgeheimnisträger zu einer Offenbarung der geschützten Daten verpflichtet. Aufgrund der besonderen Sensibilität dieser Daten sehen die Absätze 2 und 3 nur den Anstaltsleiter als Adressaten einer solchen Mitteilung vor. Dieser trifft die jeweils notwendigen weiteren Maßnahmen.

Angesichts des überragenden Stellenwertes des Rechtsguts Leben und des im Rahmen einer Güterabwägung gegenüber dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung höher einzustufenden Rechtsguts der körperlichen Unversehrtheit enthält Absatz 2 die Regelung, dass auch Berufsgeheimnisträger zu einer Offenbarung gegenüber dem Anstaltsleiter



verpflichtet sind, soweit dies zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leib oder Leben der Gefangenen oder Dritter erforderlich ist. Gleiches gilt, wenn die Offenbarung für die Aufgabenerfüllung der Anstalt oder der Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Während die Erkenntnisse der Ärzte aus ihrer Mitwirkung an vollzughen Entscheidungen und Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen der Aufnahmeuntersuchung, Absatz 2 unterfallen, gilt dies nicht für die im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge bekannt gewordenen Daten. In letzteren Fällen gilt Absatz 3. Danach ist ein Arzt zur Offenbarung der ihm im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsfürsorge bekannt gewordenen Geheimnisse verpflichtet, soweit dies für die Aufgabenerfüllung der Anstalt oder Aufsichtsbehörde unerlässlich oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leib oder Leben der Gefangenen oder Dritter erforderlich ist. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn bei einer ärztlichen Untersuchung festgestellt wird, dass die Gefangenen Verletzungen aufweisen, die den Verdacht körperlicher Übergriffe durch Mitgefangene begründen, denen u. a. durch eine Trennung im Rahmen der Unterbringung begegnet werden muss oder die Gefangenen unter einer ansteckenden Krankheit leiden, die Vorkehrungen zum Schutz Dritter, die mit dem Gefangenen in Berührung kommen, erfordert. Absatz 3 enthält damit eine eingeschränkte Offenbarungspflicht der Ärzte. Diese besteht, sieht man von der Erforderlichkeit der Offenbarung zur Abwehr von erheblichen Gefahren für Leib oder Leben des Gefangenen oder Dritter ab, nur, soweit die Offenbarung für die Aufgabenerfüllung der Vollzugsbehörde unerlässlich ist. Diese

Einschränkung schützt das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient.

Befugnisse und Pflichten zur Offenbarung aus anderen Regelungen, beispielsweise dem Infektionsschutzgesetz, bleiben nach Satz 2 unberührt.

Zum Schutz des Vertrauensverhältnisses der Gefangenen zu den an ihrer Betreuung und Behandlung Beteiligten sieht Absatz 4 vor, die Gefangenen bereits bei der Erhebung ihrer Daten über die nach den Absätzen 2 und 3 bestehenden Offenbarungspflichten und damit die Möglichkeit einer Weitergabe ihrer Angaben zu unterrichten. Diese Bestimmung entspricht § 92 Abs. 2 Satz 5 ThürJStVollzG und § 92 Abs. 2 Satz 5 ThürUVollzG.

Absatz 5 entspricht § 92 Abs. 3 ThürJStVollzG und § 92 Abs. 3 ThürUVollzG und enthält Regelungen über die weitere Verwendung der nach den Absätzen 2 und 3 gegenüber dem Anstaltsleiter offenbarten Daten. Satz 1 sieht vor, dass diese Daten angesichts ihrer besonderen Sensibilität nur für den Zweck, für den sie offenbart worden sind oder für den eine Offenbarung zulässig gewesen wäre, und nur unter denselben Voraussetzungen verarbeitet oder genutzt werden dürfen, unter denen auch die in Absatz 1 genannten Berufsgruppen hierzu befugt wären. Die nach Satz 2 eröffnete Möglichkeit, unter den Voraussetzungen des Satzes 1 eine unmittelbare Offenbarung gegenüber bestimmten Anstaltsbediensteten allgemein zuzulassen, setzt eine ausdrückliche Anordnung des Anstaltsleiters voraus. Diese Regelung wird insbesondere in den Fällen in Betracht kommen, in denen der Anstaltsleiter

bestimmte Aufgabenbereiche anderen Bediensteten übertragen hat.

Absatz 6 entspricht § 92 Abs. 4 ThürJStVollzG und § 92 Abs. 4 ThürUVollzG, ergänzt Absatz 1 und stellt klar, dass Ärzte oder Psychologen außerhalb des Vollzugs, die mit der Untersuchung oder Behandlung von Gefangenen beauftragt worden sind, neben den bereits in den Absätzen 2 und 3 geregelten Offenbarungspflichten gegenüber dem Anstaltsleiter im Interesse einer aufeinander abgestimmten, durchgängigen und umfassenden Behandlung und Betreuung der Gefangenen auch gegenüber dem Anstaltsarzt bzw. dem in der Anstalt mit der Untersuchung, Behandlung oder Betreuung der Gefangenen betrauten Psychologen zur Offenbarung befugt sind.

### **Zu § 134 - Schutz der Daten in Akten und Dateien:**

Die Bestimmung entspricht weitgehend § 93 ThürJStVollzG und § 93 ThürUVollzG. Der im allgemeinen Datenschutzrecht in § 9 ThürDSG enthaltene Grundsatz, Daten durch technische und organisatorische Maßnahmen so zu schützen, dass unbefugter Gebrauch und unbefugter Zugang verhindert werden, wird in dieser Bestimmung im Hinblick auf die enge Zusammenarbeit der Bediensteten im Vollzug bereichsspezifisch konkretisiert.

Absatz 1 regelt den Zugang der Bediensteten zu den in Akten und Dateien enthaltenen Daten der Gefangenen. So darf es innerhalb der Anstalt nicht zu einer ausufernden und

willkürlichen Datenweitergabe kommen. Die Regelung begrenzt daher den Kreis der Zugriffsberechtigten und den Umfang der Einsichts- und Übermittlungsbefugnisse auf das für die Erfüllung der Vollzugsaufgaben notwendige Maß. Hierbei ist grundsätzlich auf die den einzelnen Bediensteten obliegenden Aufgaben abzustellen, wobei zu beachten ist, dass diese nicht isoliert voneinander arbeiten. Aufgrund der engen Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen von Konferenzen, kann sich zwangsläufig eine Kenntnisnahme von Daten über die eigene Zuständigkeit hinaus ergeben.

Absatz 2 verpflichtet Anstalt und Aufsichtsbehörde, Akten und Dateien mit personenbezogenen Daten durch die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen gegen unbefugten Zugang und Gebrauch zu schützen. Die genannten Unterlagen sind über § 9 ThürDSG hinaus getrennt aufzubewahren.

### **Zu § 135 - Auskunft an die Betroffenen, Akteneinsicht:**

Die Gefangenen haben bereits nach § 13 ThürDSG einen Anspruch auf unentgeltliche Auskunft und Akteneinsicht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, auch soweit sie sich auf Herkunft oder Empfänger dieser Daten beziehen und den Zweck der Speicherung. Die Auskunft kann schriftlich oder mündlich erteilt werden.

Absatz 1 entspricht § 95 Abs. 8 ThürJStVollzG und § 95 Abs. 8 ThürUVollzG und gewährt den Gefangenen nur dann ein Akteneinsichtsrecht, wenn sie zur Wahrnehmung ihrer

rechtlichen Interessen über die Auskunftserteilung hinaus auf die Einsichtnahme in die Akten angewiesen sind. Das Stufenverhältnis zwischen Auskunftserteilung und Akteneinsicht ist eine bereichsspezifische Sonderregelung. Die Bestimmung berücksichtigt sowohl die Belange der Gefangenen als auch den organisatorischen Aufwand der Anstalt oder Aufsichtsbehörde. Regelmäßig wird für die Gefangenen eine Auskunftserteilung ausreichend sein.

Absatz 2 schränkt das Auskunftsrecht und demzufolge auch das Akteneinsichtsrecht ein, wenn dadurch die Aufgabenerfüllung der datenverarbeitenden Stelle, so etwa die Sicherheit und Ordnung der Anstalt, oder die Erreichung des Vollzugsziels gefährdet würde. Dabei hat zur Prüfung, inwieweit das Interesse der Gefangenen an der Auskunftserteilung zurücktreten muss, eine Interessenabwägung zu erfolgen. Diese Bestimmung entspricht weitgehend § 95 Abs. 5 Nr. 1 ThürJStVollzG und § 95 Abs. 5 Nr. 1 ThürUVollzG sowie § 13 Abs. 5 Nr. 1 ThürDSG.

### **Zu § 136 - Auskunft und Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke:**

Für die Fortentwicklung des Vollzugs ist dessen wissenschaftliche Auswertung unerlässlich. Die Bestimmung entspricht § 97 Abs. 2 Satz 2 ThürJStVollzG und § 96 ThürUVollzG, regelt hierzu die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen und erklärt § 476 StPO für entsprechend anwendbar. Aufgrund der gewachsenen Bedeutung der

Auswertung elektronischer Daten für wissenschaftliche Zwecke wird auch deren Übermittlung erlaubt.

### **Zu § 137 - Löschung:**

Die bislang im Strafvollzugsgesetz des Bundes und den Vollzugsgesetzen in Thüringen enthaltenen unterschiedlichen Lösungsfristen für personenbezogene Daten in Dateien und Akten konnten keinen ausreichenden Schutz vor einem Missbrauch von Daten gewährleisten. Die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten von Untersuchungsgefangenen waren zum Beispiel spätestens fünf Jahre nach der Entlassung der Gefangenen oder der Verlegung der Gefangenen in eine andere Anstalt zu löschen. Demgegenüber waren die in Papierform vorhandenen Daten von Untersuchungsgefangenen in Gefangenenbüchern bis zu dreißig Jahre nach Entlassung noch aufzubewahren. Nach einer Löschung von Daten in einer Datei war es nur möglich, anhand der Gefangenenpersonalakte an die im Einzelfall, z. B. für die Erteilung einer Auskunft an den entlassenen Untersuchungsgefangenen, erforderlichen Daten zu gelangen. Hierzu musste diese komplett durchsucht werden, wobei es nicht auszuschließen war, dass persönliche Daten, welche für das Sachthema irrelevant waren, durch Bedienstete zur Kenntnis genommen werden konnten. In § 120 dieses Gesetzes wurde erstmals eine Rechtsgrundlage für die Einführung einer elektronischen Vollzugsakte geschaffen. Sobald eine elektronische Vollzugsakte in der Praxis tatsächlich zur Anwendung gelangen kann, wird darin eine Sperrung von Daten vorgenommen werden können. Die Daten können dann

nur noch von einem autorisierten Bediensteten abgerufen werden. Zudem können Informationen, die nicht mehr benötigt werden, früher und automatisiert gelöscht werden.

Damit kann sichergestellt werden, dass nur noch befugte Bedienstete Zugang zu sensiblen Daten, wie etwa der Krankenakten der Gefangenen, haben. Ein Rückgriff auf die komplette Papierakte ist dann regelmäßig entbehrlich. Diese Lösung wird gleichzeitig eine erhebliche Minderung des Verwaltungs- und Sachaufwandes ermöglichen. Auskünfte können je nach Anforderung pseudonymisiert und anonymisiert erstellt werden (z.B. bei einer Evaluation des Strafvollzugs), ohne dass ein direkter Personenbezug wie bei der Recherche in Akten entsteht.

Absatz 1 sieht daher eine komplette Löschung der Dateien erst spätestens zum Ablauf der in § 140 geregelten Frist vor. Damit wird in Bezug auf die Löschungsfrist eine Gleichstellung zwischen Papierakte und elektronischer Akte vorgenommen.

Absatz 2 verkürzt die Löschungsfrist für Untersuchungsgefangene, deren zugrundeliegendes Verfahren von einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch betroffen war. In diesen Fällen sind die Dateien spätestens im dem der Kenntnisaufnahme folgenden Jahr zu löschen.

## **Zu § 138 - Löschung besonders erhobener Daten:**

Die Bestimmung enthält abweichend von § 137 verkürzte Löschungsfristen, die sich aus der besonderen Sensibilität dieser Daten ergeben.

Absatz 1 betrifft die Löschung von Daten, die aufgrund erkennungsdienstlicher Maßnahmen nach § 124 Abs. 1 bei Gefangenen erhoben worden sind. Nach der Entlassung der Gefangenen ist keinerlei Bedürfnis erkennbar, die Identifikationsmerkmale weiterhin für vollzugliche Zwecke vorhalten zu müssen.

Absatz 2 betrifft die Löschung der mittels optisch-elektronischer Einrichtungen nach § 124 Abs. 2 erhobenen Daten. Sie sind binnen 72 Stunden daraufhin zu überprüfen, ob sie zu Beweis Zwecken benötigt werden. Anderenfalls sind sie zu löschen.

Absatz 3 betrifft die Löschung der von vollzugsfremden Personen nach § 124 Abs. 3 Nr. 2 erhobenen biometrischen Daten. Diese sind unverzüglich zu löschen, nachdem die Personen die Anstalt verlassen haben. Damit ist der mit der Erhebung dieser Daten verbundene Grundrechtseingriff verhältnismäßig. Für die in Absatz 3 nicht ausdrücklich geregelten Daten des § 124 Abs. 3 Nr. 1 wie Name, Vorname und Anschrift der vollzugsfremden Personen verbleibt es bei der Löschungsfrist des § 137.

Absatz 4 regelt die Löschung der nach § 124 Abs. 4 erhobenen Daten. Satz 1 sieht anknüpfend an § 128 Abs. 4 die



unverzügliche Löschung der die private Lebensgestaltung Gefangener oder Dritter betreffenden Daten vor. Nach Satz 2 müssen die übrigen Daten nach 72 Stunden gelöscht werden. Eine weitere Speicherung ist nur unter dem engen Erfordernis der Datensicherung zu Beweis Zwecken, z. B. bei dem Verdacht der Begehung einer Straftat, zulässig.

### **Zu § 139 - Sperrung und Verwendungsbeschränkungen:**

Absatz 1 Satz 1 bestimmt den Grundsatz, dass sämtliche Daten in Akten und Dateien nach Ablauf von zwei Jahren zu sperren sind, indem sie entsprechend gekennzeichnet werden. Gemäß Satz 2 unterliegen die gekennzeichneten Daten einer eingeschränkten Verarbeitung und Nutzung. Damit werden ein missbräuchlicher Zugriff auf die noch weiterhin in Akten und Dateien gespeicherten Daten verhindert und eine weitere Übermittlung und Nutzung dieser Daten grundsätzlich ausgeschlossen. Satz 3 legt fest, dass die gesperrten Daten nur noch bestimmten Bediensteten, die datenschutzrechtlich geschult sein sollten, zugänglich gemacht werden dürfen. Gemäß Satz 4 sollen die erforderlichen Einzelheiten durch den Anstaltsleiter festgelegt werden. Stammdaten wie Familienname, Vorname, Geburtsname, Geburtstag, Geburtsort, Eintritts- und Austrittsdatum der Gefangenen können gemäß Satz 5 auch nach Ablauf von zwei Jahren von einer Sperrung ausgenommen werden. Damit wird dem Erfordernis der Praxis, auch nach der Entlassung der Gefangenen die Stammdaten nutzen zu können, Rechnung getragen.

Absatz 2 entspricht § 94 Abs. 3 Satz 1 ThürJStVollzG und § 94 Abs. 3 Satz 1 ThürUVollzG und erlaubt ausnahmsweise eine weitere Übermittlung und Nutzung der gesperrten Daten, soweit es für die dort genannten Zwecke unerlässlich ist. Durch das Kriterium der Unerlässlichkeit und die abschließende Aufzählung der Zwecke wird den Interessen der Betroffenen ausreichend Rechnung getragen.

Nach Absatz 3 endet die Sperrung den Grundsätzen des allgemeinen Datenschutzrechts entsprechend dann, wenn eine Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eine Beendigung der Sperrung tritt auch dann ein, wenn die Gefangenen erneut zum Vollzug einer Freiheits- oder Jugendstrafe oder einer Untersuchungshaft aufgenommen werden, damit diese Daten erneut verarbeitet werden können. Die Bestimmung entspricht § 94 Abs. 3 Satz 2 ThürJStVollzG und § 94 Abs. 3 Satz 2 ThürUVollzG.

Für Untersuchungsgefangene, deren zugrundeliegendes Verfahren von einer nicht nur vorläufigen Einstellung des Verfahrens, einer unanfechtbaren Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder einem rechtskräftigen Freispruch betroffen war, sieht Absatz 4 eine Frist von einem Monat ab Kenntniserlangung durch die Anstalt für die Sperrung vor. Diese verkürzte Frist entspricht derjenigen in § 94 Abs. 4 ThürUVollzG.

## **Zu § 140 - Aufbewahrungsfristen, Fristberechnung:**

Absatz 1 Satz 1 regelt die Dauer der Aufbewahrung von Akten und Dateien mit den nach § 139 gesperrten, personenbezogenen Daten. Es wurde eine einheitliche Höchstfrist von 30 Jahren festgelegt, weil nach § 199 Abs. 2 BGB Schadensersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, erst in 30 Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen schadensauslösenden Ereignis an verjähren. Insoweit kann es auch im Interesse des Betroffenen sinnvoll sein, die dort genannten Unterlagen länger als die bisher in § 94 Abs. 4 Satz 1 ThürJStVollzG und § 94 Abs. 5 Satz 1 ThürUVollzG geregelten 20 Jahre aufzubewahren.

Absatz 2 entspricht § 94 Abs. 4 Satz 3 ThürJStVollzG und § 94 Abs. 5 Satz 3 ThürUVollzG. Bei der Berechnung der Aufbewahrungsfrist ist an das Jahr der aktenmäßigen Weglegung anzuknüpfen. Bei Gefangenenebüchern gilt als Jahr der Weglegung das Jahr, in dem der Vollzug bezüglich aller darin aufgeführten Gefangenen beendet ist.

Absatz 3 entspricht § 94 Abs. 4 Satz 4 ThürJStVollzG und § 94 Abs. 5 Satz 4 ThürUVollzG und hat lediglich klarstellende Funktion.

## **Dreiundzwanzigster Abschnitt**

### **Übergangs- und Schlussbestimmungen**

#### **Zu § 141 - Einschränkung von Grundrechten:**

Die Bestimmung entspricht dem Zitiergebot des Artikels 19 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und des Artikel 42 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen.

#### **Zu § 142 - Verhältnis zu anderen Vorschriften:**

Diese Norm regelt das Verhältnis dieses Gesetzes zum Bundesrecht. Insbesondere wird klargestellt, welche Regelungen des Strafvollzugsgesetz noch fortgelten, da sie der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegen.

#### **Zu § 143 - Übergangsbestimmungen:**

Absatz 1 legt fest, dass bis auf Weiteres die Verordnung über die Vergütungsstufen des Arbeitsentgelts und der Ausbildungsbeihilfe nach dem Strafvollzugsgesetz entsprechende Anwendung finden soll.

Absatz 2 regelt Übergangsfristen für die gemeinschaftliche Unterbringung von mehreren Gefangenen in einem Haftraum.

In Absatz 3 findet sich eine Regelung zur Belegungsfähigkeit für "Altanstalten".

Absatz 4 legt fest, dass das bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes angesparte Überbrückungsgeld Bestandsschutz genießt.

#### **Zu § 144 - Gleichstellungsbestimmung:**

Die Bestimmung ist Konsequenz des Gleichberechtigungsgesetzes des Artikels 3 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes und des Artikels 2 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen.

#### **Zu § 145 - Inkrafttreten, Außerkrafttreten:**

Die Bestimmung regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes und das gleichzeitige Außerkrafttreten des Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetzes, des Thüringer Untersuchungshaftvollzugsgesetzes, des Thüringer Gesetzes zur Regelung des Datenschutzes und der Videoüberwachung beim Vollzug der Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung sowie des Thüringer Strafvollzugs- und Jugendstrafvollzugsergänzungsgesetzes.

**Herausgeber:**

Thüringer Ministerium für Migration,  
Justiz und Verbraucherschutz  
Werner-Seelenbinder-Str. 5  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361/3795861

**Titelbild:**

Skulptur vor der Justizvollzugsanstalt Tonna nach dem Entwurf von Bert Röhl

**Druck:**

Justizvollzugsanstalt Hohenleuben  
Eigenbetrieb Druckerei